

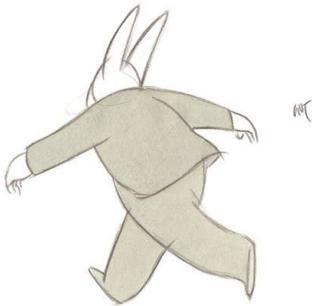
GASTKOMMENTAR

Der Esel und der Kluge – über die (un)heimliche Macht minoritärer Sturheit

In den Debatten um die grassierende Woke-Kultur fällt immer wieder auf, welche grosse Macht kleine Minderheiten auf Mehrheiten auszuüben vermögen. Oft geben die vielen den wenigen um des lieben Friedens willen nach. Wie lange kann das gutgehen?

Eduard Kaeser

19.11.2022, 05.30 Uhr



Die liberale Demokratie feiert sich gern als Hort der Meinungsvielfalt. Zumal Minderheiten fänden in diesem politischen Raum Gelegenheit zur Äusserung und Verbreitung ihrer Positionen. Aber diese Offenheit hat ihre Tücke. Wir beobachten ein irritierendes Paradox: In einer «nachgiebigen» Gesellschaft zahlt sich Unnachgiebigkeit aus. In steigender Kadenz erfahren wir, wie Minderheiten ihre Positionen gegenüber einer Mehrheit durchsetzen.

Im Konzert einer weissen Reggae-Band fühlen sich einige wenige Personen «unwohl» angesichts der Rastalocken eines Musikers, und schon wird die Darbietung beendet. Das ganze Cancel-Unwesen beruht vermutlich auf dem Aktivismus einer Handvoll Eiferer in den Social Media, deren Gnadenlosigkeit nur durch ihre Geistlosigkeit übertroffen wird. Dahinter verbirgt sich eine tiefere soziale Dynamik.

Schweizer Redensart

Der streitbare Publizist Nassim Taleb nennt sie in seinem Buch «Skin in the Game» (2018) «verborgene Asymmetrie im alltäglichen Leben». Damit meint er etwas, das in einer Schweizer Redensart sehr schön zum Ausdruck kommt: «Der Gschieder git naa, der Esel bliibt staa» – «der Kluge gibt nach, der Esel bleibt stehen». Ich gebrauche den Begriff «Esel» hier nicht wertend, sondern verstehe unter ihm schlicht Unnachgiebigkeit, die keine Wahlmöglichkeit kennt oder anerkennt. Der Kluge hat immer Wahlmöglichkeiten, und er passt sich den Umständen an. Unnötig zu betonen, dass es sich um «Karikaturen» handelt. In jeder Person erscheint ein individueller Phänotyp aus Esel und Klugem.

Ein demokratischer Betrieb braucht Regeln als gemeinsamen Verhaltensnenner für alle. Und dafür muss jeder Einzelne kleine Kompromisse eingehen.

Asymmetrie bedeutet: Es braucht oft nur eine kleine Anzahl Esel, um ziemlich grosse kollektive Effekte – auch unter Klugen – zu bewirken. Dieses Phänomen ist unabhängig vom Meinungsinhalt, ihm liegt ein eigentümliches Muster kollektiven Verhaltens zugrunde, der sogenannte Skaleneffekt.

Ich wandle hier ein Beispiel von Taleb leicht ab. Angenommen, in einer Familie gibt es einen unnachgiebigen Veganer. Um die häusliche Harmonie nicht unnötig zu verkomplizieren, stellt die Familie das Menu auf vegan um. Der Vorgang kann sich in grösserem Ausmass wiederholen. Die Familie wird zu einer Party mit Nachbarn eingeladen. Da sie für ihre Esssitten bekannt ist und man sie nicht als «Esel» diskriminieren möchte, bietet der Gastgeber nur veganes Essen an.

Den anderen Gästen macht das wenig aus, womöglich finden einzelne sogar Geschmack an dieser Esspräferenz, ohne Esel zu werden. Auf einer Skala höher passt der lokale Einzelhändler sein Angebot der steigenden Nachfrage nach veganen Produkten an. Möglicherweise beeinflusst das auch den Grosshandel. So vermag die Unnachgiebigkeit eines einzelnen Esels die Dynamik in grossem Ausmass zu steuern. Weil er in eine nachgiebige Mehrheit «eingebettet» ist.

Ablösung von der Mitte

Die Nachgiebigkeit in einer Demokratie manifestiert sich im freien Meinungs-austausch. Das heisst, es gibt eine – vermutlich normale – Verteilung der Meinungen. In der Mitte die Mehrheit der gemässigten Meinungen, gegen aussen Abweichungen davon. Darunter tummeln sich natürlich immer auch extreme minoritäre Meinungen. Im Namen der Freiheit können sie die Ausbreitung von Radikalität fördern. Radikal im dem Sinn, dass man nicht nur die anderen Meinungen, sondern auch die Andersmeinenden ablehnt. Das führt zu Spannungen.

Komplexitätsforscher versuchen schon seit einiger Zeit, diese Dynamik mit quantitativen Methoden zu beschreiben. Bei allen Vorbehalten gegenüber solchen Simulationen im sozialen Vakuum ermöglichen sie uns doch, Muster in der Meinungsdynamik zu erkennen. Ein Modell von Mathematikern der University of California in Los Angeles zeigt zum Beispiel, [wie Radikalität mit zunehmender Meinungsspannung wachsen kann](#). Erreicht die Spannung einen bestimmten Wert, steigt die Radikalisierung von Minderheiten sprunghaft an.

Erneut ist im Modell eine Asymmetrie erkennbar: Radikalisierung lässt sich, selbst wenn die Situation sich entspannt, schwer rückgängig machen. Der entscheidende Punkt ist die Ablösung von der Mitte. Die Folgen sind nur zu gut bekannt: Verbunkerung in der eigenen Meinung, Gesinnungsinzest, Gesprächsabbruch und der Schritt zur politischen Aktion.

Der Faktor «Extrawurst»

Hinzu kommt ein weiterer Faktor: die «Extrawurst». Ein demokratischer Betrieb braucht Regeln als gemeinsamen Verhaltensnenner für alle. Und dafür muss jeder Einzelne kleine Kompromisse eingehen. Dem flexiblen Klugen macht der Kompromiss wenig aus, der kompromisslose Esel verlangt dagegen eine Regelung, die auf ihn zugeschnitten ist. Die Ausnahme will die Regel sein.

Einzelne Esel und ihr störrisches Verhalten übersehen wir, hingegen entwickeln sie ab einer gewissen Schwellenzahl eine Durchschlagskraft, die wir nicht ignorieren können. Die Asymmetrie, die dadurch entsteht, verschafft sich heute oft im Murren über die unverhältnismässige Rücksicht auf Minderheiten und deren «Extrawürste» Gehör. Behindertengerechte Einstiege im öffentlichen

Verkehr sind ja okay, aber muss man gleich ein Gesetz den Bedürfnissen einer Minderheit von Transpersonen anpassen . . .

Hier zeigt sich die Kehrseite der Diversität. In einer heterogenen offenen Gesellschaft wächst die Zahl der Minderheiten proportional zur Zahl der Identitätsmerkmale, die man sich zuschreibt oder zugeschrieben erhält. Aber Identität hat durchaus einen diskriminatorischen Hang. So gibt es ja innerhalb des Feminismus Abgrenzungsbewegungen, die in neue Minoritätenprobleme münden. Die sogenannten «Trans ausschliessenden Radikalfeministinnen», die Terfs («trans exclusionary radical feminists») lehnen Trans-Frauen ab. Man spricht bereits von «Trans-Misogynie». Mehr noch, es gibt die Sexarbeiterinnen ausschliessenden Radikalfeministinnen, die Swerfs («sex worker exclusionary radical feminists»). Was für Untergattungen von -erfs kommen noch?

«Epistemische Sturheit»

Verdient der Esel seine Freiheit? Müsste man diese Freiheit nicht von einer «Kompetenz» der Nachgiebigkeit abhängig machen? Die Fragen sind hässlich, weil sie so etwas wie ein intellektuelles Brevet zu verlangen scheinen. Wenn bisher von der sozialen Dynamik die Rede war, so sollte man also den Einzelnen nicht übersehen. Wie gesagt, in uns allen stecken der Kluge und der Esel. Die gegenwärtige Lage begünstigt den Esel, denn er findet für seine Meinung genügend Plattformen und Enklaven im Netz.

Die Philosophen Steven Nadler und Lawrence Shapiro verfechten in ihrem Buch «When Bad Thinking Happens to Good People» (2019) einen erzieherischen Ansatz. Sie führen den Einfluss von minoritären extremen Meinungen auf ein Denkdefizit zurück: «epistemische Sturheit». Und sie sehen die Therapie in «gutem», das heisst vor allem philosophisch geschultem Denken.

Das klingt nun doch ziemlich nach patronisierendem Gutmeinertum, unter Anleitung des Oberlehrers Sokrates. Ohnehin schiesst die Denkratgeberliteratur üppig ins Kraut. Ob sie von Eseln gelesen wird? Gewiss, man kann viel «schlechtes» Denken in QAnon-, Impfgegner- oder Klimaskeptikerzirkeln entdecken, aber nicht wenige Esel wissen mit argumentativem Besteck hervorragend zu hantieren.

Es braucht kritische Medien

Die Freiheit der Meinungsäusserung schützt abwegige Meinungen. Es handelt sich um ein Ideal. Minderheiten fordern es immer wieder heraus. Eine grosse alte Dame der politischen Philosophie, Judith Shklar, sprach von einem «Liberalismus der permanenten Minderheiten». Das heisst, eine Demokratie kann sich nicht liberal nennen, wenn sie nicht die «permanent» Ungehörten, Erfolglösen, Randständigen, Ausgegrenzten einschliesst.

Es gilt aber, Ansätze von heimlicher Minderheitsdynamik im Blick zu behalten. Das ist gerade auch eine kritische Aufgabe der Medien. Der Esel muss unter den Klugen kenntlich gemacht werden, denn unter seinesgleichen bleibt er unsichtbar. Vielleicht gelangt ein solcher Liberalismus an die Grenze der Liberalität. Das alte Paradox der Intoleranz gegenüber Intoleranz. Jedenfalls verhindern wir so die Ausbreitung der Unnachgiebigkeit – eines hochansteckenden Infekts im politischen Gewebe der Demokratie.

Eduard Kaeser ist Physiker und promovierter Philosoph. Er ist als Lehrer, freier Publizist und Jazzmusiker tätig.

19 novembre (FAZ en français)

<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/gender-und-biologie-evolutionsbiologe-axel-meyer-zur-debatte-18184123.html?premium>

BIOLOGIE UND GENDER-DEBATTE:

Am Ende kommen immer Männchen und Weibchen heraus

Traduction: <https://decolonialisme.fr/?p=8095>

Biologie et débat sur le genre :

À la fin, on retrouve toujours des mâles et des femelles

Interview du zoologue et biologiste de l'évolution Axel Meyer

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20 juillet 2022



Que pouvons-nous apprendre sur le sexe et le genre chez l'homme à partir de la répartition des sexes chez les animaux et les plantes ? C'est ce qu'explique le biologiste de l'évolution Axel Meyer dans une interview.

Monsieur Meyer, vous êtes zoologue et biologiste de l'évolution et avez publié de nombreux livres et articles sur la biologie des différences entre les sexes. Actuellement, une guerre culturelle fait rage autour de la question du nombre de sexes. Comment les notions de « sexe » et de « genre » sont-elles traitées en biologie?

Deux articles du théoricien de la biologie David Haig me viennent à l'esprit. Il avait un jour examiné la littérature spécialisée des sciences naturelles, sociales et culturelles en langue anglaise pour voir à quelle fréquence ces deux termes étaient utilisés. Le mot « *gender* » est apparu dès le milieu du XIV^e siècle, mais depuis les années 1950 et 1960, les deux mots sont de plus en plus souvent utilisés comme synonymes. Historiquement, la différence réside dans le fait que le mot « sexe » ne désigne pas seulement l'acte ou la reproduction, mais qu'il distingue plutôt les deux sexes, masculin et féminin, d'un point de vue biologique. Les frontières s'estompent aujourd'hui, mais pour les poissons par exemple, on ne parlerait jamais de « genre », mais de « sexe ».

À propos des poissons, il existe des espèces qui peuvent changer de sexe, passant par exemple du féminin au masculin ou inversement. Comment s'intègrent-elles dans un système binaire?

On le sait par exemple pour les poissons-clowns, célèbres depuis *Nemo*, ou pour certains poissons-lippards. Si l'on veut, les circonstances culturelles ou écologiques s'en chargent, car cela

dépend de la facilité à trouver une femelle ou un mâle. Oui, il existe donc des organismes qui peuvent changer de « sexe », mais pas de « genre », et qui peuvent peut-être produire des gamètes femelles en premier, puis des mâles. Ces rares exceptions n'ont toutefois rien à voir avec la différence conceptuelle entre sexe et genre.

Un autre mot a été utilisé dans le cadre d'une conférence – d'abord annulée – à l'université Humboldt (cf. l'article [Les fanatiques parviennent à l'objectif qu'ils se sont fixés](#)) : les gamètes, par quoi on entend les cellules germinales. Dans quelle mesure sont-ils déterminants?

Parce que la taille relative des gamètes est le critère de définition de l'animal que nous qualifions de femelle ou de mâle. On appelle cela l'anisogamie, l'inégalité des gamètes. Et c'est la cause de très nombreuses différences entre les mâles et les femelles, que Darwin a décrites dès son deuxième livre sur la sélection sexuelle.

Cela signifie que le gamète le plus grand fait de l'être vivant qui en est responsable la mère, et que les plus petits font le père?

Exactement, et il en résulte de nombreuses conséquences. De manière presque universelle, la variance du succès reproductif est beaucoup plus grande chez les mâles d'une espèce que chez les femelles. Prenez par exemple les éléphants de mer avec leurs « *beach masters* », qui dominent une partie de la plage – et fécondent toutes les femelles qui y débarquent. Un seul mâle peut devenir le père d'une centaine de petits, voire plus, alors que la grande majorité des autres mâles restent sans descendance, peut-être toute leur vie.

La compétition d'un sexe – le plus souvent le sexe masculin – pour obtenir les faveurs de l'autre est considérée comme un moteur de l'évolution, mais elle est liée à des efforts considérables. S'il ne s'agit que d'échanger du matériel génétique, les bactéries y parviennent également et relativement plus facilement. Pourquoi est-ce si compliqué?

C'est une question passionnante à laquelle il est difficile de répondre. On parle aussi du fait que la reproduction sexuée double le coût de la reproduction, car il faut désormais deux individus d'une même espèce pour produire une descendance. Si la reproduction asexuée avait lieu, chaque individu pourrait se reproduire. **Il existe différentes idées et hypothèses sur la raison pour laquelle le sexe est tout de même apparu dans l'évolution, même plusieurs fois, à partir de la reproduction isogame initiale.** Un argument important en ce sens est que la production de gamètes haploïdes (par un mécanisme particulier de division cellulaire appelé méiose), qui ne contiennent qu'un seul jeu de chromosomes comme dans le cas des ovules et des spermatozoïdes, permet à la recombinaison de se produire. **La nouvelle variation génétique est probablement l'avantage décisif de la reproduction sexuée.**

Pourquoi cela serait-il avantageux? Là aussi, les hypothèses sont nombreuses. On évoque souvent une meilleure défense contre les maladies et les parasites ; un argument typique contre cela est que certains animaux peuvent alterner entre la reproduction sexuée et asexuée.

Il s'agit là aussi de rares exceptions, dont les carpes dentées vivipares d'Amérique centrale. Les femelles peuvent se reproduire seules, mais elles ont besoin de la copulation et du sperme des

mâles d'autres espèces pour être stimulées, mais pas pour être fécondées. Le moment où ce « retour » se produit fait l'objet de discussions. Il pourrait être lié au fait que leur environnement est prévisible, une variance par la reproduction sexuelle n'est pas nécessaire. Les mécanismes génétiques de détermination du sexe sont étonnamment variables, mais pour les mammifères, c'est la combinaison des deux chromosomes sexuels X et Y qui est déterminante, pour les oiseaux par exemple W et Z. Dans certaines lignées évolutives, les choses ont évolué très différemment, chez de nombreux reptiles, c'est la température dans la ponte qui détermine le sexe, même chez les poissons, tout cela est très variable. La plupart d'entre eux n'ont pas de chromosome sexuel, mais disposent de régions et de gènes correspondants, répartis sur plusieurs chromosomes.

On dit aussi que les chromosomes sexuels, qui se sont développés à l'origine à partir de chromosomes normaux, sont un luxe de l'évolution.

C'est ainsi qu'on pourrait les appeler. Il existe plusieurs hypothèses sur la raison pour laquelle les chromosomes sexuels se sont développés à partir des autosomes. Une particularité des chromosomes sexuels est que la recombinaison n'a justement pas lieu parce qu'il n'y a pas de deuxième chromosome, comme dans le cas du chromosome Y chez les hommes.

Si le petit chromosome Y disparaît progressivement, comme on peut le lire de temps en temps, le problème des sexes serait-il également résolu?

Cela n'arrivera pas.

On en reste donc pour l'instant à deux cellules germinales. Si l'on transpose ce modèle au monde végétal, où l'on parle de plantes mono ou dioïques, ne pourrait-on pas affirmer qu'il y a certes deux cellules germinales, mais de nombreux sexes ? Après tout, il existe des fleurs très variées avec des organes reproducteurs plus ou moins développés ou mûrs. Tout est donc possible, même **l'autofécondation.**

L'autopollinisation est toutefois rare, les plantes essaient en général de l'éviter. Il en va de même pour les escargots, qui sont hermaphrodites, mais qui ne s'autofécondent pas, mais fécondent les ovules d'un autre escargot.

Cela signifie qu'aussi bigarrées que soient les plantes, elles restent confinées à deux sexes et qu'on ne peut pas les prendre comme exemple pour le débat actuel dans la société afin d'ouvrir les frontières conceptuelles?

Oui, les plantes n'ont que deux sexes. Dans le discours social sur les comportements « spécifiques à chaque sexe », en revanche, je plaiderais pour ma part pour que l'on parle de « genre », car nous serions alors à un autre niveau d'explication. L'être humain est, comme je le dis toujours, la plus culturelle des espèces.

La biologie ne peut donc pas trancher le débat sur le sexe et le genre?

En tant que scientifique, je dirais que l'affaire est claire : il y a deux sexes. Point final. Dans notre espèce comme dans les quelque huit mille autres espèces de mammifères. **La manière dont on s'adresse à quelqu'un, avec tel ou tel pronom, c'est de nouveau une affaire très culturelle. Je suis bien sûr favorable à ce que chacun puisse vivre comme il l'entend, soit toujours traité avec tolérance et respect, quelle que soit la façon dont l'individu se sent, sans qu'il y ait de jugement de**

valeur. Et ce sont des questions culturelles, politiques ou sociales qui ne concernent pas mon domaine de travail.

L'homme n'est ni un poisson ni une souris, mais que peuvent nous apprendre les études animales sur les genres?

Les animaux peuvent servir de systèmes modèles, qui aident par exemple à développer des médicaments, les souris étant plus proches de nous génétiquement que les poissons. **Il est toutefois intéressant de noter que, quelle que soit la méthode utilisée pour déterminer le sexe d'un animal, il y a toujours un mâle et une femelle à la fin.** Je trouve fascinant que quelque chose d'aussi fondamental en biologie – et je maintiens qu'il n'y a que deux sexes et pas de spectre – puisse être créé de manières aussi différentes, même au sein d'une famille, d'un genre ou d'une espèce.

Axel Meyer est professeur de zoologie et de biologie de l'évolution à l'université de Constance.

FRANÇOIS HÉLAN DANS LE MONDE : « DÉNI D'IMMIGRATION, COMME IL Y A DES DÉNIS DE GROSSESSE »

FRANÇOIS HÉLAN DANS LE MONDE :

16 NOVEMBRE 2022



[Nous reprenons avec son accord le texte de **La Tribune de Michèle Tribalat** disponible à l'adresse: <http://www.micheletribalat.fr/453469042>]

https://www.lemonde.fr/idees/article/2022/11/08/francois-heran-l-impuissance-de-la-politique-migratoire-ne-tient-pas-au-manque-de-volonte-ou-de-moyens-mais-a-la-demesure-des-objectifs_6149039_3232.html

Voilà une tribune bâclée et qui ne cache pas son parti pris. On y trouve, comme d'habitude, beaucoup d'erreurs et d'imprécisions, même si je n'ai pas vérifié tous les chiffres car j'ai l'impression de perdre mon temps, compte tenu du peu d'intérêt en France pour leur exactitude. Notamment dans les médias en général et dans *Le Monde* en particulier. Ce dernier aime tellement le message de François Héran qu'il est incapable, malgré son armée de fact-checkers, de constater ne serait-ce que les contradictions d'une tribune à l'autre. Je renvoie, pour les amateurs, à la précédente tribune publiée dans *Le Monde* le 27 avril 2020¹.

Comme à son habitude, le professeur au Collège de France ne s'embarrasse pas de précisions dès qu'il s'agit de chiffres. Il va d'abord chercher, croit-on en le lisant, ceux des Nations Unies sur la proportion d'immigrés² dans les pays du monde pour situer la France en 2000 et 2020. Mais sans préciser que la définition des Nations Unies n'est pas celle de la France. La France ne compte pas comme immigrés les Français nés Français à l'étranger dont une bonne part de rapatriés notamment d'Algérie. Ainsi, les Nations Unies indiquent une population de migrants internationaux de 8,5 millions (M) à la mi-2020, alors que celle des immigrés début 2020 était de 6,8 M (France entière) d'après l'Insee.

Citons précisément ce qu'écrit François Héran dans *Le Monde* :

« De 2000 à 2020, selon les compilations de l'ONU, **la part des immigrés** dans la population mondiale a progressé de 62 %. Sans surprise, cette lame de fond touche aussi le continent européen : + 60 %. Les régions d'Europe qui ont connu les plus fortes hausses relatives de populations immigrées depuis l'an

2000 sont l'Europe du Sud (+ 181 %), les pays nordiques (+ 121 %), le Royaume-Uni et l'Irlande (+ 100 %), l'Allemagne et l'Autriche (+ 75 %), suivies du reste de l'Europe de l'Ouest (hors la France) : + 58 %. En revanche, la hausse est faible en Europe centrale ex-communiste (+ 12 %) » (je souligne).

Je n'ai pas recherché dans le détail tous les chiffres mais quelques uns³. Ainsi le nombre de migrants internationaux est passé de 173,2 M en 2000 à 280,6 M en 2020, soit un accroissement de +62 %. Mais leur part est passée de 2,8 % à 3,6 %, soit une progression de 29 %. Donc, contrairement à ce qu'écrit François Héran, ce n'est pas la part mais le nombre absolu dont il est question dans sa tribune. Ce qui n'est évidemment pas la même chose en raison de la croissance démographique mondiale. J'ai vérifié qu'il en allait bien ainsi pour la France et l'Autriche-Allemagne. C'est bien à l'évolution du nombre de migrants internationaux que correspondent les chiffres cités.

Sans le préciser, François Héran enchaîne sur la proportion d'immigrés en France en 2021 selon, cette fois, la définition française :

« Dans ce tableau européen, la France occupe une position très inférieure à la moyenne : + 36 % d'immigrés en l'espace de vingt ans (avec ou sans l'outre-mer). Les immigrés représentent aujourd'hui chez nous 10,3 % de la population, selon l'Insee. »

L'accroissement de la population immigrée dans la définition française est beaucoup plus fort que celui des nés à l'étranger, en raison des décès des rapatriés arrivés il y a longtemps. Si l'on examine l'évolution 1999-2019, en 20 ans, la population immigrée en France (dans la définition française) s'est accrue de 54 %.

Une chose et son contraire, mais pour faire passer le même message

Ce qui suit est encore plus dérangeant, si l'on fait l'effort de le comparer à ce qu'écrivait François Héran dans son livre, *Avec l'immigration, Mesurer, débattre, agir*, publié en 2017⁴. Des propos différents, mais pour servir la même idée : les politiques français ne peuvent rien faire contre l'immigration, non parce qu'ils ne le voudraient pas mais parce que c'est impossible.

Nous allons comparer le nouvel argument à celui de 2017⁵.

2022 :

« La hausse a démarré en 2000, après la longue stagnation des années 1974-1999. Nicolas Sarkozy a freiné un peu la tendance, mais sans l'inverser. Elle a suivi son cours d'une présidence à l'autre. Il est donc absurde, comme on le lit çà et là, d'imputer la montée de l'immigration au dernier président : aucun d'entre eux n'a pu contrecarrer une évolution inscrite dans une dynamique mondiale. »

2017 :

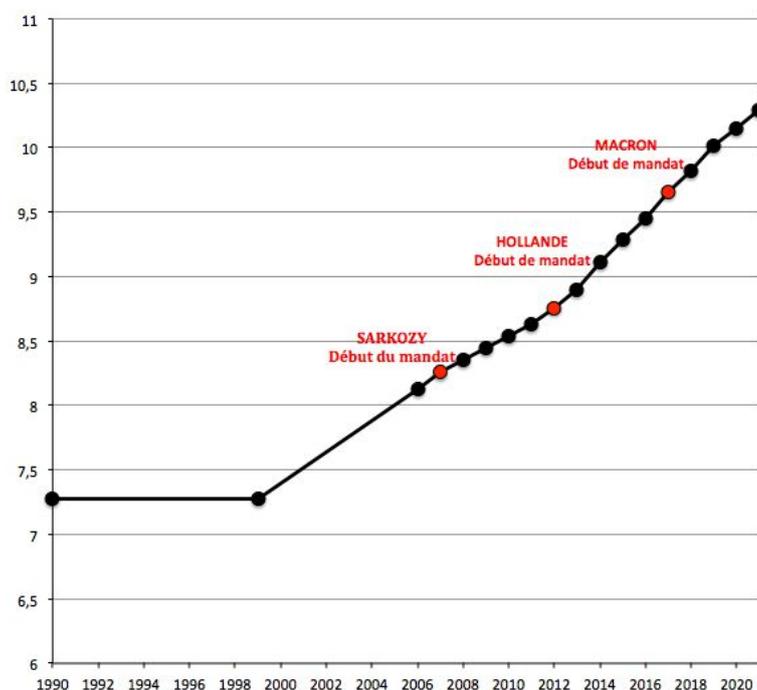
« Après avoir fortement crû pendant les années 1990, leur nombre oscille depuis 2002 autour de 200 000 personnes par année »⁶ ; « sur quatorze années de stabilité des 200 000 entrées légales de migrants extra-européens, neuf se sont déroulées sous l'autorité directe de Nicolas Sarkozy »⁷ ; « comment l'ancien Premier ministre [il s'agit de François Fillon, candidat à la présidentielle] explique-

t-il la remarquable stabilité des 200 000 titres de séjour délivrés chaque année sous son gouvernement ?».

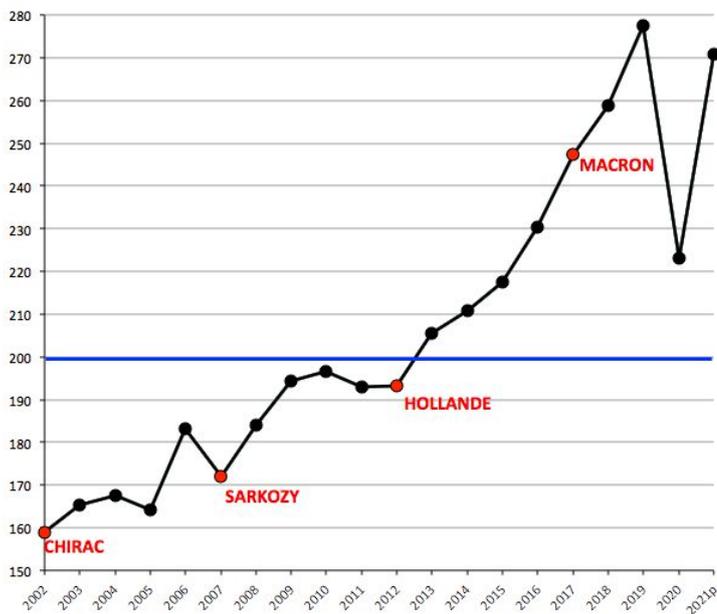
Et pour que chacun puisse juger sur pièces, suivent deux graphiques représentant l'évolution de la proportion d'immigrés depuis 1990 et celle du nombre de 1ers titres de séjour délivrés en France métropolitaine, par le ministère de l'Intérieur aux ressortissants de pays tiers à l'Espace économique européen et à la Suisse, auxquels François Héran se référait en 2017.

En 2017, François Héran avait donc inventé une stabilité du flux pour incriminer l'impuissance de François Fillon (qui se présentait à l'élection présidentielle) à le faire baisser pour... en 2022, se rendre à l'évidence d'une hausse retracée dans la part prise par les immigrés dans la population. Cette fois, il souligne la même impuissance de tous les présidents de la République à agir sur cette tendance, même s'il consent à reconnaître un léger ralentissement du temps de Nicolas Sarkozy ! S'il fallait ridiculiser Nicolas Sarkozy, mais surtout François Fillon, en 2017, il faut épargner Emmanuel Macron en 2022. On ne peut pas incriminer ce président puisque la croissance de l'immigration étrangère lui échappe, comme elle échappait à ses prédécesseurs. En 2017, il invitait à faire avec l'immigration en la naturalisant : on ne pourrait pas plus empêcher des étrangers d'entrer que des enfants de naître. En 2022, c'est la petite France qui ne peut pas, à elle seule, se dresser contre une dynamique mondiale irréversible.

On remarquera que, pour le François Héran de 2017, l'immigration étrangère avait « *fortement crû* » dans les années 1990, alors que celui de 2020 reconnaît enfin la « *longue stagnation* » de la proportion d'immigrés pendant le dernier quart du XX^{ème} siècle, y compris pendant les années 1990. Avec François Héran, tout semble affaire de circonstances.



Évolution de la proportion d'immigrés (%) en France (avec Mayotte depuis 2014) de 1990 à 2021. Source : Insee, données provisoires pour 2020 et 2021.



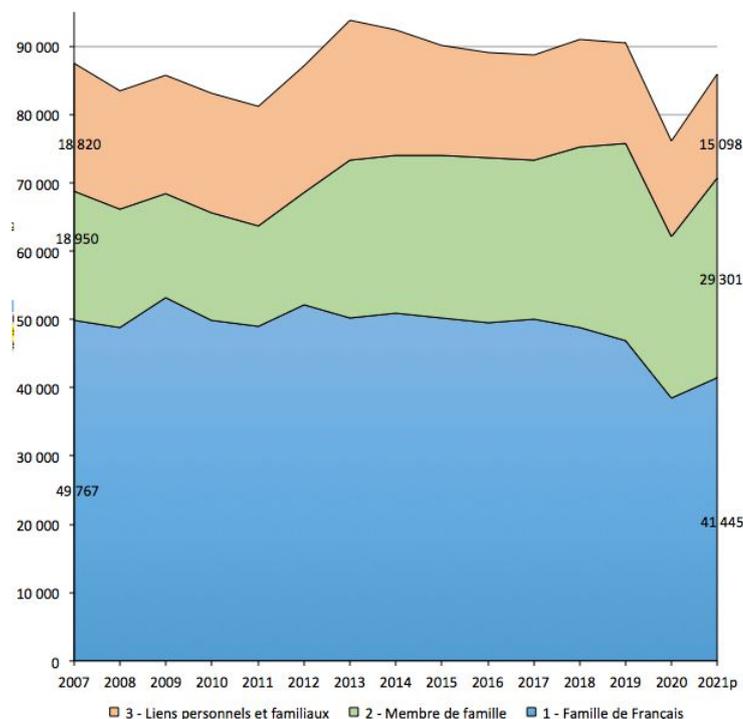
Évolution du nombre de 1ers titres de séjour délivrés aux ressortissants de pays tiers à l'Espace économique européen et à la Suisse de 2002 à 2021 (p pour provisoire) en France métropolitaine. Source : ministère de l'Intérieur.

Tout le monde se trompe sauf François Héran, n'est-ce pas ?

Il examine ensuite les délivrances des titres de séjour (il s'agit en fait des 1ers titres de séjour délivrés en France métropolitaine aux ressortissants de pays tiers à l'Espace économique européen et à la Suisse) par le ministère de l'Intérieur. Apparemment, personne à part lui n'en a compris l'évolution !

Pourtant, là encore, il se trompe. *Il prétend que « leur nombre a augmenté de 37 % de 2005 à 2021 »,* alors qu'il était de 164 234 en 2005 et estimé à 270 925 en 2021. Soit une hausse de 65 %.

Il moque ceux qui s'imaginent que c'est l'immigration familiale qui aurait beaucoup augmenté (alors qu'elle a, dit-il, reculé) et se prend à calculer la part prise par différents motifs dans l'accroissement. Une hausse, je cite, « *qui s'explique à 54 % par la migration estudiantine, à 27 % par la migration de travail (relancée depuis peu par le « passeport talent ») et à 24 % par la migration de refuge (la moindre des choses dans le contexte actuel)* » Il semble oublier que, lorsqu'il y a des hausses et des baisses résumées par une hausse globale, il est impossible de faire le calcul qu'il fait. En effet, $54\% + 27\% + 24\% = 105\%$! Les chiffres qu'il cite ensuite sont également faux, ce qui devient fastidieux. Par exemple, le ministère a estimé, pour 2021, le nombre de membres de familles d'étrangers regroupés à 29 301 et non 12 000 personnes, soit 11 % des 1ers titres de l'année et non pas 4 %. Il est vrai que le nombre de 1ers titres délivrés à des étudiants a beaucoup augmenté et rivalise, ces dernières années, avec celui des 1ers titres délivrés pour raison familiale (il l'a même probablement dépassé en 2021). Ces derniers pèsent moins mais leur nombre reste encore élevé (graphique ci-dessous).



Évolution de 2007 à 2021 du nombre de 1ers titres de séjour délivrés aux ressortissants de pays tiers à l'Espace économique européen et à la Suisse de 2002 à 2021 (p pour provisoire), pour raison familiale, en France métropolitaine.

Source : ministère de l'Intérieur.

François Héran moque également ceux qui pensent que la régularisation des illégaux qui travaillent, envisagée par le gouvernement, pourrait créer « un appel d'air » en raison du peu d'attractivité de la France dont témoignent ceux qui campent dans le Calais dans l'espoir de rejoindre le Royaume-Uni et de la faible attractivité de la France à l'intérieur de l'Union européenne. Il oublie que, lorsqu'on régularise des travailleurs, on ouvre ainsi la porte au regroupement familial auprès d'illégaux qui ne le sont plus. Par ailleurs, il se trompe, là encore, lorsqu'il situe la France « au 25e rang des pays européens pour la proportion d'immigrés nés dans l'Union. » Comme l'indique le tableau ci-dessous tiré de la base de données d'Eurostat, La France se classe au 15^{ème} rang.

	Population totale	Nés dans l'UE27 hors pays indiqué	% nés dans l'UE27
Luxembourg	634 730	215 402	33,9
Chypre	896 007	97 891	10,9
Autriche	8 932 664	818 379	9,2
Allemagne	83 155 031	6 601 127	7,9
Belgique	11 554 767	905 077	7,8
Malte	516 100	39 045	7,6
Irlande	5 006 324	334 291	6,7
Suède	10 379 295	529 899	5,1
Danemark	5 840 045	232 468	4,0
Pays-Bas	17 475 415	663 390	3,8
Espagne	47 398 695	1 663 833	3,5
Hongrie	9 730 772	328 414	3,4
Grèce	10 678 632	330 377	3,1
Slovénie	2 108 977	64 772	3,1
France	67 656 682	p 2 015 246	p 3,0
Slovaquie	5 459 781	152 880	2,8
Italie	59 236 213	1 583 294	2,7
Portugal	10 298 252	260 351	2,5
Finlande	5 533 793	124 592	2,3
Tchéquie	10 701 777	203 630	1,9
Estonie	1 330 068	24 516	1,8
Croatie	4 036 355	64 330	1,6
Roumanie	19 201 662	247 434	1,3
Lettonie	1 893 223	22 997	1,2
Pologne	37 840 001	ep 332 603	ep 0,9
Bulgarie	6 916 548	59 331	0,9
Lituanie	2 795 680	19 007	0,7

p pour provisoire et ep pour estimation provisoire

Population née dans les autres pays de l'UE27 (nombre et %) dans chacun des pays de l'UE27 en 2021.

Source : Eurostat

Le Monde est fort ravi de la tribune de François Héran qui a bien battu en brèche, comme on dit, les idées dites reçues et souligné, « **chiffres à l'appui**, à quel point l'immigration est limitée en France, bien en deçà de la place occupée par ce sujet dans l'espace public » (je souligne). François Héran parle ainsi de l'immigration pour dire qu'on en parle trop et mal, lui qui en parle si bien. Il en profite pour donner quelques conseils au gouvernement. « Face à ce véritable déni d'immigration, comme il y a des dénis de grossesse » il est temps, dit-il, de changer résolument de récit. On comprend qu'il soit plus préoccupé par le récit que par les faits vu l'étendue de sa mésentente avec les chiffres.

Le professeur au Collège de France ne serait-il pas en train de nous faire un déni de grossesse ?

19 novembre (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/11/19/443513-taxons-les-riches-et-tout-ira-mieux>

Taxons les riches et tout ira mieux

[Yves Montenay](#)

Quand on parle de « taxer les riches » ou de « réduire les inégalités », on oublie toujours de parler des conséquences économiques à court et moyen terme.



Scrooge McDuck by Steven Miller (creative commons CC BY 2.0)

Publié le 19 novembre 2022

Le Covid-19, le dérèglement climatique, la montée des dictatures et des guerres, les pénuries et l'inflation qui en résulte, tout cela est inintéressant : rétablissons l'ISF, taxons les dividendes et ces problèmes disparaîtront !

Les besoins financiers de l'État ont explosé avec le « quoi qu'il en coûte » et les divers « boucliers » anti-inflation. Les tribunes se multiplient pour réclamer d'augmenter la pression fiscale sur « les riches ».

La folie égalitaire est à la mode, se répand sur les réseaux sociaux et même dans des journaux réputés sérieux, tel que *Le Monde*. Dénoncer les inégalités à grand renfort d'articles choc rapporte des lecteurs et permet de gagner des voix.

Mais pas la mienne.

Quand on parle de « taxer les riches » ou de « réduire les inégalités », on oublie toujours de parler des conséquences économiques à court et moyen terme : l'égalitarisme généralise la pauvreté alors qu'il proclame la diminuer.

Mais la mode égalitariste est toute-puissante même quand ce sont les pauvres qui y perdent...

Commençons par un bref rappel historique expliquant pourquoi l'égalitarisme imprègne si profondément la mentalité française, contrairement aux pays anglo-saxons et aux protestants qui honorent la réussite professionnelle.

Un égalitarisme très français

Les racines historiques de l'égalitarisme en France

La revendication égalitariste date en France du siècle des Lumières, dont les philosophes réagissaient aux privilèges de la noblesse et du clergé.

Ces deux classes sociales étaient divisées : au sommet, on fréquentait la cour royale, inventée par Louis XIV pour maintenir sous sa coupe les nobles qui s'étaient révoltés lors de la Fronde, tandis qu'à la base de la noblesse et du clergé, on était beaucoup plus près du peuple et imprégné par les idées de réforme.

D'où la transformation des états généraux convoqués par Louis XVI pour augmenter les impôts, en une Chambre des députés décidant les réformes. La base de la noblesse et du clergé s'est alors alliée au tiers état, en grande partie composé de bourgeois, et ce sont ces groupes bien au courant des questions de production qui ont répandu l'image d'une noblesse de cour parasite.

Remarquons qu'il s'agit d'une caractéristique française, alors qu'en Angleterre les *gentlemen farmers* n'étaient pas à la cour mais modernisaient leurs exploitations agricoles. Leur utilité sociale était évidente et la pression égalitariste moins forte. Par ailleurs, cette révolution agricole a permis de nourrir les ouvriers de la révolution industrielle, qui démarre justement à ce moment-là dans ce pays.

À cela s'est ajouté, lors des troubles de la Révolution française, un courant violemment égalitariste, illustré notamment par Gracchus Babeuf qui milite pour « l'égalité parfaite », notamment par la nationalisation intégrale des activités. De multiples manifestations et écrits rejettent la « révolution bourgeoise », un terme qui sera popularisé plus tard par les marxistes. Il s'adresse aux « sans-culottes », à « la populace » disent ses adversaires. Il finit guillotiné en 1797 après avoir lancé « la conjuration des égaux » et restera une référence de plusieurs courants politiques français.

Quelques dizaines d'années plus tard, Karl Marx va lancer le communisme qui vise lui aussi le clergé et les *nouveaux nobles*, les capitalistes.

L'égalitarisme servira d'argument électoral pour des partis communistes ou analogues, alors qu'en URSS et dans les autres pays soviétisés, les anciennes classes sociales favorisées sont remplacées par une *nomenklatura* comblée d'avantages en nature ainsi que d'occasions de trafics et de corruption.

Remarquons que le Parti communiste s'est massivement implanté en France et en Italie mais pas dans les pays protestants, anglo-saxons, germaniques ou scandinaves.

L'égalitarisme c'est quoi ?

Wikipédia en donne la définition suivante : « **L'égalitarisme est une doctrine politique prônant l'égalité des citoyens en matière politique, économique et/ou sociale, selon les contextes. Dans un sens plus général, l'égalitarisme désigne une école de pensée qui donne la priorité à l'égalité de tous.** »

J'y suis opposé pour une raison de principe et une raison pratique : la limitation de la liberté et le nivellement par le bas.

Quelques réflexions sur l'égalitarisme

L'égalitarisme est non seulement une atteinte à la liberté mais aussi une idée très théorique de la vie, qui imagine le même fleuve tranquille pour des individus pourtant profondément différents.

En pratique, on nivelle par le bas car c'est facile : pour les adultes, il suffit d'augmenter les impôts, alors que la redistribution est maladroite et coûteuse.

Pour les enfants, il suffit de « simplifier » les programmes scolaires et de distribuer le bac à presque tout le monde. Il ne faut pas s'étonner ensuite des mauvais résultats des élèves français dans le classement international PISA.

Une redistribution de l'ensemble de la richesse démotive ceux qui veulent travailler pour améliorer leur sort. Symétriquement, moins un individu génère de richesse, plus il bénéficiera de la redistribution.

Cette démotivation d'une partie des meilleurs producteurs et la passivité des moins bons conduisent à l'appauvrissement général et notamment à la fin de la redistribution ! Nous aurons ainsi enfin l'égalité, mais dans la pauvreté.

Cela a été réalisé partiellement en URSS : la grande masse s'est retrouvée dans cette situation mais le pays a quand même continué à fonctionner partiellement en distribuant des privilèges importants en argent et en nature à l'élite économique et politique ; par exemple des logements et des voitures de fonction, deux biens qui étaient très rares et motivaient fortement.

C'est ainsi que l'égalitarisme généralise la pauvreté alors qu'il proclame la diminuer.

Parlons donc un peu moins des inégalités et un peu plus de diminuer la pauvreté, en augmentant par exemple les qualifications. Pour cela, nous avons les modèles suisses et allemands à nos portes. Ce modèle inspire enfin la réforme actuelle de l'apprentissage : pour une fois le problème est pris par le bon bout !

Pour encourager la production de la richesse nationale, dont tous bénéficient directement (profits) ou indirectement (redistribution), la taxation du capital ne doit pas décourager les investisseurs ni les entrepreneurs et doit au contraire s'inscrire dans le contexte européen et mondial.

Pourtant, on entend de nouveau s'élever les voix pour demander le rétablissement de l'ISF.

La querelle sur l'ISF rebondit

De la création de l'IGF à l'ISF

Nous sommes en 1981, Mitterrand a une élection à gagner. Il promet la retraite à 60 ans et une dure taxation des grandes fortunes : c'est l'IGF, l'impôt sur les grandes fortunes.

Une fois élu, il applique ces deux bêtises mais doit rétro pédaler sur la deuxième devant le massacre des PME et le chômage corrélatif qu'il entraîne.

Déjà expert en infox (*fake news*), il dira « Le chômage, on n'y peut rien, on a tout essayé ». Mais devant la catastrophe, il finit par alléger considérablement l'IGF.

Chirac, Premier ministre de cohabitation à partir de 1986, supprime l'ISF et est battu à la présidentielle de 1988 notamment parce qu'il a « favorisé les riches ».

Je passe sur les différentes réformes de l'ISF pendant les 30 ans qui suivent, tous les gouvernements étant pris entre l'évidence de la nuisance de cet impôt qui écarte de la France les employeurs, nationaux comme étrangers et la crainte d'être accusés de « favoriser les riches ».

Macron et l'ISF

Et voilà qu'arrive 2017. Le candidat Macron est direct :

« L'ISF fait fuir des investisseurs français et décourage des étrangers d'investir chez nous, ce qui explique une partie de notre chômage ».

Une fois élu, il supprime l'ISF (ou plus exactement le remplace partiellement par un impôt sur l'immobilier, l'IFI), et ça marche : les « exilés fiscaux » reviennent, les étrangers investissent et le chômage diminue jusqu'au début de la pandémie.

« Le nombre de demandeurs d'emploi a baissé de 3,3 % en 2019 en France [...] Sur le marché du travail, le millésime 2019 aura été l'un des meilleurs de la décennie écoulée », écrivait *Le Monde* le 27 janvier 2020.

Et après la pandémie, la reprise d'activité a été très forte et le nombre de chômeurs sans activité en France a baissé de 12,6 % en 2021, à son plus bas niveau depuis la fin de 2012 (chiffres Pôle emploi). Depuis début 2022, le taux de chômage oscille entre 7,3 % et 7,4 % à un niveau inférieur de 0,9 point à celui d'avant la crise sanitaire (Insee).

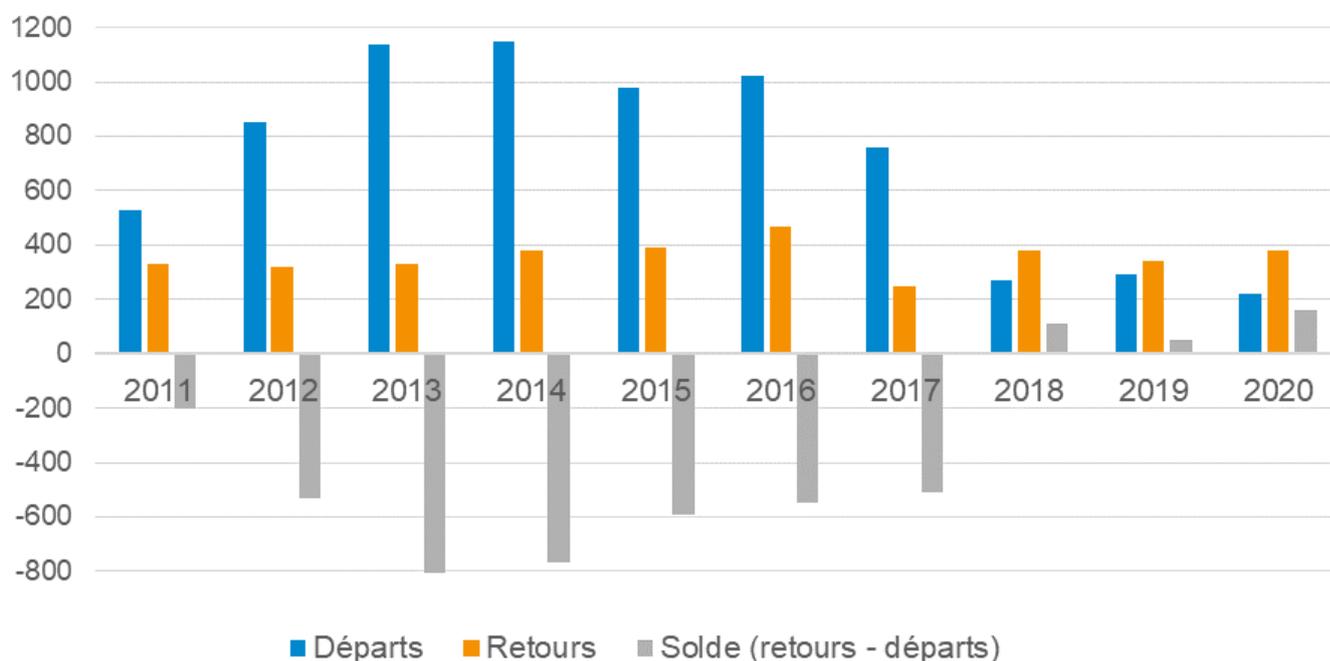
Est-il besoin de rappeler que la diminution des dépenses de chômage dégage des ressources pour tous les autres postes de dépenses ? Et que chaque personne remise en activité contribue par sa production, ses cotisations sociales et sa consommation à enrichir la nation ?

Cela n'empêche pas les égalitaristes de clamer immédiatement que « supprimer l'ISF va augmenter les inégalités », et la campagne pour son rétablissement rebondit : « Macron est le président des riches ».

Suppression de l'ISF : des critiques démagogiques et infondées

Il faut rappeler que l'objectif de cette suppression de l'ISF était non seulement de ne pas décourager les étrangers d'investir en France et d'y implanter des cadres supérieurs très bien payés, mais aussi de diminuer l'exil fiscal, les deux privant le trésor français de contribuables intéressants, et faisait courir le risque que ces Français, devenus étrangers, laissent peu à peu tomber leurs entreprises françaises pour en développer d'autres dans leur nouveau pays.

Nous avons vu que le premier objectif a été atteint, avec l'amélioration de l'image de la France qui avait la réputation de taxer les entrepreneurs et le retour des investisseurs étrangers. Le second a été atteint également puisque l'exil fiscal a diminué.



Évolution des départs et retours des contribuables assujettis à l'ISF (jusqu'en 2017) puis à l'IFI

Les articles dénonçant la suppression de l'ISF oublient également souvent d'énoncer qu'il n'a pas été totalement supprimé puisqu'il reste l'IFI qui taxe les grands propriétaires immobiliers, « parce que l'accroissement de la valeur de leur appartement ne vient pas d'une activité d'entrepreneur. »

Bref, sur cette question, on voit fleurir des articles démagogiques non fondés économiquement.

Même *Le Monde*, réputé sérieux, s'y est mis dans la foulée de la tribune régulière de [Piketty](#) qui répète sa dénonciation des inégalités sans se pencher sur les conséquences économiques des mesures fiscales qu'il propose.

Se souvient-il de l'expérience suédoise, pays libéral économiquement mais à fortes fiscalité et redistribution, qui a été obligé de rétro-pédaler devant l'émigration des entrepreneurs et des cadres ? En effet, à partir d'un certain niveau d'impôt, la Suède a constaté que ses cadres émigraient, ce qui non seulement diminuait ses recettes fiscales mais surtout freinait l'ensemble de l'économie... avec pour effet de réduire encore plus les impôts perçus *in fine*.

La querelle sur les dividendes des entreprises

Il y a une querelle du même tonneau sur [les dividendes](#) reçus par les personnes physiques : surtaxés depuis 2013, ils s'étaient beaucoup réduits.

Notre nouveau président ramène en 2017 leur imposition au niveau européen moyen et voilà les dividendes qui reviennent à la normale, donc ré-augmentent en 2018 et 2019.

Scandale vite dénoncé par la presse. Sans doute faudrait-il que les riches renoncent à chercher une rémunération pour leurs investissements... mais continuent d'investir quand même !

On oublie qu'après 2013, l'État a été perdant malgré la hausse nominale de la fiscalité, la baisse des dividendes ayant généré moins d'impôt.

Au contraire, on constate que la baisse de la taxe sur les dividendes en 2017 a généré beaucoup plus de recettes fiscales du fait de l'élargissement de l'assiette en 2018 et 2019.

Cela provient notamment du retour en France des contribuables recevant beaucoup de dividendes et d'une baisse des nouveaux départs de ces contribuables.

Ce sont les résultats issus du troisième [rapport du Comité d'évaluation des réformes de la fiscalité du capital](#), publié en octobre 2021 et réactualisé par France Stratégie en octobre 2022, pour poursuivre l'analyse des réformes engagées notamment au titre de la transformation de l'ISF en IFI et de l'instauration du prélèvement forfaitaire unique et libératoire de 30 % – le PFU – sur les revenus du capital mobilier. On a constaté un changement d'état d'esprit des investisseurs internationaux pour qui la France a perdu sa réputation de taxation des entrepreneurs et de leurs cadres dirigeants. N'oublions pas que ce sont ces derniers qui, concrètement, décident des implantations à l'étranger.

Cinq ans après ces réformes, le recul est maintenant suffisant pour confirmer que l'exil fiscal a diminué. Ce sont autant de gros contribuables qui restent en France pour le plus grand bénéfice de Bercy. Et non seulement eux mais aussi les entreprises qu'ils auraient développées à l'étranger s'ils étaient partis.

Il faut également rappeler que l'argent des dividendes circule. Une partie va aux fonds de pension et finit dans la poche de modestes retraités, notamment américains et anglais, une autre est remplacée par les bénéficiaires privés dans de nouvelles entreprises. C'est un moyen essentiel du renouvellement de notre tissu entrepreneurial.

Trop d'impôt tue l'impôt

Mais vous ne lirez rien de tel dans la presse égalitariste, dont le lecteur pense au contraire qu'une hausse du taux de l'impôt augmente les recettes de l'État et que sa baisse les diminue.

C'est ignorer les enseignements des courbes de l'économiste Arthur Laffer, suivant lesquelles il n'est pas fiscalement rentable de dépasser un certain taux de prélèvement car une hausse des taux diminue *in fine* l'assiette fiscale.

Pas besoin d'être scientifique pour comprendre qu'il vaut mieux pour l'État toucher 25 % de 1000 euros de dividendes distribués, soit 250 euros de recette fiscale, que de taxer à 33 % des dividendes réduits à 600 euros, soit 200 euros de recette fiscale.

C'est l'adage bien connu : « trop d'impôt tue l'impôt. »

Et c'est d'autant plus vrai que les acteurs économiques peuvent choisir de s'établir dans des pays à la fiscalité plus douce.

Surtaxer les riches appauvrit tout le monde

Or, comme une grande part des dépenses de l'État a un objectif social, diminuer les recettes en augmentant comme en 2013 l'impôt sur les dividendes, c'est appauvrir les pauvres.

De la même façon, la suppression de l'ISF a entraîné une baisse des recettes fiscales beaucoup moins importante que prévu et cette petite baisse a été compensée par les impôts sur les activités générées.

Au mépris d'un examen sérieux du résultat, la fin partielle de l'ISF et la taxation normale des dividendes sont ainsi présentées comme des scandales. Peu importe que l'emploi et le trésor public y gagnent !

Le titre de l'article du journal *Le Monde*, mis à jour le 9 octobre, donne le ton : « Après la suppression de l'ISF, les revenus des 0,1 % les plus riches ont explosé en France ».

C'est un manque de sérieux flagrant, l'augmentation de leurs revenus provenant de la hausse des dividendes et non de l'absence d'ISF, et n'étant qu'un retour à la normale européenne, comme expliqué plus haut.

Enfin, se polariser sur les 0,1 % c'est réduire l'analyse à des cas très particuliers, dont beaucoup sont probablement accidentels. Je veux dire par là qu'ils ne figurent dans cette liste que pour une raison ponctuelle et donc n'en feront pas partie l'année suivante.

« Non seulement ils sont riches, mais en plus ils en profitent »

La presse égalitariste fourmille également de ce que j'appelle « des doublons logiques » qui enfoncent des portes ouvertes tout en criant au scandale pour faire vendre.

Par exemple, cette presse exploite l'enquête Epicov coordonnée par l'Inserm, rendue publique le 9 octobre 2020 et dont la conclusion est que « le Covid-19 a accru les inégalités ».

Les riches sont mieux logés

En effet, premier « doublon », la « découverte » que les riches habitent dans des logements plus grands que les pauvres.

C'est présenté comme un scandale et cette enquête souligne que de plus cela les met à l'abri de la promiscuité qui répand le virus chez les moins bien logés.

Les logements des « riches » sont déjà taxés via l'impôt sur la fortune immobilière mais visiblement ça ne suffit pas. Qu'inventer pour établir une égalité de confort et de risque face au virus ? Interdire la propriété de logements de plus de 15 m² par personne ?

Les riches bénéficient du télétravail

Deuxième « doublon logique », les riches en général ne travaillent pas de leurs mains et peuvent donc télétravailler à partir d'une agréable résidence secondaire ou de tout autre endroit pittoresque. Ils peuvent éviter ainsi des heures de transport quotidien et donc échapper encore plus au virus !

Alors que les pauvres doivent se rendre sur leur lieu de travail pour y être ouvrier, caissière, employé de banque... Il faut donc interdire le télétravail, tant pis si les contaminations augmentent !

Notez au passage que sont oubliés les médecins, notamment hospitaliers, pourtant en première ligne face au virus...

Les riches vivent mieux

Indépendamment de la pandémie, j'entends aussi que les riches mangent davantage bio bien que ce soit plus cher, qu'ils peuvent se payer un abonnement à une salle de sport, ou, scandale, à un club de golf !

On ajoute qu'ils peuvent faire des voyages confortables. Interdisons donc le bio, le sport et les voyages dans des hôtels de plus de deux étoiles !

Les riches ont plus d'argent

Le Monde enfonce le clou en écrivant : « L'épargne accumulée depuis le confinement est très majoritairement détenue par les Français les plus aisés » (octobre 2020). Quelle surprise ! Quel scandale !

On pourrait continuer longtemps ainsi, résumons par un doublon logique général : « Non seulement ils sont riches, mais, en plus, ils ont de l'argent ! »

Les ravages de la jalousie et du populisme sont dévastateurs.

19 novembre (Le Point)

https://www.lepoint.fr/societe/migrants-les-francais-majoritairement-opposes-a-l-accueil-des-navires-18-11-2022-2498298_23.php

Migrants : les Français majoritairement opposés à l'accueil des navires

Une étude Cluster 17 pour « Le Point » révèle les opinions très disparates de nos concitoyens sur la question migratoire, notamment au sein de l'électorat macroniste.

Par [Alice Pairo-Vasseur](#)



Une étude réalisée par l'institut de sondage indépendant Cluster 17 pour *Le Point* nous apprend que 41 % des Français se disent – d'une façon générale – favorables à l'accueil de navires de migrants dans les ports français, quand 55 % s'y déclarent défavorables. © VINCENZO CIRCOSTA / AFP

Publié le 18/11/2022 à 15h00

Si l'amarrage du navire *Ocean Viking* à Toulon, vendredi 11 novembre, avec 234 personnes à son bord a suscité un bras de fer diplomatique avec l'Italie, il divise aussi la société française. Et fragilise, ainsi, un président de la République à l'électorat plus composite que jamais.

C'est ce que révèle une étude réalisée par l'institut de sondage indépendant Cluster 17 pour *Le Point* (sur un échantillon de 2 429 personnes). Ainsi nous apprend-elle que 41 % des Français se disent – d'une façon générale – favorables à l'accueil de navires de migrants dans les ports français, quand 55 % s'y déclarent défavorables.

«En même temps »

Une gageure pour Emmanuel Macron, dont l'électorat, mêle, lui aussi, des Français « en même temps » favorables à cet accueil et des concitoyens plus hostiles à leur venue. « Le président demeure toujours soutenu par un électorat de droite et de gauche », soulignent, à ce titre, les auteurs de l'étude.

Aussi, bien que la posture d'« ordre » adoptée par le président lors des crises (Gilets jaunes, Covid, guerre en Ukraine) et le rejet des populismes aient « participé à souder ses électeurs », le sujet de l'immigration « participe au contraire à les cliver sur l'axe identitaire », peut-on encore lire ; 59 % de son électorat s'y déclarant favorable, 38 % défavorable.

19 novembre (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/afrique/article/2022/11/17/energie-en-afrique-la-priorite-est-d-investir-dans-des-projets-pour-les-600-millions-d-habitants-privés-d-electricite_6150364_3212.html

Energie : « En Afrique, la priorité est d'investir dans des projets pour les 600 millions d'habitants privés d'électricité »

[Chronique](#)

Marie de Vergès

Si la priorité mondiale est de développer une énergie verte, celle de l'Afrique est d'accéder à l'énergie tout court, observe Marie de Vergès, journaliste au « Monde Afrique », dans sa chronique.

Publié le 17 novembre 2022 à 19h00 Mis à jour le 17 novembre 2022 à 19h00 Temps de Lecture 2 min.

Au Burkina Faso, une personne utilise en moyenne autant d'électricité en une année qu'un Français pour faire tourner son four à micro-ondes. Dans toute l'Afrique subsaharienne (à l'exception de l'Afrique du Sud), la consommation annuelle par tête, à 185 kilowattheures, est 69 fois moins importante qu'aux Etats-Unis et 35 fois moins qu'en Europe. A Charm El-Cheikh (Egypte), les hôtes de la COP27 réfléchissent au moyen de produire une énergie moins polluante. Mais, en Afrique, il s'agit d'abord de produire plus, tout court.

Selon la Banque mondiale, la moitié des habitants de la région n'a toujours pas accès à l'électricité. L'autre moitié doit le plus souvent composer avec des prix élevés et des coupures fréquentes. Cette carence énergétique est un résultat du mal-développement tout autant qu'elle le nourrit. Il y a donc urgence à changer la donne si l'on veut en finir avec l'extrême pauvreté et atteindre l'objectif fixé par l'ONU d'une énergie propre et abordable pour tous d'ici à 2030.

Pour y parvenir, il faudrait doubler les capacités de production et les investissements au cours de la prochaine décennie, en mettant l'accent sur les renouvelables, [préconisait en juin l'Agence internationale de l'énergie](#). Un chemin a priori logique dans le contexte du changement climatique et pour un continent qui dispose de ressources naturelles abondantes, en particulier dans le solaire et la géothermie. Manifestement, ce potentiel ne suffit pas. La région n'abrite ainsi que 1 % de la capacité solaire photovoltaïque installée dans le monde.

Selon un [rapport](#) du cabinet d'expertise Bloomberg New Energy Finance, publié en marge de la COP27, les investissements dans les énergies renouvelables en Afrique sont même tombés en 2021 à leur niveau le plus bas depuis dix ans. A 2,6 milliards de dollars (2,5 milliards d'euros), ils ne représentent que 0,6 % des montants investis à travers la planète dans les énergies propres. Pis, ils ont chuté de 35 % par rapport à 2020, à contre-courant d'une tendance à la hausse (+ 9 %) dans le reste du monde.

Tâche ardue

Durant toute la dernière décennie, l'Afrique et ses projets énergétiques verts ont attiré les capitaux de façon « très irrégulière », indique le rapport, et quatre pays seulement (le Maroc, l'Afrique du Sud, le Kenya et l'Egypte) en ont capté l'essentiel. Ce mauvais bilan tient à des barrières bien identifiées : cadre réglementaire parfois inconsistant, déploiement défaillant des réseaux électriques, manque d'implication des investisseurs locaux...

Cette situation n'est pas nécessairement figée. La région peut s'inspirer de l'exemple de pays comme le Brésil ou le Vietnam, où des politiques bien calibrées ont permis de réaliser des progrès rapides. La tâche s'annonce malgré tout ardue. Alors que les finances publiques des Etats africains ont été durement éprouvées par les dernières crises, les investisseurs internationaux ne risquent pas de se départir de sitôt de leur frilosité.

En attendant, les dirigeants africains revendiquent leur droit d'exploiter leurs énergies fossiles, le gaz en particulier, dont le continent est richement doté. Le conflit russo-ukrainien, en bouleversant les marchés de l'énergie, leur donne des arguments. Les Européens lorgnent sur ces vastes réserves pour sécuriser leurs approvisionnements. Mais le risque est qu'une telle ruée soit avant tout destinée aux pays riches, transformant l'Afrique en « *station-service de l'Europe* », comme l'a dénoncé à Charm El-Cheikh le militant kenyan du climat Mohamed Adow, qui appelle à sauter l'étape des fossiles pour imposer le continent comme un « *leader vert* ».

Gaz ou renouvelables, la priorité est surtout d'investir capitaux et technologies dans des projets mis au service des 600 millions d'Africains aujourd'hui privés d'électricité. Car les plus pauvres sont aussi les plus vulnérables au dérèglement du climat. Pour pouvoir s'adapter, il leur faut d'abord disposer des outils leur permettant de lutter contre la précarité. L'accès à l'énergie est le premier.

19 novembre (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/idees/article/2022/11/18/une-acceleration-immediate-des-investissements-de-transition-climat-exige-un-mecanisme-accepte-rapidement-par-tous_6150530_3232.html

« Une accélération immédiate des investissements de transition climat exige un mécanisme accepté rapidement par tous »

[Tribune](#)

Jean-Charles Hourcade Economiste

L'économiste Jean-Charles Hourcade propose, dans une tribune au « Monde », la création d'un fonds multisouverain apportant les garanties des Etats du Nord aux financeurs privés des projets d'investissements bas carbone au Sud.

Publié hier à 15h00, mis à jour hier à 19h14 Temps de Lecture 3 min.

L'Accord de Paris, qui prévoit que chaque pays annonce des contributions volontaires, présuppose un dialogue multilatéral. Celui-ci commençait déjà à s'effriter en 2015. La situation a empiré depuis, menaçant l'efficacité du dispositif puisque deux tiers des investissements bas carbone pour rester sous les 2 °C [doivent être effectués dans les infrastructures des pays du Sud](#). Sans quoi ceux-ci s'enfermeront dans des trajectoires d'émissions qui annihileront les efforts conduits dans les pays du Nord. Or leurs difficultés d'accès au capital ont été aggravées par la crise de 2008 puis celle liée au Covid-19. Les transferts Nord-Sud de 100 milliards de dollars par an promis à la conférence climat de Copenhague en 2009 sont insuffisants pour les lever, d'autant que, au Sud, il manque déjà de 16 % à 32 % des financements nécessaires aux infrastructures, y compris pour les adapter au réchauffement climatique.

Tout ministre du trésor devant assumer la crise Covid et la guerre en Ukraine tout en répondant aux demandes de financement public pour la santé, l'éducation, la sécurité civile, l'armement et la décarbonation de l'économie, le problème ne peut se résoudre en termes de subventions publiques.

Des marges de manœuvre réapparaissent si l'on redirige le stock mondial d'épargne privée (celle des 1,5 million de millionnaires de la planète) vers les secteurs à fort potentiel de décarbonation et les pays où les besoins d'adaptation sont importants. Pour ce faire, la réflexion est largement engagée sur le rôle des banques et la régulation du système financier. Mais aucune proposition ne sera efficace à temps si elle enclenche des controverses trop longues à dépasser dans un monde divisé, en touchant à des points sensibles du système monétaire. Une accélération immédiate des investissements de transition climat exige un mécanisme accepté rapidement par tous parce que porteur de gains réciproques et immédiats.

Effets levier

Un préalable est de réduire le déficit d'investissements privés sur des projets viables, [aujourd'hui découragés par des coûts initiaux importants](#) – complexité des procédures de montage, fragmentation des guichets de financement, dérapage des coûts de construction, sous-performance des équipements. Les prêts bonifiés et les taxes carbone ne bénéficient qu'aux projets qui passent déjà cet obstacle mais ne débloquent pas les autres, en particulier la myriade de petits projets utiles pour le développement local.

Sur le papier, la solution est de maximiser l'effet de levier de l'argent public. Il est possible de mobiliser l'argent privé [en réduisant le niveau de risque des projets via des garanties publiques](#). Ceci permet de diminuer fortement les taux de marges requis pour des investissements directs, l'émission d'obligations ou l'accès à des crédits à bas coût. Ces dispositifs sont déjà couramment utilisés, avec des effets levier de 1 à plus de 10. Pour leur faire faire un saut qualitatif et quantitatif, les gouvernements du Nord et du Sud devraient s'engager sur un dispositif de garantie commune, utilisant des méthodes partagées d'évaluation des projets, y compris une référence à une valeur du carbone évité.

Aujourd'hui, les pays occidentaux privilégient des accords bilatéraux ou des clubs multilatéraux apportant des financements à des pays individuels. C'est certes un progrès indéniable, mais il faut veiller à ne pas nourrir le soupçon d'ingérence et de biais en faveur des intérêts des pays garants au détriment de besoins réels des pays hôtes, surtout si, en même temps, les pays du Nord lèvent des taxes aux frontières pour protéger leurs efforts internes. [Un fonds multisouverain lancé par quelques pays permettrait de prévenir ces malentendus](#), de mobiliser plus efficacement la finance privée et d'engendrer des gains tangibles immédiats, susceptibles d'attirer des pays séparés par ailleurs par des visions géopolitiques divergentes.

En apportant des garanties notées AAA sur les projets climat au Sud, les pays initiateurs contribueraient à une relance économique à court terme, équilibreraient leurs comptes publics par les taxes levées sur les exportations induites et faciliteraient l'émergence d'une nouvelle classe d'actifs « verts ». Ils pourraient alors réduire la préférence des épargnants pour le foncier, l'immobilier, le luxe et les placements spéculatifs, qui mine l'économie mondiale. Ce serait une façon de « faire payer les riches » et de faire du défi climatique l'axe d'un cercle de confiance pour une autre croissance et un monde plus apaisé.

Jean-Charles Hourcade est directeur de recherche émérite au Centre international de recherche sur l'environnement et le développement (Cired/CNRS), auteur du rapport du GIEC (2018) et du rapport [Scaling-up Climate Finance](#) du Fonds Vert Climat (2021). Les vues exprimées dans cet article ne reflètent pas nécessairement celles des organisations auxquelles l'auteur est associé.

19 novembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/ocean-viking-totalement-depassee-la-justice-a-libere-la-plupart-des-migrants-20221118>

Ocean Viking: totalement dépassée, la justice a libéré la plupart des migrants

Par [Margaux d'Adhémar](#)

Publié hier à 20:20, mis à jour hier à 20:20



Des migrants à bord de l'*Ocean Viking* avant de débarquer, le 11 novembre 2022, après avoir été secourus par l'organisation maritime et humanitaire européenne «SOS Méditerranée». *VINCENZO CIRCOSTA/AFP*

DÉCRYPTAGE - La juridiction de Toulon s'est pourtant mise en ordre de bataille pour répondre à cette situation inédite.

Après les quatre migrants qui ont échappé pour vice de procédure aux contrôles, après la vingtaine de mineurs qui ont disparu dans la nature, c'est le système judiciaire qui est débordé par les 234 migrants de l'*Ocean Viking*. Alors que les mineurs du navire humanitaire ont été pris en charge par l'aide sociale à l'enfance, les 189 adultes avaient, de leur côté, été placés dans une «zone d'attente» avant d'être auditionnés par l'Office français de protection des réfugiés et apatrides (Ofpra).

Or, lorsqu'une personne est placée dans un centre de ce type, elle peut y résider quatre jours au bout desquels la procédure oblige à demander une prolongation de maintien en zone d'attente - dont le délai maximal est de 26 jours - auprès d'un juge des libertés et de la détention. Le juge a alors 24 heures pour statuer sur la demande. *«La juridiction de Toulon a été d'un coup submergée par environ 180 dossiers. C'est un véritable fiasco, ces délais n'étant pas adaptés à un tel afflux de demandes»*, souffle le bâtonnier du barreau varois, Sophie Caïs. La juridiction de Toulon s'est pourtant mise en ordre de bataille pour répondre à cette situation inédite: *«cinq juges ont été mobilisés par demi-journée avec chacun 20 dossiers à traiter»*, poursuit l'avocate.

Faiblesse du système

«C'est la première fois qu'un tel volume doit être traité dans de tels délais, et il était impossible que ce nombre considérable de dossiers soit absorbé», l'encadrement procédural n'étant pas adapté à un contentieux de masse. Résultat: *«Pour plus de la moitié des cas, le délai pour statuer était dépassé, ce qui a poussé les juges soit à des dessaisissements, soit des décisions de caducité»*, précise Sophie Caïs.

La procédure et les délais ont mis en exergue les faiblesses du système judiciaire. Tout d'abord, les 26 avocats toulonnais désignés en commission d'office n'étaient pas nécessairement tous formés à cette situation très spécifique, les poussant à suivre, dimanche dernier, une formation en accéléré. Puis,

mardi 15 novembre, devant le tribunal de Toulon, c'était la débandade. *«Il y avait un énorme déficit d'interprètes: lors de l'audience, j'échangeais avec des ressortissants du Bangladesh avec Google Traduction. Sans parler de certains agents de la PAF (police aux frontières, NDLR) qui ne sont pas non plus formés à ce genre de situation»*, témoigne M^e Sophie Caïs.

Il a finalement été estimé que le nombre trop important de saisines simultanées aurait dû permettre aux juges de repousser leurs décisions de 24 heures, ce qui suspendait donc la décision toulonnaise. *«Les rescapés ne comprenaient rien à ce qui leur arrivait: ils avaient débarqué au port de Toulon, puis avaient été emmenés sur la zone d'attente de la presqu'île de Giens, puis au tribunal de Toulon, puis de nouveau à la zone d'attente, puis à la cour d'appel d'Aix-en-Provence...»*, énumère le bâtonnier. Vendredi, la cour d'Aix a annoncé avoir validé la remise en liberté de la *«quasi-totalité, voire la totalité»* des 108 migrants qui réclamaient de ne plus être enfermés.

De son côté, l'Ofpra a émis *«123 avis défavorables»*, signifiant que ces migrants devraient normalement faire l'objet d'une procédure d'expulsion, ce qui n'a toutefois pas été précisé par le ministère de l'Intérieur. Tous n'ont cependant pas reçu un refus d'entrée sur le territoire: 66 ont obtenu un avis favorable, selon le ministère. Ceux à qui a été refusée une entrée sur le territoire par l'Ofpra via une procédure de demande d'asile à la frontière mais dont la cour d'appel d'Aix-en-Provence a rejeté le maintien en zone d'attente peuvent désormais entamer une procédure de demande d'asile classique.

18 novembre (Marianne)

<https://www.marianne.net/societe/sciences-et-bioethique/transidentite-la-pedopsychiatre-caroline-eliacheff-accueillie-dans-un-festival-sous-surveillance-policiere>

Débat

Transidentité : la pédopsychiatre Caroline Eliacheff censurée par des activistes LGBT à Lille

Par [Marie-Estelle Pech](#)

Publié le 17/11/2022 à 14:15



Transidentité : la pédopsychiatre Caroline Eliacheff censurée par des activistes LGBT à Lille

La pédopsychiatre Caroline Eliacheff qui devait tenir une conférence dans une médiathèque de Lille ce jeudi 17 novembre vient d'en être empêchée par des activistes LGBT. Sa venue à Paris pour une conférence le 20 novembre a par ailleurs carrément été annulée par la mairie de Paris.

Elle est devenue la nouvelle cible des associations de défense des personnes transgenres depuis son essai, paru en janvier dernier, intitulé La Fabrique de l'enfant transgenre (L'Observatoire). Avec la professeur Céline Masson, la pédopsychiatre et psychanalyste [Caroline Eliacheff](#) y observait une « augmentation des cas d'enfants voulant changer de genre » et y alertait sur ce qu'elle estime être un [phénomène de « contagion sociale »](#) « influencée par le discours de militants trans ». Aucun traitement ni intervention ne doit être admis avant l'âge de 18 ans chez les jeunes patients en quête d'identité, estime-t-elle.

Un discours qui ne passe pas auprès des militants transgenres. Ces derniers l'accusent régulièrement de transphobie, au point de vouloir la censurer. La mairie de Paris-Centre vient d'annuler la tenue d'un colloque sur les nouveaux enjeux des parents lors duquel Caroline Eliacheff devait intervenir, le dimanche 20 novembre. « La mairie est engagée contre toutes les discriminations et contre la transphobie », justifie publiquement la ville, qualifiant les intervenants de « chercheurs aux positions controversées ».

MENACES SUR LES RÉSEAUX SOCIAUX

Un comité d'accueil fourni attendait par ailleurs Caroline Eliacheff ce jeudi 17 novembre après-midi, à Lille, où elle devait intervenir, à l'occasion d'une table ronde organisée par les dirigeants du festival de philosophie Citéphilo. Le positionnement de la pédopsychiatre heurte notamment les membres de l'association LGBTQI + J'en suis, j'y reste, et les élus d'Europe Écologie les Verts de la mairie de Lille. Les premiers avaient appelé leurs militants à se rassembler devant la médiathèque où se déroule la table ronde. Les responsables locaux des Verts, eux, avaient demandé en vain à la maire de Lille, Martine Aubry, de « remettre en cause le partenariat sur cet événement, dans des locaux municipaux », dénonçant une « propagande transphobe ».

« Caroline Eliacheff n'a pas pu ouvrir la bouche ! », raconte Gilbert Glasman, l'un des fondateurs du festival, dépité par l'attitude des activistes qui sont « venus d'autant plus nombreux que notre festival est gratuit, accessible à tous ». Injuriée à de nombreuses reprises aux cris de « transphobe » et « facho », la pédopsychiatre a attendu vainement plus d'une heure que les activistes cessent de taper des pieds et des mains pour pouvoir prendre la parole.

À l'extérieur de la salle, environ deux cents personnes ont manifesté parallèlement contre sa venue, à coups de tambourin, sous surveillance policière. « Nous avons, contre notre volonté, dû interrompre la conférence » explique Gilbert Glasman, « pour moi, il s'agit ni plus, ni moins que d'une forme de censure ». Atterré, un organisateur du festival raconte avoir entendu un groupe d'étudiants militants de Sciences-Po Lille décréter que « seuls les trans peuvent parler des trans » : « On sombre en absurdité. Pourquoi ne pas décréter que seuls les enfants peuvent parler des enfants ? », interroge-t-il.

« Ces dernières semaines, nous avons reçu des menaces sur les réseaux sociaux, un véritable discours de haine. On nous reprochait d'être transphobes et homophobes. C'était assez incroyable », poursuit cet organisateur qui, inquiet, avait dû alerter la police. « Pourtant, depuis notre création, il y a 26 ans, nous accueillons tout le temps des intellectuels avec lesquels nous ne sommes pas forcément tous d'accord. Il s'agit de débattre avant tout. C'est une manifestation ouverte, chacun a le droit de poser des questions, de contredire. Il y avait d'ailleurs eu au préalable un débat dans notre association sur la venue d'Eliacheff, certains étaient contre. Mais une majorité s'était prononcée pour. Cela avait été tranché ».

Par [Marie-Estelle Pech](#)

18 novembre (Contrepoints)

<https://www.economist.com/leaders/2022/11/17/there-is-a-better-way-to-help-poor-countries-fight-climate-change>

There is a better way to help poor countries fight climate change

Governments cannot pay for it all, but they can attract private capital



Nov 17th 2022

From tonnes of carbon to degrees of global temperature rise, it is not unusual for un climate summits to revolve around numbers. At this year's cop, held in the [Egyptian](#) resort of Sharm el-Sheikh, one set of figures is dominating the conversation above all else: the [size of the bill](#). At the Copenhagen summit in 2009 rich countries promised to supply annual climate financing of \$100bn to [poor countries](#) by 2020, to help them slow climate change and resist its effects. The most that has ever arrived is \$83bn, in 2021.

In fact, even \$100bn would not be enough. A report commissioned by the un calculates that poor countries, excluding China, will need \$2.4trn annually by 2030 to tackle global warming. Around half can be raised domestically, leaving an annual shortfall of more than \$1trn.

Public funding will never fill the gap. Rich countries are beset by covid-era debts, rising interest rates and soaring energy prices. Many poor ones are facing debt crises. Only two weeks before [delegates](#) arrived at the cop, Egypt devalued its currency and secured a bail-out from the imf.

Who then should pay? John Kerry, America's climate envoy, has announced a plan to encourage firms from the rich world with green aspirations to pay to shut polluting power plants in poor countries. In return, the firms would receive credits that would allow them to declare themselves "carbon neutral".

But corporate munificence (as opposed to the profit motive) is unlikely to suffice. **The solution is to attract more private investment.** Mia Mottley, the prime minister of Barbados, has proposed a scheme to that end involving the imf. Emmanuel Macron, the president of France, has voiced his support for it. The fund would issue \$500bn in "special drawing rights" (sdrs)—a kind of low-cost sovereign overdraft—which would be commingled with funds raised from private investors, reducing the overall cost of capital.

But issuing sdrs amounts to printing money—a worrying precedent when inflation is so high. What is more, the scheme would bypass scrutiny: America's Treasury can authorise up to about \$650bn without congressional approval. Governments must make and win the argument for climate finance, rather than sneaking it past voters.

A better idea is to use public money to "derisk" projects funded largely by private capital. Investors often demand much higher returns on ventures in the developing world, because they consider them so perilous. A solar farm in cloudy Germany needs to earn only 7% to win funding, according to the Climate Policy Initiative, a research institute, whereas a similar project in sunny Egypt requires a forbidding 28%.

Public investment can help reduce this risk premium. That is the logic behind Just Energy Transition Partnerships, pacts between a group of Western countries and individual poor ones, that aim to speed the [transition away from coal](#). The first such deal was struck with South Africa last year. The second, with Indonesia, was announced this week. It hopes to mobilise \$10bn of private funding to go with \$10bn of public money. Such focused coalitions provide clarity for investors and so make borrowing cheaper.

Transfers from rich to poor countries are only fair, since the rich world is responsible for the majority of global emissions. They are also essential, since most of the current flow comes from poor and middle-income countries. But the focus should be less on how much rich governments give and more on how much poor countries get, thanks to private investment. That is the best way to keep the scary numbers at bay.

18 novembre (Contrepoints)

<https://www.economist.com/leaders/2022/11/17/in-defence-of-qatars-hosting-of-the-world-cup>

Leaders | Don't smear the emir

In defence of Qatar's hosting of the World Cup

It is a worthier venue for a big sporting event than other recent hosts



Nov 17th 2022

Migrant workers are often treated very badly. There is much less sexual freedom than in Western countries. It is not a democracy. These [statements](#) are true of Qatar, where the month-long finals of the football [World Cup](#) begin this weekend. They are also true of Russia, which hosted the previous World Cup, and China, which hosted the most recent Olympic games, last winter. In fact, Qatar is a much more suitable country to host a big sporting event than either of those two.

At best, Western criticism of the decision to award the games to [Qatar](#) fails to distinguish between truly repugnant regimes and merely flawed ones. At worst, it smacks of blind prejudice. A lot of the indignant pundits sound as if they simply do not like Muslims or rich people.

Qatar may not be a democracy, but it is not the despicable despotate of cartoonish editorials. The previous emir, under no popular pressure at all, introduced elections of a sort. He also set up a news channel, Al Jazeera, that is more outspoken than its Arab rivals, even if it goes easy on Qatar itself. That is a far cry from Vladimir Putin's Russia, where you get sent to prison for describing the war in Ukraine as a war, let alone denouncing it. And it is a world of difference from China, where no peep of political dissent is tolerated. The Argentine junta that hosted the World Cup in 1978 threw critics out of helicopters.

The world also looks at migrant workers in Qatar through a distorted lens. For one thing, the emirate is more open to foreign labour than America or any European country. Native Qataris make up only 12% of the population—a proportion supposedly more enlightened countries simply would not tolerate. Although these migrants are sometimes mistreated, the wages most earn are life-changing, which is why so many want to come in the first place. And whereas hosting the Olympics twice has not made China more democratic, the chance to stage the World Cup has led to an improvement in Qatar's labour laws.

The claim that Qatar is a den of homophobia is also misleading. Gay sex is illegal, it is true, but so is all sex outside marriage. There are few prosecutions for violating these laws, however. And such conservative but seldom-enforced laws are common throughout much of the developing world, and in almost all Muslim countries. Qatar hardly stands out.

Then there are the claims that [Qatar](#) bribed its way to World Cup glory. That may be true, although no clear proof has ever been made public. But if it is, it says more about fifa, the body governing international football, than it does about Qatar. The world is always going to have rich countries; it needs sporting authorities able to guard against undue influence.

The strongest argument against Qatar as a host is environmental. With the world overheating, it seems mad to fly in legions of players, fans and hangers-on to run about in new, air-conditioned stadiums on grass sustained by desalinated water. The hosts' claim that the event will be carbon-neutral is dubious. But this is a vice of all big sporting events, to some degree. Thanks to clever engineering, cooling the stadiums is not as polluting as you might imagine. And the 3.6m tonnes of carbon dioxide that fifa says the tournament will emit is just 0.01% of global emissions this year.

Unless [fifa](#) wants the tournament to rotate among Finland, Norway and Sweden, it cannot always hold it in a blameless spot. The idea of bringing the World Cup to the world is only right. The Middle East is full of fans, but has never hosted the event before. Nor has any Muslim country. If the World Cup is ever to be held in such a place, Qatar is a perfectly good choice. .

18 novembre (Contrepoints)

<https://atlantico.fr/article/decryptage/migrants-l-appel-d-air-un-fantasme-d-extreme-droite-ou-une-realite-confirmee-par-les-donnees-des-nations-unies-immigration-france-europe-italie-frontieres-ocean-viking-refugies-asile-integration-rodrigo-ballester-jean-paul-gourevitch>

LES PLUS HUMANISTES NE SONT PAS CEUX QUI LE REVENDIQUENT

Migrants : l'appel d'air, un "fantasme d'extrême-droite" ou... une réalité confirmée par les données des Nations-Unies ?

Le navire Ocean Viking de SOS Méditerranée a été accueilli à Toulon après le refus de l'Italie. Certains membres de la classe politique craignent que cette forme d'aide ne crée un appel d'air et attise la crise migratoire.

avec [Rodrigo Ballester](#) et [Jean-Paul Gourévitch](#)



Des migrants à bord de l'Ocean Viking avant leur arrivée à Toulon.

Atlantico : Alors que l'Ocean Viking remet sur le devant de la scène l'enjeu migratoire, certains dénoncent l'appel d'air que provoquent certaines décisions. Pour une partie de la classe politique et intellectuelle, ce n'est rien d'autre qu'un fantasme d'extrême droite. Qu'en est-il réellement ?

Rodrigo Ballester : C'est tout sauf un fantasme. Dire le contraire relève de la pure mauvaise foi et de l'idéologie, ce qui est, hélas, encore très fréquent en matière de migration. Parler de fantasme, c'est en fait affirmer que la nature des règles migratoires n'aurait aucun impact. Qu'elles soient strictes ou laxistes, passeurs, trafiquants, migrants et ONGs se comporteraient exactement de la même façon. Absurde et empiriquement faux. Il y a bien entendu un effet dissuasif quand ces règles sont fermes et un effet d'encouragement quand celles-ci sont permissives ou laissent des lacunes légales. S'il en était autrement, comment expliquer que passeurs et trafiquants donnent des consignes précises à leurs « clients » ou victimes ? Comment expliquer que certains trafiquants ne daignent plus installer des moteurs sur leurs barques au fur et à mesure que les missions de sauvetage des ONGs s'approchaient des côtes africaines ? Finalement, pourquoi l'Australie a-t-elle réussi à juguler les flux de migrants illégaux avec des mesures drastiques et décriées mais redoutablement efficaces ? Donc, même si l'effet « appel d'air » est difficile à quantifier, il est évident que la possibilité de débarquer des migrants sauvés en mer non pas dans le port le plus proche mais directement en Europe, en sachant pertinemment que la majorité des expulsables ne seront pas expulsés, favorise la migration illégale. Et donc, les mafias de passeurs et de trafiquants.

Jean-Paul Gourévitch : Dès que les problèmes d'immigration reviennent en première ligne, il est classique pour l'extrême-gauche et une partie de la gauche et du centre, d'accuser l'extrême-droite de nourrir les fantasmes de la société française. Ce qui n'a fait jusqu'ici que la renforcer et conduire l'opinion publique à récuser

majoritairement la politique migratoire du gouvernement français et plus largement de l'Union Européenne si tant est qu'elle existe.

Le souhait, formulé par plusieurs pays dont la France, de déplacer les hotspots du pays d'accueil au plus près du pays d'origine, voire dans la Méditerranée elle-même, pour réguler les flux migratoires, s'est révélé peu réaliste. Les candidats à la migration vers l'Europe ont vite compris que dès qu'ils mettraient le pied sur le continent, ils y resteraient. De fait, il n'y a dans l'Union Européenne que 30% des décisions de reconduites exécutées et la France est un des plus mauvais élèves avec moins de 10%, même en comptant les déboutés qui repartent d'eux-mêmes.

Ce qui renforce cet appel d'air, c'est que la migration méditerranéenne, grâce à la connexion - que certains nomment collusion - entre les mafias de passeurs et les navires humanitaires sécurise davantage les passages, même si le nombre de naufrages ne diminue pas sensiblement. Chacun aujourd'hui connaît le système, bien que certains gardent les yeux grands fermés comme dirait Michèle Tribalat. Les migrants ne s'embarquent que s'ils sont persuadés que les bateaux humanitaires de type Ocean Viking sont prêts à les recueillir et à les conduire, malgré les aléas de la traversée, jusqu'aux rivages désirés du continent européen. Les passeurs qui ont encaissé l'argent du voyage et des « services supplémentaires » fournis, cinglent vers la limite des eaux territoriales et préviennent le navire humanitaire le plus proche de s'y poster afin que les migrants puissent y embarquer. Pas de risque d'être ramenés à leur point de départ comme ce serait le cas si le transbordement s'opérait dans les eaux territoriales. Ils s'occupent parfois eux-mêmes de ce transfert comme l'ont montré plusieurs vidéos puis s'échappent au plus vite.

Le point obscur est celui des relations financières entre ces passeurs et les navires humanitaires. Ce sujet qui alimente les polémiques ne pourra être éclairci que par une enquête indépendante. En attendant, ces bateaux largement financés par les contribuables - Madame Hidalgo a reconduit la subvention de 100 000 euros à l'ONG SOS Méditerranée - sont devenus, parfois sans le vouloir, des entreprises lucratives qui paient leur équipage, leur carburant et leur entretien, sauf qu'elles réinvestissent une partie de leurs gains pour secourir ou recueillir de nouveaux candidats à la migration.

5.136 décès et disparitions ont été enregistrés en 2016, lorsque l'Italie était dirigée par le gouvernement libéral du Parti démocratique (PD) du Premier ministre Paolo Gentiloni, contrairement aux 2.337 enregistrés en 2018, lorsque Salvini est devenu ministre de l'Intérieur et a fait de l'arrêt de la migration sa priorité. Dans quelle mesure ces données témoignent-elles de ce phénomène ?

Rodrigo Ballester : Comme je le disais, le phénomène est difficile à quantifier. Comment mesurer le nombre d'embarcations dissuadées de prendre le large, comment savoir exactement combien de migrants sont décédés en mer ? **Mais encore une fois, malgré ces précautions, il serait absurde de nier qu'une politique migratoire laxiste favorise la migration illégale et vice-versa. Nier l'appel d'air car il ne serait pas totalement quantifiable est un raccourci qui ne tient pas la route. Donc, à mon avis, les chiffres dont vous parlez confirment, au moins en partie, que refuser le chantage des « ONGs » sauve des vies, surtout dans le cas de l'Italie dès lors que la majorité des départs ont lieu de Tunisie.**

N'oublions pas non plus l'ampleur du phénomène : selon l'UE, depuis 2015, 22.000 vies seraient à déplorer alors que Frontex aurait effectué 610.000 sauvetages. **Par ailleurs, 90% des migrants illégaux font appel aux passeurs et trafiquants pour atteindre l'Europe, un « business » de plusieurs milliards d'euros, et d'approximativement 200 millions rien que sur les routes qui traversent la Méditerranée.** Donc, soyons sincères, si les ONGs n'étaient pas en mesure de patrouiller et que les migrants étaient sauvés en mer et rapatriés dans le port le plus sûr sur le continent africain, ces chiffres seraient-ils aussi élevés ?

Une anecdote : lors d'une mission en Ethiopie, je me souviens du représentant d'une ONG présente dans les camps de réfugiés se plaindre amèrement des missions de sauvetage de Frontex, reprochant à cette agence de faire le taxi pour les trafiquants et d'inciter les personnes tassées dans ces camps de fortune à retenter une énième fois « l'aventure ». Que penserait-il de l'Ocean Viking ?

Jean-Paul Gourévitch : Depuis une dizaine d'années, le nombre de morts en Méditerranée oscille entre 0,5 et 3% des tentatives de passage, au point qu'on peut légitimement parler d'un « cimetière marin ». Imputer les variations de cette courbe au changement de politique du gouvernement de tel ou tel état me paraît hasardeux. **Ceux des pays qui ont une politique migratoire ferme et assumée comme l'Australie ont effectivement découragé les tentatives et par conséquent réduit corrélativement le nombre des victimes. Mais chacun sait aujourd'hui que l'Europe n'est ni une île ni une forteresse et que l'immigration zéro est un leurre.**

Que ce soit avec les exemples danois, états-uniens, australiens ou italiens (ou autres), a-t-on des données permettant d'attester de la matérialité de cet appel d'air ?

Rodrigo Ballester : Si par « appel d'air » on entend le nombre exact d'embarcations qui sont encouragées d'en faire autant que l'Ocean Viking car la France a finalement accueilli les migrants que l'Italie a refusé, alors, à ma connaissance, il n'y a pas de données exactes même si cela reste très plausible. **Si tous les ports européens étaient fermés, les trafiquants, passeurs et migrants prendraient-ils les mêmes risques ? Bien sûr que non et en toute probabilité, moins de migrants mourraient pendant la traversée. Il ne faut surtout pas que cette polémique sur l'effet « appel d'air » occulte la réalité sordide du trafic d'êtres humains, de migrants que les passeurs exploitent et traitent comme du bétail avec cynisme et des « ONGs » qui sont complices de ce sinistre trafic.**

Notons, par ailleurs, que de nombreux Etats ont décidé de se montrer plus fermes. Que ce soit en construisant des barrières (Espagne, depuis longtemps, Hongrie, Pologne, Lituanie), en restreignant ou délocalisant le droit d'asile (Danemark, Royaume-Uni) ou en refusant l'accueil des bateaux (Italie, mais aussi Malte et Chypre, qui se sont montrés solidaires de Rome), la tendance est claire : juguler la migration irrégulière, ne plus faire le jeu des trafiquants et des passeurs et mieux contrôler les frontières européennes. Ces initiatives vont-elles se traduire par une baisse significative de la migration illégale ? Pourra-t-on quantifier l'effet dissuasif de frontières bien défendues ? Voilà une question bien plus intéressante.

Jean-Paul Gourévitch : En Australie, du fait de la fermeture des frontières et de la diminution du nombre de migrants, la croissance démographique s'est établie pour la première fois à moins de 1% entre septembre 2019 et septembre 2020. Mais le taux de chômage est descendu à 5,3% en février 2021 avec une croissance meilleure que prévue. Au Danemark dont 12% de la population est d'origine étrangère, la politique restrictive du gouvernement social-démocrate qui a fait chuter le nombre des demandeurs d'asile de 21 300 en 2015 à 1 600 personnes en 2021 (avec 600 réponses favorables) a aidé la gauche à remporter les élections.

Les citoyens ne sont pas si naïfs ou manipulés qu'on le proclame. Quand une politique migratoire généreuse ou laxiste génère un appel d'air de la part de ressortissants de pays en souffrance, sans que les résultats en matière d'éducation, d'emploi et de sécurité soient rapidement visibles pour le pays d'accueil, le désamour s'installe. **La France comptait déjà en 2018 selon l'OFII et l'INSEE 11% d'immigrés et 12% de personnes issues de l'immigration - plus les personnes en situation irrégulière -, soit près du double des chiffres des Données INSEE 2004. L'appel d'air est loin d'être négligeable et les résultats des élections récentes, même si l'immigration n'est qu'un des facteurs explicatifs, attestent du scepticisme et des crispations de la population sur ce sujet.**

Dans quelle mesure est ce que sur ce sujet, les plus humanistes ne sont pas forcément ceux qui le revendiquent ?

Rodrigo Ballester : Très probablement. La migration est devenue un terrain de bataille idéologique et l'on se demande parfois si certains ont pour but de protéger les migrants ou de les manipuler pour avancer un agenda idéologique. Certains sont si viscéralement opposés au concept de frontières, que la fin justifie les moyens pour s'y opposer, au mépris de la vie des migrants et au prix d'une connivence avec d'abjects trafiquants. Franchement, quand un navire « humanitaire » recueille en mer cinquante femmes nigériennes à quelques milles nautiques de la Libye pour les déposer en Italie sans en avoir le droit, il sait parfaitement quel sort les attend : l'exploitation sexuelle la plus sordide. Il n'y a rien d'humaniste là dedans.

Jean-Paul Gourévitch : Notre travail scientifique est d'établir des faits avérés, de fournir des chiffres sourcés, de lutter contre la désinformation et les amalgames de toutes sortes, afin de permettre aux citoyens informés de valider leur jugement ou de prendre leurs décisions en connaissance de cause. L'émotionnel n'est pas absent de nos préoccupations et quand on a travaillé depuis plus de trente ans en Afrique et avec les Africains de France, on sait un peu ce que représente la migration, en matière d'espoirs comme de déchirements. Je m'en tiendrai là et n'entends donner des leçons d'humanisme à personne.

18 novembre (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/11/18/443506-maths-pour-tous-la-fausse-reforme>

Maths pour tous, la fausse réforme

[Jean-Baptiste Noé](#)

Le ministre de l'Éducation nationale est revenu sur la réforme Blanquer en remettant 1 h 30 de mathématiques obligatoires en Première et Terminale. C'est à la fois un enterrement de la réforme de son prédécesseur et une accélération de l'idéologie du genre.



Publié le 18 novembre 2022

Classes préparatoires et universités s'étaient émues de l'effondrement du niveau en [mathématiques](#). Le responsable désigné fut la disparition des mathématiques obligatoires en Première et Terminale, à la suite de la réforme [Blanquer](#).

Son [successeur](#) vient de revenir dessus en mettant 1 h 30 de mathématiques pour tous les lycéens. Si le geste est unanimement approuvé par les acteurs de l'éducation, il suscite pourtant plusieurs interrogations, que peu de personnes soulèvent.

Où les mettre ?

La première est celle de la faisabilité.

Comme très souvent en matière éducative, les idées ne tiennent jamais compte des réalités matérielles. Dans des emplois du temps qui sont déjà saturés, où ajouter 1 h 30 de cours hebdomadaire ? C'est quasiment mission impossible, ce qui va probablement contraindre à supprimer 1 h 30 de cours ailleurs afin de faire tenir le volume horaire.

Quoi que l'on pense de la [réforme Blanquer](#), elle a sa logique et sa structure propres. La tripatouiller en retirant des heures ici et en en ajoutant là revient à mettre à mal l'ensemble de l'édifice. Comment alors articuler les options et les matières obligatoires, comment valoriser les filières choisies ? Des cours sont ajoutés sous le coup de l'émotion sans aucune analyse globale de la réforme. Une réforme qui, entre confinements et ajustements, n'a jamais été appliquée dans son entièreté et qui est désormais mise à mal dans sa structure de cours.

Cet ajout n'est nullement anodin pour la structure générale des cours. C'est à une refonte générale qu'il eut fallu se livrer pour aboutir à des programmes qui soient autre chose que des accumulations de rustines.

Le coût de l'opération n'a pas non plus été communiqué, de même que sa faisabilité humaine. L'une des raisons non avouées de cette suppression des mathématiques est le manque de professeurs. Où trouver les ressources humaines pour effectuer ces cours supplémentaires ? 1 h 30 semble peu, mais

cumulé sur les classes et sur l'année, cela finit par représenter un volume très important pour les lycées.

Un problème d'égalité

Plus gênant en revanche, l'idéologie qui sous-tend cet ajustement structurel : il faudrait aboutir à une égalité fille/garçon en termes d'études scientifiques suivies. On a ainsi vu apparaître de nombreux commentaires demandant qu'il y ait 50 % de filles dans les études scientifiques. Toujours l'obsession de la parité par construction sociale.

C'est un fait, il y a davantage de filles en étude de droit, de lettres et d'infirmières et davantage de garçons en étude d'informatique et de sciences. Cette réalité, qui résulte d'une liberté de choix, est insupportable pour les tenants du constructivisme social. Il faut absolument nier la différence fille/garçon et donc aboutir à une égalité sexuée dans le choix des études. À ce titre, pourquoi ne pas s'émouvoir de l'absence de parité dans les études de droit, pourquoi ne pas demander qu'il y ait 50 % de garçons parmi les sages-femmes ?

Au lieu de s'assurer et de permettre que chacun puisse développer ses talents et ses capacités au mieux, le législateur intervient par idéologie pour établir sa planification sociale. Ce qui est fort inquiétant.

D'autant que la réalité est l'inverse de ce que croient les idéologues. Lors de mes recherches, qui ont abouti à mon ouvrage *La non-mixité à l'école. Au-delà du tabou, pour une éducation innovante*, j'avais ainsi démontré comment la mixité scolaire a conduit à créer des stéréotypes de genre qui conduisent à la situation actuelle d'une polarisation sexuée des études. Aux États-Unis, au début du XX^e siècle, dans la région de Boston (cas étudié dans l'ouvrage), les filles choisissaient davantage les sciences que les garçons qui choisissaient eux-mêmes davantage le droit que les filles. C'est-à-dire l'inverse d'aujourd'hui, le tout dans un cadre scolaire non mixte.

Dans les écoles non mixtes d'aujourd'hui (que nous appelons écoles différenciées), les filles choisissent davantage les études scientifiques que la moyenne nationale et les garçons optent plus pour les études juridiques et littéraires. Des cas confirmés dans tous les pays européens étudiés : Suisse, Italie, Espagne, France, Royaume-Uni. L'école mixte a renforcé les stéréotypes de genre en créant l'idée qu'il existe des matières « pour les filles » et d'autres « pour les garçons ».

Une réalité que les idéologues de la rue de Grenelle ne veulent pas voir, tout obnubilés qu'ils sont par leurs expériences sociales réalisées sur les enfants.

L'objectif d'améliorer le niveau scientifique des lycéens est une bonne chose, mais **le problème ne se règle pas en première et doit s'inscrire dans une revalorisation globale, dès les classes de primaire.** Celui de créer un nivellement égalitaire et une obsession paritaire est en revanche fort mauvais et très inquiétant.

18 novembre (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/11/18/443471-jean-marc-daniel-est-il-devenu-keynesien>

Jean-Marc Daniel est-il devenu keynésien ?

[Johan Rivalland](#)

Quesnaysien oui, keynésien bien évidemment que non (il le dit lui-même). Démonstration dans cet ouvrage, où il entend défendre une écologie libérale.

Publié le 18 novembre 2022

Jean-Marc Daniel qualifie de « pagano-gauchistes » tous ces mouvements qui se disent écologistes et sont en réalité « sans nuances », ne faisant que promouvoir un vieil anti-capitalisme qu'ils tentent de recycler, les idées marxistes du XX^e siècle ayant perdu de leur superbe à la suite de la chute de l'URSS.

Selon nombre d'entre eux, au capitalisme devrait être substitué une « société frugale et égalitaire reposant sur de multiples contraintes et sur la restriction des libertés et des possibilités de production ». Par exemple Naomi Klein, chantre depuis longtemps de l'obsession anti-capitaliste s'étant désormais emparée des thèmes de l'écologie radicale, recommande ainsi de mettre tout en œuvre pour revenir au niveau de consommation et donc de revenu des années 1970 (ce qui à titre d'illustration correspondrait à une division par deux du pouvoir d'achat dans le cas des Français, les « riches » devant, il va de soi, être davantage mis à contribution que les autres). On imagine sans peine l'impact économique, sociétal et humain catastrophique que cela engendrerait...

Refusant d'entrer dans le jeu des visions catastrophistes qu'ils s'évertuent sans cesse à mettre en avant de manière virulente, et de l'écologie de type punitive qu'ils promeuvent, Jean-Marc Daniel privilégie quant à lui l'appel à la raison et à la connaissance pour tenter de montrer qu'il est possible d'adopter une analyse beaucoup plus sereine et constructive sur l'écologie plutôt que de chercher en vain et sans réelle vision à « changer le système ».

Retour aux sources

Tout étudiant ayant reçu un enseignement en histoire de la pensée économique (HPE) a entendu parler des physiocrates, ce courant de pensée très délimité dans l'espace (la France, à quelques exceptions près) et dans le temps (de la fin des années 1750 à 1776 et le renvoi de Anne Robert Jacques Turgot, ainsi que la parution de La Richesse des nations d'Adam Smith), dont les précurseurs sont Pierre le Pesant de Boisguillebert et Richard Cantillon.

Le terme physiocratie a été inventé par Dupont de Nemours. Il résulte de la fusion de deux mots grecs : *physis* (la nature) et *kratos* (la puissance). Cette école de pensée très structurée (contrairement au mercantilisme dont elle vient contredire assez radicalement les principes) avait pour chef de file François Quesnay, qui reprend notamment la notion de droit naturel de John Locke, à laquelle il ajoute celle « d'ordre naturel » (« ordre voulu par Dieu, intangible et connaissable »).

Il reprend aussi à Boisguillebert l'approche en termes de circuit, ainsi que l'anticolbertisme et l'idée de primauté de l'agriculture. Il est persuadé que la prospérité du royaume repose sur celle de l'agriculture. Il faut donc éviter de l'écraser par l'impôt et ôter les barrières administratives à l'échange.

Il est obsédé, en particulier, par le problème du « bon prix » du grain. Les prix insuffisants empêchent les cultivateurs de pouvoir investir dans l'amélioration des cultures.

Mais c'est surtout la conception du [Tableau économique](#) (1758) qui va susciter l'intérêt des économistes. Cette représentation du circuit macroéconomique inspirera notamment [Karl Marx](#) au XIX^e siècle et est considérée comme l'origine des systèmes de comptabilité nationale développés après la Seconde Guerre mondiale.

On y trouve en particulier une notion décisive dans l'HPE qui va déboucher sur la notion classique de capital : celle des « avances » (capital fixe et capital circulant des classiques qui correspondent aux moyens de production durables et aux consommations intermédiaires).

Une opposition aux thèses des mercantilistes

Si tout le monde recherche l'excédent commercial, suivant [les principes des économistes mercantilistes, dominants depuis le XVI^e siècle](#), le système se bloque ou dégénère en affrontement (le XVII^e siècle est un siècle de guerre). Cela pouvait encore à peu près fonctionner tant que l'Espagne assumait les déficits liés à son pillage des réserves d'or et d'argent américaines, mais plus après.

Le message des mercantilistes à l'égard de l'inflation engendrée par l'afflux de métaux précieux est ambigu : elle favoriserait les vendeurs dont les prix montent (ce qui n'est finalement pas avéré puisqu'on assiste plutôt à des transferts de revenus) et effacerait les dettes des États (les taux d'intérêt vont en réalité monter et non baisser comme attendu, l'inflation ayant conduit les prêteurs à protéger leur rendement), mais en revanche elle rend manifestement le pays moins compétitif et réduit ses débouchés à l'exportation.

L'inflation conduit donc, *in fine*, à un amenuisement de l'excédent commercial qui oblige soit à baisser les prix à l'export en faisant pression sur les salaires du secteur exportateur (d'où des révoltes), soit à réduire encore les importations par des augmentations de droits de douane ou un contingentement renforcé (ce qui pénalise le bien-être de la population qui, par ailleurs, souffre toujours de disettes en France et ne voit pas son niveau de vie s'améliorer, y compris en Espagne).

L'acteur central de l'économie est en réalité l'État et non l'entrepreneur. Le système est construit pour et par des fonctionnaires, au service du « despote éclairé », qui modernise l'économie au nom de la raison (Cromwell, Colbert).

En définitive, à la fin du XVII^e siècle, la recherche de métaux précieux apparaît clairement comme une illusion.

En outre, les guerres quasi permanentes qui secouent l'Europe conduisent à un endettement récurrent des États qui, par commodité, prennent l'habitude d'organiser les banqueroutes pour annuler tout ou partie de leur dette. Ce qui, forcément, entraîne réticence de la part des prêteurs et conduit donc à des hausses de taux d'intérêt pour tenter de les amadouer. Et à plus long terme conduit à abandonner ces pratiques de la banqueroute devenues inefficaces.

L'actualité des thèses des physiocrates

C'est dans ce contexte que la doctrine des physiocrates émerge, avançant l'idée que l'économie est régie par des mécanismes naturels qui ne doivent pas être faussés par ces interventionnismes excessifs.

La balance commerciale cesse alors d'être privilégiée, pour étudier en priorité les interdépendances au sein de l'économie nationale (analyses du circuit macroéconomique).

Le parallèle avec aujourd'hui est très intéressant. Après nous avoir présenté de manière vivante et passionnante quelques-uns des personnages éminents, souvent oubliés, de ce mouvement physiocrate, Jean-Marc Daniel montre une fois de plus en quoi la connaissance de l'histoire des idées économiques est utile.

Pourquoi insister sur les limites et les impasses du mercantilisme ? Parce que notre époque, qui semble étrangement, nous l'avons dit, avoir de plus en plus les yeux de Chimène pour Colbert, est devenue subrepticement chrysohédoniste. En effet, les politiques monétaires débridées qui ont servi à financer les déficits budgétaires ont reposé sur l'idée qu'augmenter la quantité de monnaie en circulation revenait à augmenter la richesse. « L'argent magique » créé sans limites a remplacé l'or dans les fantasmes politiques d'aujourd'hui, comme si une partie des dirigeants avait du mal à admettre que c'est par le travail et non par la monnaie que l'on devient riche.

Mais revenons aux mercantilistes. Ils soutenaient en outre que l'abondance de monnaie allait se traduire par une baisse des taux d'intérêt favorable à l'investissement et capable d'alléger la charge d'intérêt des États. Or c'est l'inverse qui s'est produit, l'inflation ayant conduit les prêteurs à protéger le rendement de leurs placements en faisant monter ces

derniers. Là encore, notre époque décidément tristement chrysohédoniste a cru trouver son salut dans des taux d'intérêt faibles, voire négatifs, et n'en a pas tiré les bénéfices attendus sous forme du renforcement de l'investissement...

Écologie et droit de propriété

Le problème des écologistes aujourd'hui c'est qu'ils contestent le droit de propriété qui était justement ardemment défendu, entre autres, par les physiocrates comme faisant partie des droits naturels et comme étant une condition essentielle du développement de la richesse dont nous devons tous bénéficier. Non plus comme auparavant au nom de la lutte des classes mais désormais de la dégradation de la nature. Sauf que, comme le remarque Jean-Marc Daniel (et comme nous sommes nombreux à le remarquer également), le bilan des pays socialistes du XX^e siècle qui avaient remplacé la propriété privée par celle collective a été véritablement catastrophique (assèchement de la mer d'Aral, Tchernobyl, etc.).

L'explication est assez évidente :

En fait, la défense du droit de propriété comme moyen de préservation de l'environnement tient au simple fait que nul n'a intérêt à abîmer ce qu'il détient alors que tout individu peut vite se convaincre qu'il n'a aucun risque à vivre aux crochets de la collectivité, que celle-ci soit nationale, municipale ou coopérative.

Bienfaits de la concurrence, libre circulation des marchandises, libre-échange, économie de l'offre et de création de débouchés, sont les autres conditions essentielles définies par les physiocrates pour assurer la croissance des richesses et donc le bien-être de tous. Il s'agit aussi de pratiquer une fiscalité modérée (portant essentiellement sur la propriété foncière, les fameux « rentiers » auxquels Jean-Marc Daniel fait souvent référence), d'éviter l'endettement public (limiter le niveau de dépenses à celui des recettes) et de contrôler la masse monétaire pour ne pas engendrer l'inflation (l'outil monétaire ne favorisant pas la croissance).

Turgot le réformateur

Anne Robert Jacques Turgot, qui est l'un des très rares ministres libéraux que la France ait connu au cours de son histoire, va s'inspirer de l'idée des physiocrates affirmant que la croissance économique de l'époque repose sur l'agriculture. Raison pour laquelle il va œuvrer pour la libéralisation du prix du blé.

Il a été introduit à la Cour et parmi les cercles économiques dominés par les physiocrates par [Vincent de Gournay, qui est et restera son véritable inspirateur](#), celui à qui beaucoup attribuent la célèbre formule « [Laissez faire, laissez passer](#) ». Il correspond par ailleurs avec de nombreux philosophes, dont [David Hume, qui lui présente son ami Adam Smith](#). Nommé contrôleur des Finances par Louis XVI en 1774, il entend désendetter la France et contrôler les dépenses.

Comme chez Jean-Baptiste Say un peu plus tard, l'épargne joue un rôle fondamental pour Turgot. C'est aussi pourquoi il convient d'éviter ce que l'on appelle aujourd'hui [l'effet d'éviction](#) (aspiration par l'État de l'épargne privée à travers ses besoins de financement).

Ses réformes sont d'une ampleur inédite, sachant qu'il n'est resté aux finances du pays que deux ans : notamment libéralisation du commerce des grains, ouverture des marchés, suppression de la corvée et des jurandes, réduction des dépenses pour diminuer le déficit budgétaire (et non augmentation des recettes ou annulations de dettes ! Une vraie rupture), création d'une caisse d'escompte privée et indépendante sur le modèle de la Banque d'Angleterre pour aider à résoudre le problème de la dette.

Ce sont une fois de plus de mauvaises récoltes et des émeutes de la faim qui auront raison de son action. Le roi cède à la pression très vive de ceux qui ont intérêt à réclamer sa tête (ce qui vaudra à Louis XVI de perdre la sienne quelques années plus tard, événement terrible contre lequel Turgot l'avait mis en garde, faisant le parallèle avec ce qui s'était passé en Angleterre près d'un siècle auparavant).

Le retour du malthusianisme

Les physiocrates ont été oubliés de l'Histoire (raison pour laquelle Jean-Marc Daniel tente de les réhabiliter en leur rendant hommage), même si [David Ricardo \(sa grande référence\)](#) notamment a repris l'héritage de Turgot et Jean-Baptiste Say.

Mais s'il y en a un qui n'a pas été oublié, c'est [Thomas Robert Malthus](#). À son époque, il est vrai que l'on sortait de nombreux siècles parsemés de disettes et de famines. Ce qui permet de mieux comprendre ses craintes même s'il nous [apparaît clairement a posteriori qu'il s'était trompé](#) (excuse que l'on peut plus difficilement accorder aujourd'hui à ceux qui développent des thèses qualifiées de malthusiennes, [visant à réduire la population](#)).

Or, ce que nous montre Jean-Marc Daniel à travers des pages passionnantes est que ce sont les **énergies fossiles** qui ont permis à l'humanité de sortir du « piège nutritionnel » et de la destruction des forêts, assurant le développement et l'enrichissement de tous. L'occasion une nouvelle fois de nous présenter de manière vivante l'évolution de la pensée économique, de Malthus (et son héritage) à [Stanley Jevons, l'un des premiers marginalistes](#), qui sera aussi l'un des premiers à s'interroger sur la pérennité de la solution représentée par le charbon, jusqu'aux [idées reçues accumulées aujourd'hui](#) et reprises en chœur par certains jusqu'à la déraison.

Enjeux contemporains

Pour des raisons de longueur, j'irai vite sur les idées que développe ensuite Jean-Marc Daniel au [sujet de l'écologie aujourd'hui et auxquelles sont consacrées les 80 dernières pages](#). Je renvoie pour l'essentiel à la lecture de l'ouvrage.

Fruits de l'héritage des plus de 200 années de croissance qui font suite à la croissance nulle des nombreux siècles précédents et de l'héritage intellectuel issu des réflexions depuis les physiocrates, ce sont les considérations au sujet de l'écologie auxquelles il s'intéresse. Mettant en exergue à la fois les problématiques actuelles, les raisonnements biaisés ou excessifs qui y sont liés, les mécanismes en jeu et les théories économiques fondamentales les abordant (dont les apports d'[Arthur Pigou](#) en termes d'externalité, auxquels il est sensible). **La thèse essentielle du livre étant de [montrer que les libéraux ne se désintéressent aucunement de la question de l'écologie](#), même si leurs analyses ne sont pas celles actuellement dominantes. L'idée centrale étant que croissance économique et préoccupation écologique ne sont nullement incompatibles.**

Ainsi, à rebours des thèses malthusiennes répandues à foison, il invite chacun à s'intéresser aux [travaux des démographes](#) sérieux, à se méfier des [effets d'annonce et comportements de passager clandestin](#), à veiller à [rester crédible dans ses propositions](#). Là encore, il se réfère aux travaux des économistes, à l'instar de ceux du prix Nobel d'économie [William Nordhaus](#), [peu en phase avec les discours du GIEC](#) et bête noire des pagano-gauchistes, qui montre le potentiel énorme que représente le nucléaire en termes de croissance et de contraintes énergétiques et rappelle toutes les infirmités passées des prédictions pessimistes en matière d'écologie. Sans oublier le prix Nobel [Théodore Schultz](#), [de l'école de Chicago](#), à qui il rend un hommage appuyé et qu'il considère comme le dernier grand économiste à avoir réhabilité les principes des physiocrates, insistant sur l'importance de réduire le rôle des États dans l'activité agricole pour rétablir celui des prix et des mécanismes de marché.

Revenir aux fondements de l'économie

Tirant les enseignements de tout ce que nous a apporté l'histoire des idées économiques, et en particulier l'héritage des physiocrates, c'est donc à l'abandon de tout interventionnisme étatique en matière d'agriculture que [Jean-Marc Daniel appelle, au respect de la propriété privée et de la concurrence, qui doivent permettre de favoriser l'investissement, le progrès technique et les gains de productivité, qui permettent à la fois d'améliorer les rendements et d'accéder à des formes d'énergie moins polluantes, tout en s'attachant au sens des responsabilités des entrepreneurs et à restaurer le rôle de l'épargne dans l'économie.](#)

[Et non en stigmatisant l'économie de marché et la mondialisation, en faisant appel au protectionnisme, ou en se lançant sans cesse dans des plans de relance keynésiens grossiers et gigantesques ne faisant que traduire une certaine « désarroi » et une « paresse intellectuelle ».](#)

[...] les physiocrates ont eu pour premier mérite de rompre avec les illusions chrysohédonistes que le keynésianisme démagogique actuel fait revivre.

[...] Mais il faut aller au-delà, rendre à la physiocratie la reconnaissance que l'oubli historique lui a dénié. Cela signifie qu'il ne faut pas ignorer les problèmes environnementaux mais lutter contre leur utilisation pour justifier un renforcement de l'État. Ces problèmes trouveront une réelle solution grâce à la concurrence, et certainement pas grâce à un interventionnisme étatique désordonné et fallacieux car financé à crédit.

- Jean-Marc Daniel, *Redécouvrir les physiocrates – Plaidoyer pour une économie intégrant l'impératif écologique*, Odile Jacob, octobre 2022, 224 pages.

18 novembre (Le Point)

https://www.lepoint.fr/livres/comment-lutter-contre-la-tyrannie-de-la-mediocrite-18-11-2022-2498240_37.php

Comment lutter contre « la tyrannie de la médiocrité » ?

Dans cet essai au vitriol, l'éditorialiste au « Point » Sophie Coignard déplore la disparition du mérite au profit de la recherche à tout prix de l'égalité.

Par [Romain Gubert](#)



Il y a près de dix ans, deux ministres de l'Éducation de François Hollande, Najat Vallaud-Belkacem et Geneviève Fioraso, ont biffé d'un trait de plume une mesure sociale pourtant tout à fait juste : les bourses d'excellence. © KENZO TRIBOUILLARD / AFP

Publié le 18/11/2022 à 07h00

Les lecteurs du *Point* connaissent les éditos enflammés de [Sophie Coignard](#). Dans « [Le monde de Sophie](#) » (Coignard), ils découvrent, chaque matin, ses sincères indignations. Mais, cette fois-ci, davantage qu'un billet d'humeur, c'est à un voyage que nous convie notre éditorialiste. Un parcours étonnant avec ce but : essayer de comprendre pourquoi le concept de mérite, alors qu'il a toujours été un socle de la République, est aujourd'hui pris pour cible.

L'obsession de Sophie Coignard n'est pas née sur un coup de tête. Mais il y a près de dix ans, lorsque deux ministres de l'Éducation de [François Hollande](#), [Najat Vallaud-Belkacem](#) et [Geneviève Fioraso](#), ont biffé d'un trait de plume une mesure sociale pourtant tout à fait juste : [les bourses d'excellence](#), permettant aux bacheliers modestes ayant réussi le bac avec mention « très bien » de bénéficier d'une aide annuelle de 1 800 euros qui accompagnait ces brillants jeunes gens dans un parcours d'études supérieures (et donc leur permettait de faire leurs études presque à armes égales – toutes proportions gardées – avec des jeunes issus de milieux favorisés).

Les Lumières nous montrent le chemin

Le chemin de Sophie Coignard nous entraîne au XVIII^e siècle. Elle raconte comment les philosophes des Lumières ont fragilisé l'Ancien Régime en célébrant les vertus du mérite et de l'effort contre les privilèges de la naissance. Et comment ils ont petit à petit ouvert la voie à la République. Elle rappelle comment Napoléon, qui voulait une nouvelle élite pour animer l'État, a valorisé l'effort. Comment [Guizot](#), en 1833, a développé l'école primaire (pour les garçons) avec le même objectif, etc. Et comment le CNR, le Conseil national de la Résistance, a mis en avant le mérite pour reconstruire la République après les heures sombres de l'Occupation en en faisant un facteur d'émancipation et en encourageant celui-ci pour ressouder la société française.

La journaliste du *Point* nous entraîne à **Harvard**, où **l'un de ses plus éminents professeurs, Michael Sandel**, démontre que le mérite est, selon lui, l'alibi d'un système libéral qui refuse de faire de la place aux nouveaux arrivants et que les quelques exemples de parcours ascendants sont justement mis en avant pour préserver le système et pour que « rien ne change ». Un argument proche de celui de **Michael Young, un sociologue britannique pour qui le mérite est l'ultime justification du chacun pour soi, permettant d'oublier en toute bonne conscience les principes de solidarité.**

Égalité des chances

Ces arguments, Coignard ne les balaye pas d'un revers de la main. Si elle est sans complaisance pour les « solutions » de l'extrême gauche qui promeut le tirage au sort pour désigner de nouvelles élites, l'essayiste convient que **la notion de « mérite » n'a de sens que si l'égalité des chances est respectée. Or rien n'est moins vrai aujourd'hui. Un exemple : l'héritage.** La part héritée dans le patrimoine des Français représente aujourd'hui 60 %, contre 35 % dans les années 1970. Autre écueil : le déséquilibre des revenus du capital et de ceux du travail qui ne permet pas aujourd'hui à un salarié « méritant » de rattraper le niveau de vie de ceux qui bénéficient d'un capital à la naissance.

Coignard souligne aussi que, pour parler de mérite, il est sans doute temps de revoir en profondeur le concept d'« **utilité sociale** » de certaines fonctions productives et ainsi de revoir le concept de mérite en fonction de valeurs morales ou éthiques, en appuyant son propos d'un exemple, celui de l'infirmière et de ses apports à la collectivité par rapport à celui de trader.

L'éditorialiste du *Point* se promène ensuite chez nos politiques. Elle pointe du doigt les populistes, à commencer par Donald Trump qui passe son temps dans ses meetings à dire « j'aime beaucoup ceux qui n'ont pas de diplômes » pour engranger les suffrages. **Elle dénonce « l'idéologie woke » qui accuse les défenseurs du mérite qui ne prendraient pas suffisamment en compte, selon elle, le concept de « privilège blanc » et de minorités.** Elle raconte aussi comment, en oubliant la notion de mérite au profit de l'égalité, **Emmanuel Macron supprime l'ENA**, la sélectivité du lycée parisien Henri-IV, favorise **le système Affelnet** pour uniformiser le niveau des lycées ou oublier les internats d'excellence.

Solutions

Le mérite de l'ouvrage de Sophie Coignard repose aussi sur ses solutions. Revoir le système de valeurs de la société (l'infirmière contre le trader) et la notion de bien commun est un chantier de très long terme. Mettre à plat la légitimité de l'héritage ne se fait pas non plus d'un claquement de doigts. **En revanche, repenser le système éducatif est un objectif raisonnable et de court terme.** Elle souligne qu'en trois décennies, entre le primaire et la fin du collège, 700 heures d'enseignement du français par élève ont disparu. Elle rappelle que l'Éducation nationale privilégie aujourd'hui le « savoir-être » plutôt que les compétences et qu'à l'université la maîtrise de l'écriture inclusive est davantage valorisée que les connaissances.

Sophie Coignard **remet aussi en cause les dispositifs plus ou moins expérimentaux privilégiant les voies d'accès aux grandes écoles pour les lycéens défavorisés et défend une refonte en profondeur des études supérieures, passant par la valorisation des filières intermédiaires (IUT, BTS) pour favoriser ensuite leur intégration vers les grandes écoles et**

les formations bac + 5 plutôt que d'encourager 80 % d'une classe d'âge à entrer à l'université. Avec un objectif : éviter « la tyrannie de la médiocrité ». Lumineux.



La Tyrannie de la médiocrité (L'Observatoire, 19 euros, 208 pages)

18 novembre (NZZ)

<https://www.nzz.ch/feuilleton/neue-familien-ld.1712431>

Das Ende der alten Familie: Eine Struktur, die wir ein halbes Jahrhundert als Ideal angesehen haben, weicht neuen Partnerschaftsformen

Das klassische Familienmodell und die Blutsverwandtschaft verlieren an Bedeutung. Sie stehen dem Bedürfnis nach individueller Freiheit im Weg. Die Konsequenz ist Instabilität.

Hans Ulrich Gumbrecht

17.11.2022, 05.30 Uhr



Vater, Mutter, Kind: Familienglück der fünfziger Jahre. Getty

Eine Gegenwart tiefer Ungewissheiten muss die zweite Juniwoche 1948 in Deutschland gewesen sein, als ich zur Welt kam. Dass eine neue Währung für die «westlich besetzten Zonen» des Landes die heruntergewirtschaftete Reichsmark ersetzen und ihnen nun gleich dreimal sechzig Mark «Kopfgeld» einbringen sollte, erfuhren die Eltern wenige Tage nach meiner Geburt. Erst in den Reaktionen auf diesen mit Stalin und der Sowjetunion nicht vereinbarten Schritt begann sich die Gründung von zwei deutschen Staaten für das nächste Jahr abzuzeichnen. Die Szene des Kalten Kriegs als übergreifender politischer Rahmen. Ob ihnen die an einer wiedereröffneten Universität hastig abgeschlossenen Medizinstudien zu einem Lebensunterhalt verhelfen könnten, war für meine Mutter und meinen Vater kaum abzusehen.

Elementare Orientierung verschafften allein überkommene Strukturen der Familie. Anders lässt sich nicht erklären, dass meine Mutter kurz nach ihrer Heirat, zu Beginn eines «Hungerwinters», schwanger wurde und dass sie mit dem jungen Vater einig war, ihren eigenen Vater zu meinem Paten und Namensgeber zu machen.

Es bedurfte keiner Diskussion, da der andere Grossvater 1927 gestorben war. Keine Diskussion, obwohl der Patengrossvater aufgrund geltender Bestimmungen für Reisen zwischen den Besatzungszonen nicht selbst zur Taufe kommen konnte – von seiner nationalsozialistischen Vergangenheit ganz abgesehen. Er hat mir den Vornamen Hans vererbt, den auch mein Vater trug. Ein zweiter Vorname war deshalb unerlässlich. Niemand hat sich je mit diesem angefreundet, weil es einen Ulrich in der Familie nicht gab.

Die Leidenschaft machte Scheidungen akzeptabel

Dass ich den Grossvater und Paten «stolz machen» sollte und ihn trotz seiner Sprödigkeit tatsächlich mehr als irgendeinen anderen Verwandten geliebt habe, gehört zu den frühesten Erinnerungen. Eineinhalb Jahrzehnte später hatten die inzwischen «Wirtschaftswunder»-wohlhabenden Eltern meinen Mangel an einschlägigen Talenten hinreichend übersehen, um anzunehmen, dass ich ihre «medizinische Familientradition» fortsetzen würde.

Wir einigten uns auf die weniger konkrete Perspektive einer Zukunft als Hochschullehrer. Einer Zukunft, die ebenfalls zur Familiengeschichte passte, weil mein Vater eine mögliche Universitätslaufbahn den Aussichten auf höheres Einkommen bei einer Privatklinik geopfert hatte. Seit einigen Monaten schliesslich fungiere ich trotz einer lebenslang gespannten Beziehung als gesetzlicher Alleinerbe meiner verstorbenen einzigen Schwester, die kein Testament hinterlassen hat.



Der Philosoph und Kolumnist Hans Ulrich «Sepp» Gumbrecht.

Christoph Ruckstuhl

Blutsverwandtschaft als Matrix, die der Familie über Generationen hinweg Kontinuität geben kann, zieht sich wie ein Leitmotiv durch meine Kindheit und das spätere Leben. Sie hat meinen Eltern durch die Nachkriegsjahre geholfen und mich affektiv an die Vergangenheit von Vorfahren gebunden.

In der Romantik allerdings war zu dieser biologischen Grundlage ein Ideal von erotischer Leidenschaft zwischen den Gatten getreten. Das hat als Wert von höherer Intensität und geringerer Dauer zu einer nicht aufhebbaren Spannung geführt. Erst angesichts der stets fragilen Komponente von Leidenschaft wurde die Scheidung zum sozial akzeptierten Ausgang der christlich unauflöselichen Ehe. Sigmund Freuds Beobachtung vom ödipalen Konflikt als einem Abweg der Begierde, die sich vom Bett der Gatten zur Beziehung zwischen Kindern und Eltern verirrt, stellte dann ein Pathologie-Potenzial heraus, das unser Bild von der traditionellen Familie aus Kontinuität und Leidenschaft immer noch überschattet.

Auch deshalb setzte meine Generation auf Gesten von Diskontinuität in der Familie als Option für Unabhängigkeit und individuelle Liebe. Die Namen unserer Kinder sollten gerade nicht die von Eltern- oder Grosseltern sein, und tatsächlich machte der Gedanke die Runde, die Namenswahl den Kindern selbst zu überlassen. Wir jungen Eltern aber neigten zu gutgemeinten Identitätsvorgaben. Bis heute stört sich meine ältere Tochter an dem Namen Sara. Sie weiss, dass er als einziger bürokratisch zugelassener Name für deutsche Jüdinnen in den dreissiger und vierziger Jahren meine Distanz gegenüber der nationalen Geschichte markieren sollte. Ihre

jüngere Schwester Laura – ein Ausdruck meiner Begeisterung für Petrarca's Lyrik – schert sich nicht um Gedichte.

Offen für Vielfalt und Abenteuer

Solche Diskontinuität-Gesten und Identitätsvorstellungen jedenfalls haben gemeinsam einen flexiblen Horizont zahlreicher neuer Familienformen geprägt. Sie ersetzen für Zeitgenossen bis heute die eine klassische Lebensform des spannungsvollen Werte-Duos aus Dauer und Leidenschaft. Zum beliebten Normalfall ist die sogenannte Patchworkfamilie geworden. Das unter ihrer doppelten Voraussetzung, dass Eltern als mittelfristige «Lebensabschnittspartner» miteinander verbunden sind und die langfristige Dimension der Blutsverwandtschaft als Differenz in ihrer Beziehung zu Kindern aus verschiedenen vorausgehenden Ehen einklammern.

In der Single-Parent-Familie leben Kinder allein mit ihrer fast immer biologischen Mutter oder ihrem biologischen Vater zusammen, die so eine an Selbstbedienung erinnernde Offenheit für vielfältige erotische Abenteuer gewinnen. Den Zusammenhalt von Familien um gleichgeschlechtliche Partner garantierten schliesslich – zumindest am Beginn ihrer Entfaltung – statt genetischer Bande wechselseitige Leidenschaft und die Liebe zu adoptierten Kindern.

In der unendlichen Plastizität neuer Familienformen sind individueller Freiheit kaum noch Grenzen gesetzt, was auch bedeutet, dass je besondere Medien der Gemeinsamkeit und der Identität erst zu entdecken und zu entwickeln sind. Musikalische Praxis, Sportbegeisterung, Reiselust, Engagement für politische Positionen oder kulinarische Faszination können diese Funktion erfüllen, je mehr Ebenen von Konvergenz, desto vielfältiger und intensiver die Höhepunkte des Familienlebens. Seine Innenwelt hat sich inzwischen der Stimmung von Freundschaft als einer Zugewandtheit angenähert.

Deren Kontinuität erfreut uns gerade deshalb Tag für Tag, weil sie nicht auf Verpflichtungen beruht und so immer neu gelingen muss. Mit Recht feiert man all diese Veränderungen der Familienstruktur hin zu individueller Freiheit ohne Begrenzung durch eine biologische Matrix als objektiven gesellschaftlichen Fortschritt. Hier liegt ihre historische Erfolgsbilanz.

Alte Familienformen sind stabiler

Zumindest für die westlichen Kulturen belegen einschlägige Statistiken jedoch, dass die flexiblen Familienmedien von Identität nie die Stabilitätswirkung der Blutsverwandtschaft erreicht haben. Mit der deutlichen, aber diesem Befund nicht widersprechenden Ausnahme von Familien um weibliche gleichgeschlechtliche Eltern hat sich die durchschnittliche Dauer der neuen institutionellen Formen bei etwas unter zehn Jahren eingependelt.

Zugleich steigt beständig die Zahl der Einpersonenhaushalte (in den Vereinigten Staaten hat ihr Anteil kürzlich die Marke von dreissig Prozent der Gesamtbevölkerung überschritten). Wenn wir diese Tendenzen nicht nur als Anzeichen einer wachsenden Präferenz für individuelles Leben ausserhalb der Familie ansehen wollen, sondern auch als eine – eher vorbewusste – Absage an den Horizont der neuen Familienformen, dann stossen wir auf die Frage, ob es existenzielle Bedürfnisse gibt, denen keine von ihnen genügt.

Zwei Mängel liegen auf der Hand. In den Patchworkfamilien mit ihrer Offenheit für mehrfachen Neubeginn verlieren die vorausgehenden Generationen und ihre möglichen Bezugspersonen an Konturen für uns. Man liebt seine Grossmutter nicht mehr als Vorfahrin, sondern weil sie die eigene Begeisterung für klassische Musik teilt. Zugleich erlegt die Neutralisierung des Unterschieds zwischen Bindungen mit biologischer Matrix und Bindungen mit Identitätskonvergenz sowohl Eltern als auch Kindern eine oft frustrierende Verpflichtung zur Gleichheit aller Beziehungen auf. Sämtliche Familienmitglieder sind in Freundschaft miteinander verbunden, vererbte Ähnlichkeiten der Gesichtszüge oder divergierende Erinnerungen sollen besser nicht zum Thema werden.

Auf eine Spur des Verstehens struktureller Probleme in den neuen Familien verweisen die enormen logistischen und finanziellen Investitionen, die männliche gleichgeschlechtliche Partner auf sich nehmen, um unterstützt durch Leihmütter Kinder in die Welt zu bringen, mit denen sie beide eine physische Beziehung teilen. Was ist die besondere Sehnsucht, die adoptierte Kinder nicht erfüllen können?

Sie hat wohl eine Affinität zu der Ahnung des Instinkts, seine eigene physische Existenz in eine potenziell unendliche Zukunft zu projizieren, die mich in Präsenz meiner vier Kinder und vier Enkelkinder überkommt. Analoges gilt für die Beziehung zu unseren Vorfahren, die sich auf Evolution in ihrer Zeittiefe öffnet. «Instinkt» nenne ich das Gefühl, weil es wie eine archaische Energie des Lebens in mein Bewusstsein ragt, ohne dort einen Begriff oder gar eine Funktion zu finden. Der Instinkt macht das Leben nicht besser, komplexer vielleicht und widerständiger gegen psychische und soziale Krisen. Denn er wirkt in beide Richtungen seiner Projektion als unumkehrbare Energie, ganz im Gegensatz zu den fluktuierenden Formen der neuen Familien. Vielleicht werden wir den Eindruck von dieser Kraft bald überlebt haben.

Hans Ulrich Gumbrecht ist emeritierter Albert-Guérard-Professor für Literatur an der Stanford University und Professor für romanische Literatur an der Hebrew University of Jerusalem (2020–2023).

18 novembre (NZZ)

<https://www.nzz.ch/feuilleton/susanna-und-metoo-biblisches-opfer-sexueller-gewalt-ganz-aktuell-ld.1711802>

O Susanna! – erst noch Vorlage für Pornografie, ist die Heldin aus dem Alten Testament jetzt Teil der #MeToo-Debatte

Die verstörende Geschichte der Susanna gilt der feministischen Kunstkritik seit je als verdächtig. Das biblische Opfer sexueller Gewalt erlangt heute aber ganz neue Aktualität, wie eine Kölner Ausstellung zeigt.

Philipp Meier, Köln 18.11.2022, 05.30 Uhr



Sebastiano Ricci: «Susanna und die Alten», Öl auf Leinwand, 1713.

Wallraf-Museum

Hände überall. Männer umringen Frauen, belästigen sie, fassen sie an und versuchen ihnen die Kleider vom Körper zu reissen. So schildern Hunderte Frauen, was ihnen in der Kölner Silvesternacht von 2015 widerfahren ist. In den Polizeivideos, die auf dem Domplatz entstanden, sieht man meist aus dem arabischen und nordafrikanischen Raum stammende Männer in Gruppen. Man sieht überforderte Polizisten, man hört Hilferufe der drangsalierten Frauen, doch man sieht diese nicht. Dafür sieht man sie jetzt im Kölner Wallraf-Richartz-Museum. Es sind bedrückende Bilder sexueller Gewalt. Die Ausstellung hat die biblische Geschichte von Susanna zum Thema – das ewige Thema sexualisierter Gewalt von Männern gegen Frauen.

In der Bibel sind die Täter zwei mächtige Richter und Würdenträger, die die jung verheiratete Frau bedrängen. Sie wollen sie sexuell gefügig machen und drohen ihr, falls sie sich weigert, sie des Ehebruchs zu bezichtigen, worauf die Todesstrafe steht. Susanna entscheidet sich gegen die Versündigung und damit für den Tod. Ihre Treue zu Gott rettet sie schliesslich in letzter Minute.



Massimo Stanzione: «Susanna und die beiden Alten», Öl auf Leinwand, um 1630–35.

Wallraf-Museum

Susannas äusserste Bedrängnis hat der italienische Barock-Maler Massimo Stanzione eindringlich geschildert: Er zeigt eine verletzte Frau, in deren Augen die Angst geschrieben steht. In einem anderen Bild sind die Gesichtszüge der Belästigten eher von Scham geprägt. Es ist das Opfer, das sich für die Gewalt schämt, die ihm angetan wird. Eine der ganz wenigen berühmten Malerinnen ihrer Zeit, Artemisia Gentileschi, hat dieses Bild gemalt. Sie war selber Opfer einer Vergewaltigung und hat die erlittene Demütigung in ihren Werken verarbeitet. Noch heute empfinden viele Frauen, die sexuelle Gewalt erfahren haben, die gleiche Scham.



Artemisia Gentileschi: «Susanna und die Alten», Öl auf Leinwand, 1622.

Wallraf-Museum

Ein altes Verbrechen

Allerdings haben viele Frauen gelernt, sich zu wehren. Aus dieser Gegenwehr ist 2017 die weltweite #MeToo-Bewegung entstanden. Ausgelöst wurde die Debatte durch den Skandal um die Übergriffe des Hollywood-Filmproduzenten Harvey Weinstein. In diesen Kontext ist jetzt auch die Kölner Ausstellung «Susanna – Bilder einer Frau vom Mittelalter bis MeToo» gestellt. Stellvertretend für alle Weinsteins dieser Welt stehen die beiden Richter, die Susanna zu nötigen versuchen – einflussreiche Männer, die ihre Machtposition schamlos ausnutzen, um ihr Begehren zu stillen.

Die altmeisterlichen Bilder erscheinen von höchster Aktualität. Die Dramatik und die Drastik des verbrecherischen Geschehens gehen unter die Haut. Die Versuchung dieser Ausstellung war denn auch gross, Susanna als Stimme des Widerstands und als eine Art Ahnfrau und Vorreiterin der #MeToo-Bewegung zu inszenieren. Dabei ging es in der tragischen Susanna-Legende nie um das Opfer selber. Niemand interessierte sich je für die Gefühlslage der jungen Frau: die Angst, die Demütigung und die Seelenqual in ihrer ausweglosen Situation.

In der biblischen Erzählung geht es um den systematischen Machtmissbrauch von Autoritätsfiguren, wie sie die beiden Richter verkörpern, die Susanna zu erpressen versuchen. Die entscheidende Aussage der Geschichte besteht darin, dass zum Wohl der Gemeinde Autorität und Macht nur jenen gebühren soll, die – wie hier Susanna – moralisch korrekt handeln, dies völlig unabhängig von Geschlecht, Alter und Status.

Christliche Anti-Eva

Bedeutung und Interpretation der Susanna-Geschichte wandelten sich allerdings durch die Jahrhunderte. Jede Epoche las die für sie entscheidenden Aspekte heraus. So galt Susanna dem Christentum als Symbolfigur der treuen und gottesfürchtigen Ehefrau – als eine Art Anti-Eva, die sich vom Teufel nicht verführen lässt. Eine spektakuläre kunsthistorische Entdeckung der Kölner Ausstellungsmacher untermauert diese These. Roland Krischel und Anja Sevcik konnten nachweisen, dass viele Susanna-Darstellungen die berühmte antike Figurengruppe des mit den Schlangen ringenden Laokoon zur Vorlage haben.

Diese Skulptur beschreibt den Toteskampf des trojanischen Priesters Laokoon gegen zwei Seeschlangen. Die Marmorfigur aus römischer Zeit, die im 16. Jahrhundert in Rom ausgegraben wurde, galt vermutlich für alle Renaissance-Künstler als Musterbeispiel der Darstellung physischer und seelischer Pein. In dem Gemälde des italienischen Altmeisters Francesco Trevisani wehrt sich Susanna in derselben gespannten Körperhaltung wie Laokoon gegen ihre Angreifer.

Das Ringen des Neptunpriesters Laokoon verwandelt sich hier in den Abwehrkampf Susannas gegen zwei schlangengleiche Männer. Selbst der Biss der Schlange in die rechte Hüfte Laokoons wurde in Trevisanis Bild übernommen: nämlich in dem dreisten Griff des einen Mannes an den Oberschenkel der jungen Frau.



Francesco Trevisani: «Susanna und die Alten», Öl auf Leinwand, 1680er Jahre.

Mauro De Santi / Wallraf-Museum

Vergewaltigungskultur

Eine andere Lesart beim Susanna-Motiv verfolgte die feministische Kunstkritik. Sie brandmarkte diese Werke als pornografisch. Ihr galt die Susanna-Legende als Vorwand, nackte Weiblichkeit zur Schau zu stellen und männlichen Voyeurismus zu bedienen. In den beiden Lüstlingen, die die Badende belauern, erblickten feministische Kunsthistorikerinnen das Urmuster des Pornografiekonsums, der weibliche Nacktheit zum Gegenstand eines männlichen Blicks macht.

Da werde ein biblisches Exempel für Keuschheit als sexuell ausbeutbare Gelegenheit gefeiert, wird die amerikanische Kunsthistorikerin Mary Garrard, eine Pionierin der feministischen Susanna-Forschung, im Katalog zitiert. Doch diese Kritik aus den achtziger Jahren ist vielen zeitgenössischen feministischen Kunstwissenschaftlerinnen viel zu harmlos. Sie sehen in der künstlerischen Tradition des Susanna-Motivs das Produkt einer «Vergewaltigungskultur» (rape culture), zu deren Aufrechterhaltung ebensolche Bilder beitragen.

Tatsächlich wird die Geschichte der Susanna meistens als gewalttätiger körperlicher Übergriff dargestellt. Viele Künstler bedienen sich dramatischer Gestik und zeigen die junge Frau oft eingeklemmt zwischen den beiden älteren Männern in kauender Pose mit gekreuzten Beinen und verschränkten Armen. Zu solch anschaulichen Mitteln zu greifen, erscheint allerdings als eine innere Notwendigkeit der bildenden Kunst. Denn wie sonst liesse sich die in der Bibel rein verbal verlaufende sexuelle Erpressung im Bild sichtbar machen? Solche Darstellungen übersetzen sozusagen bildlich Susannas Worte «Eng ist es mir von allen Seiten», mit welchen sie ihr auswegloses Dilemma beschreibt.

Gegen den feministischen Vorwurf ist einzuwenden, dass lange nicht alle Maler mit ihren Bildern die Absicht verfolgten, weibliche Nacktheit zum Vergnügen männlicher Betrachter zu zelebrieren. Dasjenige Werk in der Kölner Ausstellung, das mit dem Opfer die allergrösste Empathie aufbringt, stammt nicht etwa von Artemisia Gentileschi und damit von einer Frau, sondern von einem Mann:

In Anthonis van Dycks bestürzendem Gemälde blickt die halb entkleidete Susanna mit grösstem Entsetzen auf ihre Peiniger. Solche Bilder forderten im katholischen Kontext männliche Betrachter dazu auf, sündhafte Handlungen zu erkennen, zu verurteilen, die Verbrecher zu verabscheuen, sich in Susanna einzufühlen und sie zu bewundern. Deren Botschaft besteht durchaus in einer reflektierten Kritik an sexualisierter Gewalt gegen Frauen.



Anthonis van Dyck: «Susanna und die beiden Alten», Öl auf Leinwand, um 1622/23.

Wallraf-Museum

Lustfeindliche Bibel

Wie steht es aber mit der Message der tugendhaften Susanna an die Frauen selber? Susanna «lehrt uns, dass Männer nicht nur mächtig, sondern übermächtig sind und wir keine Möglichkeit zur Intervention haben», schreibt die Kulturwissenschaftlerin Mithu Sanyal. Um anschliessend mit Susanna so hart ins Gericht zu gehen wie mit ihren Peinigern. In Susanna erkennt sie eine sexistische Geschlechterrolle. Den Susannen von heute wirft sie vor, es fehle ihnen an sexueller Selbstbestimmung. Sie fühlten sich ausgeliefert, als bliebe ihnen nur zu hoffen wie der jungen Frau aus der Bibel.

Sanyals rigorose Kritik erinnert an das populäre Motto «Good girls go to heaven, bad girls go everywhere». Vom Himmel errettet bloss durch passive Wohlanständigkeit würden Frauen heute nicht mehr, so Sanyal. Die moderne Susanna komme weiter, wenn sie «ihre Libido ebenso geniesst wie ihre sexuelle Anziehungskraft». Die eigene Lust zu kennen, sei ein wichtiger Bestandteil der Prävention von sexueller Gewalt. Und so fordert Sanyal: «Statt Susanna im Bade, Susanna bei der Masturbation.» Der Susanna-Geschichte wirft sie denn auch Lustfeindlichkeit vor. Nicht das Begehren der Männer an sich sei Sünde, wie es die Bibel vermittle. Das Verbrechen bestehe vielmehr darin, jemandem seinen Willen aufzuzwingen.



Chris Ware: «Golden Opportunity», Titelbild von «The New Yorker», Ausgabe vom 5. März 2018.

Chris Ware / The New Yorker

Passive Susannen gibt es wohl auch heute noch, fünf Jahre nach #MeToo. An eine solche erinnerte der amerikanische Comiczeichner Chris Ware 2018 mit seinem Titelbild für das Magazin «The New Yorker». Auf diesem Cover in der Kölner Ausstellung blicken wir in das Büro eines Filmproduzenten. Auf der berühmten Casting-Couch sitzt eine junge Schauspielerin im kurzen roten Kleid. Der Mann im Hintergrund lässt die Jalousien herunter. Die Frau ahnt wohl, was nun kommt. Sie hält die Arme verschränkt und die Beine übereinandergeschlagen – wie es schon ihre biblische Vorgängerin tat. O Susanna! Steh endlich auf und geh!

«Susanna – Bilder einer Frau vom Mittelalter bis MeToo», Wallraf-Richartz-Museum, bis 26. Februar 2023. Katalog: 350 S., 325 Abb., € 29.95 (Museumsshop), € 39.95 (im Buchhandel).

18 novembre (FAZ)

<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kritik-der-bayerischen-sozialministerin-ulrike-scharf-am-buergergeld-18467721.html?premium>

KRITIK AM BÜRGERGELD:

Den Sozialstaat nicht zum Sozialfall machen

VON ULRIKE SCHARF

-AKTUALISIERT AM 18.11.2022-06:35

In Deutschland wird jeder vierte Euro für Soziales aufgewandt. Der einseitige Blick auf die Expansion der Sozialleistungen führt aber in eine Sackgasse. Der Sozialstaat darf nicht zum Sozialfall werden. Ein Gastbeitrag

Leistungsanreize für die Starken und Hilfen für die Schwachen sind ein untrennbares Geschwisterpaar. In Deutschland ist es daher eine bewährte Tradition, dass die Sozialministerien auch die Arbeitsministerien sind. Hiermit wird zum Ausdruck gebracht, auf welchen Pfeilern unsere Soziale Marktwirtschaft aufbaut: Solidarität und Leistungsgerechtigkeit. Oder um es mit den Worten von Abraham Lincoln zu sagen: **„Ihr könnt Menschen nie auf Dauer helfen, wenn ihr für sie tut, was sie selbst für sich tun sollten und könnten.“**

In der christlichen Sozialethik ist dieser Grundgedanke verankert im Gebot der Hilfe zur Selbsthilfe und im Prinzip der Subsidiarität. Nur wer sich nicht selbst helfen kann, soll durch das soziale Netz aufgefangen werden. Wer also fordert „Aktivierung statt Alimentierung“, vertritt nicht soziale Kälte, sondern schützt den Sozialstaat vor Überforderung.

Wenn nun die Ausgaben des deutschen Staates im Jahr 2021 so groß sind wie die Hälfte der gesamten deutschen Wirtschaftsleistung, wenn davon wiederum mehr als die Hälfte für Soziales aufgewandt wird, darunter über 100 Milliarden Euro für den Zuschuss an die Rentenversicherung, wenn durch die „Zeitenwende“ des Ukrainekrieges und der historischen Inflationsraten die deutsche Volkswirtschaft jeden Tag ärmer wird, wenn Hunderte Milliarden Euro für die Bundeswehr und die Energiepreisbremsen finanziert werden müssen, **dann stellt sich die Frage der Zukunftsfähigkeit unseres Wohlstands so drängend wie seit Jahrzehnten nicht mehr.**



Ulrike Scharf ist Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales und Mitglied der CSU. :Bild: dpa

Das Institut der deutschen Wirtschaft schätzt die Verluste in Deutschland allein in den Jahren 2020 bis 2022 durch die Pandemie, den Ukrainekrieg und die Inflation auf 420 Milliarden Euro. Hinzu kommt, dass diese aktuellen Krisen den strukturellen **Reformdruck verschärfen**, der ohnehin als Folge der Demographie, der Digitalisierung und der Dekarbonisierung auf unserer Volkswirtschaft lastet.

Arbeit ist mehr als Broterwerb

Von all diesen Belastungen sind die Haushalte der Mittelschicht besonders betroffen. Mit ihren Steuern und Beiträgen zur Sozialversicherung finanzieren sie unser Staatswesen. Doch jeder Euro

obendrauf wird zur Hälfte sofort wieder verloren. **Für die private Altersvorsorge bleibt viel zu wenig übrig. Das Sicherungsversprechen des Staates für Notlagen ist ein hohes Gut.**

Aber bereits heute übersteigen die Ansprüche im Rentenversicherungssystem und in der Beamtenversorgung mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens aller Bürgerinnen und Bürger. **Damit droht die Balance zwischen staatlicher Umverteilung und privater Vorsorge in Schieflage zu geraten. Als Konsequenz müssen wir in Deutschland die private Vermögensbildung voranbringen, um im europäischen Vergleich nicht mehr nur im Mittelfeld zu spielen. Der einseitige Blick auf die Expansion der Sozialleistungen führt in die Sackgasse.**

Zudem ist Arbeit weit mehr als Broterwerb. Teilhabe am Erwerbsleben bedeutet soziale Anerkennung, lebenslanges Lernen, persönliche Entwicklung. Schon mit der anspruchsvollen und anspruchsschaffenden Begrifflichkeit „Bürgergeld“ oder „Grundsicherung“ werden diese sinnstiftenden Bedeutungen von Arbeit in den Hintergrund gedrängt. Das klingt besser als „Hartz IV“. Aber durch weniger Mitwirkungspflichten, geschwächte Vermögensprüfung und reduzierte Sanktionsmöglichkeiten werden Anreize zur Arbeitsaufnahme abgebaut.

Wer unseren Sozialstaat nicht selbst zum Sozialfall machen will, der muss es aussprechen: **Solidarität braucht Produktivität.** Kraftvolle Hilfe baut auf Eigenverantwortung, persönliche Initiative und Leistungsbereitschaft. Das alternde Deutschland braucht jede arbeitsfähige Hand. Deshalb soll der Staat die Weiterbildung fördern, den beruflichen Quereinstieg erleichtern und den Jobcentern dafür dringend mehr Mittel zur Verfügung stellen – kurzum: Durch Anreize ist das einzelwirtschaftliche mit dem gesamtwirtschaftlichen Verhalten zu synchronisieren. Aber diese Bundesregierung schwächt die Motivation hierfür.

Neue Etiketten verschleiern die Wahrheit

Der Kontrast in Sprache und Inhalt könnte nicht größer sein. **Vor zwei Jahrzehnten wurde mit „Fördern und Fordern“ und mit „Bündnissen für Arbeit“ eine bis heute wirksame Medizin gegen die Massenarbeitslosigkeit verordnet.** Nun erfindet man neue Etiketten aus den Marketinglaboren, vergisst aber die einfache Wahrheit, **dass der „Sozialstaat“ die Verantwortungsgemeinschaft der Bedürftigen und Leistungsfähigen gleichermaßen umfasst.** Laut ZDF-Politbarometer zum neuen „Bürgergeld“ trifft die Kritik „zu wenig Anreize für einen neuen Job“ bei 68 Prozent der Bürgerinnen und Bürger auf Zustimmung. .

Nur wer diese leistungsbereiten Lebenseinstellungen und täglich gelebten Werte mit seinen Narrativen und Reformen versöhnt, wird in Deutschland die Köpfe und Herzen gewinnen. Diese Bundesregierung hat keinen Zukunftsentwurf entwickelt, geschweige denn erläutert. Andere europäische Staaten sollten dem Kanzler eine Warnung sein: Wer die materiellen und immateriellen Pfeiler unserer Sozialordnung schwächt, der stärkt die politischen Ränder und destabilisiert unsere Konsensdemokratie.

Die Autorin ist Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales und Mitglied der CSU.

18 novembre (Le Monde)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/ocean-viking-il-est-impossible-d-accueillir-si-l-on-ne-peut-pas-refuser-l-entree-20221115>

Ocean Viking: «Il est impossible d'accueillir si l'on ne peut pas refuser l'entrée»

Par [Eugénie Bastié](#)

Publié le 15/11/2022 à 19:22, mis à jour le 15/11/2022 à 20:38

GRAND ENTRETIEN - L'absence de confiance dans l'exécutif pour maîtriser les flux migratoires est si forte qu'un geste de secours n'est plus interprété comme tel et n'est plus accepté, souligne l'intellectuel.

Dominique Reynié est professeur des universités.

LE FIGARO.-Pour l'ancien ministre de l'intérieur Gérard Collomb, des «enjeux fondamentaux sont à l'œuvre dans l'affaire de l'Ocean Viking». Êtes-vous d'accord avec lui? Cet épisode aura-t-il des effets politiques pour Emmanuel Macron, alors que l'Italie affiche un front commun avec la Grèce, Chypre et Malte?

Dominique REYNIÉ.- Ce nouvel épisode dramatique revêt une signification singulière, **puisque l'on voit les gouvernants répéter qu'il s'agit d'un geste de secours et non d'une politique migratoire, alors qu'on ne devrait pas risquer de confondre les deux.** Les réactions à l'accueil de l'Ocean Viking éclairent le niveau de suspicion dans l'opinion en ce domaine.

Les Danois ont opéré un virage de fermeté depuis quatre ou cinq ans. En 2020, le nombre de personnes ayant déposé une première demande d'asile au Danemark a diminué de 46%. Il est difficile de devenir danois, et cela devient impossible à vie si le candidat a commis un délit sur le territoire national

L'image du secours porté aux passagers d'un bateau en difficulté voisine avec l'idée qu'il s'agit de la énième expression d'une politique jugée laxiste. **Le scepticisme, voire l'hostilité, suscités par la décision d'accueillir l'Ocean Viking témoignent d'un affaiblissement inquiétant de l'argument humanitaire. Derrière l'appel à l'impératif moral, on cherche les vraies raisons, et l'on soupçonne l'impuissance publique ou la faiblesse de la volonté politique.**

De plus, l'appel à l'impératif moral s'accompagne trop souvent de la mise en cause du pays d'accueil, accusé d'égoïsme, sans considérer suffisamment le rôle ambigu des ONG, celui des passeurs au comportement sordide ou le jeu cynique des États qui utilisent la détresse des migrants comme une arme de chantage et un instrument de pression.

J'ajoute que, dans nos démocraties où progresse l'idée que voter ne sert à rien, il est paradoxal de faire la leçon à un gouvernement voisin, membre de l'Union européenne, en lui reprochant de respecter ses engagements auprès de ses citoyens.

La «brèche» ouverte par le gouvernement dans la politique migratoire laisse-t-elle un espace politique aux Républicains? Cela leur donne un argument pour ne pas s'allier à la majorité?

S'il est nécessaire mais difficile pour les LR de passer accord avec les macronistes et si, d'un autre côté, le pouvoir a besoin des LR, alors la décision d'accueillir l'Ocean Viking augmente plutôt qu'il ne

réduit la difficulté de ce rapprochement. On voit mal comment les LR pourraient consentir à partager le coût politique d'une décision d'autant plus impopulaire que les électeurs sont plus à droite. Accueillir l'*Ocean Viking* ne répond pas au problème actuel d'une majorité parlementaire incertaine, favorise l'isolement des LR et conforte la position du RN.

Et ce d'autant plus qu'en matière d'immigration la demande de fermeté déborde le clivage gauche-droite. Ainsi, dans le cas de la France, lors de la dernière campagne pour l'élection présidentielle, **une étude de Fondapol montre que si 75 % des électeurs de droite estiment que «la plupart des immigrés ne partagent pas les valeurs de notre pays et (que) cela pose des problèmes de cohabitation», ils sont tout de même 39 % à gauche à répondre de la même façon.**

Le gouvernement voudrait concilier «humanité» et «fermeté» sur ce sujet. Sur une telle question, le «en même temps» n'est-il pas impossible?

Dans *Pour un empire européen*, Ulrich Beck et Edgar Grande rappellent une évidence logique: il est impossible d'accueillir si l'on ne peut pas refuser l'entrée. Ouvrir les frontières implique de pouvoir fermer les frontières. La tension entre le devoir humanitaire et le devoir de fermeté ne se résoudra pas en alternant l'un et l'autre ; très différemment, c'est dans la fermeté que réside la possibilité de décisions humanitaires. La fermeté est la condition, c'est par elle qu'il faut commencer. C'est l'affirmation et la défense des frontières européennes qui rétablira la confiance et rendra possible sans malentendu les gestes de secours décidés.

Cette affaire est un énième symptôme de l'impuissance des pouvoirs publics à résoudre la question migratoire. Est-ce généralisé dans tous les pays européens?

Tous les États européens sont confrontés à un problème démographique et à un problème d'immigration, chacun avec des caractéristiques différentes, notamment selon l'origine des migrants. Ainsi l'Irlande, souvent citée à juste titre comme un pays accueillant de nombreux immigrés, en reçoit un quart de l'Angleterre et du pays de Galles, et si l'on ajoute les Polonais, les Irlandais du Nord, les Litvaniens, les Roumains et les Américains (États-Unis), c'est plus de la moitié des arrivants.

La France est concernée par un autre type d'immigration, pour laquelle l'intégration n'opère pas de la même manière, les relations interculturelles sont plus conflictuelles, entraînant des effets plus puissants sur le système des valeurs du pays et sur l'architecture du consensus national. Il est maintenant admis que les migrants issus de pays de culture ou de religion musulmane n'intègrent pas aussi aisément et rapidement que les migrants issus de pays européens nos principes politiques, philosophiques et moraux, la liberté d'opinion et de conscience, le droit à la caricature, l'égalité entre les hommes et les femmes ou la laïcité.

Y a-t-il des exemples en Europe qui montrent que des solutions existent?

Les Danois ont opéré un virage de fermeté depuis quatre ou cinq ans. En 2020, le nombre de personnes ayant déposé une première demande d'asile au Danemark a diminué de 46 %. Il est difficile de devenir danois, et cela devient impossible à vie si le candidat a commis un délit sur le territoire national.

Le gouvernement danois œuvre maintenant à l'externalisation de la gestion des demandes de visas à un pays tiers, le Rwanda. Et, au Royaume-Uni, Rishi Sunak et Suella Braverman songent à faire de même. Cette dernière a fait savoir son «rêve» de voir commencer les expulsions vers le Rwanda, jusqu'ici bloquées par une décision de justice de la Cour européenne des droits de l'homme.

Au Danemark, deux résultats sont à noter. D'une part, les flux ont été fortement réduits, presque asséchés. D'autre part, le parti populiste, le Parti du peuple danois, qui caracolait à 20 % dans les élections est tombé à 2,5 % lors des récentes élections législatives. Les sortants, les sociaux-démocrates, ont réussi l'exploit d'être reconduits en améliorant leur score précédent de deux points, grâce au retour des classes populaires dans leur électorat.

18 novembre (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/idees/article/2022/11/18/corinne-lepage-ancienne-ministre-de-l-environnement-le-nucleaire-est-l-une-des-energies-les-plus-couteuses-et-elle-nous-rend-dependants-de-la-russie_6150405_3232.html

« Le nucléaire est l'une des énergies les plus coûteuses, et elle nous rend dépendants de la Russie »

Tribune

Corinne Lepage Ancienne ministre de l'environnement

Coût, souveraineté, avenir de la filière... Dans une tribune au « Monde », l'avocate écologiste et ancienne ministre de l'environnement entend corriger sept « contre-vérités » sur le nucléaire.

Publié aujourd'hui à 06h00 Temps de Lecture 4 min.

A quelques exceptions près, la présentation faite actuellement sur le nucléaire dans les médias et la parole publique s'inscrit dans un mouvement qui prend malheureusement de l'ampleur : celui de la vérité alternative, chère à Poutine, à Trump et à quelques autres. Celle-ci a notamment pour fâcheuse conséquence de raconter une histoire complètement fautive, appliquant le fameux adage : « Plus c'est gros, plus ça passe. »

On peut être un partisan du nucléaire, en raison de la priorité absolue donnée à la lutte contre le dérèglement climatique, en arguant que jamais les énergies renouvelables ne permettront un volume d'électricité suffisant. C'est de moins en moins exact, mais c'est une thèse qui peut s'entendre. En revanche, à force d'entendre des contre-vérités, les Français sont aujourd'hui convaincus d'une série d'inepties :

« *L'énergie nucléaire est la moins chère.* » **C'est faux.** Si la France a effectivement bénéficié d'une énergie bon marché durant de longues années, grâce au nucléaire payé par les Français, l'énergie nucléaire elle-même est aujourd'hui une des plus coûteuses. Amory Lovins, dans un entretien [accordé au Monde le 31 octobre](#), précise : « *Les analystes de Bloomberg New Energy Finance disent qu'un nouveau kilowattheure nucléaire coûte cinq à treize fois plus cher qu'un nouveau kilowattheure solaire ou éolien.* »

Choix financiers totalement déraisonnables

« *L'énergie nucléaire est la seule à pouvoir assurer l'indépendance de la France.* » **C'est totalement faux.** Le vent, le soleil, l'eau dont bénéficie notre territoire assurent notre indépendance. Il n'en va pas de même de l'uranium, qui est extrait de pays « complexes », comme le Niger ou le Kazakhstan. Les **combustibles eux-mêmes nous rendent dépendants à 30 % du russe Rosatom, comme si le précédent du gaz ne nous avait pas suffi.** D'ailleurs, l'Allemagne n'a jamais compté le nucléaire comme une énergie assurant l'indépendance du pays.

« *La filière industrielle nucléaire est le fleuron de l'industrie française.* » Elle l'a été. Elle ne l'est malheureusement plus. Aucun EPR n'a été vendu à l'étranger depuis les deux réacteurs d'Hinkley Point, en réalité vendus à EDF, puisque British Energy appartient à EDF. Inutile de s'appesantir sur Olkiluoto (dix-neuf ans de retard) et Flamanville 2 (un coût de 19,1 milliards contre 3,3 milliards prévus et toujours pas démarré).

« *Les déboires actuels du nucléaire trouvent leur responsabilité chez les écologistes qui ont obtenu la fermeture de Fessenheim.* » **C'est évidemment totalement faux.** Les déboires actuels du nucléaire trouvent leur responsabilité chez les propres acteurs du secteur. En cause : des choix financiers totalement déraisonnables, des investissements compris entre 10 milliards et 20 milliards de dollars perdus à l'étranger, **l'absence d'entretien à un niveau convenable du parc français.** En particulier, onze ans après Fukushima, les centrales qui, pour des raisons purement financières, ont décidé de recourir à la sous-traitance, plutôt que

de maintenir un niveau élevé de personnel qualifié. Quant à Fessenheim, sa fermeture incombe au choix d'EDF de ne pas investir, à partir de 2018, dans cette centrale qui devait effectivement fermer si Flamanville ouvrait. Ce choix a conduit à devoir fermer en 2020, faute d'avoir réalisé les travaux minimaux, alors même que Flamanville n'était pas ouvert, et que la centrale pouvait donc continuer à fonctionner. De plus, cette fermeture s'est accompagnée de centaines de millions d'euros payés à EDF pour une prétendue perte dont elle est en réalité largement responsable.

Multiplication du risque nucléaire

« La crise actuelle vient d'une trop grande sévérité de l'Autorité de sûreté nucléaire. » Encore totalement faux. La crise actuelle vient d'un retard massif dans la gestion des centrales, et de l'apparition de corrosion mettant en danger la sûreté. C'est le travail de l'Autorité de sûreté nucléaire de veiller à cette sûreté dont elle supporte toute la responsabilité avec l'exploitant. De plus, ceux qui se plaignent des règles de sûreté devraient davantage réfléchir à la multiplication du risque nucléaire en raison de l'utilisation que fait la Russie des centrales nucléaires ukrainiennes.

« L'énergie nucléaire est une grande énergie d'avenir. » Faux. La capacité de production nucléaire, depuis une vingtaine d'années, a fait passer **la part du nucléaire dans l'électricité au niveau mondial sous le seuil des 10 %**. La raison ? La baisse incroyable du coût des énergies renouvelables. **Les investissements se font désormais massivement dans le renouvelable et de manière marginale dans le nucléaire.** Pour preuve, en 2021, les [investissements dans le nucléaire](#) ont été de l'ordre de 24 milliards de dollars, alors que les investissements dans le renouvelable ont été de l'ordre de 350 milliards de dollars.

Enfin, « la crise de l'énergie actuelle est une conséquence de la guerre en Ukraine ». Partiellement faux. Si c'est exact pour le gaz et le pétrole, c'est faux pour l'électricité. **La France est le pays d'Europe qui importe aujourd'hui le plus d'électricité, alors qu'elle était un gros exportateur.** Cela a une double conséquence, en termes de prix pour nous et en termes de déséquilibre pour le marché européen, sans compter une carbonation accrue.

Décentralisation énergétique

La source de ce mal est avant tout et surtout notre dépendance au nucléaire, qui a conduit les dirigeants successifs de notre pays à tout mettre en œuvre pour empêcher le développement des énergies renouvelables. **Par conséquent, le relais ne peut être suffisamment pris aujourd'hui par les énergies vertes, alors que la vétusté de notre parc nucléaire apparaît dans toute sa nudité.**

En conclusion, penser que la solution passe par la réalisation de nouveaux EPR, au nombre de six, voire douze, dans les vingt ans qui viennent, relève de la **pensée magique**. Cela ne se fera pas, car cela ne peut pas se faire. Pour des raisons à la fois financières, économiques, techniques et humaines.

Le volet financier, auquel il n'a pas été ici fait référence, est tragique, **tant en raison de la quasi-faillite d'EDF**, qui justifie sa renationalisation, que du **montant abyssal des investissements à faire si nous voulions vraiment multiplier les EPR.**

Même si nous croyions aux fées et au Père Noël confondus, une telle hypothèse ne résoudrait en rien notre problème qui est immédiat et de moyen terme. **Comment la France peut-elle, dans les cinq ans qui viennent, se rapprocher de son autonomie énergétique, de manière décarbonée ?** Sans doute avec une part de nucléaire sécurisé, qui représentera peut-être 50 % de notre électricité, un développement massif des énergies renouvelables, en acceptant une réelle décentralisation énergétique et des investissements massifs dans les réseaux de proximité. **Mais aussi en mettant en place une véritable politique de sobriété, avec des objectifs à la fois climatiques et énergétiques.** A terme, les scénarios de l'Agence de l'environnement et de la maîtrise de l'énergie ou de RTE, fondés exclusivement sur les énergies renouvelables à partir de 2050, devraient être les choix les plus rationnels à effectuer.

18 novembre (France Inter)

<https://www.radiofrance.fr/franceinter/la-societe-du-supermarche-jerome-fourquet-analyse-la-france-sous-nos-yeux-4978138>

GRANDE DISTRIBUTION

"La société du supermarché" : Jérôme Fourquet analyse "La France sous nos yeux"

Publié le vendredi 5 août 2022 à 13h03



"La société du supermarché" : Jérôme Fourquet analyse "La France sous nos yeux" © Getty - Icy Macload

Le politologue Jérôme Fourquet était invité dans l'émission "Un monde nouveau" à l'occasion de la sortie de sa nouvelle étude, où il interroge notamment l'analogie entre la puissance de la grande distribution en France et le poids central de la consommation dans le mode de vie des Français.

Il est aujourd'hui l'un des meilleurs connaisseurs de notre pays et de ses habitants. Dans son dernier ouvrage, co-écrit avec le journaliste Jean-Laurent Cassely "*La France sous nos yeux. Economie, paysages, nouveaux modes de vie*" (Seuil), le politologue, expert en géographie électorale à l'Ifop, analyse les réalités économiques et sociales du mode de vie des Français périurbains et néo-ruraux.

Une plongée sociologique dans l'imaginaire et la vie quotidienne de cette France ignorée d'elle-même, mais dont les pratiques sociales ne vont pas sans être liées à quantité de transformations que la France a connues au cours des dernières décennies.

Il constate qu'une grande part des Français se retrouve largement dépendante d'un nouvel urbanisme commercial, dont les origines remontent aux tout débuts des Trente Glorieuses. À travers ce phénomène, **c'est tout le poids de la consommation dans l'imaginaire quotidien des Français que le chercheur a souhaité mesurer. Une culture de la consommation qu'entretient le secteur de la grande distribution dont la puissance n'a cessé de croître à tous les niveaux depuis les années 1970-1980. Elle représente sans doute l'un des maillons sociaux et économiques les plus déterminants de la vie des Français. Un phénomène culturel qui explique sans doute pourquoi il a progressivement conduit la société française à faire de la question du pouvoir d'achat, sa priorité absolue, et son accès à la consommation, son ultime salut.**

Dans une note publiée pour la Fondation Jean-Jaurès avec le communicant Raphaël Llorcat, **il raconte l'essor de "la société du supermarché"**. Il raconte comment les supermarchés ont remplacé les usines et les petits commerces locaux, pour s'imposer comme le nouveau cœur battant de toute une partie de notre société : "On connaît la société de consommation et par "la société du supermarché" on a voulu mettre l'accent sur plusieurs phénomènes. D'abord, le poids central de la consommation dans nos vies, dans

notre civilisation. Ce n'est pas un hasard si la question du pouvoir d'achat est aujourd'hui en tête des préoccupations. Et puis on a voulu également mettre en lumière le rôle majeur d'un secteur économique à part entière : '**la grande distribution**', qui a acquis au fil des décennies un poids tout à fait colossal sans forcément qu'on en prenne vraiment conscience.

Là où en 1980, une enseigne comme *Intermarché* alignait seulement 310 magasins en France, ils possèdent aujourd'hui 1850 magasins. Ils ont créé 1500 magasins en seulement 40 ans.

Aujourd'hui, chaque bourgade de quelques milliers d'habitants qui se respecte possède sa zone commerciale, car c'est aussi devenu le cœur battant de toute une partie de la société dont la santé passe essentiellement par la libre accessibilité à la consommation. Si c'est là qu'on consomme, c'est aussi là qu'on travaille, qu'on se divertit, et qu'on manifeste.

La Grande surface, une place majeure

Dans cette France qui s'est considérablement désindustrialisée dans beaucoup d'endroits, la grande surface dispute le statut de premier employeur local. C'est elle aujourd'hui qui sponsorise les clubs sportifs locaux, quand il y a 30 ou 40 ans, ça aurait été un groupe industriel.

La grande distribution a pris une telle place dans les pratiques sociales des Français qu'elle pèse presque tout autant que les anciens corps intermédiaires puissants qui rythmaient la vie des sociétés passées, comme la place du marché, le Parti communiste ou encore l'Eglise qui se sont progressivement délités.

Aujourd'hui elle participe pour beaucoup à faire du pouvoir d'achat la priorité numéro un des Français. On vit dans une société de consommation où le citoyen est avant tout un citoyen-consommateur et ne se considère citoyen que s'il peut exercer son droit à consommer. Si cette potentialité qui lui est offerte lui est restreinte, alors il en ressent une très forte frustration sociale liée à une dimension éminemment politique et symbolique.

Quand le grande distribution gagne en influence politique

Aujourd'hui quand on fait le point sur ce qui mobilise et réunit dans un seul et même lieu, les moyens de sociabilité, il ne reste plus que la grande surface, la grande distribution qui est, d'après le politologue, un acteur à la fois économique, social susceptible de suffisamment peser dans la balance politique tant elle devenue très symbolique. Notamment en se faisant la défenseur de l'intérêt général des Français en voulant à tout prix défendre son pouvoir d'achat : "Comme Michel-Édouard Leclerc qui ne fait que reprendre le credo traditionnel de la grande distribution. *Tous unis contre la vie chère... Mammouth écrase les prix...* Historiquement, il y a eu une espèce de pas de deux qui s'est joué entre la grande distribution et les pouvoirs publics parce que la grande distribution, dans les années 1970-1980, a été un allié objectif très puissant des pouvoirs publics pour essayer de casser l'inflation.

Aujourd'hui, la grande distribution reprend ce rôle-là avec une tonalité parfois relativement poujadiste (mouvement social qui, paradoxalement, s'était en son temps constitué contre l'essor de la grande distribution !).

Certains responsables de la grande distribution pointent alors les responsabilités des pouvoirs publics quand ils prétendent défendre le pouvoir d'achat des Français contre l'industrie agroalimentaire qui surferait sur la crise. Autre exemple, la grande distribution pousse même jusqu'à la proposition d'une commission d'enquête parlementaire pour voir comment sont constituées les marges.

Aujourd'hui, on en est arrivé à une situation où c'est en partie la grande distribution qui dicte l'agenda politique puisque cette proposition a été reprise par les députés. De la même manière, un certain nombre de responsables politiques, dans leurs campagnes électorales, ont parfois parlé comme des patrons de la grande distribution. Quand ils proposent un blocage de la TVA sur un panier d'une centaine de biens de première nécessité, c'est typiquement un type de proposition qu'on pourrait retrouver dans les annonces de la grande distribution.

L'autre avantage concurrentiel de la grande distribution sur le politique, c'est quand elle prétend connaître les Français mieux que n'importe quelle autre structure dans le pays, tout en alimentant une dimension performative du langage, qui consiste à tenir ses promesses en termes de propositions de baisses des prix de tel et tel produit qui se traduisent plus rapidement que quand un ministre de l'Économie annonce des changements politiques à venir, dont la transformation des mécanismes prend en général énormément de temps. Il y a comme une supériorité du discours de la grande distribution".

18 novembre (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/economie/article/2022/11/17/avec-le-quoi-qu-il-en-coute-qu-il-soit-sanitaire-ou-energetique-le-gouvernement-francais-est-passe-expert-dans-l-art-de-l-apesanteur-economique_6150283_3234.html

« Avec le “quoi qu’il en coûte”, qu’il soit sanitaire ou énergétique, le gouvernement français est passé expert dans l’art de l’apesanteur économique »

[Chronique](#)

Philippe Escande

La société se précipite pour réduire le prix du super, mais ne pense pas spontanément aux entreprises. En France, le plan d’aide énergétique à celles-ci s’élève à 10 milliards, quand l’Allemagne engagera, elle, 100 milliards. Demande ou offre, à chacun ses priorités, observe Philippe Escande, éditorialiste économique au « Monde ».

Publié hier à 10h40 Temps de Lecture 1 min. [Read in English](#)



Un client fait le plein d’essence dans une station-service, à Paris, le 12 octobre 2022. STEPHANE DE SAKUTIN / AFP

Si vous voulez expérimenter les joies de l’espace et soudain flotter dans l’air, pas besoin de fusée. On peut monter à bord d’un Airbus spécial qui effectuera un vol parabolique durant lequel vous expérimenterez, moyennant quelques milliers d’euros, vingt-deux secondes sans gravité. C’est peu et relativement coûteux (ni très écologique).

Avec le « quoi qu’il en coûte », qu’il soit sanitaire ou énergétique, le gouvernement français est passé expert dans l’art de l’apesanteur économique. Avec des résultats certains, mais à chaque fois au prix de dépenses astronomiques et d’un retour sur terre pénible. Témoin les colères qui se manifestent aux pompes à essence depuis la baisse de la ristourne sur les carburants, le 15 novembre.

Tous les pays européens ont tenté d’amortir, cette année, l’envolée des prix du pétrole en accordant des ristournes sur les prix à la pompe. Mais aucun n’a dépensé autant que la France. Le coût pour l’Etat approchera 8 milliards d’euros, quand l’Allemagne a dépensé un peu plus de 3 milliards.

Traumatisée par le soulèvement des « gilets jaunes » en 2018, la France a dépensé quasiment autant pour faire rouler les automobilistes que pour les chauffer au gaz. **Une initiative généreuse et efficace, mais injuste.** Elle favorise les plus aisés et leurs gros 4 × 4, et contredit la politique proclamée de lutte contre le réchauffement climatique. Pour éviter un sevrage trop violent pour les dizaines de millions de Français qui n’ont pas d’autre choix que la voiture pour se déplacer, un dispositif ciblé est mis en place. Il sera évidemment plus complexe et moins efficace, mais un peu plus vertueux.

Le reflet du tropisme consumériste de la France

Grace à ce dispositif d'urgence, des drames ont sûrement été évités. Cette politique est « *l'assurance-vie de l'économie française* », a coutume de dire le ministre délégué chargé des comptes publics, Gabriel Attal. Elle est, en tout cas, le reflet du tropisme consumériste de la France. **Cette « société du supermarché »,** comme le décrit le politologue **Jérôme Fourquet, où les Intermarché ont remplacé les usines dans nos campagnes, se précipite pour réduire le prix du super, mais ne pense pas spontanément aux entreprises.**

Ce n'est qu'en octobre que le gouvernement a proposé un plan d'aide énergétique aux entreprises, tellement ciblé, lui, que son efficacité sera limitée. D'où la colère du patron du Medef, Geoffroy Roux de Bézieux, qui constate que, quand la France promet d'y consacrer 10 milliards, l'Allemagne, à l'inverse, plus productiviste que consumériste, y engagera 100 milliards et renforcera sa compétitivité. Demande ou offre, à chacun ses priorités. Mais un nouvel arbitrage se fait jour, la consommation face à l'environnement. Quel choix fera la France ?

18 novembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/politique/alain-juppe-estime-qu-lr-s-est-detraque-a-partir-de-2012-avec-la-derive-droitiere-d-une-partie-de-l-ump-20221117>

Alain Juppé estime que LR «s'est détraqué à partir de 2012» avec la «dérive droite d'une partie de l'UMP»

Par [John Timsit](#)

Publié hier à 23:32, mis à jour il y a 20 minutes



L'ancien premier ministre Alain Juppé sur le perron de l'Élysée lors de la cérémonie d'investiture d'Emmanuel Macron, en mai 2022. *Le Figaro*

À l'occasion des vingt ans de la fondation de l'UMP (ex-LR), l'ancien premier ministre est revenu, dans une interview au *Parisien*, sur la fusion du RPR et d'une partie de l'UDF en 2002 ainsi que sur l'état de la droite aujourd'hui.

Sa parole est rare. Membre du Conseil constitutionnel depuis 2019, Alain Juppé n'a plus le droit de s'exprimer aussi librement qu'avant. Et doit garder une certaine réserve sur la politique nationale et les enjeux électoraux ou partisans. Alors que la droite doit se choisir un nouveau patron en décembre, cette fin d'année marque également les vingt ans de la création de l'UMP en 2002, quelques mois après la réélection particulière de Jacques Chirac face à Jean-Marie Le Pen. À cette occasion, l'ancien premier ministre a accordé un entretien au *Parisien*. Face au niveau électoral historiquement faible des Républicains en 2022, Alain Juppé revient sur la dernière décennie et fait débiter l'affaissement de la droite dix ans auparavant : «*Ça s'est détraqué à partir de 2012 quand a commencé une dérive droite d'une partie de l'UMP qui a conduit au départ des centristes.*»

«*L'UMP a alors perdu une partie de sa signification pour devenir LR et changer d'identité en réalité*», cingle celui qui fut patron du parti entre novembre 2002 et juillet 2004. Fervent porteur drapeau d'un centre-droit dans ses anciens combats électoraux, Alain Juppé martèle «*l'une de (ses) idées de toujours, et d'aujourd'hui encore*» : «*Seule l'union de la droite et du centre nous permet de gagner les élections.*»

Un message qui n'est pas anodin dans un contexte où le gouvernement, sans majorité absolue, tente de s'appuyer sur le groupe LR à l'Assemblée nationale pour adopter certains textes de lois. Si Nicolas Sarkozy a récemment plaidé, dans une interview fleuve au *JDD*, pour «un accord de gouvernement» entre Emmanuel Macron et la droite, Alain Juppé ne va pas aussi loin. L'ancien maire de Bordeaux estime même que l'UMP a été «*un succès incontestablement et un des moteurs de la victoire en 2007*» alors que le candidat de la droite d'alors n'était pas «*un chaud partisan*» de l'«*opération*» avant de la «*recupérer*».

«Les partis de gouvernement sont en déclin»

Sans pour autant se prononcer en détail sur l'équation politique actuelle, Alain Juppé pense que *«les partis de gouvernement sont en déclin total, aussi bien à gauche qu'à droite.»* Référence toute limpide au clivage installé depuis 2017 entre Emmanuel Macron, tenant d'une ligne progressiste et européenne, et Marine Le Pen, partisane d'une droite nationaliste.

Pour Alain Juppé, *«tout le monde essaie de cultiver»* un *«esprit de rassemblement»*, *«avec des bonheurs divers»*. Face à *«la montée des populismes et des fanatismes, d'une forme d'obscurantisme»*, le candidat malheureux à la primaire de la droite de 2016 reste toutefois optimiste : *«Le risque est maîtrisable car le peuple français est attaché aux valeurs républicaines.»*

18 novembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/social/assurance-chomage-ce-que-contient-le-projet-de-loi-adopte-ce-mardi-a-l-assemblee-20221115>

Assurance-chômage : ce que contient le projet de loi adopté ce jeudi par le Parlement

Par [Richard Flurin](#)

Publié le 15/11/2022 à 19:22, mis à jour hier à 14:45

Après les députés mardi, les sénateurs ont validé ce jeudi cette réforme portée par le ministre du Travail. Elle ouvre la voie à une modulation de l'assurance-chômage selon la conjoncture économique.

La France connaîtra-t-elle à nouveau le plein-emploi d'ici à 2027 ? L'objectif reste «*atteignable*», a martelé lundi le ministre du Travail, Olivier Dussopt, malgré de mauvaises perspectives de croissance en France. Pour y parvenir, le gouvernement mise gros sur sa réforme de l'assurance-chômage. Celle-ci a été définitivement adoptée ce jeudi, après un ultime vote du Sénat. Le texte d'Olivier Dussopt, qui a fait l'objet d'un compromis entre députés et sénateurs, a été validé par 242 voix contre 91. Mardi, le projet de loi avait été adopté par l'Assemblée nationale. Les députés avaient voté en faveur de ce texte, à 210 voix contre 140, malgré l'opposition des élus de gauche comme du RN. Le gouvernement n'a pas eu à recourir devant l'Assemblée nationale à l'arme constitutionnelle du 49.3, grâce à un accord trouvé avec la droite.

Le texte comprend plusieurs modifications d'ampleur. En l'état, le premier article offre au gouvernement la possibilité de modifier les règles de l'assurance-chômage. Le principe de contracyclicité cher à Emmanuel Macron sera donc mis en place par décret. Les modalités d'indemnisation seront modulées selon la conjoncture sur le marché de l'emploi : «*Plus strictes quand trop d'emplois sont non pourvus, plus généreuses quand le chômage est élevé*», résumait le chef de l'État.

Parmi les leviers qui pourraient être activés figure la durée de l'indemnisation. «*Nous travaillons sur une modulation de la durée maximum d'indemnisation*», actuellement de 24 à 36 mois selon l'âge, a indiqué mardi Olivier Dussopt aux députés. Ainsi «*nous ne prévoyons pas de modifier les conditions d'affiliation au système d'assurance chômage*». **Il faut six mois de travail sur une période de référence de 24 mois pour être éligible.**

Une concertation est en cours depuis la mi-octobre avec les partenaires sociaux, et le gouvernement fera connaître «*les arbitrages retenus*» le 21 novembre, pour une application de la modulation début 2023. Le projet de loi insiste par ailleurs sur la participation des syndicats à la gouvernance de l'assurance-chômage.

La chasse à la privation volontaire d'emploi

Autre grande nouveauté qui figure dans le projet de loi : la requalification de l'abandon de poste. Jusqu'à présent, le renvoi d'un salarié qui s'absente de manière prolongée ou répétée pendant ses heures de travail sans que cela ne soit justifié n'empêchait pas ce salarié de toucher l'indemnisation chômage. Mais, en requalifiant ce licenciement en démission, le texte législatif prévoit de lui refuser les droits à l'assurance-chômage. «*Le salarié qui a abandonné volontairement son poste et ne reprend pas le travail après avoir été mis en demeure (...) est présumé avoir démissionné*», est-il écrit à l'article 1 bis.

Le salarié qui contesterait la décision de son employeur est encouragé à saisir les prud'hommes, qui devront *«statuer au fond dans un délai d'un mois»*. Cette mesure a suscité l'ire de la gauche au Parlement. Les députés de la NUPES estiment que les cas d'abandon de poste sont *«marginiaux»* et ne méritent pas d'*«affaiblir la protection des salariés»*.

Même antagonisme à gauche sur un autre article du projet de loi, ajouté par les sénateurs de droite et conservé par le gouvernement qui avait pourtant manifesté des signes de réprobation. Celui-ci retire les droits à l'assurance-chômage à un salarié en intérim ou en contrat à durée déterminée (CDD) qui refuse à deux reprises en un an un contrat à durée indéterminée (CDI) proposé par son employeur sur le même poste, le même lieu et avec la même rémunération. *«En cas de refus du salarié, l'employeur en informe Pôle emploi en justifiant du caractère similaire de l'emploi proposé»*, précise le projet de loi.

Concrètement, un salarié en contrat court qui refuserait à deux reprises un CDI se verrait refuser l'indemnisation chômage au terme de son contrat. L'esprit de ces mesures consiste à *«refuser l'indemnisation (à des) demandeurs d'emploi qui ne se trouveraient pas dans une situation de privation involontaire d'emploi»*, résume le rapporteur Marc Ferracci, député de la majorité. D'autres dispositions du projet de loi ont moins fait parler d'elles. En particulier la création d'un service public de la validation des acquis, en charge d'organiser les certifications fondées sur l'expérience professionnelle et personnelle (à défaut de diplômes). Ce groupement d'intérêt public devra tenir compte *«des besoins en qualifications selon les territoires»*. Le gouvernement a également réussi à conserver la prolongation du système de bonus-malus sur la cotisation patronale à l'assurance-chômage qui vise à sanctionner les entreprises qui ont massivement recours aux contrats courts.

18 novembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/l-editorial-du-figaro-ocean-viking-fiasco-migratoire-20221117>

L'éditorial du Figaro:

«Ocean Viking, fiasco migratoire»

Publié hier à 20:15, mis à jour hier à 21:45

Par Vincent Trémolet de Villers, directeur adjoint de la rédaction.

L'Ocean Viking est en train de devenir un symbole dévastateur. L'histoire de ce bateau et de ses 234 migrants est l'apologue de toutes les défaillances de notre politique migratoire. **Une Europe incapable d'abord de tenir ses frontières, de s'attaquer aux passeurs, de coordonner les missions des pays qui la composent. Des ONG dont le souci humanitaire dissimule une volonté politique: accoster dans des ports européens plutôt que dans ceux du Maghreb. Un dévoiement des notions d'accueil et d'asile que l'on invoque pour habiller notre impuissance. Et puis, une fois que le bateau est à Toulon, la faiblesse d'État visible à l'œil nu quand quatre migrants profitent d'un vice de procédure pour quitter la zone d'attente, quand une vingtaine de mineurs venus d'Érythrée parviennent à quitter la structure qui les accueille et se volatilisent. On peut enfin s'interroger sur la reconduite effective de ceux qui seront déboutés du droit d'asile.** Au regard du taux d'exécution des obligations de quitter le territoire français (OQTF), on peut penser que la très grande majorité d'entre eux sont encore chez nous pour longtemps. Pourtant, le ministre de l'Intérieur n'avait pas lésiné sur les démonstrations d'autorité: centre militaire, DGSE, Ofpra... **Le bilan général de cette histoire? L'étranger qui force la porte de l'Europe sait qu'il n'en repartira pas...**

Dès lors, il devient absurde de parler de frontières ouvertes puisqu'elles sont incapables de se fermer, hypocrite d'évoquer une politique migratoire quand elle se disloque sous nos yeux. La cruelle vérité est que l'autorité de l'État est perpétuellement bafouée dans un de ses principes constitutifs: le pouvoir de décider qui entre ou sort du territoire. Les conséquences d'un tel affaiblissement sont vertigineuses: défiance des citoyens, réveil de sentiments xénophobes, recherche désordonnée d'actions radicales. En d'autres termes, effacement de la politique. Les solutions fermes et sereines pourtant existent. On les trouve non pas dans les autocraties mais chez les sociaux-démocrates danois, qui devraient être un exemple pour toute l'Europe.

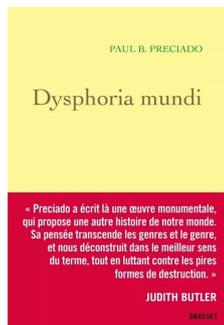
17 novembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/eugenie-bastie-dans-la-tete-d-un-revolutionnaire-trans-20221116>

Eugénie Bastié: «Dans la tête d'un révolutionnaire trans»

Par [Eugénie Bastié](#)

Publié hier à 18:48, mis à jour hier à 20:04



Eugénie Bastié. *Le Figaro*

CHRONIQUE - Dans *Dysphoria mundi* (Grasset), le penseur Paul B. Preciado se croit le prophète d'un futur transgenre. Un salmigondis intersectionnel étouffant, mais révélateur.

Le trans est l'avenir de l'homme. C'est la thèse du livre de Paul B. Preciado, *Dysphoria mundi*. Paul B. Preciado, qui s'appelait encore il y a sept ans Beatriz, est un homme trans qui aspire à «**vivre en dehors des prescriptions normatives de la société binaire hétéro-patriarcale**». C'est, nous prévient son éditeur, l'un «*des penseurs contemporains les plus importants dans le domaine des études de genre*». Sur la couverture, un bandeau rouge triomphant, annonce à la manière d'une bulle pontificale que **le livre est validé par la papesse du genre, Judith Butler**: «*Preciado a écrit là une œuvre monumentale (...) Sa pensée transcende les genres et le genre, et nous déconstruit dans le meilleur sens du terme.*»

«**Nous déconstruit** dans le meilleur sens du terme»: il faut imaginer Fabrice Luchini réciter cette phrase.

À l'intérieur des pages, écrites pendant la pandémie de Covid (déjà les effets destructeurs du confinement n'ont pas fini de se faire ressentir), il faut s'accrocher pour ne pas succomber à la syncope ou à l'éclat de rire tant ce salmigondis de postmodernisme est indigeste. «***Dysphoria mundi* nomme la condition somatopolitique commune, la douleur produite par la gestion nécropolitique des subjectivités inventées dans la modernité.**» Preciado pourrait ravir à son idole Butler le prix que lui avait décerné en 1998 la revue *Philosophy and Literature* pour sa prose «**impénétrable et jargonnante**».

Résumons pour le lecteur profane l'idée centrale de cet essai. **Elle a de l'intérêt dans la mesure où c'est un bon résumé de ce qui se fait de pire dans les universités occidentales.** Preciado est une sorte de Renaud Camus de la Grande Transition. Sauf que lui **appelle de ses vœux son «grand remplacement» à lui, celui de la différence des sexes par un brouillage généralisé, une «queerisation» du monde.** Il y voit «*le feu de l'Histoire*».

Le livre s'ouvre justement sur **l'incendie de Notre-Dame**, vision merveilleuse pour notre iconoclaste qui y voit la métaphore de notre civilisation qu'il souhaite voir disparaître. «**Cette cathédrale pourrait s'appeler capitalisme, patriarcat, reproduction nationale, ordre économique mondial... aujourd'hui elle brûle.**» Il regrette que 850 millions aient été récoltés pour sa reconstruction, alors même qu'«*une infime partie de ces dons aurait suffi pour construire un toit désigné aux sans-abri à Paris ou pour bâtir une ville dans la jungle de Calais qui accueillerait les réfugiés*».

Faire sauter l'Occident, ou ce qu'il en reste. Tel est son projet. Toutes les barrières doivent disparaître. *«Intérieur, extérieur. Plein, vide. Sain, toxique. Homme, femme. Blanc, noir. National, étranger. Culturel, naturel. Humain, animal. Public, privé. Organique, mécanique. Centre, périphérie. Ici, là. Numérique, analogique. Vivant, mort.»*

Il admire le mouvement Black Lives Matter, acclame le déboulonnage des statues, fustige les Terf, ces féministes qui ont l'audace de croire que les femmes ont une réalité biologique. *«Prétendre définir les femmes par leurs fonctions reproductives serait aussi réducteur que circonscrire l'existence du corps racisé à l'économie de la plantation.»* **Les mères seront ravies de voir leurs grossesses comparées à une forme d'esclavage.**

Comme tous les disciples de Michel Foucault, **Preciado aime utiliser le mot «corps» ad nauseam:** *«le soulèvement des corps assujettis», les «corps assignés», les «corps racisés», les «corps désignés comme anormaux», le «corps vivant et désirant», le «corps blessé par la violence petro-sexo-raciale»... On en veut en-corps.*

Le pauvre n'arrive même pas à s'émanciper lui-même puisqu'il utilise une page sur deux l'écriture inclusive (les «télétravailleur.e.ses») pour l'abandonner quelques lignes plus loin («les étudiants de l'université de Toronto»), par flemme d'appliquer ses propres principes absurdes.

Le livre est dédié à Judith Butler. *«Qui est cette dame?»*, demande son père à Preciado un jour qu'il lui explique son projet. Et Preciado de rétorquer doctement: *«Je lui explique qu'iel n'est pas une dame, qu'iel est une personne qui ne s'identifie ni comme homme ni comme femme, qu'iel vient d'avoir son certificat en tant que personne du genre non binaire en Californie.»* C'est ça, le monde de Preciado. Un monde où l'on voudrait échapper à la norme, mais où l'on demande d'être certifié par l'État. Où l'on critique la modernité disciplinaire qui brise les corps par des *«punitives répétitives»*, mais où on s'inflige un traitement hormonal à vie. Où l'on fustige le *«néolibéralisme cybernétique»* tout en ignorant que la *«fluidité»* qu'on revendique lui va comme un gant.

Ce Kamoulox **intersectionnel** se prend très au sérieux. Preciado est un prophète qui pense annoncer le monde de demain. Pour Laure Adler, qui l'a reçu sur France Inter (nos impôts), il est l'*«historien du futur»*. **«La plus grande révolution de l'Histoire» est à l'œuvre, prévient-il. Le trans est l'avenir de l'homme. «Ce qu'ils ont appelé "hétérosexualité" tout au long du XXe siècle n'est rien d'autre qu'une esthétique de la sexualité (...), mais qui peut-être touche à sa fin (...). Des milliers de jeunes commencent à se désidentifier par rapport à ce régime de pouvoir et de connaissance», se réjouit-il. Et de se demander très sérieusement: «Comment sera le monde non binaire?»** Cette réflexion trahit un provincialisme de la pensée tout à fait captivant. Il se croit décolonial mais pense à partir des catégories postmodernes élaborées dans les universités américaines. Peut-être qu'à New York, Chicago, Paris et Berlin, on se teint les cheveux en bleu, et on s'injecte de la testostérone. Mais à Pékin, Moscou, Bamako, Téhéran et Delhi, on ne pense pas ainsi. **La secte trans est une secte occidentale.**

Preciado croit qu'il est à la pointe avancée de l'histoire alors qu'il n'est que l'arrière-garde de la décadence. Pour dire le mépris dans lequel il tient ses ennemis, il se compare à Galilée regardant les étoiles pendant que les obscurantistes proclamaient que la Terre est plate. Il nous fait plutôt songer à ces prêtres de Constantinople qui discutaient du sexe des anges quand les Turcs étaient aux portes de la ville.

«Dysphoria mundi», Paul B. Preciado, Grasset, 587 p., 25 euros.

16 novembre (L'Express)

https://www.lexpress.fr/actualite/politique/la-loi-ou-la-desobeissance-le-temps-des-ecologies-irreconciliables_2183151.html

En couverture, jeudi 10 novembre 2022 1519 mots, p. 24

Les écologies irréconciliables

OLIVIER PÉROU

Les partis, dont EELV, et les ONG n'ont plus prise sur une nouvelle frange d'activistes écologistes qui juge désuète la politique menée pour le climat.

La scène, qui se déroule dans les années 2000, José Bové aime à la raconter à quelques-uns. C'était du temps où l'homme et ses « faucheurs » multipliaient les arrachages volontaires de parcelles d'OGM, et, de fait, les « rendez-vous » avec la justice française qui les condamnait. Au détour d'une rue, l'un des magistrats qui l'avait tancé quelques mois plus tôt dans un prétoire fonce vers lui, comme pour se justifier encore et toujours. « J'étais mal à l'aise en vous condamnant mais la loi dit qu'il y avait destruction de biens et, face à cela, vous étiez pénalement responsable », dit l'héliaste. Et Bové de répondre dans un rire rocailleux : « Fallait démissionner! »

La loi ou la désobéissance? La radicalité de l'action ou la foi dans l'action politique? Voilà un vieux débat, plus grisonnant encore que la moustache du célèbre écologiste sur laquelle frotte toujours une pipe. Bové lui-même parle de ses combats comme on raconte des histoires d'antan, rangées dans le fond d'une armoire. Hier, c'était le démontage des restaurants McDonald's, l'arrachage d'OGM, les banderoles de Greenpeace sur le toit des usines nucléaires. Hier, aussi, les décrochages de portraits d'Emmanuel Macron, les grèves d'école lancées par Greta Thunberg, future tête de pont des marches - très suivies - pour le climat. Mais qui s'en souvient?

Un tournant s'opère dans l'activisme écologiste. L'été 2022, marqué par des épisodes d'extrême sécheresse et, partant, des restrictions d'eau, a vu de nouveaux modes d'opérations fleurir. Des actes de sabotages pour dénoncer l'utilisation indue de l'eau. Ici on s'attaque à des golfs, là à des piscines et des jacuzzis privés, on dégonfle les pneus de SUV de plusieurs particuliers dans la nuit, on bloque des usagers à l'heure du retour du travail sur le périphérique parisien ou l'autoroute, on se colle le visage ou les mains sur les vitres qui protègent de célèbres oeuvres d'art. La plupart de ces initiatives restent collectives, initiées par des mouvements tels qu'Extinction Rebellion, mais d'autres plus isolées se multiplient.

Une chose est néanmoins certaine, c'est qu'aucun de ces modes d'action n'est à l'initiative de mouvements politiques, ni d'ONG bien connues. « Nous n'avons plus de prise sur toute une nouvelle frange d'activistes, souvent très jeunes et très déterminés. Leur moteur est l'éco-anxiété, ils ne s'en cachent pas. Ils entendent ce qu'on leur dit sur la nécessité d'une action réfléchie pour obtenir des victoires, mêmes minimes, mais ils estiment que le temps presse trop pour en perdre », admet, désabusé, le patron d'une grande ONG. Et le même de s'empresse de préciser : « La fracture n'est pas avec nous mais avec le politique, y compris avec EELV. Là, le lien est rompu. »

Europe Ecologie-Les Verts ringardisé? La très grande majorité des membres du parti admettent cet état de fait : le mouvement n'attire plus, pas même les plus fidèles à la cause. La faute à son organisation égotique de bout en bout, « un parti qui ne se parle qu'à lui-même avant de parler d'écologie », tacle un cadre qui a des envies d'ailleurs. Les luttes intestines y sont légion. La fausse bousculade d'Eric Piolle sur Sandrine Rousseau, la dualité entre cette dernière et le candidat Jadot, la vie privée de Julien Bayou étalée à la vue de tous... Les affres d'EELV défraient la chronique bien plus que son programme. La présidentielle de 2022 en est l'exemple le plus douloureux. A une époque où l'urgence écologique a infusé dans toute l'opinion publique au point que l'ensemble du spectre politique français ripoline sa façade de vert à chaque scrutin, le candidat d'EELV n'a récolté que 4,63 %. Et si le parti a survécu aux législatives, c'est à la faveur d'un accord avec Jean-Luc Mélenchon, devenu l'assurance-vie des Verts.

On l'a vu encore à Sainte-Soline, le 29 octobre dernier, quand des milliers de manifestants ont afflué contre le projet de méga-bassines. Cette fois-ci, c'est la voiture de location de Yannick Jadot qu'on a ripoliné en y inscrivant les mots « crevure ». Un peu après, devant les caméras, quelques militants le sifflent. « On est là tous ensemble pour lutter contre des mêmes projets », veut calmer Jadot avant qu'une jeune femme, encagoulée et se revendiquant de « l'union de l'ultra-gauche », ne le bombarde : « C'est un mensonge! On ne lutte pas pour les mêmes projets. » Le lendemain, sur le plateau de BFM TV, Sandrine Rousseau, sa camarade d'EELV certes mais surtout sa première contemptrice, a abondé dans le sens de la militante anonyme : « Il faut que Yannick Jadot entende que nous avons besoin de retrouver l'écologie de combat. »

L'ironie de la situation veut que le CV de Yannick Jadot - au paragraphe « militantisme » - a de quoi faire pâlir Sandrine Rousseau, « l'apparatchik d'Europe Ecologie-Les Verts », rappelle cyniquement l'entourage du premier. **Qui se souvient qu'en 2005, Jadot, alors activiste chez Greenpeace, pénétrait à bord d'un Zodiac dans la base de sous-marins nucléaires de l'île Longue, au large de Brest, pour dénoncer l'illégalité du programme d'armement nucléaire français?** Un « coup » qui l'avait fait condamné par un tribunal militaire pour « atteintes aux intérêts de la nation », comme un certain général de Gaulle, par Vichy, lui. Un détail que n'oublie jamais de rappeler Jadot à ses interlocuteurs. **José Bové prend sa défense : « La réalité, c'est que Yannick n'a rien à prouver à personne en matière de radicalité. »** Jadot, trop consensuel pour les uns, trop radical pour d'autres... Lui-même ne sait plus qui être. L'homme de Greenpeace qui plastronne un jour d'être le seul politique à partager un point commun avec de Gaulle se félicite le lendemain des compliments de Christiane Lambert, la patronne de la FNSEA, le syndicat agricole majoritaire. **« Vous n'êtes pas un Vert radical, un Vert foncé, vous êtes un Vert nuancé »,** lui avait-elle dit avant la présidentielle. **Un baiser de la mort?** Une confluence politique?

Quel politique sait encore sur quel pied danser pour embarquer « les masses » vers la bifurcation écologique? **Aux yeux des nouveaux activistes du climat pour qui le politique, qu'il soit macroniste, vert ou socialiste, ne peut plus rien ni n'offre d'avenir.** Boris Vallaud, patron des députés socialistes, s'avoue pessimiste à son tour : « Ça fait tellement longtemps que la politique n'est plus un terrain d'avenir. »

Face à un mur, l'écologie politique cherche sa martingale de la radicalité, et tous se prennent les pieds dans le tapis, de Jadot à Bové. Tous jurent être radicaux, et tous ajoutent des attributs à leur « radicalité ». **Ministre, Nicolas Hulot** demandait une « radicalité programmée » puis, après avoir quitté le gouvernement, intimait : **« La crise écologique est radicale, soyons radicaux. »** « La realpolitik, c'est le lot de tous et croire qu'on est meilleur au point de s'en acquitter, c'est le meilleur moyen de mentir à ses électeurs », estime le maire EELV d'une grande ville, qui voit quelques uns de ses vieux amis, militants de longue date et qui ont fait sa campagne, grogner contre sa lenteur d'exécution sur certains dossiers. Il ajoute : « Sandrine Rousseau tombera dans les mêmes circonvolutions, elle aussi, tôt ou tard. »

Jean-Luc Mélenchon, loin d'être le dernier en matière de radicalité, regarde les activistes jeteurs de soupe sur des oeuvres d'art ou bloqueurs d'autoroute avec autant de réserve. En 2014, alors qu'il visitait le chantier contesté du barrage de Sivens dans le Tarn - où Rémi Fraisse fut tué par une grenade offensive des gendarmes - l'Insoumis avait eu droit aux insultes, aux sifflets, aux accusations de trahison proférés par quelques activistes encagoulés. Lui, le jacobin, n'en perd pas son latin, « dura lex, sed lex » [NDLR : la loi est dure, mais c'est la loi] dit-il quand on l'interroge sur la désobéissance civile ; mais que faire quand la loi est injuste? s'interroge-t-il en même temps. Mais qui décide que la loi est injuste? Mélenchon refuse de croire que la société civile puisse en décider. José Bové estime pour sa part que le consensus scientifique autour du réchauffement climatique donne légitimité aux actions de désobéissance civile.

Car, derrière ces contradictions **se pose avant tout la question de l'efficacité de l'action.** « C'est le sujet principal. L'action de désobéissance a pour but d'arriver à un point de blocage face à un adversaire identifié », dit Bové. Les conducteurs bloqués sur l'autoroute A6 au sud de Paris par quelques militants de l'organisation Dernière rénovation, le vendredi 28 octobre au soir, sont-ils des adversaires?

« A un moment donné, les cravates, les débats à l'Assemblée, à la télé ou dans vos journaux... C'est bien gentil mais quels sont les résultats? Quand ça ne marche pas, il faut tester autre chose », s'agace Julie*, 17

ans, étudiante en agronomie à Rennes, fille d'un cadre bancaire et d'une agent immobilière. Elle ira voter aux prochaines européennes, mais sans grande conviction : « Je voterai le moins mauvais et le moins mauvais, c'est EELV. Ça ne veut pas dire que ça m'enchant. » **Comme les gauches hier, et malgré l'urgence climatique, l'écologie politique et l'écologie radicale apparaissent toujours plus irréconciliables.**

* Le prénom a été modifié.

16 novembre (L'Express)

https://www.lexpress.fr/actualite/societe/plus-coordonnes-plus-presses-et-plus-radicaux-jusqu-ou-iront-les-militants-ecolos_2183029.html

L'Express, no. 3723

En couverture, jeudi 10 novembre 2022 1593 mots, p. 20

Coordonnés, radicaux, pressés : jusqu'où iront les militants écolos ?

ALEXANDRA SAVIANA; CÉLINE DELBECQUE; SÉBASTIEN JULIAN

Blocages de routes ou de chantiers, manifestations, dégonflage de pneus... **Face à l'urgence climatique, ils ont de plus en plus recours à la désobéissance civile.**

Un coup d'oeil dans les rues alentour, un prospectus laissé sur le parebrise, trois manipulations sur la valve... Et le tour est joué. Sylvain* a le coup de main : en moins d'une minute, cet étudiant en biologie de 25 ans est capable de dégonfler un ou plusieurs pneus de SUV. Depuis septembre, il assure ainsi s'être occupé de « 250 à 260 voitures » dans sa commune des Hauts-de-Seine, dont « 107 en une seule nuit ». Le but? Attirer l'oeil des automobilistes - et des médias - sur la « pollution causée » par ces gros véhicules. Reprenant la charte graphique et le mode d'action du collectif britannique Tyre Extinguisher (Dégonfleurs de pneus), ce militant écologiste a participé à l'importation du mouvement en France : semaine après semaine, des actions similaires ont été constatées en région parisienne, à Lyon, Toulouse ou dans les Hauts-de-France.

Lassé de trier ses déchets, consommer local ou participer à de simples marches climats, Sylvain a décidé d'opter pour la « désobéissance civile ». En plus de ses réguliers dégonflages de pneus, le militant a récemment rejoint une branche locale du collectif écologiste **Extinction Rebellion**, et participé avec eux « à plusieurs réunions et blocages ». Et il n'est pas le seul. Depuis des mois, diverses associations multiplient ce type d'actions pour dénoncer l'immobilisme des gouvernements et des grandes entreprises face au dérèglement climatique. Le 28 octobre, des militants de Dernière rénovation bloquaient ainsi l'A6. Trois jours plus tard, 27 de leurs camarades d'Attac et d'Extinction Rebellion tentaient de s'introduire à l'aéroport du Bourget afin « d'empêcher le décollage de jets privés ». Et durant le week-end de la Toussaint, 4 000 à 7 000 personnes manifestaient à Sainte-Soline, dans les Deux-Sèvres, pour bloquer l'avancée du projet de chantier des « méga-bassines », causant de violents heurts avec les forces de l'ordre.

« Il y a une montée en puissance de ces actions et de leur radicalité, parce que le contexte écologique global s'est totalement dégradé », analyse Bruno Villalba, professeur en sciences politiques à AgroParisTech et spécialiste de l'écologie politique. Difficile de connaître précisément le nombre d'activistes : les principaux réseaux revendiquent plusieurs milliers d'adhérents, et chaque action engendre de nouveaux recrutements. Mais pour ces militants, il n'y a plus de compromis possible. « Dans vingt ans, quand les conséquences du réchauffement seront bien plus lourdes qu'aujourd'hui, les nouvelles générations nous demanderont pourquoi nous n'avons rien fait », martèle Lucas, membre de Dernière rénovation.

« On sent que quelque chose se passe : là où il n'existait auparavant que quelques luttes locales éparpillées sur le territoire, on observe désormais un recours presque systématique des collectifs et associations face aux projets polluants », décrypte Victor Vauquois, membre du collectif Terres de luttes. Selon le média Reporterre, plus de 480 « luttes locales » auraient été recensées en deux ans sur le territoire, pour 66 « victoires » annoncées contre des projets d'aménagement jugés « polluants » - à l'instar des bassines. « L'action à Sainte-Soline n'a rien d'inédit, et ce n'est pas un signe de radicalisation du mouvement écolo, estime Victor Vauquois. Je parlerais plutôt d'un retour aux sources. »

L'usage de la désobéissance civile dans la lutte écologiste n'est effectivement pas nouveau. « Dès les années 1980, une série d'actions violentes réalisées par des activistes marquent les sommets mondiaux, note le politologue Eddy Fougier, spécialiste de l'altermondialisme et des mouvements protestataires. La violence est un moyen de se faire connaître et éventuellement d'être écouté, afin de gagner la bataille de l'opinion publique. » L'idée est déjà de mener des actions emblématiques, conçues pour attirer les caméras. En France,

l'homme qui comprend ce petit jeu marque les esprits avec sa moustache fournie et ses actions coups de poing. Après s'être illustrés dans le démontage d'un chantier de McDo, José Bové et une poignée d'agriculteurs s'attaquent au début des années 2000 à une serre, puis à des champs où sont cultivés des OGM. Les condamnations tombent, mais ne refroidissent pas les adeptes de la désobéissance civile. Au contraire.

En 2009, l'échec des négociations de la COP15 à Copenhague entraîne une vaste remise en question. « Le sentiment général est que les écologistes français savent parler, mais pas s'organiser », résume Nicolas Brusadelli, doctorant en sociologie de l'Université de Picardie. En réaction, de nouveaux collectifs citoyens engagés se créent alors pour lutter contre le dérèglement climatique, comme Alternatiba ou sa variante Action non-violente COP21 (ANV-COP21), spécialisée dans la promotion de pratiques de désobéissance civile. Début 2019, ses militants décrochent des portraits d'Emmanuel Macron dans des mairies à Lyon, dans la région bordelaise et dans l'Ain pour fustiger l'inaction climatique de la France. Toutes les recettes de la désobéissance civile sont là : un message, un lieu symbolique, une action coup de poing.

Les militants arrivent d'autant plus à attirer l'attention que le sujet du réchauffement climatique occupe une place grandissante dans l'opinion. En mars 2019, point culminant des marches pour le climat, près de 350 000 personnes, selon les organisateurs, défilent dans 220 villes. Sous l'impulsion de Greta Thunberg, des vocations militantes naissent - souvent chez de très jeunes manifestants. Mais la jeune Suédoise, ses Fridays for Future et ses discours d'interpellation jugés « trop doux » leur paraissent aujourd'hui dépassés, tandis que les principes de non-violence prônés par Gandhi ou Martin Luther King, longtemps cités en modèles, s'écaillent. « Comme beaucoup de personnes dans mon entourage, j'ai commencé par défi-ler, avant de me tourner vers la désobéissance civile », explique Zoé Mary, 26 ans, porte-parole d'ANV-COP21.

Le modèle Greenpeace ou WWF semble également poussiéreux aux yeux de ces militants. « Leurs modes d'action actuels sont considérés comme trop faibles, trop institutionnels », analyse Bruno Villalba. « Désormais, les manifestants sont dans l'acte militant immédiat, qu'ils jugent proportionnel à l'urgence ressentie. Ils se moquent d'ailleurs de savoir si EELV ou la Confédération paysanne vont les soutenir. » Un tournant dont les associations historiques ont conscience. Jean-François Julliard, directeur général de Greenpeace France, explique ainsi à L'Express avoir formé « de 5 000 à 10 000 personnes à l'action non-violente depuis 2018 ». « Les gens préfèrent en général mener des actions de désobéissance, parce qu'ils observent qu'elles ont plus d'impact », justifie-t-il.

Avec les réseaux sociaux, s'engager est devenu presque aisé. « Il suffit de créer un hashtag sur les réseaux sociaux pour qu'un collectif se lance », résume Bruno Villalba. Sur les sites des collectifs, n'importe quel internaute peut ainsi accéder à différentes boîtes à outils recensant les étapes clés de la création d'une association, d'une stratégie de communication ou d'une action juridique. « Ce qui marche, c'est la complémentarité des tactiques. On joue d'abord le jeu de la loi, puis on communique auprès de la population, on s'investit dans des consultations publiques... Quand tout ça ne fonctionne pas, il reste la désobéissance civile », explique Victor Vauquois, qui précise que ce mode d'action et ses limites sont des sujets constamment débattus au sein des collectifs. « Tout le monde n'est pas toujours d'accord. Les groupes se complètent les uns les autres. »

Pour Albert Ogien, la force de ces mouvements réside dans leur capacité de communication et de coordination. « Plus de 150 collectifs disparates peuvent ainsi se concevoir comme une unique organisation lors de grands événements communs, comme les marches climat ou la manifestation anti-bassines », commente le sociologue. Un attelage qui rend aussi ces organisations vulnérables à des arrivées imprévues : à Sainte-Soline, « 400 profils black blocs et activistes très violents » se seraient joints à la manifestation, selon la préfecture. Une infiltration qui n'étonne pas grand monde. « Les black blocs utilisent ce que l'on appelle la "stratégie du coucou" pour s'infiltrer dans des mouvements sociaux, et poursuivre leurs propres buts », souligne Eddy Fougier. A l'image des manifestations sociales de ces dernières années, les événements écolos peinent aujourd'hui à juguler la venue de ces nouveaux arrivants sur le terrain. « Comme les syndicalistes avant eux, les écologistes ne peuvent pas faire l'économie de ces infiltrations. Mais elles restent minoritaires », estime l'ancien député Noël Mamère. **« C'est la convergence des luttes »,**

analyse Bruno Villalba, qui rappelle qu'une « acculturation mutuelle a toujours existé entre mouvements écologistes, anticapitalistes et anarchistes. »

Cette « agrégation des colères » pourrait-elle déboucher sur une montée de la violence du mouvement écologiste et de ses affiliés? « L'orientation éthique et politique des militants écologistes est telle qu'il est peu probable qu'ils déploient de la violence contre des êtres vivants, explique Heather Alberro, maître de conférences en développement durable à l'université de Nottingham Trent. Cependant à l'avenir, nous verrons probablement des mesures de plus en plus désespérées. » La présence importante des forces de l'ordre risque également de faire déraiper la situation, craint un membre du réseau ANVCOP21 Toulouse.

Le ministre de l'Intérieur Gérard Darmanin a créé la polémique en dénonçant « l'éco-terrorisme » après les événements de Sainte-Soline. Des propos qui font hausser les sourcils chez les militants et les chercheurs, mais qui donnent un aperçu du dialogue de sourd déjà engagé entre dirigeants et militants. « Tant que le pouvoir se crispera et refusera toute forme de dialogue sur le sujet du climat, les ingrédients de l'escalade seront réunis », estime Noël Mamère. Ce raidissement de la discussion existe d'ailleurs des deux côtés. « Avant, on pouvait boire des verres avec les militants de Greenpeace, même quand ils essayaient de rentrer dans nos centrales nucléaires, rigole un haut gradé, ancien responsable bien placé dans la sécurisation d'institutions sensibles. Ils sont aujourd'hui plus difficiles à cerner. Le dialogue est complexe ». Plus qu'à espérer qu'il ne soit pas complètement rompu.

16 novembre (Le Point)

https://www.lepoint.fr/debats/affaire-hanouna-boyard-ou-la-longue-marche-de-l-homme-diminue-15-11-2022-2497943_2.php

Affaire Hanouna-Boyard ou la longue marche de l'homme diminué

CHRONIQUE. La récente passe d'armes entre l'animateur et le député n'est pas un problème, mais un symptôme. Est-on encore capable de discuter ?

Par [Arthur Chevallier](#)

Publié le 15/11/2022 à 20h30 - Modifié le 16/11/2022 à 07h56

L'état de civilité d'un pays reflète son harmonie, et parfois, son chaos. Voilà une des leçons à tirer de la récente pitrerie à laquelle ont participé un animateur de télévision et un député de La France insoumise. Depuis, ils se disputent afin de savoir qui a été le plus irrespectueux, tels deux clowns s'affrontant pour l'entonnoir dont ils pourraient se faire un chapeau. Même si, il faut l'admettre, un des protagonistes avait le mérite d'être « chez lui » et d'exercer son métier, et surtout de ne jamais avoir été payé par l'autre. Ce qui ne change rien aux conclusions de **cette séquence, laquelle n'est pas un problème, mais un symptôme, qui n'a rien à voir avec le désir de buzz, mais avec la bêtise, qui finit par asphyxier ce qui découle de l'intelligence, à commencer par la politesse et la courtoisie.**

Les manières n'ont pas été inventées pour contenter des snobs. Leur fonction n'est pas seulement sociale, mais anthropologique. C'est pour atténuer les rapports de force que des sociétés décident de communiquer d'après un protocole de bienséance. Les individus sont différents par nature. Comme ils vivent ensemble, ils discutent et s'opposent d'après des convictions contradictoires. Ce qui provoque une forme de mécontentement pouvant mener, à un certain point, à l'expression d'une violence physique. Or, la communauté humaine est à peu près d'accord pour se distinguer de l'animal, qu'elle domine et au-dessus duquel elle se considère.

Violence sociale, violence verbale

La fin du XVII^e siècle a porté à l'excès ces principes en imaginant une société où les maîtres n'auraient pour seule mission que le raffinement, lequel, poussé à un certain point, confine à l'absurdité, laquelle précède la décadence. Comme le rappelait Philippe Bausseant dans *Le Roi-Soleil se lève aussi*, on ne connaît aucune colère de Louis XIV en public. De même, le film *La Favorite* était un tableau formidable des conséquences des excès de sophistication à la cour d'Anne d'Angleterre. Le travail étant méprisé, l'oisiveté devient reine, et celle-ci mène inévitablement à une confrontation des énergies, à la brutalité, à un état de nature, c'est-à-dire animal. L'équilibre en la matière est nécessaire sous peine de retrouver ce qu'on croyait combattre.

Le XVIII^e siècle aura porté la controverse dans les livres, mais aussi dans des salons où philosophes, écrivains, artistes, scientifiques, rhéteurs, confrontaient dans la joie leurs idées. Convaincus de l'avènement d'un monde dont ils ignoraient les tenants et les contours, ne sachant pas encore comment en devenir des acteurs, ils voulaient être les premiers à y participer, intellectuellement du moins et dans un premier temps. En attendant la Révolution, on discute. Cette délicieuse causerie prend fin à partir de 1789. La façon de communiquer change. La logorrhée remplace la précision ; l'invective, la joute ; l'opinion, les idées. C'était un peu vulgaire,

mais probablement nécessaire. On ne bouleverse pas l'ordre social en minaudant, ni même peut-être en raisonnant. **La violence sociale se traduit en violence verbale avant d'exploser en bagarres.**

Le début du XXI^e siècle n'échappe pas à la règle. Combien de fois a-t-on entendu cet argument : la violence sociale serait parfois pire que la violence physique ? Les mécontentements s'embrasent et forment un maelström de vulgarité, justifié, dit-on, par la légitimité de la colère. Le rabaissement de la décence ne se fait pas dans l'impunité ; et le ruissellement de la brutalité est inarrêtable. L'individu s'en trouve diminué, perd peu à peu ses facultés de sophistication, en oublie même, comme il sied à un animal, la parole.

Comment voulons-nous, dans ces circonstances, être encore capables de discuter ? La conversation est un espace d'affrontement et de dispute, elle flatte les ego et satisfait les désirs de puissance, elle se joue en public et à huis clos. D'elle, nous tirons les preuves de notre humanité : la familiarité, l'amitié, l'amour et parfois même des régimes politiques. Les Anglais s'en souviennent parfois mieux que nous. Dans *Talk and Talkers (Causeries et causeurs)*, un article paru en 1882, Robert Louis Stevenson écrit : « C'est à une certaine disposition, à la fois combative et courtoise, belliqueuse, mais point querelleuse, que l'on reconnaît immédiatement le causeur. [...] Je ne veux pas de pontifes doctrinaires mais des chasseurs en quête d'élément de la vérité. » **La civilisation n'est pas relative lorsqu'elle contribue au règne de l'intelligence.**

16 novembre (Le Point)

https://www.lepoint.fr/politique/emmanuel-berretta/asile-et-migrations-pourquoi-la-reforme-europeenne-est-impossible-15-11-2022-2497933_1897.php

Asile et migrations : pourquoi la réforme européenne est impossible

Depuis 2016, la Commission a présenté deux réformes. La première a été abandonnée. La deuxième est bloquée. Asile et migrations, le dossier maudit de l'UE.

Par [Emmanuel Berretta](#)



Sept ans après la crise migratoire, amplifiée par l'arrivée massive de réfugiés de la guerre civile syrienne, l'Union européenne n'a toujours pas réussi à réformer l'asile et la migration. © VINCENZO CIRCOSTA / AFP

Publié le 15/11/2022 à 18h00

Sept ans après la crise migratoire de 2015, l'Union européenne n'a toujours pas réussi à réformer l'asile et la migration en dépit des efforts répétés de la Commission. L'affaire de l'*Ocean Viking* vient ruiner les quelques progrès accomplis sous la présidence française de l'UE au cours des six premiers mois de l'année 2022. Les conditions politiques ne sont pas réunies faute d'entente entre les États membres au Conseil. Et quand bien même les États s'entendraient, il faudrait encore l'accord du Parlement européen.

Or, le Conseil et le Parlement prennent deux directions opposées : au Conseil, l'accent est mis sur la protection ferme des frontières extérieures communes, le retour des déboutés du droit d'asile dans leur pays d'origine, la lutte contre les passeurs et une régulation du rôle des ONG en Méditerranée ; au Parlement, une majorité de gauche et de libéraux se montre beaucoup moins fermée vis-à-vis des migrants et porte son attention sur les conditions d'accueil des plus vulnérables, des mineurs isolés, et le respect scrupuleux des droits fondamentaux des candidats à l'asile.

«Frontex ? Mais c'est une ONG ! »

Ce combat entre les « frontiéristes » et les « humanistes » a traversé l'agence Frontex, censée aider les États membres qui le souhaitent à gérer les flux migratoires. Le départ de Fabrice Leggeri (il a préféré démissionner), le patron de Frontex, illustre à quel point l'Union européenne n'a pas encore de position claire. Il lui était reproché d'avoir précisément couvert les agissements de la Grèce vis-à-vis des migrants arrivant par la mer. Athènes les aurait refoulés sans examen de leur droit à l'asile. Une accusation relayée par la presse allemande alimentée par des images filmées par les Turcs. Au Parlement européen, Fabrice Leggeri était l'homme à abattre.

Mais le conseil d'administration de Frontex n'a pas validé le rapport accusatoire lors de la séance du 28 avril. À l'issue du vote en conseil d'administration, la proposition d'ouvrir une procédure disciplinaire contre Leggeri, portée par le rapport de l'Olaf (Office européen antifraude), a été massivement rejetée par 22 suffrages contre, 5 pour et une abstention. Le conseil d'administration représente les États membres. Il devra nommer un successeur à Leggeri en décembre. La question de l'orientation à donner à cette agence se reposera. « Frontex ? Mais c'est une ONG ! récriminait-on au ministère de l'Intérieur, à Paris. Elle ne sert à rien, ou seulement à espionner les États membres sur leur politique migratoire. » Ambiance...

Le Parlement et le Conseil en opposition frontale

Le débat sur la nature de Frontex s'est ensuite déplacé au Parlement européen au moment de voter la décharge budgétaire. En principe, il ne s'agit que d'un contrôle sur l'usage des fonds pour l'année 2020. Les eurodéputés s'en sont saisis pour envoyer un signal politique en refusant la décharge budgétaire une première fois le 4 mai 2022. Et rebelote le 18 octobre : le Parlement a de nouveau refusé d'approuver les comptes 2020 de l'agence par 345 voix contre 284 et 8 abstentions. Les députés entendent sanctionner « l'ampleur des fautes graves commises » par le précédent directeur exécutif de l'Agence. C'est exactement cette majorité qui s'oppose à ouvrir toute négociation avec le Conseil sur le « pacte asile et migration », proposée par la Commission en septembre 2020.

La Commission n'en est pas à sa première tentative. Le 4 mai 2016, deux ans après le début de la crise migratoire à la suite de la guerre en Syrie, la Commission Juncker présente une première réforme : un système de répartition des demandes d'asile entre les États membres « plus équitable, plus efficace et plus durable ». On maintient cependant le principe de Dublin : les demandeurs d'asile doivent demander l'asile dans le premier pays d'entrée, sauf s'ils ont de la famille ailleurs. Le mécanisme de répartition prévoit qu'aucun État ne sera soumis à une pression migratoire disproportionnée.

Le jeu politique de Viktor Orban

La Commission Juncker s'y casse les dents parce que les pays des V4 – Hongrie et Pologne en tête – refusent cette répartition. Pas question pour eux de se montrer solidaires avec les pays de la rive sud de la Méditerranée. Le Hongrois Viktor Orban théorise, pour son opinion publique, son refus en estimant que son pays chrétien ne doit pas ressembler aux pays décadents qui ont eu autrefois des colonies. La question migratoire devient alors le nouveau clivage entre l'Est et l'Ouest.

Ursula von der Leyen, qui succède à Juncker, revient à la charge avec un nouveau projet de réforme en septembre 2020, « le pacte migratoire ». Elle le confie à une commissaire suédoise, la social-démocrate Ylva Johansson. Au-dessus de la Suédoise, le commissaire grec, Margaritis Schinas, un chrétien-démocrate du PPE qui a rang de vice-président, est censé rassurer la droite européenne. La nouvelle réforme conserve le principe de Dublin : un candidat à l'asile doit être enregistré (avec prise d'empreintes) dans le pays de première entrée. Les États côtiers (Italie, Espagne, Grèce, Malte...) sont dès lors les plus exposés au flux du Sud. Mais si la Commission propose de conserver ce critère, elle en ajoute d'autres, qui le précèdent et qui permettent ainsi de répartir la charge autrement.

Passeur, un business à 300 millions d'euros

Ainsi, si un candidat à l'asile possède déjà un diplôme ou de la famille (parents, fratries) dans un État membre, l'instruction de sa demande d'asile sera à la charge de cet État membre (on réunira les fratries). Un contrôle sanitaire approfondi sera établi à l'entrée.

Une procédure rapide à la frontière (5 jours) doit permettre un retour rapide et efficace pour ceux qui n'ont pas vocation à rester (la Commission évoque un délai de 12 semaines maximum). Cette procédure rapide s'appliquerait en particulier aux demandeurs d'asile présentant de faibles chances de l'obtenir, compte tenu de leur provenance (un pays considéré comme sûr). Les agences européennes seraient beaucoup plus en appui des États membres ainsi que les gardes-côtes de Frontex disposant de bases de données interconnectées. « Plus les retours seront rapides, plus nous casserons le business des passeurs », argumentait la commissaire suédoise Ylva Johansson, en présentant sa réforme. L'UE estime à 300 millions d'euros les gains des passeurs en Méditerranée entre 2017 et 2019.

L'Est bloque le Sud, et réciproquement

Les réfugiés reconnus comme tels pourront bénéficier de la libre circulation en Europe après 3 ans (au lieu de 5 ans actuellement). Le dispositif présenté par la Commission ne dit pas grand-chose des personnes qui prennent la fuite pendant la procédure d'examen. La Commission parle seulement de « combler les lacunes » en la matière.

Les précautions prises par la Commission n'ont pas désarmé la Hongrie et la Pologne. Le pacte migratoire est bloqué, car les deux camps se tiennent par la barbichette : l'Italie, l'Espagne, la Grèce bloquent toute mesure de contrôle renforcé aux frontières tant qu'ils n'ont pas la garantie que les autres viendront les délester d'une partie du fardeau. Et ceux de l'Est n'envisagent aucune forme de solidarité s'ils ne sont pas certains que les États côtiers tiendront fermement les frontières. Le « Pacte migratoire » – un ensemble de 7 textes – n'avance pas d'un pouce pendant plus d'un an jusqu'au moment où Emmanuel Macron, qui assume la présidence de l'UE à partir de janvier 2022, propose de découper la réforme en trois morceaux.

La méthode Macron : une réforme à la découpe

Le président français se rend lui-même à Tourcoing, début février, pour expliquer sa méthode aux ministres de l'Intérieur de l'UE. La France se propose de faire adopter par le Conseil deux textes – Eurodac et le règlement filtrage – qui vont dans le sens des « frontiéristes ». En contrepartie, les États côtiers obtiendraient un « mécanisme temporaire de solidarité volontaire ». Au bout de quelques mois, un petit miracle se produit : la Hongrie et la Pologne lèvent leur veto. Le 21 juin, le mécanisme de solidarité voit le jour : 13 États de l'espace Schengen signent une déclaration d'entraide pour aider l'Italie, l'Espagne, la Grèce, Malte et Chypre.

C'est ce mécanisme que la France invoque quand l'Italie de Meloni refuse de débarquer les passagers de l'*Ocean Viking*. Pour bénéficier de la solidarité du mécanisme, il faut cependant que l'Italie enregistre d'abord les arrivages, conformément à la règle de Dublin. Consternée par l'attitude du gouvernement Meloni, la France décide de se retirer de ce mécanisme qu'elle a contribué à mettre en place et n'honorera pas sa promesse de reprendre 3 000 personnes à l'année.

Cependant, 11 pays se sont déjà portés volontaires pour reprendre les deux tiers des passagers de l'*Ocean Viking* débarqués à Toulon.

Pas de réforme avant les européennes 2024

Entre-temps, la guerre en Ukraine et son lot de réfugiés ukrainiens ont démontré que la Pologne, la Hongrie, la République tchèque ou la Slovaquie n'avaient pas de problème avec la notion de réfugiés, à condition qu'ils soient « blancs » et « chrétiens ».

Les quelques progrès accomplis sous la présidence française sont-ils ruinés ? En fait, la France n'avait obtenu de progrès qu'au Conseil. Le Parlement européen, lui, a refusé la méthode Macron d'une réforme à la découpe. Les eurodéputés souhaitent aboutir sur l'ensemble des textes parce qu'ils jugent que c'est un ensemble cohérent entre « responsabilité et solidarité ». « La négociation sera globale ou ne sera pas », prévient-on au Parlement. Il n'y a, à ce jour, aucune chance que le « pacte migratoire » soit adopté avant les élections européennes de 2024. Autrement dit, l'Union européenne ouvre un boulevard aux populistes sur ce terrain qui leur est propice. Puisque l'Europe est incapable de s'entendre pour gérer ses frontières extérieures communes, les souverainistes auront beau jeu d'appeler à un retour aux frontières nationales. La libre circulation au sein de l'espace Schengen est menacée. L'attroupement de policiers français à la frontière franco-italienne dépêchés en représailles au gouvernement Meloni en est un présage funeste.

16 novembre (NZZ)

<https://www.nzz.ch/meinung/konferenz-klimaaktivismus-dreissig-jahre-ineffizienz-ld.1712080>

GASTKOMMENTAR

Dreissig Jahre und unzählige Klimakonferenzen, Abkommen und Selbstverpflichtungen später sind die weltweiten CO₂-Emissionen höher als je zuvor – was ist zu tun?

Weltklimakonferenz jagt Weltklimakonferenz, doch drückt man sich dort um eine unangenehme Frage: Was ergibt das alles für einen Sinn, wenn der Kampf um die Klimaziele verloren sein könnte? **Wäre es dann nicht an der Zeit, einen anderen Ansatz zu wählen?**

Vince Ebert¹ Kommentar

16.11.2022, 05.30 Uhr



Kohle, wie sie hier im indischen Sonbhadra mühsam von Hand gefördert wird, wird trotz allen Bekenntnissen zum Klimaschutz noch lange ein basaler Energieträger bleiben.

Ritesh Shukla / Getty

Die Weltklimakonferenz in Sharm al-Sheikh neigt sich ihrem Ende zu. 40 000 Aktivisten, Bürokraten und Politiker liessen sich in Kerosin verbrennenden, Treibhausgase ausstossenden Flugzeugen nach Ägypten transportieren, um zwei Wochen lang über Ressourcenverschwendung und Klimaschutz zu sprechen.

Jedes Jahr ist die Forderung die gleiche: massive Reduzierung der CO₂-Emissionen, sonst droht das 1,5-Grad-Ziel zu scheitern. Und wie jedes Mal fragt man sich: Wie soll das gehen? Bereits 2017 schätzten Ökonomen ab, wie viel es die Welt kosten würde, das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Sie kamen auf einen Betrag von 5,4 Billionen Dollar. Pro Jahr.

Ständig «Corona»

Man kann sich nur schwer vorstellen, welche Einschränkungen mit diesen Kosten verbunden wären. Daher ein Vergleich zum Covid-Jahr 2020.

Als durch die Pandemie grosse Teile der Weltwirtschaft stillstanden, sanken auch die CO₂-Emissionen um etwa 4 Prozent. Doch selbst dieser Rückgang ist für das 1,5-Grad-Ziel zu gering. Laut Weltklimarat müssten dazu die globalen Emissionen um 7,6 Prozent sinken. Und zwar Jahr für Jahr.

Salopp gesagt hätte also Corona die Welt doppelt so schwer treffen müssen und müsste ab sofort kontinuierlich wiederkehren, damit wir unsere Klimaziele schaffen.

Wir haben die moralische Verpflichtung, in Sachen Klima Geld so zu investieren, dass es möglichst viel Gutes bewirkt.

Die Realität sieht freilich anders aus. Allein China hat in den letzten zwanzig Jahren seinen CO₂-Ausstoss verdreifacht. In den Schwellenländern sind fossile Brennstoffe populär wie nie zuvor. 2022 stellte Südafrika das viertgrösste Kohlekraftwerk der Welt fertig. In Nigeria werden bis 2025 etwa hundert Öl- und Gasprojekte anlaufen. Die Internationale Energieagentur schätzt, dass 2040 der Anteil von Öl, Gas und Kohle am Strommix immer noch 75 Prozent betragen wird. Seit dem ersten Klimagipfel 1992 in Rio de Janeiro versucht die Weltgemeinschaft nun schon, die Erderwärmung zu reduzieren. Dreissig Jahre – und unzählige Konferenzen, Abkommen und Selbstverpflichtungen – später sind die Emissionen höher als je zuvor. Und trotzdem werden bei jedem weiteren Treffen nur umso vehementer die üblichen Forderungen und Parolen wiederholt.

Man spricht von «New Green Deals» und von «grossen Transformationen». Wie ein Duracell-Hase rennt man jedes Jahr mit noch mehr Energieaufwand immer wieder gegen dieselbe Wand und drückt sich um eine unangenehme Frage: Was ergibt das alles für einen Sinn, wenn der Kampf um die Klimaziele verloren sein könnte? Wäre es dann nicht an der Zeit, einen anderen Ansatz zu wählen?

Ein Beispiel: Bangladesh wird von jeher hart von Hochwasser und tropischen Wirbelstürmen getroffen. Vor etwa fünfzig Jahren begann man daher, gezielt Schutzräume zu installieren, man errichtete Dämme und Deiche, verschärfte Bauvorschriften und verbesserte kontinuierlich Frühwarnsysteme und Katastrophenschutz. Die Erfolge sind beeindruckend: Noch vor einem halben Jahrhundert starben Zehntausende Menschen durch Naturkatastrophen. Inzwischen liegt die Zahl der Opfer bei zwölf Toten pro Jahr.

Statt also Unsummen dafür auszugeben, den Klimawandel aufzuhalten, hielt man es in Bangladesh für wesentlich sinnvoller, sich an ihn anzupassen.

Leider wird von vielen Aktivisten der Vorschlag nach stärkerer Klima-Anpassung gerne als «verkappte Klima-Leugnung» verdammt. Man argumentiert: «Wenn wir den Fokus auf Anpassungsmassnahmen legen, dann ist den Leuten der Klimaschutz egal.» Das ist etwa so, als würde man blutdrucksenkende Mittel verdammen, weil ja sonst niemand motiviert wäre, abzunehmen oder mit dem Rauchen aufzuhören.

Die Menschen sind nicht blöd

Wir müssen uns wohl oder übel auf einen wärmeren Planeten einstellen. Die Klimaveränderungen führen dazu, dass globale Umwelteinflüsse stärker werden. Gleichzeitig zeigen die Publikationen des Weltklimarates, dass viele Regionen nur dann unbewohnbar werden, wenn man dort keinerlei Anpassungsmassnahmen unternimmt.

Aber ist das realistisch? Die Menschen sind doch nicht blöd. Sie schauen doch nicht jahrzehntelang untätig zu, wie sich ihr Lebensumfeld verändert. Wenn bestimmte Regionen wärmer werden,

bauen Landwirte Obst und Gemüse an, in kühleren Gebieten steigen die Bauern auf Weizen und Kartoffeln um. Viele Länder werden zukünftige Dürreperioden und Hitzewellen deutlich besser bewältigen, indem sie Klimaanlage installieren und gentechnisch verändertes Saatgut verwenden.

Aber dafür benötigen sie finanzielle Ressourcen. Kapital, das fehlt, wenn man buchstäblich jeden Cent in eine wenig funktionierende Klimapolitik steckt. Auch wenn uns die Politik ständig etwas anderes suggeriert – man kann jeden Euro eben nur einmal ausgeben. Deswegen haben wir die moralische Verpflichtung, das Geld so zu investieren, dass es möglichst viel Gutes bewirkt.

Die Bereitschaft, sich an den Klimawandel anzupassen, erfordert viel mehr menschliche Grösse als der Versuch, ihn aufzuhalten. Denn sie setzt die demütige Einsicht voraus, dass eine Umsetzung des Plans selbst mit allem Geld der Welt nahezu unmöglich ist. Doch weil diese Einsicht so unangenehm ist, wird man wohl auch nächstes Jahr auf der Weltklimakonferenz 2023 in Dubai die altbekannten Parolen zu hören bekommen. Die Duracell-Hasen stehen schon bereit.

Vince Ebert, Jahrgang 1968, ist Physiker, Kabarettist und Autor. In seinem jüngsten Buch, «Lichtblick statt Blackout» (DTV, 2022), setzt er sich kritisch mit unserem Drang, die Welt zu retten, auseinander.

16 novembre (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/idees/article/2022/11/16/la-desobeissance-civile-des-regles-pour-s-affranchir-des-lois_6150061_3232.html

La désobéissance civile, des règles pour s'affranchir des lois

De l'opposition à l'esclavagisme au XIX^e siècle à la lutte contre le saccage de la planète aujourd'hui, la désobéissance civile a fréquemment été brandie par des activistes. Mais le concept répond à des critères précis.

Par [Anne Chemin](#)

Publié aujourd'hui à 06h45, mis à jour à 06h45



Mobilisation d'une douzaine d'activistes du collectif Dernière Rénovation, qui lutte contre le réchauffement climatique sur le périphérique, porte d'Ivry, le 11 novembre 2022. CAMILLE MILLERAND / DIVERGENCE POUR LE MONDE

Histoire d'une notion. Jet de soupe sur un tableau de Van Gogh, blocage d'autoroutes, extinction d'enseignes lumineuses la nuit : au nom de la lutte contre le dérèglement climatique, de plus en plus de militants écologistes commettent des actes de désobéissance civile. **En enfrenant délibérément la loi afin d'éveiller les consciences de leurs concitoyens**, ils marchent dans les pas des faucheurs volontaires, qui arrachent les plantations d'OGM en plein champ, des déboulonneurs, qui maculent de peinture les panneaux publicitaires... mais aussi de **prédécesseurs plus lointains – et plus illustres –, comme le philosophe Henry David Thoreau, le Mahatma Gandhi ou le pasteur américain Martin Luther King.**

La notion de désobéissance civile apparaît pour la première fois en 1866, dans le titre d'un opuscule de Thoreau (1817-1862) publié quelques années après sa mort. **Arrêté, en 1846, pour avoir refusé pendant six ans de payer ses impôts à l'Etat du Massachusetts en raison de ses liens avec les Etats esclavagistes du sud des Etats-Unis**, le philosophe américain se justifie en affirmant que ce paiement le rendrait complice d'une politique qu'il condamne. **Cette expérience lui inspire une théorie de la désobéissance civile** : pour Henry David Thoreau comme pour son ami le philosophe **Ralph Waldo Emerson** (1803-1882), **l'unique guide du citoyen doit être sa conscience. En servant aveuglément un Etat injuste, il se transformerait en « automate ».**

Pendant des décennies, le plaidoyer de Thoreau en faveur de la désobéissance civile reste confidentiel, mais, **dans les années 1900, il inspire un militant indien que son combat contre le colonialisme britannique rendra bientôt célèbre.** « Selon la légende, **Gandhi aurait découvert l'opuscule de Thoreau dans la bibliothèque de la prison où il fut enfermé en 1908, en raison de sa première campagne de désobéissance civile**, raconte Christian Mellon dans **La Désobéissance civile (Presses universitaires du Septentrion, 2008).** D'autres pensent qu'il aurait entendu parler de Thoreau quand il était étudiant en Angleterre. *Quoi qu'il en soit, Gandhi avait l'habitude, en prison, de lire et de relire Thoreau.* »

Intégrité morale du citoyen

Si **Gandhi** souscrit, comme Thoreau, à l'idée que le citoyen a le devoir de se rebeller contre les lois injustes, la désobéissance civile qu'il prône présente deux « *différences notoires* » avec celle de l'écrivain américain, souligne le philosophe Manuel Cervera-Marzal. « *Elle doit être collective, voire massive, et elle doit se fonder sur l'ahimsa, la non-violence* », précise l'auteur de *Nouveaux désobéissants. Citoyens ou hors-la-loi ?* (Le Bord de l'eau, 2016). Avec Thoreau, la désobéissance civile était un acte individuel garantissant l'intégrité morale du citoyen : avec le Mahatma Gandhi, elle se transforme en une **mobilisation collective** destinée à changer le monde.

Ce registre éminemment politique séduit, à la fin des années 1950, **Martin Luther King**. Pour le pasteur afro-américain, la philosophie de Gandhi est « *la seule méthode moralement et concrètement valable pour les peuples opprimés* ». En refusant la ségrégation raciale, écrit-il, les militants des droits civiques des années 1960 étalent « *au grand jour* » cette réalité « *qui doit être ouverte et exposée, dans toute sa laideur purulente, aux remèdes naturels que sont l'air et la lumière* ». La désobéissance civile devient, à partir de cette époque, un « *élément central du répertoire d'action des mouvements sociaux contemporains* », soulignent **Graeme Hayes et Sylvie Ollitrault**, dans *La Désobéissance civile* (Presses de Sciences Po, 2012).

Dans une démocratie, ce mode d'action reste cependant complexe à penser. Pourquoi défendre ses convictions en commettant une infraction, alors que la démocratie propose nombre de moyens légaux, tels que la grève, la pétition, la manifestation ou le vote ? Accorder à chacun la liberté d'apprécier l'injustice, ou non, des textes ne risque-t-il pas de mettre en péril les institutions ? **A quelles conditions les citoyens peuvent-ils s'autoriser à enfreindre les lois adoptées par des parlementaires élus au suffrage universel ?** De **John Rawls à Hannah Arendt**, en passant par **Hugo Bedau ou Jürgen Habermas**, de nombreux philosophes se sont penchés sur ces interrogations.

Sauvegarde de la planète

Si leurs analyses diffèrent, tous, ou presque, estiment que pour appartenir **au registre de la désobéissance civile un acte illégal doit remplir trois conditions** : respecter le principe de non-violence, être public et collectif, et invoquer une cause d'intérêt général. Les militants d'Extinction Rebellion ou de Greenpeace qui enfreignent les règles de la libre circulation en bloquant un carrefour ou la loi sur la propriété privée en occupant un chantier se conforment le plus souvent à ces préceptes : **ils ne commettent pas de violences, ils agissent ensemble et à visage découvert, et ils défendent une cause qui concerne l'humanité tout entière – la sauvegarde de la planète.**

Leurs actions risquent-elles, malgré ces précautions, de susciter des **réactions de rejet** ? « *Ces dernières années, les militants du climat qui bloquaient les routes étaient très vigilants sur la question de la non-violence afin d'emporter l'adhésion du plus grand nombre*, constate la sociologue Sylvie Ollitrault. **En s'en prenant aux œuvres d'art exposées dans les musées, les militants de Just Stop Oil ont changé la grammaire de la mobilisation** : ce geste de détérioration, aussi symbolique soit-il, a recueilli un grand écho médiatique, mais il a aussi créé des fractures au sein du mouvement écologiste – et il a pu, au-delà, surprendre l'opinion publique. »

Anne Chemin

15 novembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/decolonialisme-et-ideologies-identitaires-representent-un-quart-de-la-recherche-en-sciences-humaines-aujourd-hui-20210326>

«Décolonialisme et idéologies identitaires représentent un quart de la recherche en sciences humaines aujourd’hui»

Par Xavier-Laurent Salvador, Jean Szlamowicz et Andreas Bikfalvi

Publié le 26/03/2021 à 20:10, mis à jour le 26/03/2021 à 20:10



«Le marché de l’édition est saturé par les thématiques décoloniales qui sont porteuses pour les carrières jugées sur les publications sérieuses». *DAMIEN MEYER/AFP*

FIGAROVOX/TRIBUNE - Les tenants du décolonialisme et des idéologies identitaires minimisent ou nient leur existence. La montée en puissance de ces idéologies dans la recherche est pourtant flagrante et on peut la mesurer, démontrent les trois universitaires.

Xavier-Laurent Salvador, Jean Szlamowicz et Andreas Bikfalvi sont universitaires et membres de l’Observatoire du Décolonialisme et des idéologies identitaires.

Dans les débats sur le terme d’islamo-gauchisme, beaucoup ont prétendu qu’il n’existait pas, puisque ni les islamistes ni les gauchistes n’emploient ce terme. De même, dans de multiples tribunes et émissions, les tenants du décolonialisme et des idéologies identitaires minimisent ou nient leur existence en produisant des chiffres infimes et en soulignant qu’il n’existe pas de postes dont l’intitulé comprend le mot décolonialisme. À ce jeu-là, un essai intitulé «Les Blancs, Les Juifs et nous» [nom du livre de Houria Bouteldjane, porte-parole du Parti des Indigènes de la République, NDLR] ne serait évidemment pas décolonial, puisqu’il n’y a pas le mot «décolonial» dedans.

Parler de «décolonialisme», ce n’est donc pas s’intéresser au mot «décolonial» mais aux notions qui le structurent dont le vocabulaire est un reflet, mais pas seulement. La rhétorique, la syntaxe, la stylistique: tout participe à un ensemble qui détermine le caractère d’un écrit. Par exemple, «pertinent» est un adjectif qui nous sert à caractériser un essai. On dit par exemple d’un article qu’il est «pertinent» - Mais le mot «pertinent», c’est nous qui l’employons. Il n’est pas présent dans le texte évalué. C’est le propre du jugement de dégager une idée synthétique à partir des mots exprimés.

Mais soit, faisons le pari des mots et jouons le jeu qui consiste à croire que les mots disent le contenu. Mais alors: de tous les mots. Et pas seulement de ceux que l’on nous impose dans un débat devenu byzantin où un chef d’entreprise-chercheur nous explique que tout ça est un micro-phénomène de la recherche qui n’a aucun intérêt, que le mot ne pèse que 0,001% de la recherche en sciences humaines et où, par un psittacisme remarquable, on en vient presque à prouver que la sociologie elle-même ne publie rien.

Sous le décolonialisme tel que nous pensons qu'il s'exprime en France dans l'université au XXI^e siècle, nous trouvons les idées qui « déconstruisent » les sciences.

Partons simplement d'un constat lexical: sous le décolonialisme tel que nous pensons qu'il s'exprime en France dans l'université au XXI^e siècle, nous trouvons les idées qui « déconstruisent » les sciences - la race, le genre, l'intersectionnalité, l'islamophobie, le racisme. Que ces mots occupent les chercheurs avec des grilles de lecture nouvelles, tantôt pour les critiquer tantôt pour les étayer et que ces mots - dans le domaine bien précis des Lettres - occupent une place qu'ils n'occupaient pas autrefois - ce qui dénote une évolution de la discipline.

Dans un premier temps, nous nous intéresserons au fonctionnement des blogs à visée scientifique, dont nous pensons qu'ils constituent un lieu de la littérature marginale scientifique. Puis dans un second temps, à la production scientifique au prisme des publications présentes à travers les revues et les livres. On s'intéressera en particulier à l'OpenEdition parce que c'est précisément un lieu-outil où la recherche se présente aux instances gouvernantes comme un mètre-étalon des livrables de la recherche.

Notre vocabulaire réunit quelques mots identifiés comme représentatifs des thématiques décoloniales et intersectionnelles, sans préjuger du positionnement de l'auteur soit pour ou contre (décolonial, postcolonial, discriminations, race(s), genre(s), racisme(s), intersectionnalité et synonymes). Il nous suffit d'acter que le sujet occupe une place plus ou moins importante dans le débat.

Sur OpenEdition, réduit à la part des blogs (Hypotheses) et événements annoncés (Calenda): une recherche « courte » sur « genre, race et intersectionnalité » donne près de 37578 résultats sur 490078 (au 20 mars 2021) soit 7% de la recherche globale. Ce qui à première vue semble peu. Une recherche étendue sur « racisme et discrimination » présente d'ailleurs une faible augmentation avec 32695 occurrences sur 39064 titres, soit 8% des objets décrits sur la plateforme.

Toutefois, si on s'intéresse à la période 1970-2000, le nombre de résultats pour le motif « racisme discrimination » est de 9 occurrences sur 742 documents soit à peine 1% des objets d'études. En 20 ans, la part représentée par des sujets liés à ces mots-clés a donc été multipliée par 7.

À ce volume, il faut maintenant ajouter les recherches sur « décolonial ». Le mot est totalement absent de la recherche avant 2001, comme le mot « islamophobie ». Le mot « post-colonial », c'est 76 documents. Après 2002, le mot « décolonial » pèse 774 tokens; « post-colonial » (et son homographe « postcolonial »), c'est 58669; islamophobie: 487. Au total, ces mots comptent donc au 20 mars 59930 occurrences et représentent 12% des blogs et annonces de recherche. Maintenant, si nous prenons l'ensemble des mots du vocabulaire, ils représentent 89469 documents soit 20% des préoccupations des Blogs.

La recherche en décolonialisme pèse donc 20% de l'activité de blogging et d'organisation d'événements scientifiques et la moitié (50%) de la part des publications.

Si maintenant, on s'intéresse à la production scientifique elle-même représentée par des articles ou des livres: une recherche sur « racisme genre race intersectionnalité discrimination » renvoie 177395 occurrences sur 520800 documents (au 20 mars), soit 34% des documents recensés.

Le rapport entre le volume de résultats montre que la part d'étude sur « racisme et discrimination » ne pèse en fait que 43962 documents (au 20 mars), soit 9% de la recherche globale mais 25% des résultats du panel. Si nous réduisons la recherche à « genre, race et intersectionnalité », on trouve en revanche 162188 documents soit 31% du volume global - un tiers - mais 75% du panel.

Cet aperçu montre à quel point ces objets occupent une place importante dans les publications, sans préjuger de l'orientation des auteurs sur ces sujets: critiques ou descriptifs. Simplement on montre ici que les préoccupations pressenties par l'Observatoire du Décolonialisme et des idéologies identitaires ne sont pas vaines.

À titre de comparaison, pour toute la période 1970-2021, la recherche sur «syntaxe et sémantique» c'est 55356/520849 items, soit 10% de la recherche pour une thématique qui représente 48% des enjeux de recherches en linguistique qui elle-même ne pèse que 115111 items en base toute sous-discipline confondue, soit 22% de la recherche (22% qui peuvent parfaitement créer une intersection avec l'ensemble de la recherche décoloniale comme par exemple cet article: «Quelle place occupent les femmes dans les sources cunéiformes de la pratique?» où l'on identifie les tokens linguistiques comme «écriture cunéiforme» et des tokens intersectionnels dans le sommaire: «De l'histoire de la femme à l'histoire du genre en assyriologie»).

Maintenant, si on reprend ces mêmes motifs de recherche globaux appliqués aux seuls revues et livres, on réalise que le total de publications sur ces sujets est de 262618 sur 520809 (au 20 mars) soit 50.4% de la recherche exprimée à travers les publications scientifiques.

La recherche en décolonialisme pèse donc 20% de l'activité de blogging et d'organisation d'événements scientifiques et la moitié (50%) de la part des publications.

Le marché symboliquement lucratif en termes d'enjeux de carrière de l'édition est saturé par les thématiques décoloniales qui sont porteuses pour les carrières jugées sur les publications sérieuses.

Que faut-il comprendre d'une telle donnée? Dans un premier temps, il faut déjà acter la forte pénétration des enjeux de recherches liés aux thématiques décoloniales, pour d'excellentes raisons sans doute qu'il n'est pas question de discuter.

Presque la moitié des activités du cœur de l'évaluation des carrières - revues et livres - passe par la description toutes disciplines confondues des objets de la sociologie. La disparité avec les activités scientifiques d'édition journalière ou d'annonces d'événements ne contredit pas bien au contraire cette envolée.

Le marché symboliquement lucratif en termes d'enjeux de carrière de l'édition est saturé par les thématiques décoloniales qui sont porteuses pour les carrières jugées sur les publications sérieuses. Cette situation crée un appel d'air du côté de l'activité fourmillante des marges de la recherche où se reportent les activités scientifiques «fondamentales» parce qu'elles trouvent dans ces nouveaux lieux des moyens de faire subsister simplement leurs thématiques.

Andreas Bikfalvi dans son article intitulé «La Médecine à l'épreuve de la race» rappelle certaines données de la science qui confirment l'orientation générale. Car, si les sciences sociales sont très touchées par l'idéologie identitaire, les sciences dures et même les sciences biomédicales n'en sont pas exemptées.

Une recherche sur la plateforme scientifique Pubmed NCBI avec comme mot-clé racism ou intersectionality montre des choses étonnantes. Pour racism, il y avait, en 2010, seulement 107 entrées, avec ensuite une augmentation soutenue pour atteindre 1 255 articles en 2020. Par ailleurs, en 2018, il y avait 636 entrées et, en 2019, 774 entrées, ce qui signifie une augmentation de 100 % en à peine deux ans, et 62 % en à peine un an.

Avant 2010, le nombre d'entrées s'était maintenu à un niveau très faible. Pour intersectionality, il n'y avait que 13 entrées en 2010, avec, en 2020, 285 entrées.

L'augmentation de ces deux mots-clés suit donc une évolution parallèle. C'est certainement explicable par les événements récents aux États-Unis, à la suite de l'apparition de groupes militants de «justice sociale», dans le sillage du mouvement «Black Lives Matter», qui ont eu un impact significatif dans les différentes institutions académiques. Cela ne reflète donc pas l'augmentation des problèmes raciaux, mais une importation récente de ces problématiques dans la recherche.

Le rapport entre les différentes entrées lexicales dans la galaxie de la pensée décoloniale à travers certaines unités lexicales caractérise un discours hyperbolique. On voit parfaitement que la

comparaison de l'emploi de certaines expressions comme «écriture inclusive» ou «place de la femme» qu'un regard hâtif pourrait dans un premier temps juger faible est en nette surreprésentation par rapport à des unités liées comme «place de l'enfant» ou «écriture cursive».

Inutile d'effectuer ici une analyse scientométrique précise. Mais on peut dire que la qualité des divers articles des journaux est variable si on se réfère au facteur impact, depuis des publications marginales comme *Feminist Legal Studies* (IF: 0,731) à des revues parmi les plus prestigieuses au monde, comme *New England Journal of Medicine* (NEJM) (IF: 74.699) et *The Lancet* (IF: 60.392). Les titres et le contenu de ces articles sont aussi évocateurs.

Entre les 0,01% de mots de la recherche décoloniale identifiés par certains lexicomètres et nos 50%, la marche est grande.

Pour citer quelques exemples: «Devenir une communauté antiraciste néonatale» (1). L'article prône une prise de conscience critique basée sur les stratégies visant à améliorer l'équité en santé, à éliminer les biais implicites et à démanteler le racisme en néonatalogie et périnatalogie. «Vers une neurosciences compassionnelle et intersectionnelle: augmentation de la diversité et de l'équité dans la neurosciences contemplative» (2). Un cadre de recherche appelé «neurosciences intersectionnelles» est proposé, qui adapte les procédures de recherche pour être plus inclusif et plus «divers». «Intersectionnalité et traumatologie dans la bio-archéologie» (3). Ici, les auteurs parlent de l'utilité du concept d'intersectionnalité de K. Crenshaw dans l'examen des squelettes lors des fouilles archéologiques. «Six stratégies pour les étudiants en médecine pour promouvoir l'antiracisme» (4). Ici, on prône l'introduction de l'activisme raciste dans les programmes des études de médecine à la suite du racisme anti-noir, de la brutalité policière et de la pandémie de Covid-19. 1

Entre les 0,01% de mots de la recherche décoloniale identifiés par certains lexicomètres et nos 50%, la marche est grande. On entend déjà les uns hurler au blasphème, les autres à la caricature et les troisièmes déclarer qu'entre deux extrêmes, la vérité est forcément entre les deux.

Ce dogme de la parité d'où émerge la voie médiane est une illusion rhétorique - mais quand bien même: disons que de 1 à 50, la vérité soit 25: cela signifie donc qu'un quart de la recherche en Sciences Humaines est occupée aujourd'hui par ces questions transverses - ce qui est non négligeable. Mais pour couper court au débat stérile qu'entraîneront les ratiocinations, rappelons deux ou trois choses que l'on voit en première année de licence de lettres:

Il n'est pas exclu qu'une idéologie repose sur des mots, mais une idéologie repose surtout et avant tout sur une argumentation: le vocabulaire n'en est que le grossissement superficiel. Supposer que des mots-clés permettent le recensement d'une idéologie est une proposition à nuancer: elle néglige la stylistique des titres et résumés de thèses, la façon contournée de dire les choses. Bref, comme le disait un kremlinologue, les mots servent à cacher les phrases.

Or, dans leur étude reprise par «Le Monde», nos collègues n'ont retenu que trois mots et sous une forme unique (racialisé et pas racisé, intersectionnalité et pas intersectionnel, etc.). Ils négligent par exemple genre ou féminin ou islamophobie...

Cette étude suppose aussi que l'idéologie qu'ils minimisent se trouve dans les documents officiels qui ont été choisis par eux. Mais le corpus dans lequel nos collègues cherchent est nécessairement incomplet: les annonces de colloques et de journées d'étude, les interventions ponctuelles dans les séminaires et les séminaires eux-mêmes ne sont pas pris en compte, ni les ateliers et autres événements para-institutionnels.

Selon le principe de déclarativité, il n'existerait aucun texte islamo-gauchiste ni antisémite, puisqu'ils ne comportent pas ces mots-clés dans leur propre description...

Les écrits des universitaires dans la presse ne figureront pas non plus. Un site comme GLAD ne sera vraisemblablement pas pris en compte alors qu'il est saturé de ces mots clés. Un titre comme «Les blancs, les juifs et nous» ne comporte aucun mot déclencheur et n'apparaît ni dans son étude, ni dans

la nôtre. On peut multiplier les exemples: il suffit qu'au lieu de genre on ait «féminin» («Déconstruire le féminin») pour que cette thématique soit gommée. Efficace?

En réalité, partir de mots-clés suppose le principe de déclarativité: l'idéologie serait auto-déclarée, conformément à la théorie performative du langage propre au discours intersectionnel. Selon ce principe, il n'existerait aucun texte islamo-gauchiste ni antisémite, puisqu'ils ne comportent pas ces mots-clés dans leur propre description.

Avec ce raisonnement, il n'existerait pas non plus de thèse médiocre, ni excellente puisque ces mots n'y seront pas repérables... Les termes à repérer sont donc nécessairement neutres axiologiquement: si des mots sont repérables, c'est qu'ils sont considérés comme acceptables et qu'ils pénètrent le champ de la recherche. La recrudescence repérée de ces mots-clés indiquerait alors une idéologie de plus en plus affichée. Il faut donc prendre en compte l'évolution numérique comme un indice fort.

Pour obtenir des conclusions plus solides, il faudrait contraster des chiffres relatifs, pour comparer ce qui est comparable: les thématiques ou les disciplines (avec des termes de niveaux différents comme «ruralité» ou «ouvrier» ; voire des domaines disciplinaires plus larges: narratologie, phonologie...). On peut aussi circonscrire d'autres champs d'analyse (Paris 8 sociologie, au hasard) ou regarder combien de thèses ou articles en sociologie de la connaissance ou en esthétique, etc. Il y aurait de quoi faire un état des lieux de la recherche...

1. Vance AJ, Bell T. *Becoming an Antiracist Neonatal Community*. *Adv Neonatal Care* 2021 Feb 1;21(1):9-15.

2. Weng HY, Ikeda MP, Lewis-Peacock JA, Maria T Chao, Fullwiley D, Goldman V, Skinner S, Duncan LG, Gazzaley A, Hecht FM. *Toward a Compassionate Intersectional Neuroscience: Increasing Diversity and Equity in Contemplative Neuroscience*. *Front Psychol* 2020 Nov 19;11:573134.

3. Mant M, de la Cova C, Brickley MB. *Intersectionality and Trauma Analysis in Bioarchaeology*. *Am J Phys Anthropol* 2021 Jan 11. doi: 10.1002/ajpa.24226.

4. Fadoju D, Azap RA, Nwando Olayiwola J. *Sounding the Alarm: Six Strategies for Medical Students to Champion Anti-Racism Advocacy*. *J Healthc Leadersh*, 2021 Jan 18;13:1-6. doi: 10.2147/JHL.S285328. eCollection 2021.

15 novembre (L'Express)

https://www.wsj.com/articles/whats-work-worth-unions-profit-value-life-balance-human-capital-labor-force-economy-manufacturing-11668268509?mod=hp_opin_pos_2#exrecs_s

The Decline of Work

When you slack off and withhold your human capital, you steal from everyone.

By [Andy Kessler](#)

Nov. 13, 2022 11:46 am ET



PHOTO: GETTY IMAGES

You hear these all the time now. “I want a career with a purpose,” which usually means an activist. Or “I need a good work-life balance,” which suggests someone doesn’t want to work very hard. Gimme a break. The CEO of a Fortune 500 company told me he recently spent an entire afternoon discussing his company’s pet-bereavement policy. He asked the human-resources folks, “Let me get this right, someone’s goldfish dies, and they get a week off from work?”

Work has become a dirty word. Cyber bohemians just want to dream and stream. And now this: [The New York Times](#) ran an opinion piece titled “How to Fight Back Against the Inhumanity of Modern Work.” What? Paper cuts are a bigger risk these days than losing an arm in a loom. Still, I thought the piece would be about dirty jobs—the hardships of coal miners, the plight of burnt-out nurses or the inhumanity of waking up at 5 a.m. to milk cows. Nope. The author complained about digital monitoring—coders, cashiers and others being tracked by evil bosses, who are measuring productivity. Gasp! Has society become that spoiled? Apparently so. The prevailing thinking is we’re all Lucy Ricardo and Ethel Mertz wrapping chocolates on a conveyor belt.

Only 8.4% of U.S. nonfarm payroll positions are in manufacturing. Many of those jobs were exported long ago to cheaper labor markets such as China. Even if some of those jobs return to the U.S., many workers aren’t qualified. Mike Rowe of “Dirty Jobs” fame said, “We are lending money we don’t have to kids who can’t pay it back to train them for jobs that no longer exist.” So they are underemployed. Or quit. Or seek purpose and balance.

We rightly encourage STEM jobs—science, technology, engineering and math. I recently learned of HEAL jobs. Dog walkers? No, jobs in health, education, administration and literacy. These are the growing jobs of a vibrant service economy.

It isn't news that the U.S. is a service economy, yet too often the focus is on labor vs. capital, as if we still make widgets. Unions want to arm-wrestle value from capital and force higher wage payouts than is economically sound. This blatantly disregards human capital—what workers learn on the job is theirs to keep. We increase productivity and wealth by having workers figure out how to do more with less from the bottom up. So please stop paying people not to work. The best antipoverty program is a job because a job's value comes from this increase in human capital. One-time payments are a waste.

I've written often that profits are a measure of the societal wealth created by corporations, and that the price paid for products and services is the minimum amount of value created. If that weren't true, we could all grow our own food or assemble our own iPhones. But we can't. Jobs are very much like profits. All jobs, from the machine-learning coder to the oil-rig worker to the Safeway bagger, increase societal wealth. Why? Because we don't have to do those jobs ourselves. Think of pay as personal profits. Every (legal) job adds value, and if you slack off or don't deploy your human capital and live up to your potential, you're stealing societal wealth from the rest of us. That's selfish.

People generally are paid what they are worth. Well, except for jobs with artificial shortages such as doctors, lawyers and those requiring occupational licensing. Or those bumped up by minimum-wage laws. Or public-sector-union jobs such as teachers. OK, that's a lot of skewed salaries! Higher pay comes from productivity and education, not government scheming.

Unions are on the rise again, attempting to organize [Starbucks](#) stores (more money for barista body piercings?), [Amazon](#) warehouses and every other service-economy job. It's wealth destruction. And now there is a call for pandemic amnesty, perhaps for teacher unions that kept schools closed with their selfish demands. Should they get a mulligan? Only if students get the same for that C-plus on the Dickens test or not knowing the word "avarice" on the SAT. Interest rates are rising. Though it is still hard to find cashiers or construction workers, layoffs are rampant in overbuilt Silicon Valley, a canary in the coal mine. Half of Twitter, 11,000 at Meta, plus Stripe, Zillow, Snapchat, [Netflix](#), [Coinbase](#), Robinhood, [Salesforce](#), [Lyft](#), even Virgin Hyperloop—and more to come. The purpose of a job may go back to being a paycheck again. Advice from Mike Rowe: "Stop looking for the 'right' career, and start looking for a job. Any job. Forget about what you like. Focus on what's available. Get yourself hired. Show up early. Stay late. Volunteer for the scut work. Become indispensable." He's right—and build human capital. A job already has a purpose. And please don't ask for pet-bereavement benefits.

15 novembre (L'Express)

https://www.lexpress.fr/actualite/idees-et-debats/nous-sommes-tous-devenus-de-petites-brigitte-bardot-par-sylvain-fort_2183021.html

Nous sommes tous devenus de petites Brigitte Bardot

SYLVAIN FORT

Nous vivons l'émergence d'un retour de la « Nature » comme visage du divin, prêt à nous punir si nous ne la respectons pas.

Il y a la violence. Il y a la confusion. Il y a ces agressions contre les forces de l'ordre. Il y a ces élus de la République défiant les gardiens de l'ordre public. Il y a ces champs saccagés. Ces agriculteurs visés. Ces contre-vérités proférées. Cette déraison et cette déréliction. Tout cela, dit-on, abîme la cause écologique comme l'abîment les dégradations de chefs-d'œuvre, les sit-in sur l'autoroute, le dogmatisme de chaisière des militants enrégés. Oui, il y a tout cela.

Les membres patentés du « cercle de la raison » (dont, probablement, nous sommes) s'indignent un peu, se grattent la tête, protestent plus ou moins. Faut-il que jeunesse se passe? Le climat est-il une affaire trop sérieuse pour être confiée aux écologistes? La technologie nous sauvera-t-elle de la technologie? Mille questions se posent, mille doutes naissent, et nos enfants pendant ce temps ont peur, et parfois s'engagent pour conjurer leur peur, et souvent vont trop loin parce que nous n'allons pas assez loin.

On sait tout cela. Cette vision cependant charrie de vieux clivages, procède de cadres d'analyse anciens : droite/gauche, vieux/jeunes, industrie/environnement, capitalisme/anticapitalisme, pollueurs/ activistes... C'est sur cette jante que roule le débat public. En vérité, je crois que le débat est ailleurs, qu'il est plus profond, plus fondamental. On se prend alors à regretter de n'avoir plus sous la main des penseurs qui ne voient pas le monde strictement par les lunettes de l'économie ou de la politique, mais par le prisme d'une sensibilité presque littéraire aux phénomènes collectifs, par l'application des leçons de ce que nous enseignent depuis des millénaires les croyances diverses - mythes, religions, superstitions.

Car nous vivons indubitablement l'émergence d'un nouvel esprit du temps. Et dans celui-ci, nous sommes tous, à des degrés divers, engagés. Son cœur, son paradigme, c'est le retour de la Nature non comme environnement, non comme élément où nous évoluons, mais pour ainsi dire comme visage retrouvé du divin. Nulle ironie à cela. Nous voyons désormais le sort de la Nature comme le voyaient ceux qui dans chaque arbre, chaque source, chaque pierre devinaient, cachée, une nymphe. Nous considérons la Nature autour de nous comme aussi fragile, aussi vivante, aussi consubstantielle à notre être que dans les contes de Grimm ou dans les élégies des romantiques anglais ou allemands. Nous nous souvenons ainsi que Schiller distinguait déjà, en son temps, un rapport au monde naïf, celui des Anciens, viscéralement connectés à la Nature, et un monde sentimental, où règnent le second degré et le désir de possession - le monde moderne. Nous y voici de nouveau.

La Nature redevient cette entité qui sait nous punir et se venger, autant qu'elle sait nous nourrir et nous sauver. Elle a ses vestales et ses zélotes comme jadis les druides ou les contemplatifs. Elle porte en elle, de nouveau, une part de transcendance : on ne tue pas un animal, on n'abat pas des arbres, on ne creuse pas des mines, parce que malgré l'utilité pratique que cela peut avoir, c'est une offense qui nous sera comptée, un sacrilège que la Nature nous fera amèrement regretter.

On peut moquer les bobos de centre-ville qui prônent le bio hors de prix comme les habitants des yourtes qui veulent revenir à la Nature primitive sans renoncer à leur Sécurité sociale. On peut moquer les gourous de la naturopathie comme jadis on moquait les danseurs de pluie. La vérité est que nous sommes tous touchés par cette attention renouvelée à l'élément naturel. Nous sommes tous devenus de petites Brigitte Bardot effarouchées par le massacre d'une petite bête innocente, parce qu'elle est innocente et que nous ne le sommes pas. Nous sommes de nouveau à nos yeux des pécheurs, des propagateurs de souillure et d'entropie, pauvres et faibles créatures qui nous croyions maîtres et possesseurs de la Nature, mais nous nous redécouvrons ses humbles sujets, comme dans les *Bucoliques* de Virgile.

Tout cela est vertigineux, en cours de décantation. Nous ne savons pas encore si cela basculera vers un Larzac généralisé, vers le recours aux forêts, vers la célébration du gui, vers l'adoration de Cérès, vers la redécouverte d'un dieu caché qui opère par les orages et les canicules, comme dans l'Ancien Testament. Une chose est sûre : le Grand Pan, finalement, n'est pas mort.

Sylvain Fort, essayiste.

15 novembre (L'Express)

https://www.lexpress.fr/actualite/societe/metiers-en-tension-et-immigration-la-grande-peur-de-la-regularisation-massive_2182993.html

L'OEIL DE L'EXPRESS, jeudi 10 novembre 2022 393 mots, p. 10

« Métiers en tension » : la grande peur de la régularisation massive

AGNÈS LAURENT

Emmanuel Macron n'a pas toujours été constant en matière de politique migratoire, **mais s'il est un sujet sur lequel il n'a jamais varié, c'est l'importance de l'immigration de travail pour l'économie française.** A plusieurs reprises, et sans mâcher ses mots, il a rappelé que certains secteurs de l'économie ne pouvaient pas tourner sans travailleurs étrangers. **Une manière de répondre à ceux qui pensent que « les étrangers piquent le travail des Français ».** Directement concernés, les métiers de l'hôtellerie, du bâtiment, de l'entretien ou des services à la personne, difficiles, en horaires décalés, souvent peu payés. **En privé, certains employeurs conviennent qu'ils recrutent des sans-papiers.** Avec leur titre de séjour « métiers en tension » évoqué dans Le Monde, **Gérald Darmanin et Olivier Dussopt, les ministres de l'Intérieur et du Travail, semblent donc proposer une mesure de bon sens et en phase avec les besoins de l'économie.** Plusieurs syndicats d'employeurs (agricoles ou hôteliers, en particulier) ont d'ailleurs bien accueilli l'idée. Et ce d'autant plus que, depuis la crise du Covid, **les difficultés de recrutement se sont encore accentuées, atteignant, en 2021, leur plus haut niveau depuis 2011.**

Mais la proposition était à peine sur la table que, **déjà, les opposants de droite à l'exécutif ont dénoncé le risque de « régularisation massive ».** Obligeant Gérald Darmanin à déminer. Le titre de séjour n'aura qu'une durée d'un an, et tombera dès lors que la personne changera de secteur, a-t-il précisé. Des quotas seront fixés, et ils pourront ne pas dépasser le nombre de régularisations au cas par cas réalisées dans le cadre de la circulaire Valls (soit de 7 000 à 8 000 personnes par an), a-t-il ajouté. Et si les employeurs veulent davantage de travailleurs étrangers, ils devront payer pour l'intégration (cours de français, formation...), a-t-il poursuivi. Pas question, en effet, à l'heure où Les Républicains choisissent leur futur président et se divisent sur la question, où le Rassemblement national est à l'affût de la moindre erreur, de donner le sentiment d'accorder des papiers à des gens entrés illégalement sur le territoire, quand bien même ils y travailleraient depuis des années. **Au risque d'imposer tellement de restrictions que le cadre juridique actuel n'en sera modifié qu'à la marge. Et de laisser les uns et les autres dans l'hypocrisie si souvent dénoncée par un certain... Emmanuel Macron.**

15 novembre (Le Point)

https://www.lepoint.fr/medias/cyril-hanouna-les-mecanismes-d-une-strategie-politique-bien-rodée-15-11-2022-2497798_260.php

Cyril Hanouna : les mécanismes d'une stratégie politique bien rodée

ANALYSE. L'insulte adressée par le présentateur à un député est un affront aux institutions et le symbole d'une infodivertissement à la dérive.

Par [Olivier Ubertalli](#)



L'homme clé du groupe Canal+ ne peut ignorer qu'il contribue à ridiculiser la fonction d' élu de la République française en adoptant le langage cru de la rue et de la dispute de comptoir. © LP/Olivier Lejeune / MAXPPP / PHOTOPQR/LE PARISIEN/MAXPPP

Publié le 15/11/2022 à 09h34

Étape suivante, la présidence de la République ? Déjà roi du PAF aux côtés de Yann Barthès, son antithèse, **Cyril Hanouna n'en finit plus de peser dans le monde politique**. Non pas qu'il s'agisse d'une stratégie réfléchie. Plutôt d'une incursion progressive au cœur des débats qui agitent la France. Depuis le mouvement des **Gilets jaunes en 2018**, auquel il a été l'un des premiers à tendre son microphone et à ouvrir son plateau de télévision, l'animateur de C8 a pris une importance croissante au sein du monde politique. **Lui et ses téléspectateurs sont devenus aussi incontournables pour un élu qu'un journal télévisé de TF1 ou de France 2.**

On l'a vu lors de la dernière campagne présidentielle durant laquelle les ministres d'Emmanuel Macron et les lieutenants de Marine Le Pen et de Jean-Luc Mélenchon jouaient des coudes pour passer dans *Touche pas à mon poste (TPMP)*. Ce dernier a été d'ailleurs le premier à se rendre sur le plateau du présentateur. C'était en 2013. Déjà ! Jeudi 10 novembre, le climat était tout autre... **« T'es une merde », « abruti », « tocard », « bouffon »... Les violentes insultes proférées à l'égard de Louis Boyard**, député de La France insoumise depuis juin et ancien chroniqueur du programme de C8, **représentent néanmoins une ligne rouge que Cyril Hanouna n'avait jamais franchie**. Une séquence bonne pour l'audimat mais **« dégradante pour le débat public et les personnes sur le plateau »**, comme l'a relevé Yaël Braun-Pivet, présidente de l'Assemblée nationale, et sur laquelle l'Arcom (ex-CSA) devra se prononcer dans les prochains jours. La justice statuera, elle, sur les plaintes respectives en diffamation de Louis Boyard et de Cyril Hanouna. **« On a affaire à deux malins du système politico-médiatique pris à leur propre jeu »**, confiait récemment François Cornut-Gentille, ancien député LR et auteur de *Savoir pour pouvoir, sortir de l'impuissance démocratique* (Gallimard, 2021).

Aujourd'hui, TPMP semble devenue une machine à cash et à téléspectateurs qui se nourrit de ses excès, symbole d'une infotainment (information-divertissement) à la dérive. Une

machine qui crée et nourrit ses propres monstres. Est-ce que [l'ex-syndicaliste lycéen Louis Boyard aurait été investi à seulement 21 ans](#) comme candidat par La France insoumise et serait devenu député sans être passé par le petit écran ? Son poste de chroniqueur dans l'émission des *Grandes Gueules* sur RMC et de *TPMP* sur C8 lui a apporté un public et des admirateurs qui garnissent les rangs de ses 133 000 *followers* (suiveurs) sur son compte Twitter.

Dans cette affaire, La France insoumise semble pourtant avoir été prise au piège de sa stratégie médiatique qui consistait à participer au plateau de *TPMP* en pensant que cela aiderait à défendre ses idées. Que retient-on au fond de l'incident ? Une saillie du jeune député de La France insoumise contre Vincent Bolloré, propriétaire avec Vivendi de C8 et du groupe Canal+ et, en retour, une attaque en règle et en meute du présentateur contre l' élu pour défendre son employeur.

L'art de la polémique permanente

Louis Boyard croyait maîtriser suffisamment les rouages des plateaux télé pour pouvoir parader et se montrer en pourfendeur de Vincent Bolloré, accusé « d'appauvrir l'Afrique ». Geste kamikaze ou au contraire buzz planifié ? C'était oublier qu'il n'y a qu'un chef suprême chez *TPMP*, un seul dictateur entouré de sa cour de fidèles payés entre 500 euros et 4 000 euros l'émission selon leur célébrité : **Cyril Hanouna, qui a signé avec Vivendi et Vincent Bolloré un contrat de 250 millions d'euros sur cinq ans en 2015 renouvelé à de très juteuses conditions financières (non dévoilées).** Sous prétexte de défendre son employeur et « la main qui le nourrit », l'animateur rabaisse un élu de la République au rang de « merde ».

Habitué des chaînes depuis ses débuts sur Comédie aux débuts des années 2000, l'animateur de C8 connaît par cœur ses gammes télévisuelles. **Il sait que ses insultes envers le député Insoumis susciteront la polémique. Surtout, qu'elles nourriront son émission de nouveaux contenus, de nouvelles réactions et de coups de gueule pendant des semaines.** Il a déjà commencé à surfer fièrement sur sa violente altercation avec Louis Boyard cette semaine. « Éditorialistes, spécialistes en communication, députés... Ce soir, nous allons revenir sur l'affaire du week-end : la séquence avec Louis Boyard jeudi dans *TPMP*. Décryptage, images inédites, révélations... Ce soir, Cyril Hanouna vous dira tout dès 18 h 40 sur C8 », [retweetait-il avec une malice](#) non dissimulée lundi 14 novembre, avant de consacrer son émission à l'incident.

Si Louis Boyard, âgé aujourd'hui de 22 ans, ne peut jouer les innocents attaqués, l'homme clé du groupe Canal+ ne peut, lui, ignorer qu'il contribue aussi à ridiculiser un élu de la République française en adoptant le langage cru de la rue et les insultes d'une dispute de comptoir. Loin d'être un idiot, Cyril Hanouna a désormais investi tous les domaines du possible – des informations people aux sujets de société et aux discussions politiques – où le clash et les autres codes surannés de la télé-réalité peuvent faire mouche. **Fort d'une audience fidèle qui oscille chaque soir entre 1,5 million et 2 millions de téléspectateurs, il dispose d'une tribune aux heures de grande écoute égalée seulement par *Quotidien* de Yann Barthès, diffusée sur la chaîne concurrente TMC, du groupe TF1. Tel un politique, il se permet de donner son avis sur n'importe quel sujet sensible, comme l'affaire Lola.** « Si on a toutes les preuves, c'est perpétuité direct. Je suis désolé. Il n'y a pas d'altération ni de non-discernement [...]. Pas consciente de ses actes ? C'est une loi qui doit être révisée aussi. [...] Entendre ce discours en France, j'en peux plus de ça, c'est insupportable et les lois doivent changer », avait-il lancé le 18 octobre, au mépris de la justice et de l'État de droit existant.

L'agenda politique d'Hanouna

Au début de l'année, **une étude intitulée « L'Élection présidentielle 2022 vue par Cyril Hanouna » et publiée par la chercheuse au CNRS Claire Sécaïl a montré comment l'animateur star de C8 a favorisé l'extrême droite durant son émission.** De septembre à décembre 2021, le déséquilibre profitait au candidat de Reconquête !, Éric Zemmour, ancien chroniqueur d'une autre chaîne du groupe Canal+, CNews. **Au mois de mars 2022 (du 8 au 27), l'extrême droite a représenté près de la moitié (49 %) du temps d'antenne politique de TPMP, contre 25 % pour la majorité présidentielle et 20 % pour la gauche.**

Sur le traitement des candidats, la chercheuse du CNRS évoque « des registres narratifs différenciés ». Pour Éric Zemmour, le registre est celui de la « victimisation » du candidat de Reconquête ! présenté comme cible « de censure » de la part du CSA, « d'acharnement » de la presse, etc. Dans ses conclusions, Claire Sécaïl estime que « Cyril Hanouna n'aura présenté qu'une vision étriquée des thèmes de campagne et un rapport faussé de la compétition électorale. Il a fait l'agenda politique de certains candidats – Emmanuel Macron et Éric Zemmour – et assuré la promotion et la banalisation des discours d'extrême droite à une heure de grande écoute. Sous couvert de divertissement, il aura surtout cultivé un rire de disqualification et de marginalisation à l'endroit d'autres candidats et de leurs idées ».

Quoi que l'on pense de cette étude, on ne peut plus nier le rôle politique que joue un présentateur de télévision comme Cyril Hanouna. Un costume politique que son aîné Christophe Dechavanne, ancien présentateur de *Ciel, mon mardi !* aujourd'hui chroniqueur de *Quelle époque !* sur France 2, animée par Léa Salamé, n'avait jamais osé revêtir. **Qu'on l'aime ou pas, Cyril Hanouna a aujourd'hui les yeux et les oreilles d'une grande partie du pays.** « Il pèse dans le débat public », explique Jérôme Fourquet, le directeur du département opinion à l'Ifop et auteur de *L'Archipel français* (Seuil). « Si vous voulez faire parler d'un sujet politique, il faut mettre Cyril Hanouna dedans », avait même assuré sur la chaîne Public Sénat Marlène Schiappa, secrétaire d'État auprès de la Première ministre, chargée de l'Économie sociale et solidaire et de la Vie associative.

Dynamiteur du système

Cyril Hanouna a un atout primordial aux yeux des politiques : il attire toutes les générations de 18 à 50 ans. « Il y a un clivage générationnel assez marqué : au-delà de 50 ans, l'homme ne fait pas recette. En revanche, on aurait tort de limiter son audience aux plus jeunes. Il parle à un large spectre de la population », observait Jérôme Fourquet, lors de la publication l'année dernière par *Le Point* de l'étude de l'institut Ifop sur le profil sociologique et politique. **« Le tour de force d'Hanouna est de parler à la France des Gilets jaunes et des banlieues. Il fait la jonction entre les différentes France populaires », relevait également le directeur du département opinion à l'Ifop.**

Avec son « clash » avec le député Louis Boyard, Cyril Hanouna se pose en dynamiteur du système politique, irrespectueux tant envers les institutions que les élus. Si la posture plaît aux fidèles de l'animateur, au-delà des cries d'orfraie de La France insoumise, elle risque d'accentuer encore plus le rejet des politiques et d'empêcher tout débat politique constructif au sein d'une arène télévisuelle.

15 novembre (NZZ)

<https://www.nzz.ch/feuilleton/ingeborg-bachmann-und-max-frisch-der-briefwechsel-liegt-vor-ld.1712110>

Das Höllentor einer Liebe: Der Briefwechsel zwischen Ingeborg Bachmann und Max Frisch zeigt, sie waren «ein Unheil füreinander»

Geheimnisse und Mutmassungen umrankten die Beziehung, die die beiden Literaten ab 1958 führten – war Frisch als Egomane schuld am Tod der Geliebten? Die nun erstmals publizierten Briefe entlarven diverse Gerüchte als falsch.

Paul Jandl

15.11.2022, 05.30 Uhr



Ingeborg Bachmann und Max Frisch konnten weder ohne noch miteinander. Ullstein / Getty

Hätte diese Beziehung jemals einfach sein können? «Wir werden einem Ovomaltineleben entgegengehen und von Gesundheit und Normalität nur so strotzen», schreibt Ingeborg Bachmann im Dezember 1960 an Max Frisch. Zwei Monate davor hatte der Schriftsteller sie gefragt, ob man nicht heiraten wolle. Geheiratet haben die beiden nie, obwohl manche Gerüchte das behaupteten. Von Normalität und Ovomaltineleben keine Spur. Schon der Beginn der Affäre im Juli 1958 war finstere Romantik. Küsse zwischen den Gemüseboxen der Pariser Hallen, um das Paar herum die Metzger mit ihren blutigen Schürzen.

Wie es wirklich weiterging in den Jahren nach dem Kennenlernen, war ein Geheimnis zwischen Ingeborg Bachmann und Max Frisch, das noch viel geheimnisvoller wurde, weil man sich aus den Büchern der beiden eine Geschichte zusammenreimen konnte. Romane und Stücke wie «Mein Name sei Gantenbein», «Montauk» oder «Biografie: Ein Spiel» auf der einen und «Das Buch Franza», «Das Buch Goldman» und «Malina» auf der anderen Seite waren voller Spuren und Andeutungen. Die früheren Geliebten traten als verwandelte Gestalten auf. Sie standen im Röntgenblick einer Literatur, zu der auch noch Mutmassungen kamen.

Hatte Ingeborg Bachmann wegen Max Frisch einen physischen und psychischen Zusammenbruch? Hatte sie abgetrieben? **War Frisch, der sich mit der Studentin Marianne Oellers aus der Bachmann-Affäre zog, ein gefühlskalter Egomane?** Ein indirekter Mörder vielleicht sogar, Schuld an Unglück und mysteriösem Tod der früheren Geliebten?

Nähe, die Abstand braucht

An Fragen und Gerüchten hat es nicht gemangelt, und vor allem deshalb ist es den Geschwistern Ingeborg Bachmanns zu danken, dass sie einer Veröffentlichung des Briefwechsels zugestimmt haben. Unter heiklen Bedingungen: **Damit «die Schamlosigkeit nicht den Sieg über so viel Schmerz davonträgt», hat Bachmann an Max Frisch in einem Brief vom Weihnachtstag 1963 eine Bitte gerichtet. Alles, «was an schriftlichen Äusserungen da ist», sei zu verbrennen. «Damit niemand ein Schauspiel hat eines Tags, denn wir wissen ja nicht, wie lange wir im Besitz von Dingen bleiben, die Dich und mich allein etwas angehen.»**

Was zweifellos wahr ist: **Der Stoff dieser Liebe** hat sich im Lauf von sechs Jahrzehnten von den nervenblanken Gefühlen zweier Menschen emanzipiert, die damals im Licht der Öffentlichkeit standen. Auf seltsame Weise **ist er selbst zu einer Art Roman geworden**. Jetzt ist es der Leser, der sich an der «Balance-Stange jeglicher Täuschung» festhalten muss, wie es die beiden Liebenden getan haben.

Um Wirklichkeit und Einbildung kreisen die Briefe von Ingeborg Bachmann und Max Frisch. Sie versuchen, eine Nähe zu konstruieren, die den Abstand braucht, und fordern Gewissheit im unsicheren Taumel. Einen Monat nach dem Kennenlernen schreibt Frisch an Bachmann: «Was ist los? Ich warte und bange. Kein Zeichen. Du willst, dass wir verschwunden sind füreinander . . .» Von Bachmann kommt wohl früh schon die entscheidende Frage: Ja oder Nein. Es soll Festlegungen geben. Dieses Ja oder Nein wird durch den Briefwechsel geistern bis an seinen unseligen Schluss. Es ist eine Dichotomie aus Anwesenheit und Abwesenheit.

Als man versucht, in Uetikon gemeinsam zu leben, scheitert das rasch. Was folgt, sind getrennte Aufenthaltsorte. Von Bachmann oder Frisch allein bewohnte Domizile in der Schweiz, Deutschland, Italien und Amerika. **Man sieht sich kurz und geht oft im heftigen Zorn auseinander**. Auch Krankheiten trennen die beiden. Max Frisch leidet zu Beginn der Beziehung unter Hepatitis. Später gibt es jene mysteriösen Spitalaufenthalte Ingeborg Bachmanns, die nach Lektüre des Briefwechsels weniger dramatisch wirken, als sich spätere Gerüchte vielleicht gewünscht hätten.

1963 muss sich Bachmann die Gebärmutter entfernen lassen. **Die gesundheitlichen Krisen der Schriftstellerin haben eher mit Barbituraten zu tun als mit ihrer Liebe zu Max Frisch. Der beklagt das «Nichtaufwachenwollen», das «Hindösen» und die «Flucht in Narkotika» in einem Brief, der auch das Unmögliche im gemeinsamen Verhältnis beschwört.** «Du musst mich verlassen» ist Frischs Formel, für die es auf der anderen Seite ein Äquivalent gibt: «Sag mir, ob ich Dich ganz befreien soll von mir.» **Man meint schon früh, «ein Unheil füreinander» zu sein.**

Untreue ist erlaubt

Für Max Frisch ist Ingeborg Bachmann «wie ein langgefürchteter Engel» oder «ein Meertier, das nur im Wasser seine Farben zeigt». Die Bachmann als «Weib mit der Hölle im Leib» oder als «Schnurrilmurrli». Es ist vieles da in diesem Ja oder Nein einer Liebe. Alles soll ganz unbedingt sein, blendet dabei aber die speziellen Bedingungen aus. **Es gibt den berühmten «Venedig-Vertrag», der unerhebliche Untreue erlaubt. Es ist eine offen geführte Beziehung, durch deren Folgen viele Briefe kontaminiert sind.**

Bachmann hat die Trennung von Paul Celan kaum überwunden, als sie mit Frisch zusammenkommt. Bald entsteht aus einer gemeinsamen Reise von Zürich nach Rom **eine Affäre mit Hans Magnus Enzensberger**. Später stürzt sie sich in eine Affäre mit dem Übersetzer

Paolo Chiarini. Max Frisch wiederum muss am Anfang der Beziehung mit Ingeborg Bachmann sein Verhältnis zu Madeleine Seigner lösen. **1962 lernt Frisch die Studentin Marianne Oellers kennen, die zu seiner Geliebten wird.**

Bachmann nimmt sich in einer generösen Geste des Verzichts und der Selbstverleugnung aus dem Spiel, kann aber die Brüchigkeit der Lage in den Briefen nicht verbergen. Es ist ein «Taubstummendasein», ein quälendes «Michzurücknehmen». Bachmann an Frisch: «Ich gehe hier wie eine tote Fliege herum», und: «Nun leb wohl und versuche doch, Marianne bald und viel zu sehen, damit mein Fernbleiben auch für Dich, und nicht nur für mich, mehr Sinn hat.»

Das ist ohne Ironie geschrieben und steht in einem Briefwechsel, der als angewandter Emanzipationsversuch beeindruckt. **Kraft und Gegenkraft führen zu einer wechselseitigen Überforderung, die bis in die Nebensätze hinein durchlebt und analysiert wird. Das ist grosse Literatur.** Man sieht, wie speziell Intellekt und Verlangen durch eine Zeit knistern, die auf ihre Weise dafür noch nicht reif war. Der gesamte deutsche Literaturbetrieb glotzt. **Max Frisch beklagt sich, dass er durch seine lebensfrohe Gefährtin vor der Gruppe 47 unmöglich gemacht sei.** «Ob die Frau von Walser mit ihrer Eifersucht recht hat, weiss ich nicht. Vieles weiss ich nicht; ich brauche es auch nicht zu wissen. **Ich gelte als grosser Trottel.**» Später schreibt Max Frisch sehr viel abgeklärter: «Wir sind halt ein berühmtes Paar gewesen, leider, ohne unser Zutun.»

Ein Hauen und Stechen

Es ist die Zeit der Schadensbegrenzung. Falschmeldungen über die Beziehung der beiden müssen aus der Welt geschafft werden. Später eskalieren die Dinge weiter. Es gibt die Behauptung, Ingeborg Bachmann sei in die römische Wohnung eingebrochen und habe dort wertvolle Manuskripte und Tagebücher verbrannt. Man kann ahnen, woher das kommt. **Tatsächlich hat die Schriftstellerin in Uetikon ein Tagebuch Frischs aus dem Jahr 1959 vernichtet.**

An anderen, auch lange nach dem Tod von Ingeborg Bachmann noch kursierenden Gerüchten stimmt noch weniger. Dass Frischs «Gantenbein» ein Schlüsselroman sei, der sich für Bachmann wie eine Vernichtung angefühlt habe, lässt sich nach der Lektüre der Briefe nicht sagen. Bis zuletzt liest die Frisch-Freundin am Manuskript mit.

Nach und nach und mit dem bis 1965 dauernden Abschied wird aus dem zart begonnenen Briefwechsel ein vielköpfiges Monster. Ingeborg Bachmanns Vater und Freunde von ihr verlangen Rechenschaft von Max Frisch. Der Schweizer Schriftsteller wiederum muss seinen Verleger Siegfried Unseld losschicken, um da und dort Dinge richtigzustellen. Es gibt ein Hauen und Stechen im Schriftstellerhaushalt Bachmann/Frisch, der längst keiner mehr ist.

Einen Teil der Briefe hat, zum Leidwesen der Herausgeber, Ingeborg Bachmann noch selbst vernichtet. Inventarlisten werden erstellt. Bis ins Geschirr hinein werden Trennungskinder aus den Wohnungen in Rom und Uetikon benannt, dabei waren selbst die ersten Anschaffungen romantisch. **Zwei blaue VW Käfer hat Max Frisch am Beginn der Beziehung gekauft. Mit dem ihren ist Ingeborg Bachmann in Begleitung Hans Magnus Enzensbergers nach Rom gefahren, während Frisch in der Schweiz an Hepatitis laborierte.**

Der von Hans Höller, Renate Langer, Thomas Strässle und Barbara Wiedemann grossartig edierte Briefwechsel zwischen Ingeborg Bachmann und Max Frisch ist das Höllentor einer Liebe, die auch den Leser in Mitleidenschaft zieht. **In einem Kraftakt, der dem anderen die Würde nicht nimmt, wird mit Kränkungen und Affekten gerungen.** Ohne einander nicht sein zu können, miteinander aber auch nicht, ist die fatale Einsicht in eine Welt moderner Gefühle und privater Gegebenheiten. **Zwei Menschen, die ganz sie selbst sind.**

Als «Architekt und Grundrissmacher» fragt sich Max Frisch schon früh in einem Brief, «wie Deine und meine Wohnung zusammenhängen». Ingeborg Bachmann lebt in ganz anderen Grundrissen. **«Ich möchte nie mehr so aus allen Wolken fallen», schreibt sie an den Geliebten, der sie eines Tages ganz fallen lässt.**

Ingeborg Bachmann, Max Frisch: «Wir haben es nicht gut gemacht.» Der Briefwechsel. Herausgegeben von Hans Höller, Renate Langer, Thomas Strässle und Barbara Wiedemann. Verlage Piper und Suhrkamp, München/Berlin 2022. 1040 S., Fr. 52.90. (Erscheint am 21. November.)

15 novembre (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/idees/article/2022/11/15/eva-illouz-sociologue-la-troisieme-force-politique-en-israel-represente-ce-que-l-on-est-bien-oblige-d-appeler-a-contrecoeur-un-fascisme-juif_6149891_3232.html

Eva Illouz, sociologue : « La troisième force politique en Israël représente ce que l'on est bien obligé d'appeler, à contrecœur, un "fascisme juif" »

[Tribune](#)

Eva Illouz Sociologue

Si Benjamin Nétanyahou est un populiste de droite « conventionnel », son nouveau partenaire au sein de la coalition, Itamar Ben Gvir, se situe « au-delà du populisme », revendiquant la violence comme un recours légitime pour défendre « la terre, la nation et Dieu », explique la sociologue franco-israélienne dans une tribune au « Monde ».

Publié aujourd'hui à 06h15, mis à jour à 06h15

Benjamin Nétanyahou a commencé les négociations pour former un gouvernement. Ses partenaires « naturels » restent les ultraorthodoxes, mais s'est ajouté à eux **le parti d'extrême droite radicale Sionisme religieux, désormais la troisième force politique en Israël.**

Certains ne s'en étonneront pas. Après tout, cela fait deux décennies que Nétanyahou incite à la haine entre Juifs et Arabes, sape la légitimité du système judiciaire et fait de la religion le socle de l'identité nationale. Mais il y a une différence importante. **Nétanyahou est un populiste de droite « conventionnel », similaire à Modi, à Orban ou à Trump. Itamar Ben Gvir, le chef de Sionisme religieux, se situe, lui, au-delà du populisme. Il représente ce que l'on est bien obligé d'appeler, à contrecœur, un « fascisme juif ».**

Pour ceux qui, comme moi, se définissent comme sionistes – malgré ses iniquités, la création d'un foyer national juif était légitime et nécessaire –, écrire ces mots – fascisme juif – est choquant. Mais quelques faits imposent ce jugement.

Trop séditieux pour l'armée

[Ben Gvir](#) n'a pas servi l'armée israélienne : celle-ci l'a jugé trop séditieux. En tant qu'avocat, il a défendu des terroristes juifs et a applaudi des opérations terroristes commises par des juifs – par exemple, celle de Baruch Goldstein, qui avait tué vingt-neuf Palestiniens pendant leur prière à la mosquée d'Ibrahim. Il s'identifie tellement au terrorisme juif qu'il a même proposé d'abolir cette notion, pourtant reconnue par la police et le Shin Beth israéliens.

Le terrorisme juif a été un phénomène marginal en Israël jusque dans les années 1980. Mais, à partir de cette décennie, plusieurs attaques terroristes (la plupart déjouées) ont été fomentées par des groupes juifs divers comme Hamakhteret Hayehudit, Kach, Terror Neged Terror, Bat Ayin, Lehava... Certains de ces groupes étaient ultranationalistes, d'autres explicitement antisionistes (ils voulaient démanteler l'Etat d'Israël et le remplacer par le royaume de Juda).

Mais ils ont un noyau idéologique commun qui est le résultat d'une lourde situation politique : le processus de colonisation des territoires occupés depuis 1967. On ne peut pas comprendre l'extrême droite israélienne si l'on ne saisit pas que ces territoires en sont le nœud. De 1967 à 2018, plus de deux cents implantations ont été établies en Cisjordanie. Cent trente et une de ces implantations sont officiellement reconnues par le gouvernement et cent dix considérées comme illégales.

Nationalisme religieux

Pour la plupart, ces implantations ne sont possibles qu'au prix d'une expropriation de terres palestiniennes privées. Des routes construites pour l'usage exclusif des colons juifs sont aussi souvent le résultat de ces expropriations. Un vaste système bureaucratique et territorial de barrages a été mis en place pour assurer la présence juive, la sécurité des colons et empêcher la libre circulation des Palestiniens. L'occupation des territoires a donc donné naissance à une domination territoriale et militaire et à des idéologies destinées à justifier ce qui est devenu un contrôle brutal de la population palestinienne. Ces idéologies peuvent être rassemblées sous le nom de nationalisme religieux.

Selon le sociologue Roger Friedland, le nationalisme religieux compte quatre composantes. Premièrement, il envisage le territoire comme un espace sacré, la terre devenant dépositaire du déroulement d'une histoire divine encore en train de se faire. Deuxièmement, les nationalistes religieux focalisent l'essentiel de leur attention sur les corps des femmes et, subsidiairement, ceux des homosexuels. Troisièmement, les nationalistes religieux font une distinction très marquée entre ceux à qui appartiennent la terre et la nation, et les étrangers. Enfin, ils se soumettent à Dieu, et l'amour de Dieu se voit inextricablement lié à l'amour de la nation. Ils investissent la terre et la nation de grandeur métaphysique et d'une sacralité divine dont ils s'estiment être les gardiens. La terre, le peuple et l'histoire prennent une signification cosmique.

C'est l'idéologie défendue par Ben Gvir, mais avec une « valeur ajoutée » : il voit dans la violence un recours légitime pour défendre la terre, la nation et Dieu. Il affiche un mépris ouvert pour les normes et les institutions démocratiques, et affirme qu'il n'y a pas de place pour deux peuples en Israël ou deux peuples vivant côte à côte.

Autodéfense juive

Ben Gvir a profondément été influencé par le rabbin américain [Meir Kahane](#), qui avait fondé aux Etats-Unis la Ligue de défense juive (« Jewish Defense League »), classée par le FBI [*la police fédérale américaine*] comme organisation terroriste. Après son arrivée en Israël, il fonda un parti politique qui fut interdit par la Knesset (1988). Le rabbin prônait, par exemple, trois solutions au problème des Arabes : ils pouvaient rester en Israël avec un statut juridique inférieur de « résident étranger » ; partir avec une compensation financière du gouvernement ; ou être expulsé de force. Yitzhak Shamir, ancien premier ministre et membre de l'aile droite radicale et musclée du Likoud, voyait en Kahane un acteur politique dangereux et intolérable. C'est Nétanyahou qui a rendu l'intolérable légitime.

Il faut apporter deux nuances de poids à cette analyse. La première est que le judaïsme reste, pour l'heure et dans sa majorité écrasante, une religion qui abhorre la violence sous toutes ses formes. La deuxième est que la défunte Jewish Defense League, et Kahane lui-même, était l'une des multiples émanations de la grande catastrophe dont les juifs ont été victimes au XX^e siècle. Leur idéologie repose sur une vision de l'histoire selon laquelle la violence antisémite ne peut qu'appeler à l'autodéfense juive et le monde entier représente une menace antisémite permanente. Transposée en Israël, cette idéologie devient aberrante. La violence juive n'a de place nulle part, mais encore moins en Israël, où les juifs, majoritaires, ont acquis la sécurité militaire, où la population arabe vit sous tutelle et où les Palestiniens subissent le joug d'un régime cruel.

[Le golem](#) est un personnage du folklore juif d'Europe centrale. Le Maharal de Prague, Judah Loew Ben Bezalel, grand rabbin du XVI^e siècle, en a écrit une des versions les plus célèbres. Dans l'histoire, le rabbin Loew fabriqua, à partir de poussière et d'argile, une créature qui protégerait les juifs de Prague des expulsions et des pogroms. Mais la créature échappa à son maître et devint violente et dangereuse. Dans une des versions, le rabbin la renvoie au néant en la réduisant en poussière. Les Israéliens auront-ils l'intelligence du rabbin ? Sauront-ils retourner le golem créé par Nétanyahou à la poussière ? Je ne connais pas la réponse à cette question.

Eva Illouz est une sociologue franco-israélienne, directrice d'études à l'Ecole des hautes études en sciences sociales. Elle vient de faire paraître « Les Emotions contre la démocratie » (Premier Parallèle, 336 p., 22,90 €).

15 novembre (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/idees/article/2022/11/14/indexation-des-salaires-sur-les-prix-privilegier-la-creativite-plutot-que-l-ideologie_6149707_3232.html

Indexation des salaires sur les prix : privilégier la créativité plutôt que l'idéologie

Si augmenter les salaires ne devrait pas créer d'inflation supplémentaire, leur indexation pure et simple sur les prix n'est pas nécessairement la solution.

Par [Béatrice Madeline](#)

Publié hier à 05h00

Analyse. Fin octobre, l'inflation avait atteint 6,2 % en France sur douze mois. Dans le même temps, les salaires n'ont progressé que de 3 % environ. **La simple exigence de justice sociale, la nécessité de ne pas ajouter de la crise à la crise imposeraient de parer à cette dégradation du pouvoir d'achat.** Pour la Nupes, LFI ou la CGT, la solution est simple : il faut indexer les salaires sur l'inflation. **Emmanuel Macron, dans son interview télévisée du 26 octobre, a estimé qu'une telle décision conduirait à « détruire des centaines de milliers d'emplois », en créant « une boucle qui ne s'arrête plus ».**

La création d'une spirale prix-salaires, les uns alimentant les seconds qui font augmenter à nouveau les premiers, c'est la grande peur des pourfendeurs de l'indexation des salaires sur les prix. Ce mécanisme, mis en place en 1952 en France alors que l'inflation frôlait 20 %, n'a pas laissé que de bons souvenirs. Lors du choc pétrolier, à partir de 1973, l'indexation a enclenché la spirale tant redoutée, les entreprises relevant leurs prix de vente pour financer l'augmentation de la masse salariale. **Cet enchaînement s'est traduit par une accélération de l'inflation (13 % en 1980), une dégradation de la compétitivité et, finalement, l'explosion du chômage.** D'autres économies développées ont connu peu ou prou, à cette période, le même scénario.

Contraint de négocier le tournant de la rigueur, **en 1983, le gouvernement socialiste de Pierre Mauroy a supprimé le mécanisme** qui avait ainsi démontré de manière éclatante ses dangers, **ne maintenant que l'indexation du smic.** C'est d'ailleurs grâce à cela que **le salaire minimum a pu augmenter de 8 % sur les douze derniers mois, avec un effet à double tranchant. Si les smicards ont vu leur pouvoir d'achat augmenter légèrement, les catégories juste au-dessus de ce niveau de rémunération peuvent nourrir le sentiment d'être laissés pour compte.**

Les salaires ont moins augmenté

Pour autant, l'argument d'un risque d'emballage incontrôlé de la machine **« ne tient pas »**, affirme Jonathan Marie, membre du collectif des Economistes atterrés, dans un billet de blog. D'abord, parce que l'inflation actuelle n'est pas provoquée par la hausse des salaires, mais par celle de l'énergie et des matières premières. D'autre part, parce que le mécanisme d'indexation est rétroactif : il aligne les salaires sur les prix passés et non à venir. **« L'inflation ne va augmenter à nouveau à la suite de l'augmentation des salaires nominaux déclenchée par l'indexation qu'à condition que les firmes augmentent à nouveau leurs prix »**, explique-t-il. **Pour éviter cela, il suffirait, selon lui, de mettre en place, par exemple, des mécanismes de contrôle des prix – qui posent d'autres difficultés – ou la taxation des superprofits, un sujet politiquement clivant en France.**

Autre argument utilisé par les adversaires de l'indexation, celui du **risque de perte de compétitivité, qui a conduit tout droit à la dévaluation du franc en 1986.** Mais la situation de 2022 n'est pas, sur ce point, comparable à celle qui prévalait durant le choc pétrolier. L'inflation, grâce aux boucliers énergétiques mis en place par l'Etat, est plus faible en France qu'ailleurs et les salaires ont moins augmenté.

Indexer les salaires en France ne conduirait pas à dégrader la compétitivité des entreprises hexagonales, au moins sur le plan des coûts de production. D'ailleurs, les économistes, qui scrutent attentivement la formation d'une boucle prix-salaires, y compris dans les pays de la zone euro où les hausses sont plus fortes qu'en France, n'ont rien vu venir jusqu'à présent.

Accroître la précarité

Et si on regardait aussi l'autre côté du miroir, le risque qu'il y aura à ne pas indexer les salaires ? **Moins de pouvoir d'achat, c'est moins de kérosène pour ce moteur de la croissance qu'est, en France, la consommation, qui représente plus de la moitié du PIB.** De quoi accentuer encore le marasme économique et l'impact récessif des politiques monétaires. Accroître la précarité et la pauvreté a un coût, social, politique et économique.

Tout cela ne signifie pas qu'il faille revenir à une indexation pure et simple, qui n'existe d'ailleurs quasiment plus nulle part – à l'exception de la Belgique, de Malte ou de Chypre. *« Par son caractère automatique et universel, l'indexation crée un ensemble complexe de rigidités dont l'utilité est inférieure aux effets négatifs »*, rappelle Michel-Pierre Chelini, professeur d'histoire économique à l'université d'Artois. Sur le plan économique comme sur le plan social, quelle justification y aurait-il en effet à indexer aujourd'hui les plus hautes rémunérations, alors que l'inflation, qui touche surtout l'énergie et l'alimentation, frappe en premier lieu les plus modestes ?

Une voie médiane

L'indexation automatique présente un autre inconvénient : elle doit en théorie fonctionner dans les deux sens, y compris lorsque l'inflation est faible. *« Si les salaires avaient été indexés sur les prix depuis vingt ans, ils seraient beaucoup plus bas qu'ils ne le sont aujourd'hui »*, fait ainsi observer l'économiste Thomas Piketty.

La question réclame donc de la créativité, plus que des postures idéologiques. L'exemple de 1983 et du maintien de l'indexation du smic, même s'il crée des insatisfactions comme on l'a vu, montre qu'il est possible de trouver une voie médiane. **Par exemple, en n'indexant que les rémunérations des catégories modestes, avec le risque de créer de nouveaux effets de seuil.**

« Aujourd'hui, des éléments d'indexation pourraient assurer, dans les formes très différentes qu'a prises le travail, sa juste rémunération, comme sa capacité à faire vivre dignement les salariés et leurs familles », indique Pierre-Cyrille Hautcœur, économiste et professeur à la Paris School of Economics. Du grain à moudre pour l'exécutif, qui renvoie le sujet des hausses de salaires à la négociation ?

15 novembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/conjoncture/voiture-electrique-le-monde-va-t-il-manquer-de-lithium-20221114>

Voiture électrique: le monde va-t-il manquer de lithium?

Par [Armelle Bohineust](#)

Publié hier à 17:18, mis à jour hier à 17:24



Le bon développement de voitures électriques sur le marché automobile dépend des batteries en lithium et de la disponibilité de cette ressource. *355060818/Nischaporn - stock.adobe.com*

GRAND DÉCRYPTAGE - La demande de cet «or blanc» va être multipliée par 40 en 20 ans. Un défi majeur pour l'Europe, encore totalement dépendante de ses fournisseurs extérieurs.

Alors que la planète, réunie à la COP27 en Égypte, cherche à réduire les émissions de gaz à effet de serre, la croissance du marché des véhicules électriques accélère. **En 2035, plus aucun constructeur ne pourra vendre une voiture neuve à moteur thermique dans l'Union européenne.** Or les technologies actuelles de véhicules électriques ne peuvent se passer de lithium, ressource devenue essentielle pour les batteries.

Autant dire que la demande de ce métal blanc et léger va exploser. **Une batterie de voiture électrique en contient en moyenne 10 kg.** L'Agence internationale de l'énergie (AIE) estime qu'il faudra multiplier par 40 la production de ce métal d'ici à 2040 pour répondre aux besoins de la **mobilité électrique**. *«C'est la ressource minérale dont la consommation devrait augmenter le plus»*, confirme Yves Jégourel, codirecteur de Cyclope (observatoire des matières premières) et professeur au Cnam.

Pour l'Union européenne, en particulier, l'enjeu est crucial. Bruxelles s'est fixé des objectifs ambitieux. Si les ressources ne manquent pas dans le sous-sol du Vieux Continent, son exploitation est, en revanche, quasi inexistante.

Tandis que la consommation de l'UE va quintupler voire décupler d'ici à 2030, le marché mondial devrait rester tendu pendant les huit prochaines années. **«Nous devons éviter de nous retrouver à nouveau dans une situation de dépendance, comme pour le pétrole et le gaz»**, s'inquiète la présidente de la Commission européenne, Ursula von der Leyen.

● **Des ressources abondantes**

Le monde ne manque pourtant pas de lithium. Des réserves existent aux quatre coins de la planète, **en Australie, en Chine, aux États-Unis, au Zimbabwe...** Et tous les pays sondent désormais leur sous-sol pour vérifier s'il ne recèle pas ces richesses. Le triangle d'or de l'Amérique latine, entre Chili, Bolivie et Argentine, concentre plus de la moitié des ressources, essentiellement dans les lacs chargés en sel. Aujourd'hui, quatre pays, **l'Australie**, premier producteur mondial avec près de la moitié de l'extraction, **le Chili** (un quart), la Chine (16%) et l'Argentine (7%), **contrôlent la quasi-totalité de la production.** Mais, il n'existe pas de risque géologique significatif sur le marché du lithium. Les réserves sont importantes et elles seront certainement en grande partie accessible d'ici à 2050, estimaient l'an dernier les experts de l'Ifpen (Institut français du pétrole et des énergies nouvelles).

Le lithium est sans doute l'un des métaux dits stratégiques les plus critiques pour la transition énergétique. *«Si aujourd'hui, l'offre, de l'ordre de 1 million de tonnes produites, répond à la demande mondiale, ce ne sera bientôt plus le cas»*, précise Xavier Veillard, directeur associé de McKinsey. D'ici à fin 2030, la demande pourrait, approcher 4 millions de tonnes, selon les estimations de son cabinet. *«Si l'on ne prend en compte que les projets existants et annoncés, il manquera alors 1,1 à 2,5 millions de tonnes»*, précise-t-il.

Il y a un manque de prospective criant. On n'a pas estimé la demande de métaux liée à la transition climatique

Christian Mion, associé du cabinet EY

«On va manquer de lithium, c'est clair et net. D'ici à 2030, sur la base des hypothèses actuelles, la consommation sera multipliée par 5 ou 7. Il y a un manque de prospective criant. On n'a pas estimé la demande de métaux liée à la transition climatique», affirme de son côté Christian Mion, associé du cabinet EY. Et si les réserves ne font pas défaut, leur mise en exploitation est un autre enjeu. **Étant donné les délais nécessaires pour ouvrir de nouveaux sites, le risque de pénurie se pose davantage d'ici à 2030 qu'à l'horizon 2050, prévoient des spécialistes.** Car il faut généralement compter au moins cinq à dix ans pour mettre en œuvre un projet minier. À condition d'avoir les fonds et la volonté d'investir.

● **Le signal du prix**

Pour cela, le prix est un excellent signal. **En un an, les cours de «l'or blanc» ont été multipliés par plus de dix, passant de 6000 à 70.000 dollars la tonne.** S'il complique la vie des constructeurs automobiles, le bond des cours change aussi l'équation économique. *«Les prix élevés permettent de supporter des coûts d'extractions plus lourds et ils sont un bon stimulant pour accélérer les décisions d'investissement»*, souligne Xavier Veillard, pour qui les prix élevés du marché sont davantage liés aux délais de développement de nouveaux projets qu'à une rareté absolue du métal. *«Beaucoup de projets sont à l'étude. Le potentiel des gisements connus comme les saumures d'Amérique latine est encore très important et une grande partie peut être exploitée à un coût compétitif»*, ajoute-t-il. Les progrès technologiques pourraient accroître l'offre d'ici à quelques années, relativisent par ailleurs les analystes de Goldman Sachs.

Au-delà de l'extraction, se pose **l'enjeu de la transformation du lithium. La Chine, particulièrement bien positionnée, assure aujourd'hui plus des deux tiers du raffinage mondial. «Ses capacités de raffinage vont encore augmenter d'ici à trois ans»**, souligne Xavier Veillard. En effet, les deux sociétés chinoises Tianqi Lithium et Jiangxi Ganfeng Lithium, qui font partie des cinq grands acteurs mondiaux, ont réalisé d'importants investissements dans ce domaine. **Les États-Unis, le Canada, l'Australie et l'Europe se lancent dans la course. Avec retard.** En juillet, **Elon Musk**, fondateur du pionnier des véhicules électriques Tesla, s'est plaint que certains raffineurs de lithium réalisent des marges extravagantes. **Il prévoit aujourd'hui de construire une raffinerie de lithium au Texas,**

Des projets sont à l'étude pour évincer la batterie lithium-ion, qui a pris le monde d'assaut ces dernières années et dont le succès repose sur sa légèreté et son importante capacité de stockage d'énergie. C'est le cas de la batterie sodium-ion, qui aurait une capacité de recharge plus rapide, ou encore des batteries à l'état solide, lithium-soufre ou zinc. Mais la domination de la batterie lithium-ion n'est pas encore remise en cause.

La dépendance de l'Europe

L'UE, qui ne compte aucun site d'extraction de lithium pour batterie et aucune raffinerie, cherche des solutions pour réduire sa dépendance aux grands producteurs. Elle a des réserves dans son sous-sol. Dans l'Hexagone, une quarantaine de sites ont déjà été identifiés dans le Massif central,

en Bretagne et dans la vallée du Haut-Rhin. **Mais, les projets font souvent face à une forte opposition de la population au nom de l'environnement.**

En Serbie, le gouvernement a révoqué les licences d'exploration du géant minier Rio Tinto à la suite des protestations locales. Le projet, de 2,4 milliards de dollars, aurait permis de produire du métal blanc pour 1 million de batteries de véhicules électriques. Mêmes blocages à Barroso, dans le nord du Portugal, en Espagne ou encore en France dans le Finistère.

Le groupe Imerys vient toutefois de lancer le projet d'exploitation d'une mine dans l'Allier sur un site où est extrait du kaolin. Et différents programmes ont vu le jour en Europe, y compris des unités pilotes de production de lithium géothermique en Alsace avec le groupe minier français Eramet. Mais ces programmes sont de taille réduite et moins bon marché que d'autres grands sites mondiaux. Eramet juge ainsi que les projets en cours permettraient de répondre au mieux, à 15 à 20% des besoins européens en 2030.

● L'espoir du recyclage

Les oppositions locales peuvent inciter les entreprises minières à produire plus vert ou à recycler. Face aux contestations locales en Espagne, la compagnie Infinity Lithium a revu sa copie, évoluant d'un projet de mine à ciel ouvert à un programme souterrain, ce qui réduit son impact sur la biodiversité. **Une autre piste est, bien sûr, celle du recyclage des batteries.** Mais ce ne serait pas une solution de court terme. «*La durée de vie d'une batterie étant de huit à dix ans, le marché secondaire restera très limité avant 2030*», estime Xavier Veillard.

Compte tenu de la valeur du lithium, cette approche pourrait être économiquement pertinente, estiment les industriels. Encore faut-il mettre en œuvre des procédés à l'échelle industrielle. Eramet s'est associé avec le groupe Suez pour construire une usine pilote l'an prochain à Trappes. Selon l'université belge de Louvain, si l'industrie met en place une filière assurant un taux de recyclage des batteries de 70%, alors le potentiel de recyclage du lithium pourrait devenir significatif à partir de 2040 et surtout de 2050.

Longtemps cantonnée à un rôle de client passif, l'Union européenne a entamé sa mutation. L'UE va constituer «*des réserves stratégiques*» pour éviter les ruptures d'approvisionnement dans les matières premières «critiques» pour son industrie, notamment les terres rares et le lithium, a annoncé la Commission européenne. Des constructeurs automobiles, de Stellantis à BMW, investissent dans des start-up spécialisées dans le lithium.

Pour sécuriser son approvisionnement, l'Europe a besoin d'un fonds d'investissement pour aider les acteurs à prendre des participations minoritaires

Philippe Varin, l'ancien président de France Industrie

En France, Philippe Varin a rendu en janvier au gouvernement un rapport sur la sécurisation de l'approvisionnement. **Il y sonne l'alarme sur la dépendance française** et dégage quelques pistes. «*Pour sécuriser son approvisionnement, l'Europe a besoin d'un fonds d'investissement pour aider les acteurs à prendre des participations minoritaires dans des sites de production de lithium en Amérique latine, en Afrique ou ailleurs*», plaide l'ancien président de France Industrie, qui prône «*une véritable diplomatie des métaux*».

15 novembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/economie/francois-lenglet-le-monde-qui-vient-sera-plus-favorable-a-la-france-que-celui-qui-se-termine-20221114>

François Lenglet: «Le monde qui vient sera plus favorable à la France que celui qui se termine»

Par [Alexandre Devecchio](#)

Publié hier à 20:43, mis à jour hier à 20:43



François Lenglet. *Fabien Clairefond*

GRAND ENTRETIEN - Des pénuries à l'inflation, les mauvaises nouvelles qui se multiplient illustreraient un changement en profondeur du monde dans l'ordre politique et économique. Or, une fois une période de transition achevée, argue le journaliste économique et essayiste, cette transformation pourrait déboucher sur un modèle plus favorable à l'emploi et aux salariés.

La thèse défendue par [François Lenglet](#) dans son nouveau livre, *Rien ne va, mais...* (Plon), a de quoi surprendre. Et dans ce nouveau modèle plus favorable à l'emploi et aux salariés, **où l'État joue de nouveau un rôle central**, la France pourrait tirer son épingle du jeu, à condition de ne pas céder à sa **passion de la redistribution** et de rebâtir une véritable politique industrielle.

LE FIGARO. - Votre livre se veut résolument optimiste. Si nous touchons le fond d'un point de vue économique, ce serait pour mieux remonter demain...

François LENGLET. - C'est vrai qu'on a le sentiment d'une accumulation de catastrophes: l'épidémie, [la guerre en Ukraine](#), le réveil des empires menaçants et autoritaires, l'inflation, les pénuries, avec, en plus, la crise climatique. Comme autant de météores qui seraient tombés dans notre jardin. Mais c'est un sentiment fallacieux. **Car nombre de ces phénomènes sont en réalité les conséquences d'une même cause, une crise de transition nous faisant quitter le monde libéral pour un autre, très différent, qui apparaît.** Ce monde libéral est né en 1989 avec la chute du Mur, qui avait ouvert une période de mondialisation, car le risque géopolitique avait disparu avec la victoire de l'Amérique sur l'URSS. Une période où **le capital, sans entrave, avait pris l'ascendant sur le travail.** «*Bien sûr que la lutte des classes existe*», disait alors le milliardaire Warren Buffett, «*la meilleure preuve, c'est que nous l'avons gagnée.*»

Une période où **la disparition des frontières et l'irruption, sur le marché mondial, de centaines de millions de travailleurs supplémentaires - l'ouverture de la Chine, l'intégration de l'Europe de l'Est - ont fait baisser les coûts de production et les salaires non qualifiés, au point que l'inflation avait disparu. C'est fini. La guerre en Ukraine est le double inversé de la chute du Mur, c'est l'autre borne, terminale, du cycle libéral.** La puissance américaine est désormais contestée de tous côtés,

l'économie mondiale se fragmente car la Chine et la Russie sont en train de s'en détacher, la géopolitique reprend l'ascendant sur l'économie. **Dans ces conditions, bien évidemment, l'inflation revient, d'autant plus qu'on a arrosé d'essence les braises naissantes en créant des milliers de milliards d'argent factice avec le «quoi qu'il en coûte» mondial.**

On voit poindre l'inversion de deux rapports de force : entre le producteur et le consommateur; entre le capital et le travail. Et, au sein même du travail, les salariés qui doivent être sur site, généralement les moins qualifiés, voient leurs salaires augmenter le plus vite en ce moment

François Lenglet

Y a-t-il vraiment de quoi se réjouir de ce nouveau monde?

Oui, je le pense. Au-delà de la période de transition, qui est désagréable, **on voit poindre l'inversion de deux rapports de force. D'abord un rééquilibrage entre le producteur et le consommateur.** Ce dernier était le grand gagnant de l'ère libérale, la référence à partir de laquelle s'est ordonnée l'économie mondiale - et les politiques européennes comme celles de la concurrence ou de l'énergie. **Les priorités changent.** C'est désormais la question de la sécurité des approvisionnements qui prévaut, quoi qu'il en coûte, justement. Pour les médicaments, l'électricité, la chaîne alimentaire. **Dans un monde fragmenté, la question clé, c'est la disponibilité des produits, et non plus leur prix.** L'inflation n'est jamais que la mesure de ce nouveau rapport de force. **Cela devrait être favorable à l'emploi et aux salaires chez nous, car les risques associés à la délocalisation se sont fortement accrus, avec le risque géopolitique.**

L'autre couple qui bascule, c'est le **capital-travail. Le travail reprend la main, sous l'effet lent mais très puissant du vieillissement démographique, qui raréfie la ressource humaine dans la plupart des régions connectées à l'économie-monde.** C'est le mouvement inverse à celui qui s'était produit il y a quarante ans. Et, au sein même du travail, une autre inversion se produit. Le travail qualifié, gagnant de naguère, est plus exposé à la concurrence internationale à cause de l'essor du télétravail, qui a dissocié l'activité de la présence physique. **Alors que les salariés qui doivent être sur site, généralement les moins qualifiés, ne sont pas substituables. Ils tiennent aujourd'hui leur revanche.** Aux États-Unis, **ce sont leurs salaires qui augmentent le plus vite en ce moment,** dans la zone euro également. **Le prix du réel remonte,** tant pour les hommes que pour les produits. Ce n'est d'ailleurs pas un hasard si intervient au même moment le krach boursier du virtuel, celui des cryptomonnaies, des réseaux sociaux ou du métavers. **Nous revenons sur le plancher des vaches.**

N'assiste-t-on pas à un déclin inexorable de l'Occident?

Si, mais Oswald Spengler le disait déjà en 1918! C'est le déclin de l'Empire britannique qui a ouvert cette phase, après la Première Guerre mondiale. Le siècle de l'Amérique qui a suivi nous a offert un répit, mais il se termine. **Là encore, la logique démographique exerce ses effets impossibles à contrer.** Toutefois, gardons en tête deux réserves. **D'abord, ceux qui nous ont fait décliner déclinent à leur tour. La Chine est à la veille d'un choc démographique majeur, un vieillissement accéléré qui va mettre à mal ses rêves de puissance.** Ensuite, *l'Occident conserve, outre ses capacités militaires et technologiques, une forte puissance d'attraction. Le rêve de tout immigré, malmené dans son pays pour des raisons politiques ou économiques, quelle que soit sa nationalité, c'est de s'installer en Amérique ou en Europe. Pas à Moscou ou à Pékin.* Regardez ce qui s'est passé lors de l'enterrement d'Elizabeth II. La cérémonie a été retransmise auprès de 4 milliards de Terriens. Quand Xi Jinping cassera sa pipe, il y aura probablement moins de monde devant la télévision. Il n'intéresse personne, son message politique est informe et rudimentaire, même les Soviétiques de Brejnev avaient plus de pouvoir d'attraction que les dirigeants chinois d'aujourd'hui grâce aux relais des partis communistes occidentaux.

J'ajoute que si l'Europe est la principale victime de la crise de l'énergie, elle a jusqu'ici fait montre d'une unité remarquable face à la Russie. Unité qu'on avait observée aussi pendant la pandémie, lorsqu'il a fallu coordonner l'approvisionnement du continent en vaccins. L'Europe avait perdu sa

raison d'être lorsque les régimes communistes sont tombés, car auparavant, elle était, en quelque sorte, soutenue par le rideau de fer qui la séparait de l'antimonde totalitaire. Face à la Russie d'aujourd'hui, sa légitimité renaît naturellement. C'est l'expérience du danger qui fortifie la conscience de soi. **Cela tempère les considérations sur le déclin bien réel de l'Europe au plan économique et démographique.**

Paradoxalement, l'inflation est, selon vous, une bonne nouvelle?

L'hyperinflation est dévastatrice, mais l'inflation n'a rien de dommageable en elle-même. Dans les années 1960, fortement inflationnistes, les Français étaient-ils plus malheureux qu'aujourd'hui? Les Chinois des années 1990 et 2000, qui connurent aussi une hausse des prix annuelle à deux chiffres, étaient-ils mécontents? Non. **Comme tout phénomène économique, la hausse des prix fait des gagnants et des perdants.** Tout dépend donc d'où l'on parle. C'est à l'évidence un problème pour les détenteurs de capital et ceux qui vivent de rentes, **en gros la population la plus âgée.** Parce que l'inflation érode leurs revenus. Et comme ce sont eux qui ont conçu le discours dominant pour servir leurs intérêts, l'inflation est critiquée de toutes parts.

Mais pour un jeune couple qui s'endette pour acheter un logement, l'inflation est une bénédiction car, pourvu que les revenus soient indexés, ça permet de rembourser en monnaie de singe! C'est ainsi que les baby-boomers ont constitué leur patrimoine, en escroquant leurs parents. Les mêmes qui nous chantent la messe sur les vertus de la désinflation sont ceux qui ont le plus profité de l'inflation quand ils étaient jeunes... Soyons sérieux. **La vraie question, et la seule, ce sont les modalités d'indexation des revenus, des salaires en particulier.** C'est la grande question politique qui nous attend si, comme je le pense, l'inflation est durable. **Il me paraît inévitable, et souhaitable, qu'on s'oriente vers une indexation progressive.** Dans une économie pour partie démondialisée, la perte de compétitivité sera moindre qu'auparavant.

Cela va-t-il permettre à l'État français d'échapper au remboursement de sa dette?

Cela semble probable. L'inflation, pour les agents endettés, c'est l'ardoise magique: elle dévalue les créances, en spoliant le prêteur. **L'allégement des dettes et l'euthanasie des rentiers, pour reprendre la célèbre formule de Keynes,** ce sont les deux faces de la même pièce. On ne peut pas avoir l'un sans l'autre. **Vue de Sirius, l'extraordinaire accumulation de dettes au plan mondial, sans précédent historique sinon en temps de guerre, ne peut se régler que de deux façons: la faillite ou l'inflation.** Dans le premier cas, le prêteur s'effondre avec le débiteur, c'est toute l'économie qui s'arrête - comme durant la crise des années 1930. Dans le second, le prêteur s'appauvrit, c'est ennuyeux pour lui, mais moins pour les autres. **Ça fait beaucoup moins de dégâts.**

L'essor du populisme traduit l'écart entre la demande politique émanant des électeurs et l'offre des partis politiques traditionnels, qui est encore sous l'influence du cycle libéral et de ses valeurs

François Lenglet

Dans ce nouveau monde, la France peut-elle tirer son épingle du jeu, notamment en Europe? L'Allemagne va-t-elle perdre son hégémonie?

On peut penser que le monde qui vient est plus favorable à la France que celui qui se termine, parce qu'il sera politique plus qu'économique. **La France possède encore une diplomatie et des forces armées parmi les plus avancées du monde,** c'est l'héritage de son passé prestigieux, exactement comme le Royaume-Uni. **Ce sont des atouts dans un univers fragmenté où il faut composer des alliances.** C'est l'heure de Talleyrand qui revient, alors que celle des marchands s'efface. **À l'inverse, l'Allemagne a plus de difficultés aujourd'hui, car elle était la grande gagnante du cycle paisible qui se termine.** D'abord parce qu'elle en a profité pour se réunifier, et ensuite parce qu'elle a pu faire valoir ses atouts commerciaux hors du commun, dans un monde sans aspérités. **Mais les deux piliers de son modèle économique, une énergie russe peu chère et un marché chinois sans**

limite, sont ébranlés. Sans compter la flambée des prix et des salaires dans son hinterland industriel, l'Europe de l'Est, un facteur de perte de compétitivité de plus.

Une Allemagne en insécurité sera-t-elle un partenaire aussi amical qu'auparavant?

Rien n'est moins sûr. **Le «germano-centrisme» affirmé du chancelier Scholz** est peut-être le premier signe de cette inquiétude nouvelle. Pour revenir à la France, c'est l'efficacité problématique de l'État qui pourrait constituer la vraie menace. Face aux risques géopolitiques et stratégiques, saura-t-il encore **bâtir une politique industrielle qui garantisse l'avenir de la nation?** **La débâcle du nucléaire français est un exemple inquiétant à ce sujet.** Voilà trente ans que notre passion pour la redistribution dévore tous les moyens financiers publics, au détriment des services publics et de l'État régalien, et que les compétences ont pour partie déserté la haute fonction publique. **Dans le monde d'hier, le paramètre clé était la compétitivité des entreprises. Dans celui de demain, la compétitivité de l'État sera fondamentale.**

Le nouveau modèle qui se dessine répond, selon vous, à une demande d'ordre à la fois politique, sécuritaire et économique, émanant d'une large classe moyenne malmenée quasiment dans tous les pays occidentaux. N'y a-t-il pas un risque que le mouvement de balancier soit trop brutal et s'accompagne d'une réduction des libertés individuelles?

C'est un vrai risque, **car le désir de liberté s'est affaibli au profit du désir de protection.** On peut d'ailleurs interpréter le durcissement des «démocraties» telle la Turquie et des dictatures telles que la Chine comme l'expression de cette demande d'ordre qui sourd de tous les côtés et dans tous les pays. Il y a vingt ans, Erdogan représentait l'espoir libéral pour son pays. Il s'est transformé, sous l'effet de cette puissante vague politique. Xi Jinping a parcouru exactement la même trajectoire. Dans nos pays, la demande politique est la même, mais les partis traditionnels ne veulent pas y répondre, parce qu'ils la jugent régressive, sauf au Royaume-Uni, où les conservateurs se sont approprié le Brexit pour y répondre, et peut-être en Israël avec l'évolution du Likoud - c'est un autre cas particulier à cause de l'état de guerre que connaît le pays. **Dans les autres pays démocratiques, France comprise, l'expression de cette demande d'ordre est la progression des partis dits populistes, voire leur victoire, comme en Suède ou en Italie ces dernières semaines.** L'essor du populisme traduit l'écart entre la demande politique émanant des électeurs et l'offre des partis politiques traditionnels, qui est encore sous l'influence du cycle libéral et de ses valeurs. En Europe, ces partis se sont montrés incapables de rénover leur offre. En ne voulant pas s'intéresser aux frontières, à l'immigration, à l'insécurité, au protectionnisme économique, ils ont offert le monopole de la protection aux extrémistes.

14 novembre (Contrepoints)

<https://www.contrepoints.org/2022/11/14/442877-pour-les-anticapitalistes-le-changement-climatique-nest-quun-pretexte>

Pour les anticapitalistes, le changement climatique n'est qu'un prétexte

Rainer Zitelmann

Pour bon nombre de militants anticapitalistes, l'écologie n'est qu'un instrument de lutte contre le capitalisme.

Les dirigeants mondiaux se réunissent en Égypte pour discuter du changement climatique. Cette fois, l'accent est mis sur les demandes des pays pauvres qui veulent obtenir de l'argent des pays riches en raison du changement climatique. Après plus de 50 ans d'expériences en matière d'aide au développement, on peut déjà prédire où cet argent finira – chez les gouvernements corrompus des pays d'Afrique et d'autres pays pauvres.

De nombreux soi-disant militants du changement climatique ne se préoccupent pas vraiment du climat et de l'environnement. Non, pour eux, l'écologie n'est qu'un instrument de lutte contre le capitalisme.

Ces trois dernières années, Greta Thunberg a déclaré que le but de sa vie était de sauver le monde du changement climatique. Aujourd'hui, elle a déclaré devant un public londonien que les militants du climat devaient renverser « *l'ensemble du système capitaliste* », responsable selon elle « *de l'impérialisme, de l'oppression, du génocide... de l'extractionnisme raciste et oppressif* ».

Les militants du culte apocalyptique « Last Generation » disent aussi ouvertement que leur objectif est l'abolition du capitalisme.

Examinez le travail standard des activistes anticapitalistes du changement climatique et vous verrez rapidement ce que je veux dire. Naomi Klein, la célèbre critique du capitalisme et de la mondialisation, admet qu'elle n'avait initialement aucun intérêt particulier pour les questions liées au changement climatique. Puis, en 2014, elle a écrit un volumineux ouvrage de 500 pages intitulé *This Changes Everything : Capitalism vs. The Climate*.

Pourquoi s'est-elle soudainement intéressée au changement climatique ? Eh bien, avant d'écrire ce livre de 2014, le principal intérêt de Mme Klein était la lutte contre le libre-échange et la mondialisation.

Elle admet dans son écrit :

« J'ai été propulsée dans un engagement plus profond avec [le sujet du changement climatique] en partie parce que j'ai réalisé qu'il pouvait être un catalyseur pour des formes de justice sociale et économique auxquelles je croyais déjà. »

Et elle espère « *qu'un nouveau type de mouvement climatique reprendra le combat contre le soi-disant libre-échange* ». Elle rejette strictement les solutions hautement efficaces, comme l'énergie nucléaire respectueuse du climat, car elle n'est pas du tout intéressée par les solutions dans le cadre du capitalisme.

Klein écrit qu'elle reconnaît que le changement climatique présente une chance « *d'utiliser collectivement la crise pour faire un bond quelque part qui semble franchement meilleur que là où nous sommes actuellement* » et « *que le changement climatique pourrait devenir une force catalytique pour un changement positif... il pourrait être le meilleur argument que les progressistes aient jamais eu... pour récupérer nos démocraties de l'influence corrosive des entreprises ; pour bloquer les nouveaux accords de libre-échange nuisibles... pour ouvrir les frontières aux migrants.* »

La crise climatique pourrait « former la base d'un puissant mouvement de masse », et ce mouvement devrait se fixer les objectifs suivants :

- étendre radicalement les biens communs (c'est-à-dire les biens et les ressources appartenant à l'État),
- introduire une « économie soigneusement planifiée »,
- changer à peu près tout ce qui concerne notre économie,
- introduire de « nouvelles taxes, de nouveaux programmes de travaux publics »,
- « l'inversion des privatisations »,
- « l'extinction de l'industrie la plus riche et la plus puissante que le monde ait jamais connue – l'industrie pétrolière et gazière »,
- des directives gouvernementales sur « la fréquence à laquelle nous conduisons, la fréquence à laquelle nous prenons l'avion, si notre nourriture doit être transportée par avion pour arriver jusqu'à nous, si les biens que nous achetons sont construits pour durer... la taille de nos maisons »,
- une réorganisation fondamentale des composantes du produit intérieur brut,
- « moins d'investissements privés dans la production pour une consommation excessive »,
- « une augmentation des dépenses publiques »,
- « beaucoup plus de redistribution ».

Klein adhère à la suggestion selon laquelle les 20 % les plus aisés d'une population devraient subir les réductions les plus importantes afin de créer une société plus juste. Elle affirme que « *notre système économique et notre système planétaire sont désormais en guerre* » et que la seule réponse appropriée est « *un changement révolutionnaire de l'hégémonie politique et économique* ».

Je pense que ces citations, qui sont représentatives de nombreuses autres déclarations de ce type dans le livre de Klein, confirment que les anticapitalistes comme Klein ne sont que superficiellement préoccupés par l'environnement et le changement climatique.

Leur véritable objectif est d'éliminer le capitalisme et d'établir une économie planifiée gérée par l'État. C'est pourquoi ils rejettent systématiquement toute une série de mesures qui permettraient de protéger l'environnement et d'atténuer les risques de changement climatique – parce qu'elles seraient compatibles avec le système économique dominant : le capitalisme.

Chaque année, [l'Heritage Foundation](#) classe les pays du monde entier en fonction de leur liberté économique. Il s'agit d'une sorte d'indice du capitalisme. Mais l'analyse montre que les pays *les plus libres* économiquement enregistrent également les meilleurs scores à l'indice environnemental [EPI de l'université de Yale](#), avec une moyenne de 76,1, tandis que les pays *majoritairement libres* obtiennent une moyenne de 70,2. Ces deux groupes ont une avance considérable sur les pays *modérément libres*, qui ont obtenu des notes beaucoup plus basses (59,6 points) pour leurs performances environnementales. Les pays classés par l'Heritage Foundation comme *majoritairement non libres* ou *réprimés* ont reçu de loin les pires notes de l'indice de performance environnementale (46,7 et 50,3, respectivement).

La thèse selon laquelle de nombreux activistes climatiques et partisans d'un Green New Deal se préoccupent moins de l'environnement que de l'exploitation de cette question pour abolir le capitalisme et introduire une économie planifiée n'est en aucun cas une insinuation malveillante. Au contraire, les activistes climatiques eux-mêmes l'admettent. Il suffit de lire ce qu'ils écrivent et d'écouter ce que disent les activistes comme Greta Thunberg.

Rainer Zitelmann est l'auteur de *[How People Become Famous: Geniuses of Self-Marketing from Albert Einstein to Kim Kardashian](#)*, Management Books 2000, 2021, 210 pages.

14 novembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/monde/ocean-viking-la-cooperation-franco-italienne-doit-s-intensifier-pour-resister-a-l-imperialisme-allemand-20221114>

Ocean Viking:

«La coopération franco-italienne doit s'intensifier pour résister à l'impérialisme allemand»

Par Christian Saint-Etienne

Publié il y a 21 minutes

«En 2019, la part de l'industrie manufacturière était de 15 % en Italie. L'Italie a su protéger son secteur industriel exportateur, ce que la France n'a pas su faire depuis 25 ans »

FIGAROVOX/TRIBUNE - Le ministre de l'Intérieur a déclaré que l'Italie «ne s'est pas comportée comme un État européen responsable», après son refus d'accueillir l'Ocean Viking. Or, pour peser en Europe face à l'Allemagne, la France doit renforcer sa coopération politique et industrielle avec l'Italie, explique l'économiste Christian Saint-Étienne.

Économiste, universitaire, analyste et homme politique, Christian Saint-Étienne a entre autres publié Le libéralisme stratège face au chaos du monde (Éditions Odile Jacob, 2020).

Après l'errance maritime du navire *Ocean Viking*, dont les migrants ont été accueillis en France, Gérald Darmanin, ministre de l'Intérieur, a déclaré que l'Italie «ne s'est pas comportée comme un État européen responsable» et que son gouvernement a fait preuve d'un «comportement inacceptable». Ce qui est terrifiant lorsque l'on prend connaissance de telles déclarations, c'est que l'on pense instantanément que ledit ministre a parlé d'une question géostratégique européenne dont il ne sait rien, d'un pays qu'il traite avec un tel mépris que la France est plus insultée que l'Italie, et que surtout et tragiquement, cette déclaration n'était qu'un élément de sa communication politique personnelle sans lien avec les intérêts à long terme de la France.

La France est aujourd'hui le grand pays européen le plus en difficulté, en étant frappée par la grave maladie du double déficit: **déficit public** considérable et **déficit extérieur** croissant tel que le pays a accumulé une dette extérieure nette considérable. Si l'Italie a accumulé une dette publique supérieure à celle de la France en pourcentage du PIB, **elle accumule les excédents extérieurs** – solde de la balance courante - en sorte que sur la période 2014-2023, selon les données d'octobre 2022 du FMI, l'Italie devrait avoir accumulé un excédent extérieur net cumulé de 20 points du PIB quand la France devrait accumuler un déficit extérieur net cumulé de 7 points de PIB.

La France est le pays développé qui s'est le plus désindustrialisé depuis 20 ans. La part de l'industrie manufacturière dans le PIB a baissé de 14 % à moins de 10 % de 2000 à 2019, niveau à peine maintenu en 2021, soit une chute de 30 %. À cette dernière date, cette part était de 20 % du PIB en Allemagne et de 15 % en Italie. L'Italie a su protéger son secteur industriel exportateur, ce que la France n'a pas su faire depuis 25 ans. Il est crucial de noter que les pays qui ont gardé une industrie exportatrice puissante ont beaucoup plus d'Entreprises de taille intermédiaire (ETI) que les pays désindustrialisés comme la France. L'Allemagne compte 12.500 ETI, l'Italie 8.000 et la France 5.500.

L'effondrement industriel historique de la France, l'Italie a su éviter. Par ailleurs, la France se flatte d'avoir une capacité militaire importante, mais l'on sait que nos armées ne disposent que de quelques jours de munitions et de missiles.

En lien avec la chute de notre industrie manufacturière, notre part dans les exportations mondiales de biens et services a chuté de 48 % de 2000 à 2021. Une partie de cette chute s'explique par les transferts massifs de production opérés des pays industriels vers les pays émergents par les entreprises globalisées depuis les années 1990 et par des effets de change. Pour corriger ces deux effets, on peut analyser **la baisse de la part de la France dans les exportations de la zone euro de 2002 à 2021**, tous les pays membres de la zone ayant la même monnaie: **elle a chuté de 26 %**, ce qui mesure exactement la perte du poids de l'industrie manufacturière française au sein de cette zone.

En résumé, la part de l'industrie manufacturière française a baissé de 26 % dans les exportations de la zone euro, de 30 % dans le PIB de la France et **notre part dans les exportations mondiales de biens et services a baissé de 48 % au cours des 20 dernières années. C'est un effondrement historique que l'Italie a su éviter. Par ailleurs, la France se flatte d'avoir une capacité militaire importante, mais l'on sait, depuis un rapport parlementaire de 2022, que nos armées ne disposent que de quelques jours de munitions et de missiles pour faire face à des conflits de haute intensité dont l'un se déroule aujourd'hui sur le sol européen en Ukraine.**

Alors que tout porterait à renforcer la coopération franco-italienne pour résister à un *imperium* allemand de plus en plus affirmé, des propos déplacés contribuent à creuser un fossé de plus en plus profond entre la France et la péninsule.

Christian Saint-Etienne

Enfin, l'Italie a maintenu son industrie de défense et dispose d'un lanceur de satellites Vega dont elle souhaite accélérer le développement en le sortant de l'orbite d'Arianespace. Or la France est non seulement en difficulté sur les plans industriel et militaire, mais elle perd le contrôle du développement de l'industrie spatiale européenne après avoir accepté en septembre 2021 de transférer la construction du moteur Vinci réutilisable de la France à l'Allemagne. **Sur le plan intérieur, la France est submergée par une immigration illégale considérable que les autorités publiques se révèlent incapables de gérer.** Le taux d'exécution des obligations de quitter le territoire français (OQTF) pour les immigrés illégaux est passé de 12,4 % en 2018, à 12 % en 2019, puis 6,9 % en 2020 et 5,6 % au premier semestre 2021 (dernière donnée disponible).

La morgue d'une petite élite gouvernementale parisienne vis-à-vis de l'Italie semble terriblement déplacée quand les performances italiennes sur le double plan industriel et exportateur sont très supérieures à celles de la France. De plus, la France a perdu le leadership politique en Europe depuis une dizaine d'années du fait de notre désindustrialisation accélérée et de notre incapacité quasi structurelle à rééquilibrer nos comptes publics. **Le couple franco-allemand n'existe plus** et l'on assiste à une décrédibilisation accélérée de la France en Allemagne et dans l'Europe du Nord depuis 2015.

Si la seule réponse de la France à son tragique affaiblissement vis-à-vis de l'Allemagne consiste à taper sur une Italie perçue à tort comme inférieure à la France, c'est que nous sommes tombés encore plus bas que ce que l'on pouvait imaginer. **Alors que tout porterait à renforcer la coopération franco-italienne pour résister à un *imperium* allemand de plus en plus affirmé**, des propos déplacés de plusieurs ministres français concernant l'Italie, depuis septembre 2022, contribuent à creuser un fossé de plus en plus profond entre la France et la péninsule. **L'Allemagne s'en réjouit et ne se gêne pas pour coopérer étroitement avec l'Italie afin d'affaiblir un peu plus la France.** Notre pays apparaît de plus en plus comme un navire sans capitaine et sans vision, qui **se noie dans ses déficits comme un débile dans ses déjections**, et qui manie l'insulte adressée à ses alliés potentiels pour cacher ses vices. Il est pourtant un domaine où l'on souhaiterait pouvoir vérifier l'excellence darmanienne: une remontée rapide du taux d'exécution des OQTF.

14 novembre (Le Point)

https://www.lepoint.fr/debats/allons-nous-tous-perir-le-faux-dilemme-14-11-2022-2497649_2.php

Allons-nous tous « périr » ? Le faux dilemme

CHRONIQUE. Les formules « X ou périr » abondent. Elles sont trompeuses puisqu'en réalité elles ne laissent aucun choix, et démobilisent.

Par Sophie Chassat*



Antonio Guterres à la COP27. Selon le secrétaire général de l'ONU, il faut « coopérer ou périr ». © JOSEPH EID / AFP

Publié le 14/11/2022 à 09h00

Allons-nous tous « périr » ? Voilà en tout cas un terme de plus en plus fréquemment utilisé pour nous présenter l'une des branches de l'alternative qui s'offre à nous. **Ralentir ou périr : titre de l'ouvrage récent de l'économiste de la décroissance Timothée Parrique.** « Coopérer ou périr » : formule prononcée ce 7 novembre à l'occasion de la COP27 par le secrétaire général des Nations unies, Antonio Guterres. « Changer ou périr » : regard sur l'avenir européen de Nicole Gnesotto, vice-présidente de l'Institut Jacques-Delors...

L'inflation sémantique du vocable dans le cadre d'alternatives comminatoires interpelle à plusieurs niveaux. Tout d'abord, « périr » vient signaler une mort violente, malheureuse ou prématurée. Ce verbe entraîne avec lui tout un halo d'évocations tragiques : périr dans un incendie, périr noyés ou asphyxiés, périr par l'épée, périr à la guerre, périr de froid, de faim ou de misère... Son emploi vient également signifier la fin d'un monde et de ses valeurs : la liberté ou la démocratie peuvent « périr », c'est-à-dire disparaître complètement, définitivement.

L'imaginaire de la collapsologie, ou effondrisme, est bien là.

Une perspective comme un repoussoir

On objectera que la forme de l'alternative ne condamne pas au pire, que la dramatisation se veut salutaire et qu'elle laisse précisément le choix d'embrasser l'option inverse. C'est d'ailleurs comme un « choix » qu'Antonio Guterres présente la situation : « L'humanité a le choix : coopérer ou périr. C'est soit un pacte de solidarité climatique, soit un pacte de suicide collectif. » **Périr est une perspective si terrifiante qu'elle fonctionne comme un repoussoir qui pousserait à adhérer à l'autre branche de l'alternative. Mais, ce faisant, elle supprime par là même l'idée qu'il y aurait quelque chose comme une alternative. Les formules « X ou périr » ne laissent précisément aucun choix : seul X s'impose ! C'est ce qu'en logique on appelle un faux dilemme.**

Finalement, cela revient donc au même que de dire « there is no alternative », à savoir la formule iconique de l'ultralibéralisme. Dommage d'utiliser les mêmes arguments que ceux du système que l'on combat. D'autant qu'il est à peu près certain que cette méthode est contre-

productive : l'aversion à l'option unique est un biais cognitif bien connu. Plus une option est présentée comme contrainte, plus on hésite à s'y convertir. Autrement dit, le manque de choix est nuisible à la décision. L'effet recherché par cet effet de manche rhétorique (provoquer un choc de conscience qui pousse à l'action) pourrait donc bien être manqué.

Mais alors, si ce n'est pas la peur qui nous fait agir, que reste-t-il ? **Une perspective désirable, par exemple.** Le prospectiviste Gaston Berger avait forgé au XX^e siècle l'expression de « **futur souhaitable** » : **façonnons un avenir que nous puissions intensément souhaiter collectivement**, et ce sera alors un puissant moteur de mobilisation, d'action et d'épanouissement. Platon écrivait : « Philosopher, c'est apprendre à mourir » ; refusons que, demain, nous puissions dire : « Philosopher, c'est apprendre à périr. »

** Sophie Chassat est philosophe, autrice, professeure invitée à Sciences Po et associée du cabinet Wemean.*

14 novembre (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/idees/article/2022/11/14/sur-le-plan-industriel-commercial-diplomatique-et-militaire-la-notion-d-independance-de-l-europe-ne-fait-pas-partie-des-textes-institutionnels_6149741_3232.html

« Sur le plan industriel, commercial, diplomatique et militaire, la notion d'indépendance de l'Europe ne fait pas partie des textes institutionnels »

[Tribune](#)

Stéphane Madaule, professeur à l'école des Hautes Etudes Internationales et Politiques /HEIP

Dans la crise de confiance que traverse le couple franco-allemand, l'essayiste Stéphane Madaule estime, dans une tribune au « Monde », mal fondés **les griefs de la France à l'encontre de son grand voisin, car celui-ci agit en conformité avec les règles de l'Union européenne.**

Publié aujourd'hui à 09h00, mis à jour à 09h00 Temps de Lecture 3 min.

En cette fin d'année 2022, beaucoup d'attaques sont dirigées contre nos amis allemands auxquels on reproche pêle-mêle : de ne pas en faire assez pour l'Ukraine ; de jouer perso sur le plan budgétaire pour endiguer les effets de la crise énergétique ; de penser avant tout à ses exportations en ayant programmé une visite du chancelier Scholz chez son homologue chinois ; **de reconstruire une défense allemande avec du matériel américain, sous parapluie américain.**

On voudrait, surtout en France, une Allemagne plus solidaire, qui sache ouvrir le carnet de chèques, qui agisse pour la construction d'une souveraineté européenne, qui s'applique à défendre les intérêts européens, qui ne fasse plus du commerce tous azimuts la pierre angulaire de sa puissance.

En effet, le niveau de dépendance de l'Europe ne serait plus acceptable face aux risques suscités par des puissances comme la Chine et la Russie. Acheter du gaz russe ou commercer avec la Chine serait devenu totalement inapproprié dans le climat de tensions géopolitiques qui secouent notre planète.

Une Europe qui n'existe pas

Ce qu'il nous faudrait, ce n'est plus une Allemagne ouverte sur le monde mais plutôt une Allemagne soucieuse de construire la souveraineté européenne dans tous les domaines (militaire, commercial, diplomatique), seule manière de défendre les intérêts européens. Sauf que cette Europe là n'existe pas dans les traités, de celui de Rome à celui de Lisbonne en passant par Maastricht.

Dans son préambule, **le traité de Rome de 1957** se disait « *désireux de contribuer, grâce à une politique commerciale commune, à la suppression progressive des restrictions aux échanges internationaux* », avec comme finalité recherchée de « *contribuer au développement du commerce international et à la réduction des entraves aux échanges, en concluant des accords visant, sur une base de réciprocité et d'avantages mutuels, à la réduction des droits de douane...* ».

Le **traité de Maastricht de 1992** prônait « *une économie de marché ouverte où la concurrence est libre* ». L'Europe que nous avons construite depuis l'origine, c'est une Europe ouverte sur le monde, qui milite pour la concurrence libre et non faussée, pour l'économie sociale de marché ; une Europe qui adhère à l'Organisation mondiale du commerce et ne cesse de promulguer de nouveaux accords de libre-échange avec le reste du monde.

Un grand malentendu

Dans le cadre ainsi forgé, l'Allemagne s'est effectivement comportée comme le bon élève de l'Union européenne : ouverte sur le marché intérieur européen, ouverte sur le monde, ouverte aux échanges avec les Etats-Unis et la Chine qui sont maintenant ses principaux clients et fournisseurs. Elle répond d'ailleurs positivement à tous les standards fixés par l'Europe : déficit budgétaire contenu, appels d'offres publics ouverts, dette publique en conformité avec le pacte de stabilité, concurrence libre et non faussée, économie sociale de marché.

Il y a donc peut-être un grand malentendu entre cette Allemagne qui a si bien réussi dans le cadre européen fixé pour tous qui lui convenait si bien, **et ce qu'essentiellement la France voudrait que devienne l'Europe** à savoir une Europe puissance qui défend ses intérêts en devenant plus souveraine, moins dépendante et mieux protégée.

Mais alors, c'est plutôt l'Union européenne qui doit évoluer. **L'atteinte d'une souveraineté européenne n'est pas inscrite aujourd'hui dans les textes institutionnels qui la constituent.** Une notion d'indépendance de l'Europe sur le plan industriel, sur le plan commercial, sur le plan diplomatique et militaire, ne fait pas partie aujourd'hui, non plus, des textes institutionnels qui la constituent.

Un changement à 180° de l'UE

Le protectionnisme par les normes, par les taxes aux frontières et la réservation des appels d'offres européens aux entreprises européennes, **ne font pas partie des textes institutionnels qui la constituent.** Ce n'est donc pas à l'Allemagne qu'il faut en vouloir d'avoir joué, conformément au cadre européen, sa partition de puissance majeure qu'elle est devenue au même titre que la Chine, les Etats-Unis et le Japon sur le plan commercial.

C'est plutôt l'Union européenne qui doit rapidement évoluer dans ses textes, dans ses ambitions comme dans son projet. Mais il s'agit là d'un changement à 180°. Quels sont au juste les pays européens qui sont prêts à une telle révolution ? **L'Allemagne a-t-elle intérêt à se recentrer sur le marché européen, à limiter ses échanges avec la Chine, à se passer du parapluie militaire américain, au motif de la construction urgente d'une plus grande souveraineté européenne face à la guerre en Ukraine ?**

L'Allemagne est-elle prête à renoncer à une partie de sa propre souveraineté – avoir l'audace d'aller voir seule le partenaire chinois, décider seule de l'affectation budgétaire de ses excédents commerciaux, d'acheter du matériel militaire américain – au motif que ce n'est pas la souveraineté allemande qu'elle doit défendre mais bien plus la souveraineté collective de toute l'Europe ? Là sont les vraies questions.

Stéphane Madaule est l'auteur de *Une autre voie est possible pour l'Europe et la France* » (L'Harmattan, 2021)

14 novembre (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/idees/article/2022/11/12/ocean-viking-un-desastre-europeen_6149574_3232.html

« Ocean-Viking », un désastre européen

[Éditorial](#)

Le Monde

Editorial du « Monde ». Les trois semaines d'errance du navire humanitaire, qui a fini par accoster à Toulon sur fond de crise diplomatique entre la France et l'Italie, rappellent l'impuissance européenne à mettre en œuvre les droits humains.

Publié le 12 novembre 2022 à 10h27 Mis à jour le 12 novembre 2022 à 10h44 Temps de Lecture 2 min.

L'Union européenne (UE) n'avait pas besoin de cela. Déjà aux prises avec une guerre à ses portes, une crise énergétique, la montée de l'inflation et les tensions que ce contexte exacerbe entre ses membres, voilà que la terrible errance depuis trois semaines d'un navire humanitaire, **l'Ocean-Viking, chargé de migrants secourus en Méditerranée, remet en lumière son incapacité à organiser la solidarité en son sein**. Cela sur la principale question qui nourrit l'extrême droite dans chaque pays – l'immigration – et, partant, menace l'avenir de l'Union elle-même.

Si la France a, finalement, sauvé l'honneur en acceptant que l'Ocean-Viking accoste à Toulon, vendredi 11 novembre, après le refus italien, l'impuissance européenne à mettre en œuvre les droits humains qui la fondent historiquement – en l'occurrence la sauvegarde de 234 vies, dont celles de 57 enfants – est extrêmement préoccupante.

Que la France et l'Italie, que rapprochent mille liens historiques, géographiques et humains, en viennent à s'apostropher par ministres de l'intérieur interposés donne la mesure de la déstabilisation d'un équilibre déjà fragile, consécutif à l'arrivée à Rome de Giorgia Meloni, la présidente du conseil italien issue de l'extrême droite.

Sept ans après la crise migratoire de 2015, au cours de laquelle l'UE avait manqué de solidarité à l'égard de l'Italie, y nourrissant la xénophobie, les ingrédients du malaise sont toujours là. Même si les migrants de l'Ocean-Viking doivent être répartis dans l'UE, **le fragile système de partage des demandeurs d'asile dans une douzaine d'Etats européens, obtenu par la France en juin, qui n'a jusqu'à présent connu qu'une application homéopathique, a déjà volé en éclats avec l'Italie.**

Volte-face

Pour l'exécutif français, enclin à présenter l'Union européenne comme un facteur de protection, le scénario de l'Ocean-Viking est également désastreux. S'il a pris en définitive la bonne décision, il semble s'être fait forcer la main par le gouvernement italien. Alors qu'Emmanuel Macron avait refusé en 2018 l'accostage de l'Aquarius, un autre bateau humanitaire, pour ne pas « faire basculer le pays vers les extrêmes », sa volte-face intervient alors que le Rassemblement national, avec ses 89 députés, a renforcé son emprise sur la vie politique.

Si le **dénouement de Toulon** devrait logiquement être salué à gauche, il **risque de compromettre le ralliement déjà incertain de la droite au projet de loi sur l'immigration, construit sur un équilibre entre régularisation de travailleurs étrangers et fermeté sur les mesures d'éloignement.**

Le poids des images et des symboles – le navire chargé de malheureux, le débarquement sous escorte militaire – ne saurait cependant faire perdre **la véritable mesure de l'événement : l'arrivée de quelques dizaines de demandeurs d'asile est bien loin de déstabiliser un pays comme la France.** Une centaine de milliers de réfugiés ukrainiens y sont d'ailleurs accueillis à bras ouverts. Comme eux, les migrants venus d'autres continents ont droit à un examen sérieux de leur demande d'asile.

Les difficultés d'intégration, les malaises et les craintes que suscite l'immigration dans l'opinion sont évidents et doivent être sérieusement écoutés et pris en compte. Mais, alors que l'extrême droite fait des migrants le bouc émissaire de tous les dysfonctionnements de la société et tient la mise au ban des étrangers pour la panacée, il faut rappeler que des hommes, des femmes et des enfants sont là, derrière les statistiques et les joutes politiques.

14 novembre (FAZ)

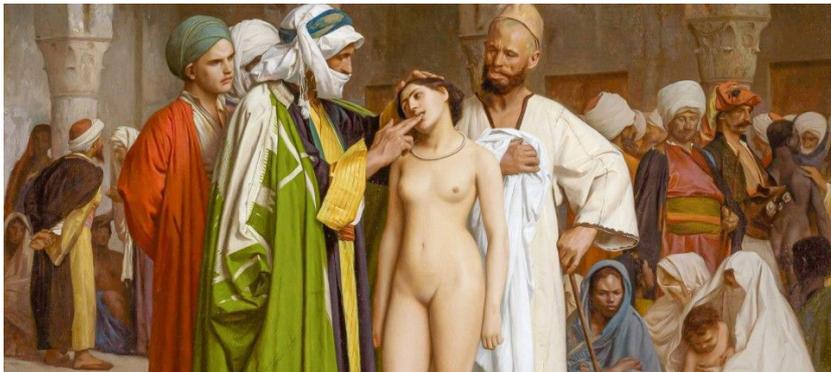
<https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kolonialismus-egon-flaig-antwortet-auf-rebekka-habermas-18458368.html?premium>

KOLONIALISMUSDEBATTE:

Wie hält es die Historie mit der historischen Wahrheit?

VON EGON FLAIG

-AKTUALISIERT AM 14.11.2022-07:54



So stellte sich das Abendland den Sex- und Menschenhandel in der arabischen Welt vor: Jean-Léon Gérômes Gemälde „Sklassenmarkt“ von 1866 Bild: Mauritius

Wenn Historiker in öffentlichen Debatten den Forschungsstand einfach ignorieren, dann ist das eine beunruhigende Aussage über den Zustand ihres Fachs. Eine Replik auf Rebekka Habermas.

Gegen meinen Aufsatz „Schuldig gesprochene Vergangenheit“ hat Rebekka Habermas, Historikerin an der [Universität Göttingen](#), in der „Zeit“ vom 27. Oktober Einspruch erhoben. Mein Thema, eine Kritik des Begriffs „Historische Gerechtigkeit“, ignoriert sie. Das Geschlängel ihrer Widerworte rät mir von einer Antwort ab. **Nicht schweigen kann ein Historiker freilich zu zwei Behauptungen. Erstens leugnet Rebekka Habermas, dass die Abolition der Sklaverei eine europäische Errungenschaft ist. Sie nennt diese „die sogenannte Sklavenbefreiung“.** Doch die Abolition kann nur leugnen, wer sämtliche Formen von Unfreiheit für Sklaverei hält – von der Schuldknechtschaft über die Leibeigenschaft bis zur Zwangsprostitution – gegen alle Regeln soziologischer Kategorienbildung und mit grotesker historischer Entdifferenzierung.

Meine Kritikerin übergeht die maßgeblichen Studien von Seymour Drescher (2009), Olivier Pétré-Grenouilleau (2017) und anderen, welche den Charakter dieser „abolitionistischen Revolution“ nochmals erörtert haben, eine Revolution, die einen tiefen Bruch in der Weltgeschichte darstellen dürfte. **Wie kann eine Historikerin diesen dokumentierten und erforschten Sachverhalt bestreiten? Zweitens behauptet sie, dass die Sklaverei „durch die Europäer in Afrika eingeführt wurde“.** Sie ignoriert also Claude Meillassoux ebenso wie Malek Chebel und **wischt die Forschung zur afrikanischen Sklaverei vom Tisch.** Wie kann eine Historikerin eine solche Unwahrheit propagieren? **Kurzum, es fragt sich, wie fake history in der Geschichtswissenschaft hoffähig geworden ist.**

Keine Republik erträgt zu viel Verlogenheit

Historische Wahrheiten sind jederzeit und allerorten bestritten worden. Naives Bestreiten gehört zur kollektiven Identitätskonstitution; diese erheischt, dass man die Narrative der „anderen“ als interessengeleitet und unwahr abtut. Auf dem intellektuellen Feld hingegen walten notwendigerweise die Wahrheitskriterien der Wissenschaft. Bewahrheitete Sachverhalte zu bestreiten, sie also zu leugnen, ist ein diskursives Handeln eigener Art. Unter den vielen Formen des Lügens wird man für

Notlügen immer wieder Verständnis aufbringen, nicht aber für die Pflichtlügen von Politikern. Keine Republik mit zivischer Partizipation erträgt zu viel Verlogenheit, denn diese entkräftet das Band zwischen dem öffentlichen Wort und der Rechenschaft, zu der es verpflichtet, jenes Band, welches Kant für unabdingbar hält, damit die Öffentlichkeit als Forum der Vernunft fungieren kann, jene Öffentlichkeit, in welcher nach [Hannah Arendt](#) das verantwortete Wort frei sein muss, damit Demokratien bestehen bleiben. Das Leugnen von historischen Tatsachen ist etwas wesentlich anderes. Es annulliert die Kriterien des Bewahrheitens und negiert die verbindlichen Regeln der globalen Mittelbarkeit von Wissen, Erfahrung und Argumenten. Aber was hat das mit Geschichtswissenschaft zu tun?

Beginnen wir mit einer Trennlinie, die der Althistoriker Alfred Heuß 1959 in seinem Traktat „Der Verlust der Geschichte“ scharf gezogen hat: Geschichtswissenschaft ist etwas anderes als kollektive Erinnerung. Diese – die Memorialtheorie Jan Assmanns bevorzugt das Wort „kulturelles Gedächtnis“ – ist immer das partikulare Gedächtnis von Gruppen, Gemeinschaften und Völkern; es ist bezogen auf eine konkrete Identität. Es dient der kulturellen Orientierung; es stabilisiert Normen und Erwartungen; und es hilft vor allem, die uns umgebenden Dinge zu bewerten. Es ist konnektiv; es integriert die Individuen in die Sozialdimension und in die Zeitdimension. Dieser Zusammenhalt benötigt eine fundierende Erzählung; Israel benötigt den Exodus aus Ägypten, die Schweiz den Rütlichschwur, das revolutionäre Frankreich den Sturm auf die Bastille.

Historie hat sich abgelöst von partikularen Interessen

Ob solche Narrative historisch wahr sind oder nicht, berührt nicht ihre fundierende Funktion, brems nicht ihre „Mythomotorik“ (Jan Assmann). Solche memorialen Haltepunkte sind identitätskonstitutiv, verlangen unbefragte Geltung, werden daher tendenziell sakralisiert. Das kollektive Gedächtnis dient mithin dem Leben von Gemeinschaften. Ebendas tut die Geschichte als Wissenschaft nicht. Sie strebt nach Erkenntnissen. Nur wenn diese sich vereinbaren lassen mit der Memorialkultur, nur dann vermag sie zur Orientierung beizutragen. Als Wissenschaft unterwirft sie sich dem Zwang zur Bewahrheitung.

Die Historie hat sich abgelöst von den Interessen der Nationen, bestimmter sozialer Klassen, Religionen, Geschlechter, Ethnien; und darum ist es möglich, sie entlang relativ autonomisierter Regeln und Fragen als Disziplin zu betreiben. Als solche kann sie keinem kulturellen Gedächtnis mehr gehorchen. Zwar kann es durchaus parteiliche Historie geben; denn notwendigerweise nimmt ein Historiker einen Standpunkt ein. Doch selbst der parteilichste Historiker wird, wenn er sich an die Regeln seines Handwerks hält, genötigt sein, vieles für falsch zu halten, von dem er wünschte, es wäre wahr. Und er wird vieles für wahr anerkennen, obwohl es ihm nicht behagt. Er wird regelmäßig genötigt, sich gegen das kollektive Gedächtnis von Gruppierungen zu stellen, mit denen er sympathisiert, ja sogar den Mythen seiner eigenen Gemeinschaft zu widersprechen.

Diese Verweigerung hat Nietzsche 1874 in seiner „Zweiten unzeitgemäßen Betrachtung“ herausgearbeitet: Als Wissenschaft diene die Historie dem Leben nicht und sei rundheraus zu verwerfen. In der Tat: Sie muss die orientierenden Mythen immer wieder destruieren, die Mythisierungen rückgängig machen und gegen „das Leben“ anschreiben. Das brachte Alfred Heuß 1959 in die griffige Formel, wonach die historische Wissenschaft „die Erinnerung vernichtet“, sich aber vergebens an deren Stelle setzen will, weil sie als solche eben nicht orientieren kann.

Feststellung einer Tatsache ist etwas anderes als ihre Bewertung

Im selben Sinne erklärte Pierre Nora 1984 in dem gigantischen Werk über die „Gedächtnisorte“ Frankreichs, die „Histoire“ zerstöre das Gedenken („mémoire“) aller Gruppen, Hand in Hand mit den Massenmedien; und er stellte die Historie unter Anklage wegen Mordes am Spontanen und am Leben überhaupt. Damals hatte Nora noch nicht gewahrt, wie allerorten Gedächtniskollektive aus dem Boden schossen und wie in der sogenannten Dritten Welt Memorialkulturen von einer Intensität heranwuchsen, an denen Nietzsche seine Freude gehabt hätte.

Als **1986 der „Historikerstreit“ in der Bundesrepublik** ausbrach, **verlief die Frontlinie bereits entlang der von Nora formulierten Opposition von „histoire“ und „mémoire“**. Der im Nachhinein maßvoll anmutende Ton in **Ernst Noltes** Erwiderungen erklärt sich daraus, dass dieser sich in eine fachwissenschaftliche Diskussion verwickelt glaubte; er blieb sachbezogen. Sein Kontrahent, der Sozialphilosoph **Jürgen Habermas**, verlangte, dass ein gedächtnispolitisch erzeugtes Bild von der Vergangenheit öffentlich zu gelten habe, unbehelligt von verstörenden Fragen aus der Fachdisziplin. Somit prallten zwei „völlig entgegengesetzte Wissenschaftskonzeptionen“ aufeinander, wie Mathias Brodkorb 2011 konstatierte. **Für Nolte hatte Wissenschaft nichts zu tun mit Gedächtnispolitik; er beharrte er auf der fachlich konstitutiven Differenz:** Die Feststellung einer Tatsache ist abzusondern von der Bewertung derselben.

Dagegen brachte **Hans-Ulrich Wehler** vor, die historische Forschung könne die „Disjunktion von Genese einer Frage und Geltung der Resultate“ schwerlich durchhalten. **Doch diese Trennung ist nach Max Weber fundamental für die Interpretation historischer Phänomene; beide „mögen faktisch noch so oft und aus guten Gründen Hand in Hand gehen: Sie sind dennoch logisch grundverschiedene Vorgänge“; die „kausale Bedeutung“ eines untersuchten Gegenstandes ist scharf zu scheiden von seiner „universellen Bedeutung“.** **Träfe das zu, was Wehler sagt, wäre die Kategorie der Objektivität nicht mehr tauglich und die Historie schlitterte aus der Wissenschaft in die Gedächtnispolitik.**

Der deutsche Historikerstreit ging um die Einordnung der Shoah und zerriss die Zunft. **Anders der französische Historikerstreit von 2005/2006;** in ihm bezog quasi die gesamte Fachdisziplin Front gegen antikolonialistische „groupes mémoriels“. Dabei ging es um die Sklaverei: Im Juni 2005 erhielt der Historiker Olivier Pétré-Grenouilleau den „Prix du Sénat du Livre d’Histoire“ für das Werk „Les traites négrières“, in welchem er neben dem transatlantischen Sklavenhandel den islamischen erörtert hatte. Zu diesem Anlass gab er ein Interview, in dem er die „**Lex Taubira**“ problematisierte, also jenes Memorialgesetz von 2001, das die europäische Sklaverei zum „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ stempelt, zur weitaus umfangreicheren Sklaverei anderer Kulturen jedoch schweigt. Daraufhin erhob ein afrofranzösisches *collectif* Anklage gegen ihn – wegen Leugnung eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

Zu seiner Verteidigung mobilisierte sich die historische Zunft. Am 13. Dezember 2005 erschien unter dem Titel „Liberté pour l’histoire“ ein Appell, unterzeichnet von neunzehn reputierten französischen Historikern. Der Aufruf verwahrte sich gegen politische Eingriffe in die Historie und bestritt die Zulässigkeit juristischer Maßnahmen. Zudem verlangten die Unterzeichner, sämtliche Memorialgesetze zu abrogieren, weil diese die Freiheit des historischen Forschens einengten. **Folgerichtig forderte Pierre Nora auf dem Amsterdamer Welthistorikertag im September 2010, die gedächtnispolitischen Gesetze zu suspendieren.** Von diesem Historikerstreit nahmen die deutschen Fachkollegen keine Notiz. Leider. Denn sie hätten daran ermessen können, was auch auf sie zukommen sollte.

Die Wahrheit wird an die Erfordernisse des Krieges angepasst

Das Problem des Leugnens hat sich verschärft, weil **fast alle gedächtnispolitischen Akteure sich dem „Antikolonialismus“ verschrieben haben.** Nicht wenige unter ihnen befolgen unverhohlen die **Wahrheitsregel von Frantz Fanon: „Wahr ist, was die Eingeborenen schützt und die Ausländer verdirbt [. .] Und das Gute ist ganz einfach, was ihnen schadet.“** Diese Sätze dokumentieren, welchen Preis der antikoloniale Ethnopluralismus verlangt; nämlich die Moral hemmungslos zu politisieren und die Wahrheit an die Erfordernisse des Krieges anzupassen.

Fanons antiuniversalistische Absage wurde millionenfach von Intellektuellen gelesen. 2010 stellte Gilbert Achcar in seinem Buch „The Arabs and the Holocaust“ die Frage: **„Sind alle Formen der Holocaustleugnung gleich?“** Und ergänzte: **„Sollte man nicht zwischen einer Leugnung, die von Unterdrückern kommt, und einer Leugnung aus den Mündern der Unterdrückten einen Unterschied machen, so wie der Rassismus der herrschenden Weißen vom Rassismus der**

unterdrückten Schwarzen zu unterscheiden ist?“ Der Autor leugnet die Schoah nicht. Er mahnt sogar die arabischen Intellektuellen, die Leugnung aufzugeben. **Dennoch rechtfertigt er das Leugnen grundsätzlich: Schwarze, da per se unterdrückt, hätten das Recht, rassistisch zu denken, zu sprechen und zu handeln; und so wie ihr „antirassistischer Rassismus“ legitim sei, so legitimierten die berechnete Wut und der gerechtfertigte Hass auf Israel auch das Leugnen.**

Man erinnere sich an den deutschen Historikerstreit: **Ernst Nolte** wurde dafür gescholten, dass er es für die Aufgabe des Historikers erachtete, Hitlers Antisemitismus „zu verstehen“, da ja das Verstehen zum Metier der Geschichtswissenschaft gehöre. **Es stand freilich für Nolte außer Frage, dass Verstehen und Bewerten auseinanderfallen. Achcar macht aus dem Verstehbaren ein Berechnetes.** Jene „Unterdrückten“ sind demnach befugt, identitätsbezogene Wahrheiten zu vertreten, die substantiell Unwahrheiten, ja sogar Lügen sind. Ihnen gebührt ein epistemologischer Sonderstatus, der sie dispensiert von Wahrheitszwängen und sie obendrein ermächtigt, über Schuld und Unschuld anderer zu verfügen.

Auf diesem Sonderstatus beruht die antikoloniale Identitätspolitik, hierauf auch die gedächtnispolitisch zugerichteten Bilder von der eignen kollektiven Vergangenheit, permanent aktiviert von einer unduldsamen Betroffenheitsindustrie. Hierauf beruhen Pseudowissenschaften wie die „Postcolonial Studies“; hierauf beruht die „Critical Race Theory“, die ein symmetrisches Gegenbild der NS-Rassenlehre von Alfred Rosenberg ist, aber trotzdem an unseren Universitäten gelehrt wird. Hieraus speist sich die exterminatorische Wut auf jene Geschichtswissenschaft, die es noch wagt, sich der Woge von universitär legitimierten Unwahrheiten entgegenzustemmen und sie als das zu bezeichnen, was sie faktisch sind: fake history.

Egon Flaig ist Emeritus für Alte Geschichte an der Universität Rostock.

14 novembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/pierre-nora-regis-debray-les-derniers-des-mohicans-20221113>

Pierre Nora, Régis Debray, les derniers des Mohicans

Par [Eugénie Bastié](#)

Publié hier à 19:43, mis à jour hier à 19:54



Régis Debray et Pierre Nora, le 5 novembre, dans les Yvelines. *Lucien Lung / Riva-Press pour Le Figaro*

RENCONTRE - L'historien et l'écrivain publient chacun un livre revenant sur leurs itinéraires intellectuels. *Le Figaro* a réuni ceux qui furent jadis ennemis, appartenant à deux gauches irréconciliables. Aujourd'hui ils sont amis, et d'accord au moins sur un point: la vie intellectuelle, c'était mieux avant.

Du haut de ses 90 ans, vêtu d'une chemise bleue assortie à ses yeux, [Pierre Nora](#) a toujours le regard qui pétille et l'air malicieux. À la fois séducteur et profond. De dix ans son cadet, paré de son éternel gilet à poches, [Régis Debray](#) affiche un air narquois et blasé. Un bougon, qui s'éclaire parfois d'un rire perché, presque enfantin. Nous avons réuni **les deux derniers mohicans de l'intelligentsia française** dans la réserve de la rue **Gaston-Gallimard**, abritant la prestigieuse maison d'éditions du même nom. **Ici, ils sont les rois. Pierre Nora y est éditeur depuis 57 ans. Régis Debray y a publié 35 livres.**

Dans le bureau de l'instigateur des *Lieux de mémoire*, le décor est sommaire. Murs blancs sans la moindre décoration. Un canapé en cuir défraîchi, un lampadaire un peu boiteux meublent la pièce, avec une grande table, sans ordinateur, rempli de livres et de manuscrits. Nous nous y installons, les deux compères installés en face de nous comme des collégiens dans le bureau du proviseur. La double-fenêtre ouvrant sur le jardin nous égaie des rayons bienfaisants de l'été indien.

Appartiennent-ils à la même génération? «*Non et oui*, affirme Nora. *Non parce que, même si nous n'avons que dix ans d'écart, ces dix ans font qu'à la différence de Régis j'ai connu la guerre. Régis a voulu la revivre en faisant la révolution. Mais, oui, je me sens de la même génération que lui par tout le reste. Par la culture, le genre de vie, les références intellectuelles.*» «*Oui et non*, répond Debray. *Oui, parce que, une génération, c'est un arc d'une vingtaine d'années, donc nous sommes dans le même arc. Mais non, parce qu'en fait je suis né avant Nora. Quand j'avais 20 ans je faisais la guerre d'Espagne... Au point de vue des fantasmes, je suis l'aîné.*» Nora sourit de la pirouette. Soudain, alors que nous discutons, un homme passe sa tête par l'antichambre. «*C'est le garçon d'étage, puis-je vous apporter quelque chose?*» «*Oui, trois verres d'eau, s'il vous plaît*», lui répondons-nous. Et voilà que Debray et Nora s'esclaffent comme deux enfants. «*Vous ne l'avez pas reconnu? C'est Antoine Gallimard*», souffle Nora, pendant que Debray se bidonne: «*Ah c'est joli...*»

Celui qui croyait à la révolution et celui qui n'y croyait pas

Aujourd'hui, les deux hommes se taquent et rient de bon cœur. Jadis, ils s'affrontèrent. Entre eux ce n'était pas la rose et le réséda, mais celui qui croyait à la révolution et celui qui n'y croyait pas. D'un côté, Nora, le juif né dans un milieu de gauche, mendésien social-démocrate, de l'autre, Debray, l'ex-catholique né dans un milieu de droite, gaulliste. **Le fondateur du *Débat* et l'adepte de la guérilla. Celui qui voulait en finir avec les intellectuels engagés et le disciple de Che Guevara. L'académicien et celui qui a toujours refusé l'académie (et la Légion d'honneur). Deux gauches irréconciliables?**

En 1980, pour la sortie du premier numéro de la revue *Le Débat*, *Le Nouvel Observateur* avait organisé une confrontation entre les deux intellectuels opposés. Lors de la rencontre, Debray le rouge avait sectairement refusé de serrer la main à Nora. Dans l'échange, plutôt pugnace, il le décrivait comme un «*patricien subtil et désabusé*», un «*Paulhan des sciences humaines*». Nora était encore plus méchant avec Debray, qu'il dépeignait comme «*l'enfant chéri des années folles marxo-gauchistes, devenu l'enfant amer et hargneux de la gauche en crise*». Debray reprochait alors à Nora de promouvoir, sous les dehors d'une apparente culture du débat, l'idéologie dominante, à savoir l'alliance de «*l'ancien Mao et du conservateur éclairé*», une ligne «*juste milieu qui va de Tocqueville à Giscard*». **Nora désapprouvait chez Debray ce goût typique de l'intelligentsia pour la violence en politique, d'être l'incarnation de « l'alliance historique de l'intellectuel avec tous les totalitarismes ».** Ils finirent par consentir à déjeuner ensemble, et ne se quittèrent qu'à la fin de l'après-midi, première étape d'une longue amitié qui dure toujours. **C'était un temps où la culture pouvait encore réconcilier par-delà les partis.**

«Je suis obsolète»

Trente ans plus tard, en 2010, Debray envoie à Nora une lettre: «*Des ennemis de trente ans devenus de vrais amis, cela est moins fréquent que l'inverse... Serait-ce parce que, nos navires respectifs ayant coulé, nous nous retrouvons sur le même radeau?*» **Le navire de Debray, c'était la révolution. Il a coulé en 1989 avec la chute du communisme, enterrant l'utopie d'une alternative au capitalisme mondialisé. Celui de Nora, c'était une certaine idée de la civilisation. Elle a sombré depuis une vingtaine d'années avec le nivellement par le bas de l'éducation, la révolution internet, le règne de l'ego.**

S'il y a un point sur lequel ils s'accordent, c'est que, **la vie intellectuelle, c'était mieux avant.** «*Il y a un miracle heureux, une parenthèse festive qui n'est plus*», nuance Nora, qui regrette l'âge d'or où Paris était la capitale de la pensée. Dans *Une étrange obstination* (Gallimard), le second volet de ses Mémoires, l'historien raconte sa vie d'éditeur dans l'âge d'or de la vie de la pensée que furent les années 1960-1970 en France. Un voyage passionnant dans la floraison exceptionnelle de la génération d'après-guerre. **On y croise Gaston Gallimard, Michel Foucault, François Furet, Georges Duby, Mona Ozouf...**

«Les intellectuels tels que nous les avons connus mélangeaient trois choses, poursuit-il, une grande tradition humaniste et littéraire, un rapport très fort au civique et au collectif qui pouvait prendre la forme révolutionnaire ou celle du service de l'État (un certain oubli de soi) et l'incorporation aux sciences des sciences humaines (la psychologie, de la linguistique, l'histoire). Je ne sais pas si cet esprit est éteint, en tout cas il est atteint.»

Si l'existentialisme naissait aujourd'hui, son représentant officiel serait Juliette Gréco, et Sartre, un imprésario un peu phraseur

Régis Debray

Régis Debray ne pourrait pas être plus d'accord. Il a théorisé la mort de l'intellectuel à la française dès 1979 dans *Le Pouvoir intellectuel en France*, puis dans *if suite et fin* (2000). **«L'intellectuel à la**

française était lié à l'imprimerie, au politique dominant l'économique, à une culture classique, à une éducation qui n'existent plus», résume-t-il aujourd'hui.

Que peuvent les hommes de l'écrit à l'ère de l'image? **Quand le tweet a remplacé la conférence, l'émotion a supplanté la raison**, l'influenceur pris la place du penseur et Cyril Hanouna celle de Bernard Pivot. Plus grand-chose. «*Si l'existentialisme naissait aujourd'hui, son représentant officiel serait Juliette Gréco, et Sartre, un imprésario un peu phraseur*», écrit Debray. «**Je suis obsolète**», maugrée l'écrivain, qui confie une «**dysphorie de temps**» comme d'autres avouent une **dysphorie de genre**. «*J'écris toujours au stylo, sur un cahier à spirales. Je ne suis plus compétitif*», dit-il. À ce moment, un téléphone sonne, et il sort de sa poche un iPhone dernier cri. «*Je sais juste décrocher*», grommelle-t-il, sans qu'on sache s'il surjoue l'homme déconnecté ou confesse un réel handicap. Nora sourit, admet lui aussi que le monde numérique a provoqué une rupture sans précédents dans le monde intellectuel. «*Pour Debray, l'histoire, c'était celle de la révolution. Il s'est bien fait une révolution, mais pas celle qu'il appelait de ses vœux. Il attendait le grand soir et il a eu la révolution internet*», résume-t-il, taquin. L'historien manie très bien son téléphone intelligent et ponctue ses SMS d'emojis, notamment le subtil visage-triste-mais-soulagé pour manifester son inquiétude quant à la date de parution de cet article.

Une chose les sépare toujours, c'est le rapport à l'histoire. «*Pour Régis Debray, l'histoire, c'était travailler à la révolution. Pour moi, ça n'a jamais été le cas. Je fais partie de ceux qui ont voulu la comprendre plutôt que la faire*», dit Nora. «*Généralement, quand on s'imagine pouvoir la faire, c'est qu'on n'a rien compris*», répond Debray. Éclats de rire. Il ajoute, rêveur: «*Mais il est parfois bon de ne pas comprendre.*» Nora: «*Pour Régis Debray, l'histoire, c'est terminé, on est entrés dans l'ère de la mémoire. Je ne crois pas ça. **J'ai analysé l'entrée dans l'âge de la mémoire, mais je ne crois pas pour autant que l'histoire se soit arrêtée. La France certes est marginalisée. Elle continue en Chine, en Russie, aux États-Unis.***»

Au sujet de l'histoire, une anecdote amusante qui montre assez bien l'ambivalence de François Mitterrand à l'époque et sa hardiesse à vouloir s'allier toutes les gauches: les deux hommes ont été envisagés pour mener le bicentenaire de la Révolution française, en 1989. À l'issue d'un déjeuner avec Gallimard et Kundera, le président de la République l'avait proposé à Nora. «*J'ai vu le spectre de Furet au-dessus de moi, qui m'aurait fusillé place de la Concorde, et je lui ai dit non.*» Quant à Debray, qui aurait été ravi de l'organiser, on lui a finalement préféré le plus sage Jean-Noël Jeanneney. «*Charasse m'a dit: "Vous, on vous gardera pour la commémoration de 1793"*», rit-il. Dommage, son ode à la révolution aurait eu sans doute plus de gueule que le défilé multiculturaliste de Jean-Paul Goude.

Le goût de la langue et la passion pour la littérature

Aujourd'hui, ils s'accordent sur à peu près tout. **Le mouvement woke (la «dernière des idéologies», selon Nora) les afflige. L'un** s'intéresse à l'existence de Fabien Roussel, l'autre se résigne à l'exercice d'Emmanuel Macron. **Seraient-ils devenus des centristes? «Je me sens de gauche devant les gens de droite et de droite devant les gens de gauche, et non pas au centre, qui véhicule une longue tradition de mollesse.»** dit Nora. «*Nous avons le ventre qui est au centre, le cœur qui est à gauche et l'esprit à droite*», résume Debray avec son art de la formule. Il poursuit: «*Le centre fait ventre, c'est le lieu du big money et des Légions d'honneur. Un esprit honnête doit se résigner à l'incapacité à changer la vie. Il reste le cœur. Le vieux cœur reste de gauche. Mais sans prétention ni ambition de convertir.*» «*En somme, tu es de gauche pour des raisons de droite, la fidélité, l'honneur*», réplique Nora. «*C'est juste. Mais ce qui m'emmerde, dans la gauche, c'est son goût de la phrase, son irréalisme, son narcissisme*», rétorque Debray.

En somme, ils se fichent assez de la politique. Ils cultivent le snobisme le plus raffiné qui soit, celui des lettres. Le livre de Debray s'appelle *L'Exil à domicile*, mais il pourrait aussi s'appeler *Retour à domicile*. Après avoir été cet intellectuel engagé, il revient à sa première vocation, celle d'écrivain. *«J'ai été un combattant, mais tout ce pour quoi je me suis battu a été défait: l'indépendance nationale, une Europe entre les blocs, la cause tiers-mondiste. Je retrouve l'essentiel, et donc les explorateurs de l'existence que sont les écrivains.»*

«Je partage avec Régis le goût de la langue et la passion pour la littérature, à laquelle j'aurais aimé appartenir et à laquelle je me suis rallié tardivement», confie Nora, qui, après avoir exercé le métier d'historien, adopte désormais le regard éloigné de l'ethnologue. Dans l'antichambre, les murs sont tapissés des livres qu'il a édités... *«Plus de 1000»*, dit-il en balayant d'un geste les rayonnages comme on montre fièrement sa progéniture.

Le soir tombe sur la rue Gaston-Gallimard. On quitte ces deux-là le cœur serré par la nostalgie d'un temps qui nous est inconnu. Celui où les intellectuels avaient encore du pouvoir, et où le pouvoir pensait.

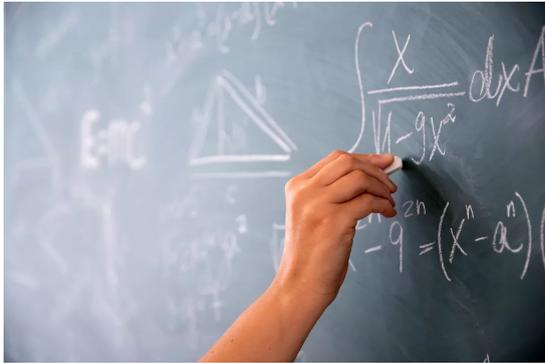
14 novembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/l-enseignement-des-mathematiques-obligatoires-pour-tous-les-lyceens-des-la-premiere-a-la-rentree-2023-20221113>

Les mathématiques redeviendront obligatoires dès la première, à la rentrée 2023

Par Le Figaro avec AFP

Publié hier à 17:12, mis à jour hier à 20:02



Communauté éducative, chercheurs, grands patrons et politiques s'étaient inquiétés de la baisse du vivier scientifique. *erika8213 / stock.adobe.com*

L'une des mesures les plus controversées de la réforme Blanquer en 2019 avait été la disparition des mathématiques des matières obligatoires en classes de première et de terminale de la filière générale.

La réintroduction d'un enseignement des mathématiques obligatoire à la rentrée 2023 pour tous les lycéens de la filière générale en classe de première solde l'une des mesures les plus controversées de la réforme Blanquer du bac.

Les lycéens fâchés avec les maths vont faire la grimace. Dès septembre 2023, tous les élèves de première générale qui n'ont pas pris la spécialité mathématiques auront **une heure et demie de cours en plus par semaine consacrée à cette discipline.**

«C'est le retour de l'enseignement des mathématiques pour l'ensemble des lycéens», s'est félicité le ministre de l'Éducation nationale, Pap Ndiaye dans une interview aux **Échos** parue dimanche. **Baisse de la culture et du vivier scientifique, renforcement des inégalités sociales et de genre,** les conséquences de la disparition depuis 2019 des mathématiques dans le tronc commun des matières obligatoires enseignées en classes de première et de terminale **avaient alarmé communauté éducative, chercheurs, grands patrons mais aussi politiques jusqu'au président de la République Emmanuel Macron.**

Lors de la campagne présidentielle 2022, le candidat Macron avait ainsi promis le retour des maths dans le tronc commun en cas de réélection, avant d'acter cette réintroduction dès la rentrée 2022 mais seulement en option. L'annonce survenue une douzaine de semaines avant la rentrée avait été critiquée pour sa précipitation et un faible nombre d'élèves avait finalement choisi cette option lors de l'année scolaire 2022-23.

Au casse-tête d'emploi du temps pour les chefs d'établissement s'ajoutait aussi **un défi de ressources humaines pour l'Éducation nationale sur fond de pénurie de profs:** où trouver les enseignants pour assurer ces nouvelles heures d'enseignement ? Alors que la discipline sera désormais obligatoire pour tous à la rentrée 2023, Pap Ndiaye se veut rassurant en chiffrant les nouveaux **besoins à «400 à 425**

postes, en équivalents temps plein». «C'est possible», déclare-t-il même s'il n'exclut pas des «ajustements».

Parité filles-garçons

L'annonce vient en tout cas parachever **un rétropédalage de l'exécutif** amorcé à la fin du premier quinquennat par son prédécesseur Jean-Michel Blanquer pourtant à l'origine de la réforme. En mars, un rapport avait été remis à l'ex-locataire de la rue de Grenelle par un groupe d'experts, préconisant de remettre les mathématiques dans le tronc commun à raison de 01h30 à 02h00 en plus par semaine. **«C'est un plan purement pragmatique. La réforme du lycée n'est pas bouleversée»,** a justifié Pap Ndiaye.

Depuis la réforme du lycée en 2019 qui a mis fin aux traditionnelles séries L, ES et S, les mathématiques ne faisaient plus partie des matières enseignées à tous les lycéens (le tronc commun). **Auparavant, même les élèves en filière littéraire bénéficiaient d'un enseignement des mathématiques. Souvent assimilés à la clef de voute de la réussite scolaire au lycée,** parfois au détriment d'autres matières, **les mathématiques étaient devenus un enseignement de spécialité comme une douzaine d'autres disciplines, laissé au libre choix des élèves.**

En 2022, les mathématiques restaient la spécialité la plus retenue en terminale, par 37% des lycéens, en retrait cependant de quatre points par rapport à 2021. Au total, tous types d'enseignements confondus (spécialité et options *«mathématiques complémentaires»* et *«mathématiques expertes»*), **55% des élèves de terminale ont étudié les maths lors de l'année scolaire 2021-22,** en dehors de l'enseignement scientifique de tronc commun, selon les chiffres du ministère de l'Éducation nationale.

Ceux-ci pointaient cependant de fortes disparités entre filles et garçons: les filles n'étaient ainsi que 46% à étudier encore les maths en terminale tous enseignements confondus, et 26% comme spécialité. Annoncé en amont d'assises des mathématiques organisées à Paris de lundi à mercredi, le retour des maths obligatoires s'inscrit dans une stratégie pilotée par le ministre de l'Éducation nationale **visant à «réconcilier tous les élèves» avec cette discipline et «promouvoir l'égalité filles-garçons» de la primaire au lycée.**

Cette stratégie décline une batterie de mesures et d'objectifs comme celui de **la parité filles-garçons d'ici 2027 dans les spécialités mathématiques, physique-chimie ou mathématiques expertes réputées les plus sélectives.** Un objectif pour lequel Pap Ndiaye affirme *«écarter le levier des quotas».*

14 novembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/politique/francois-xavier-bellamy-en-decidant-d-accueillir-l-ocean-viking-la-france-cree-un-precedent-inquietant-20221113>

François-Xavier Bellamy:

«En décidant d'accueillir l'Ocean Viking, la France crée un précédent inquiétant»

Publié hier à 19:38, mis à jour hier à 19:38



Le plus grave, c'est que cette décision est absolument contraire à l'impératif absolu qui la justifie pourtant, celui de sauver des vies. *Fabien Clairefond*

TRIBUNE - S'il est de notre devoir de porter assistance aux personnes en danger en mer, la France, en choisissant d'autoriser le navire humanitaire *Ocean Viking* à accoster sur son sol, cède au chantage des ONG qui poursuivent le travail des passeurs, estime le député européen LR. Cette décision ouvre la voie à de futurs drames, argumente-t-il.

La décision d'accueillir l'*Ocean Viking* et ses 230 passagers à Toulon a été déterminée et défendue au nom de principes humanitaires. Elle constitue pourtant un choix infiniment dangereux, du point de vue de ces mêmes principes. On pourrait parler du risque qui découlerait pour la société française d'une logique d'accueil non contrôlée, dans un pays qui hérite déjà d'une longue irresponsabilité en matière de politique migratoire, et d'une faillite massive de l'intégration. **Mais faisons même abstraction de ces questions ; le plus grave, c'est que cette décision est absolument contraire à l'impératif absolu qui la justifie pourtant, celui de sauver des vies.**

D'abord, à l'usage de ceux qui font semblant de ne pas comprendre, rappelons un fait évident: personne de sensé n'a jamais demandé qu'on laisse qui que ce soit mourir en mer. Le devoir de porter assistance à une personne humaine en danger est bien sûr inconditionnel ; et, en mer, l'obligation de secourir les passagers d'un navire qui fait naufrage est consacrée par plusieurs conventions internationales. Il ne saurait être question de remettre en question cet impératif moral et juridique absolu. Mais qu'une personne ait été secourue à quelques milles des côtes du continent africain, ne saurait la conduire à débarquer sur le sol européen. **Comment ne pas voir les conséquences qu'aurait un tel principe?**

À partir du 20 octobre, l'*Ocean Viking* effectue plusieurs sauvetages en Méditerranée. Il passe alors à 60 milles de Sfax, le deuxième port de Tunisie - il n'arrivera en Sicile qu'après une navigation de plus de 800 milles, et naviguera encore 700 milles jusqu'à Toulon. Ce qui est en cause ici, ce n'est donc pas le principe du sauvetage en mer, ni même le principe de l'asile: Sfax dispose de bureaux du Haut-Commissariat aux réfugiés (HCR) des Nations unies, avec des équipes habilitées à enregistrer des demandes d'asile... Si l'*Ocean Viking* ne s'y est pas arrêté, comme les conventions internationales auraient dû l'y conduire, et malgré la situation très difficile que vivaient les passagers à son bord, c'est pour une seule raison: SOS Méditerranée ne veut pas seulement sauver des vies, mais aider des

migrants à entrer en Europe. Ce faisant, elle concourt au trafic des passeurs, comme d'autres ONG qui échangent même avec ces réseaux criminels pour pouvoir récupérer des embarcations. De nombreuses enquêtes ont documenté ces pratiques, et Frontex a publié des vidéos montrant les passeurs transbordant des migrants en mer à proximité du navire de «sauvetage» prêt à les embarquer.

Jusque-là, jamais la France n'avait cédé à ce chantage. Les élus de la majorité, qui s'indignent aujourd'hui de la moindre critique, se souviennent-ils qu'Emmanuel Macron avait refusé d'accueillir l'*Aquarius*, alors arrivé devant Marseille - et qu'il avait fustigé «*le cynisme absolu*» des ONG qui «*font le jeu des passeurs*»? Le seul réflexe constant de nos dirigeants semble être d'insulter copieusement l'Italie lorsqu'une telle situation survient. Ce pays, où 90.000 migrants sont arrivés par la mer depuis le début de l'année, tient pourtant la seule position responsable. Oui, le secours en mer est un devoir ; mais l'*Ocean Viking* ne risquait pas le naufrage lorsqu'il est entré dans nos eaux territoriales: il était possible de faire monter des équipes médicales à bord, d'apporter l'avitaillement nécessaire, d'extraire les malades en situation d'urgence, sans autoriser pour autant le débarquement sur le sol français.

Ce précédent gagné par SOS Méditerranée aura un large écho. M. Darmanin a assuré que cette décision était prise «*à titre exceptionnel*» ; mais pourquoi le serait-elle, si le porte-parole du gouvernement assure que «*la France ne serait pas la France*» si elle n'accueillait pas ce bateau? Cette réaction se répétera donc à chaque arrivée similaire. Dans un monde connecté, nul doute que l'information circulera largement ; et elle constituera une publicité supplémentaire pour la promesse des passeurs - qui, rappelons-le, ne s'adresse pas d'abord à ceux qui sont dans la misère et la détresse absolue, mais à ceux qui peuvent recueillir assez de moyens pour payer le prix élevé qu'ils exigent en échange de leur route d'exil et de mort.

Il n'y a qu'un seul moyen d'assurer que demain, plus un seul être humain ne trouve la mort en Méditerranée pour avoir cherché à atteindre l'Europe: c'est de garantir enfin ce principe simple, qu'il doit être impossible de s'établir en Europe si on a cherché à y entrer illégalement. Dans toute autre situation qu'une crise majeure dans un pays limitrophe, la demande d'entrée en Europe doit pouvoir être instruite hors de nos frontières. Un réfugié afghan ou iranien, menacé dans son pays, n'arrive jamais directement en Europe ; il passe par des États sûrs et stables, d'où il doit pouvoir effectuer une demande d'asile. Par notre incapacité manifeste à faire respecter nos frontières, nous conduisons des étrangers, dont l'immense majorité n'est pas éligible à l'asile, à risquer leur vie dans les mains des passeurs - et, paradoxe terrible, nous refusons trop souvent d'accueillir ceux qui auraient légitimement droit à notre solidarité.

L'histoire demandera des comptes à ceux qui s'enivrent aujourd'hui de leur propre supériorité morale

Il est facile de combattre le mal quand il apparaît pour lui-même: comment ne pas haïr la violence et le crime quand ils s'assument explicitement? Mais autrement plus difficile est de refuser le mal quand il se présente sous les apparences du bien. Peu d'esprits sont assez fous pour vouloir l'enfer ; mais beaucoup sont assez inconséquents pour proclamer ces bonnes intentions qui en pavent souvent le chemin. On peut semer la détresse et la mort tout en se disant généreux - et même, sans doute, en se croyant généreux. L'histoire demandera des comptes à ceux qui s'enivrent aujourd'hui de leur propre supériorité morale en proclamant les fausses évidences qui causent de vrais drames. À ceux qui font la leçon tout en se dégageant eux-mêmes de l'inquiétude des conséquences. À ceux, en particulier, qui prétendent exercer une responsabilité politique, mais restent confortablement à la surface des questions les plus difficiles, même quand elles engagent la vie ou la mort d'innocents. Si nous nous contentons longtemps encore d'habiller notre impuissance de beaux sentiments, nous aurons à répondre des tragédies qu'elle continuera d'entraîner. La crise migratoire est largement devant nous ; il est temps que la France et l'Europe se donnent enfin les moyens de leur responsabilité.

13 novembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/mathieu-bock-cote-ocean-viking-le-droit-d-asile-denature-20221111>

Mathieu Bock-Côté: «Ocean Viking, le droit d'asile dénaturé»

Publié le 11/11/2022 à 19:18, mis à jour hier à 17:33

CHRONIQUE - Les sociétés occidentales sont prisonnières d'une structure juridique et d'un discours idéologique sur leurs «valeurs» en complet décalage avec l'époque.

L'affaire de l'*Ocean Viking* donne à tous le sentiment de revoir un film connu, dont on connaît déjà la fin, et qui aura une suite, car cette scène est appelée à se répéter au fil des années à venir. Elle ne met pas seulement en scène 230 migrants cherchant refuge en Europe, **mais une entreprise planifiée de violation des frontières européennes, menée tout à la fois par des passeurs criminels et des ONG qui ont pour fonction de jouer la carte du chantage humanitaire dès lors que les sociétés occidentales ne consentent pas immédiatement à l'ouverture de leurs frontières.** Les deux s'inscrivent dans un même dispositif, et sont devenus inséparables. On ne saurait évidemment être indifférent au sort des malheureux errant sur un navire en Méditerranée, et leurs secours en mer n'est remis en question par personne. **Mais le sens commun exige aussi le retour de ces migrants illégaux qui cherchent à entrer en Europe sans en avoir le droit vers leur port d'origine.**

Ce n'est pourtant pas ce qui arrive. Le problème est fondamental: nous sommes témoins d'un détournement du droit d'asile à grande échelle, au point où celui-ci est devenu une filière migratoire à part entière. Le droit d'asile, à l'origine, servait à accueillir des individus persécutés, des dissidents, cherchant refuge sous une souveraineté protectrice, appelés ensuite à rentrer chez eux, une fois leur sécurité garantie. Il sert désormais à permettre la migration des peuples et des communautés d'un pays à l'autre, d'une civilisation à l'autre, d'un continent à l'autre. C'est la trame de fond de notre temps: le Sud remonte vers le Nord, moins à la recherche de sécurité que d'une prospérité fantasmée, sans se rendre compte que les sociétés occidentales risquent de s'affaïsser sous l'effet d'une pression démographique qui les déstructure et fracture leur cohésion sociale. Cette poussée est bien antérieure à la crise des migrants de 2015 et remonte aux années 1980.

Les sociétés occidentales ne savent pas empêcher ce mouvement. Elles sont prisonnières d'une structure juridique et d'un discours idéologique sur leurs «valeurs» en complet décalage avec l'époque. Un **imaginaire sans-frontériste** entend neutraliser autant que possible la différence entre le citoyen et celui qui ne l'est pas. Un humanitarisme inédit substitue au principe de la diversité des peuples celui de l'interchangeabilité intégrale des populations. **Dès lors, la défense des frontières devient non seulement impossible, mais illégitime, car un ordre nouveau, post-politique et post-étatique, devrait émerger sur les ruines des souverainetés nationales. Les ONG immigrationnistes** qui se prennent souvent pour l'avant-garde éclairée de l'humanité trouvent à l'intérieur de nos pays un relais chez les associations de «défense des droits» des migrants à l'intérieur même des sociétés occidentales, qui multiplient les actions spectaculaires pour les contraindre à la naturalisation des clandestins.

C'est au nom de leur «tradition d'accueil» que les sociétés occidentales sont censées consentir à ce qui prend la forme, objectivement, **d'une submersion démographique.** C'est d'ailleurs la seule tradition qu'on leur concède et dont elles sont en droit de se réclamer: les autres traditions sont appelées à s'effiloche et sont jugées réactionnaires. C'est aussi au nom de leurs «engagements internationaux» que les États occidentaux sont sommés d'accueillir ceux qui veulent y entrer de force. On oublie pourtant que ces «engagements internationaux» sont moins le fruit de la délibération démocratique et de la souveraineté populaire que d'une forme de nomenklatura mondialiste et d'apparatchiks progressistes évoluant dans les mille et une associations entrelacées de la gouvernance globale, qu'elle soit européenne ou onusienne. Il ne devrait pas être interdit de questionner la légitimité de ce «droit international» qui relève surtout du coup de force idéologique.

Les peuples occidentaux n'en peuvent plus. Ils subissent l'immigration massive qui crée chez eux une forme de misère nouvelle, en plus de les condamner aux affres de la dépossession existentielle. Les peuples, traités à la manière d'un résidu venu des temps sombres des souverainetés nationales, doivent non seulement consentir à ce nouvel empire humanitariste, mais aussi l'applaudir, sans quoi on les accusera d'être en défaut d'humanité. Ils ne peuvent qu'ouvrir leurs frontières et leurs ports, lever leurs barrières et faire tomber leurs remparts, pour prouver aux inquisiteurs nouveaux leur ouverture, leur générosité. **La logique de la repentance qui hypnotise et contamine les esprits arrive à son point culminant:** un peuple désirant maîtriser ses frontières est un peuple coupable, un peuple désirant demeurer lui-même est un peuple nauséabond.

13 novembre (Le Figaro)

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/ocean-viking-c-est-le-triomphe-des-passeurs-et-de-tous-ceux-qui-souhaitent-rallier-l-europe-sans-y-etre-invites-20221111>

Ocean Viking: «C'est le triomphe des passeurs et de tous ceux qui souhaitent rallier l'Europe sans y être invités»

Par [Alexandre Devecchio](#)

Publié le 11/11/2022 à 18:01, mis à jour hier à 09:17



Le navire humanitaire Ocean Viking a accosté à Toulon, ce 11 novembre 2022, avec 230 migrants illégaux à son bord. *CHRISTOPHE SIMON / AFP*

ENTRETIEN - Le navire humanitaire Ocean Viking a accosté à Toulon, ce 11 novembre, avec 230 migrants à son bord. Ce geste symbolique risque de créer un appel d'air et s'inscrit dans un contexte de faillite de notre système d'immigration et d'intégration, explique l'essayiste Malika Sorel-Sutter.

Malika Sorel-Sutter, essayiste, est ancien membre du collège du Haut Conseil à l'Intégration et de sa mission Laïcité. Elle a reçu le prix Honneur et Patrie de la Société des membres de la Légion d'honneur pour son essai «Décomposition française» (Fayard, 2015). Son dernier ouvrage publié est «Les Dindons de la farce - En finir avec la repentance coloniale» (Albin Michel, mars 2022, 224 p., 18,90€).

FIGAROVOX. - La France va finalement accueillir l'Ocean Viking. Avait-elle le choix ? N'est-ce pas un acte d'humanité ?

Malika SOREL-SUTTER. - Voilà longtemps que nous savons que les pays européens sont confrontés à des filières d'immigration clandestine bien organisées qui rapportent beaucoup d'argent à des passeurs. Accueillir, c'est donc envoyer le signal, aussi bien aux passeurs qu'aux migrants, qu'il est possible de forcer les frontières d'un pays. Accueillir, c'est, dans les faits, encourager d'autres candidats à se lancer à leur tour dans un voyage dans des embarcations de fortune, et c'est à ce titre se rendre complice d'un phénomène qui se termine parfois en drame lorsque les embarcations font naufrage. Je ne vois donc pas où réside la dimension d'« humanité ». Confrontée au même problème, l'Australie avait bien réagi en interceptant les embarcations pour les reconduire à leur point de départ. C'est le seul moyen de mettre rapidement fin aux filières de traite d'êtres humains.

Il convient d'agir également sur d'autres leviers, en commençant par cesser de piller les élites des pays du Sud. Un nombre considérable d'étudiants, médecins, ingénieurs, etc., s'installent en Occident pour des raisons uniquement matérielles et privent ainsi leurs pays de l'espoir d'un développement. C'est bien cette absence d'espérance qui pousse ensuite les miséreux à vouloir rejoindre les pays occidentaux. Il ne faut pas non plus s'en remettre aux pays d'origine dont beaucoup sont soulagés de voir partir leurs pauvres.

Les ONG font-elles de la politique ou de l'humanitaire ?

Au vu des conséquences, elles sont évidemment de plain-pied dans la politique. Qu'est-ce que la politique ? Pour la philosophe Hannah Arendt, la politique est cet espace intermédiaire où se joue la liberté. Qu'avons-nous observé ? Que l'État français s'est dépossédé de lui-même de sa liberté d'agir au service de l'intérêt de la France et de son peuple, et qu'il s'est soumis à l'injonction d'associations. Pourtant, les Français, tout comme les autres Européens, sont majoritairement opposés à l'immigration car ils observent que leur société n'est plus en capacité de faire face aux problèmes qu'elle engendre, aussi bien sur le plan culturel que sur le plan économique.

Qui gouverne au juste ? L'interrogation est d'autant plus légitime que dans cette affaire, au travers de la question de l'intégrité du territoire et d'autres éléments que je vais évoquer, nous touchons à des intérêts fondamentaux de la nation dont le président de la République est censé être le garant. Par ailleurs, les citoyens doivent savoir qu'un certain nombre de leurs collectivités financent ces associations et que cette information est accessible au public.

La France est perçue comme un eldorado en raison de son niveau élevé de protection sociale et du fait que l'État accorde aux nouveaux entrants, y compris en situation illégale, de nombreux avantages matériels qu'il n'accorde parfois même pas à sa propre population.

Malika Sorel-Sutter

La situation est-elle comparable à celle de la crise migratoire de 2015 ? Ce geste symbolique peut-il créer un appel d'air ?

La France est le maillon faible de l'Europe. Elle apparaît terriblement vulnérable car non défendue. Bien sûr, cela créera un nouvel appel d'air comme chaque fois que l'État a procédé à des régularisations de clandestins. Nous assistons au triomphe des passeurs et de tous ceux qui souhaitent rallier l'Europe sans y avoir été invités, ou qui s'y maintiennent de manière illégale. La France est perçue comme un eldorado en raison de son niveau élevé de protection sociale et du fait que l'État accorde aux nouveaux entrants, y compris en situation illégale, de nombreux avantages matériels qu'il n'accorde parfois même pas à sa propre population. C'est ce que j'ai appelé la préférence étrangère qui se résume en un « dernier arrivé, premier servi ».

Donnons quelques chiffres qui permettent de toucher du doigt l'ampleur du phénomène migratoire. Selon les résultats de données d'Afrobaromètre, pas moins d'un Africain sur trois envisage d'émigrer. À la question « si vous en avez l'opportunité, iriez-vous travailler à l'étranger ? », 91% des Marocains interrogés ont répondu « oui », et selon une étude réalisée en 2018 par le Boston Consulting Group, 84% des Algériens interrogés se disaient prêts à s'expatrier. L'immigration a d'ores et déjà des conséquences sur la composition de la population. En 2017, selon l'Insee, 44% de la hausse de la population provient des immigrés. Dès 2011, en Île-de-France 46,2% des naissances étaient déjà issues d'au moins un parent né à l'étranger, quand pour la région Paca ce chiffre s'élevait à 32,5 % et en Rhône-Alpes 28,3 %. Si l'intégration culturelle avait réussi pour le plus grand nombre, ces chiffres n'interrogeraient pas mais nous ne sommes pas dans ce cas de figure. L'intégration culturelle est en panne et chaque Français peut désormais en faire le constat au travers des remises en cause quotidiennes du modèle républicain à l'école, des revendications d'ordre identitaire au sein des entreprises, des hôpitaux, etc., sans compter l'effacement progressif de la langue française dans l'espace public.

Une nouvelle loi sur l'immigration va être votée au Parlement en début d'année. Que faut-il en attendre ? Le gouvernement a-t-il déjà perdu toute crédibilité sur la question ?

«*Les actes des hommes sont les meilleurs interprètes de leur pensée*» (John Locke). En faisant la preuve qu'il naviguait à vue et ne montrait guère de cohérence entre ses paroles et ses actes, le gouvernement a perdu de sa crédibilité. **La France n'a nul besoin de loi sur l'immigration, mais de mesures pour suspendre les flux migratoires, le temps de tenter de résoudre les graves problèmes qui**

se posent à elle et aux Français. Nous avons près de dix millions de pauvres et plusieurs millions de chômeurs. Le chômage des immigrés et de leurs descendants est deux fois plus élevé que le reste de la population. Nous sommes de surcroît dans une situation d'endettement préoccupant, avec une dette très élevée et majoritairement détenue par des mains étrangères. Que cherche le gouvernement ?
Désormais le lien entre immigration et insécurité est reconnu. C'est la fin d'un tabou...

Nous savons que, malheureusement, les paroles ne sont pas toujours le prélude à des actions efficaces. L'accueil de l'Ocean Viking le démontre une fois encore. Aussi bien le ministre de l'Intérieur que le président de la République ont établi, chiffres à l'appui, un lien entre immigration et délinquance, y compris les violences aux personnes. Ils n'ont donc plus l'excuse de l'ignorance. En droit pénal, cela porte une qualification, c'est de la mise en danger de la vie d'autrui.

Le “grand remplacement” : entre déni et exagération :

Un autre peuple va-t-il se substituer au peuple français? Certains l'appellent de leurs vœux, d'autres le craignent.

Pierre-André Taguieff démystifie une notion controversée.

Le “grand remplacement” : entre déni et exagération

Un autre peuple va-t-il se substituer au peuple français? Certains l'appellent de leurs vœux, d'autres le craignent. Pierre-André Taguieff démystifie une notion controversée. **Entretien.**

Propos recueillis par Anne-Laure Debaecker

En février dernier, au cœur de la campagne pour l'élection présidentielle, la théorie du “grand remplacement” revenait sous le feu des projecteurs, soutenue par Éric Zemmour et récusée notamment par Valérie Pécresse.

Menace réelle pour les uns, raciste et complotiste pour les autres, le grand remplacement révèle une peur idéologisée de fin d'un monde, explique Pierre-André Taguieff, et « remplit une fonction prophétique ». Dans son dernier ouvrage, le politologue et historien des idées ausculte la véracité de cette thèse, apparue au milieu du XIX^e siècle, ses origines intellectuelles et l'utilisation que les politiques en ont fait. De Gobineau et Maurras à Renaud Camus en passant par Céline ou Dominique Venner, la généalogie de ce « mythe politique moderne » est analysée par l'auteur. Entre catastrophisme et utopie, entre recherche d'identité pure et égalité parfaite, ce livre fournit d'intéressantes pistes de réflexion sur un concept presque tabou.



Rodéo urbain à Tremblay-en-France. Une illustration parmi d'autres de la montée de l'insécurité dans l'Hexagone, alimentant les peurs et les malaises. À droite, l'écrivain et militant Renaud Camus, qui a forgé le concept de “grand remplacement”.

Le “grand remplacement” est une expression qui revient de plus en plus fréquemment dans le débat public. Comment l'expliquez-vous?

Si Renaud Camus, puis Éric Zemmour ont réussi à populariser le thème et à en faire un motif du débat politique en France, c'est d'abord en raison d'un processus de cristallisation idéologique, autour du grand remplacement, d'un certain nombre de malaises, d'inquiétudes et de peurs touchant divers domaines, de l'immigration de masse incontrôlée et des problèmes d'intégration ainsi suscités à la vague islamo-terroriste, en passant par l'offensive politico-culturelle des islamistes et le constat de la surdélinquance des étrangers en France. Autrement dit, le grand remplacement, qui désigne la substitution d'une population (d'origine étrangère) à une autre (“de souche”), et d'une civili-

sation (non occidentale) à une autre (occidentale), enveloppe un ensemble de hantises suscitées par des processus migratoires chaotiques, l'islamisation croissante de certains territoires, la multiplication des attaques djihadistes meurtrières et une montée de la violence sociale et de l'insécurité.

Dans ce fourre-tout qu'est le grand remplacement, il y a donc à la fois des faits ou des constats, des interprétations discutables ou contestables, des croyances, des impressions ou des sentiments plus ou moins vagues, mais aussi des fictions et des mythologisations, associées à des passions, la peur et la haine au premier chef. L'idée-force, c'est-à-dire celle d'un changement de peuple et de culture, paraît donner une cohérence à cet ensemble de représentations, de croyances et de passions. Elle mobilise d'abord parce qu'elle simplifie

une réalité sociale qui rebute par sa complexité, ensuite parce qu'elle semble répondre à des questions qui ont le parfum de l'interdit. Elle fournit à ceux qui y croient un modèle d'intelligibilité et une clé permettant de décrypter un ensemble de processus sociaux répulsifs. Elle répond donc au besoin de savoir, ainsi qu'à celui de faire face à la menace.

Ce n'est pas un concept récent...

En effet, même si l'expression a été forgée par Renaud Camus en 2010. Mais l'idée a surgi vers le milieu du XIX^e siècle, dans les écrits d'un certain nombre d'auteurs qui proposent des interprétations de l'histoire fondées sur la notion de race, et plus particulièrement sur la thèse selon laquelle la lutte des races est le moteur de l'histoire, en postulant tous que les races distinguées sont inégales entre elles. La hantise qui les rassemble est celle de la fin d'un monde, de leur monde, qu'ils définissent par des caractères raciaux et des traits civilisationnels. Ce qui les obsède, c'est la disparition de la "race blanche", et plus particulièrement de la "race aryenne", ou la fin du "monde blanc", au terme d'une série de mélanges raciaux ou à la suite d'une invasion par des groupes raciaux étrangers. Ces auteurs sont classés soit comme des racistes ou des racialistes, tels Arthur de Gobineau ou Georges

Vacher de Lapouge, soit comme des nationalistes, tels Édouard Drumont ou Maurice Barrès.

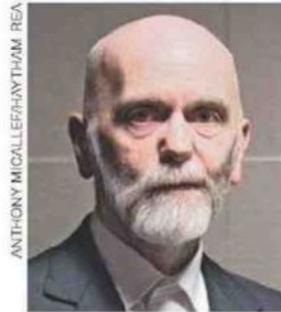
Comment le rapport avec l'immigration a-t-il été développé à travers les années?

En 1899, dans *l'Aryen, son rôle social*, le théoricien raciste Vacher de Lapouge se prononce fermement contre l'immigration, considérant que les immigrés sont par nature inassimilables. « *L'idée même d'assimilation est contraire à la biologie* », affirme-t-il, avant de postuler qu'on ne saurait changer la nature des races ni des peuples: « *On n'entre par décret ni dans une famille ni dans une nation.* » Mais surtout, loin de pouvoir contribuer à la régénération de la nation, l'immigration constitue selon Lapouge un processus destructeur: « *L'admission des étrangers peut détruire en peu de temps une nation mais ne saurait assurer sa perpétuité par le renforcement de son effectif.* »

De la fin du XIX^e siècle aux années 1930, nombreux sont les idéologues et les polémistes, en France comme en Allemagne, en Grande-Bretagne ou aux États-Unis, qui ont donné dans cette vision apocalyptique d'une

"fin de la race blanche". En 1916, dans un livre qui deviendra la Bible du racisme américain, *le Déclin de la grande race*, l'idéologue raciste et eugéniste Madison Grant met en garde le peuple américain contre les croisements entre races "supérieures" et "inférieures", censés faire disparaître les races "supérieures" et par là ouvrir la voie à une décadence irréversible des États-Unis. Ce type de raisonnement se rencontre en France dans les années 1930, autour

du thème de l'immigration-invasion mêlé à celui de la "conquête juive" de la France, notamment chez René Marcial et Céline. Au cours des années 1950 et 1960, l'idée d'une contre-colonisation représentée par l'immigration fait son chemin, de Dominique Venner à François Duprat. Le chemin qui mène à Renaud Camus et à Éric Zemmour est ouvert par Jean Raspail en 1973, quand paraît son roman "prophétique" *le Camp des saints*, récit d'une future et inévitable invasion



ANTHONY MICALLEF/RYTHAM REA

"LE CHEMIN
QUI MÈNE
À RENAUD
CAMUS
ET À ÉRIC

ZEMMOUR
EST OUVERT
PAR JEAN
RASPAIL
EN 1973."

de son roman "prophétique" *le Camp des saints*, récit d'une future et inévitable invasion de l'Europe par des masses de migrants d'origine extra-européenne poussés par la misère et la faim.

Que pensez-vous des accusations de racisme quasi systématiques pour dénoncer ce thème?

Avec l'accusation de racisme, comme avec celles de complotisme ou de populisme, nous sommes souvent en présence d'un réflexe idéologiquement conditionné. Mais ces accusations sont parfois parfaitement justifiées. Il faut, devant chaque emploi de l'expression "grand remplacement", considérer son contexte sociohistorique et argumentatif, et l'analyser le plus froidement possible, à l'écart des partis pris idéologiques et des sectarismes politiques. Car le thème se prête particulièrement à la démagogie, qu'elle soit "remplaciste" ou "antiremplaciste", catastrophiste ou rassuriste. Exagérer la menace ou la nier totalement, tels sont les deux



13 novembre (Le Point)

https://www.lepoint.fr/politique/francois-cornut-gentille-l-affrontement-de-hanouna-et-de-boyard-met-a-nu-notre-systeme-13-11-2022-2497592_20.php

François Cornut-Gentille : « L'affrontement de Hanouna et de Boyard met à nu notre système »

ENTRETIEN. Politique du clash, dérive du débat, imposture de la représentation... L'ancien député et essayiste tire les leçons de cette passe d'armes télévisuelle.

Par [François-Guillaume Lorrain](#)



Cyril Hanouna, ici en 2021. © JOEL SAGET / AFP

Publié le 13/11/2022 à 15h00 - Modifié le 13/11/2022 à 15h39

Temps de lecture : 5 min

François Cornut-Gentille a été député LR de la Haute-Marne durant près de vingt ans et longtemps maire de Saint-Dizier. Il a également publié plusieurs essais, dont *Le Point* a souligné l'importance, notamment *Savoir pour pouvoir, sortir de l'impuissance démocratique* (Gallimard, 2021). L'incident Hanouna-Boyard, émaillé d'insultes proférées par le présentateur à l'encontre du député LFI, ancien chroniqueur de l'émission *Touche pas à mon poste* du même Hanouna, est pour lui d'abord **le symptôme d'une spirale infernale dans laquelle nous sommes tous entraînés depuis longtemps**. Mais il lui donne l'occasion également de donner son analyse sur **le sort réservé au débat qu'il soit politique ou non**, ainsi qu'à la représentation.



François Cornut-Gentille, ancien député LR de Haute-Saône.

Le Point : L'altercation entre Louis Boyard et Cyril Hanouna est-elle le dernier épisode d'un jeu de rôles dans l'arène télévisuelle ou a-t-on franchi une ligne rouge ?

François Cornut-Gentille : Je ne parlerai pas d'une ligne rouge, mais d'une séquence qui révèle quelque chose qu'on subit à longueur d'année sans pouvoir bien comprendre. On a affaire à deux malins du système politico-médiatique pris à leur propre jeu. Aujourd'hui, pour les médias qui sont dans l'immédiateté comme pour les politiques, tout est lié à l'impact, au **buzz** provoqué. **Le clash y est présenté comme l'expression d'un désaccord sur des approches divergentes, même excessif, il exprimerait la vitalité du débat. Cela, c'était autrefois, mais en réalité, aujourd'hui, il ne sert que de prétexte et n'a d'autre objectif que de faire de l'audimat.**

À vos yeux, c'est donc à un faux clash auquel on a assisté ?

Un clash surjoué qui a pour originalité de révéler soudain l'inconsistance du clash. **Hanouna se présente souvent comme le porte-parole des Français**, Louis Boyard comme un militant politique devenu un élu. En réalité, dans leur affrontement, ils se ressemblent furieusement et révèlent l'un à l'autre ce qu'ils sont réellement, deux hommes qui sont payés ou ont été payés par Vincent Bolloré pour faire du clash, reproche qu'ils s'attribuent réciproquement. Leur affrontement révèle en fait leur ressemblance et leur proximité et donc **l'inanité du clash qui structure l'écume politico-médiatique**. Hanouna est gêné non pas parce qu'on critique son patron, mais parce qu'on explique ce qu'il est, **une marionnette habile du show**. Idem pour Louis Boyard. Leur affrontement met à nu notre système.

L'autre singularité de cette passe d'armes, c'est que, cette fois, les insultes s'adressent à un député d'un mouvement, LFI, qui a érigé justement le clash en politique. Ne récolte-t-il pas ce qu'il a semé ?

En effet, LFI a prétendu vouloir abolir la distance entre l'élu et le peuple, souvenons-nous de la polémique sur la cravate. Cette passe d'armes est, là encore, très révélatrice. Hanouna et Boyard sont en miroir. **Hanouna pense être comme le peuple, parce qu'il s'exprime de manière vulgaire, Boyard affirme, comme ses camarades de LFI, s'exprimer au nom du peuple. Ils prétendent tous les deux rénover la politique par une expression très directe des sentiments contre une manière trop corsetée.** Mais ils incarnent bien le mal actuel qui mine la notion de représentation. Représenter, ce n'est pas ressembler aux gens, ce n'est pas les singer, mais prendre du recul pour exprimer un point de vue général. **Ils incarnent l'erreur commune à notre époque, qui nie tout intermédiaire.**

Est-ce une nouvelle marche descendue par le débat politique, qui dégringole depuis de nombreuses années ?

Tous les clashes récents à l'Assemblée nationale déclenchés par la Nupes le démontrent. Nous ne manquerions pas de débat de fond, mais la Nupes joue à fond la carte de la posture. Le RN est plus prudent, mais on voit bien que quand il dérape – l'affaire de Fournas – il gagne sur tous les tableaux. **Le résultat est effrayant pour les citoyens qui essaient de réfléchir. Face à des problèmes de plus en plus complexes, le débat est de plus en plus superficiel. Cette dérive qui ne satisfait personne fait évidemment le jeu de ceux qui captent le mécontentement. La machine marche dans le sens du RN sans qu'il ait besoin d'agir. Le fait est que le débat se résume à l'expression directe de colères, d'états d'âme, de ressentiments, et non de projets ou d'options crédibles.** C'est une dérive qui a débuté il y a trente ans quand l'impact médiatique a donné un nouveau pouvoir au politique. **On ne reviendra pas en arrière.**

Certains pensent que ceux qui tweetent, c'est le peuple. Je ne crois pas.

L'Arcom a été saisie, Boyard demande une enquête parlementaire sur le rôle de Bolloré dans les médias. Est-ce une solution ?

On ne règle pas une question de fond avec des sanctions juridiques ou techniques. C'est comme vouloir combattre les fake news avec des organismes. Bien sûr, le gendarme peut réagir, punir, mais tout dysfonctionne en profondeur. Tout ça est plus compliqué que le simple rôle de Bolloré dans les médias et **touche à la contamination du mode d'expression des réseaux sociaux dans les médias**. Certains pensent que ceux qui tweetent, c'est le peuple. Je ne crois pas. Ce sont ceux qui sont le plus radicalisés ou qui se laissent aller à leurs humeurs. La dérive est si forte que personne n'arrive à la contrôler. Pourtant, on constate, à certaines émissions, comme *C dans l'air*, ou au succès des pages « débats » de certains journaux ou magazines, **que l'attente des citoyens est forte, qu'il y a une volonté de mener le débat d'une autre manière**.

L'Assemblée n'a-t-elle pas aussi un rôle à jouer ?

Elle devrait donner le ton, mais on voit bien qu'elle est otage de cette dérive. On vit mieux politiquement qu'en Russie ou en Chine, mais il ne suffit pas de voter pour avoir des options devant soi. Pendant près de cinquante ans, jusqu'à la V^e République, le problème a été d'en finir avec l'impuissance publique en remédiant à la fragilité ministérielle. **Aujourd'hui, les partis, réduits à des slogans, sont confrontés à une perte de sens, et la politique se réduit à une opposition entre des partis extrémistes qui pratiquent le « y a qu'à » et le « faut qu'on », et des partis de gouvernement qui bidouillent des outils obsolètes qui ne marchent plus sur des questions aussi fondamentales que l'énergétique, la santé ou le nucléaire**. La politique, c'est être radical dans la critique, pour qu'il y ait de l'enthousiasme, pour qu'elle ne se réduise pas à de la gestion. **Mais cette radicalité n'a de sens que si on en finit avec l'imprécation pour s'engager dans des changements concrets, pour tracer un chemin, choisir une option définie au préalable**. Oui, c'est à des représentants du peuple de mener ce débat, des représentants qui représentent vraiment.

13 novembre (Le Point)

https://www.lepoint.fr/politique/affaire-hanouna-yael-braun-pivet-appelle-a-s-elever-contre-cette-derive-13-11-2022-2497609_20.php

Affaire Hanouna : Yaël Braun-Pivet appelle à « s'élever contre cette dérive »

La présidente de l'Assemblée réagit aux insultes proférées par Cyril Hanouna à l'encontre du député Louis Boyard. Elle dénonce une « dérive du débat ».

Source AFP



La présidente de l'Assemblée Yaël Braun-Pivet a évoqué sur Radio J l'altercation entre Cyril Hanouna et Louis Boyard. (Photo d'illustration)© THOMAS COEX / AFP

Publié le 13/11/2022 à 18h09

« **N**ous devons collectivement nous élever contre cette dérive du débat public et du débat dans les médias », a plaidé Yaël Braun-Pivet sur Radio J, dimanche 13 novembre. La présidente de l'Assemblée était invitée à réagir à la violente altercation entre le présentateur de C8 Cyril Hanouna et le député LFI Louis Boyard, jeudi 10 novembre sur le plateau de l'émission *Touche pas à mon poste*. Cyril Hanouna avait notamment traité le député d'« abruti », de « bouffon » et de « tocard », suscitant de vives réactions, notamment au sein de La France insoumise.

Lors d'une séquence consacrée au bateau de migrants *Ocean Viking* dans l'émission *Touche pas à mon poste*, l'invité Louis Boyard, député depuis juin et ancien chroniqueur de l'émission, a accusé les « cinq personnes les plus riches » de France d'« appauvrir l'Afrique ». Il a cité le milliardaire Vincent Bolloré, propriétaire du groupe Canal+, auquel appartient C8. Le ton est vite monté avec M. Hanouna. « **Toi, t'es une merde** », a lancé l'animateur. M. Boyard est parti sous les huées du public.

Une séquence « dégradante »

Selon la présidente de l'Assemblée, la séquence est « dégradante pour le débat public et les personnes sur le plateau ». « Nous devons collectivement nous élever contre cette dérive du débat public et du débat dans les médias », a-t-elle plaidé sur Radio J. Le groupe LFI a saisi l'Arcom, et Mme Braun-Pivet a indiqué s'être entretenue avec le président de ce gendarme de l'audiovisuel.

Le porte-parole du gouvernement, Olivier Véran, a pris la défense du député dimanche : « Qu'on aime ou non Louis Boyard, qu'on partage ou non ses idées, il reste un élu. Il a le droit de s'exprimer comme il l'entend et on n'a certainement pas à l'injurier ou à l'insulter », a-t-il lancé à

BFMTV. « Je déplore cette spirale du buzz permanent », a aussi déclaré M. Véran, en notant ensuite que « Louis Boyard est un député provocateur ».

Les deux responsables de la majorité présidentielle s'accordent à dire que « les politiques doivent parler aux Français » et qu'il est difficile de boycotter telle ou telle émission. *TPMP* est un succès d'audience, avec 1,8 million de téléspectateurs en moyenne et des pics à plus de 2 millions.

M. Boyard a réclamé vendredi une commission d'enquête parlementaire sur « les ingérences de Vincent Bolloré » dans les médias dont il est propriétaire. D'après la présidente de l'Assemblée, la question de la concentration des médias est « une question fondamentale dans une démocratie » et « il est important qu'on traite ce sujet ». Elle a souligné que le Sénat avait déjà conduit une telle commission d'enquête, qui avait débouché en mars dernier sur 32 recommandations. Libre au groupe LFI à l'Assemblée d'user de son « droit de tirage » pour lancer à son tour une commission.